

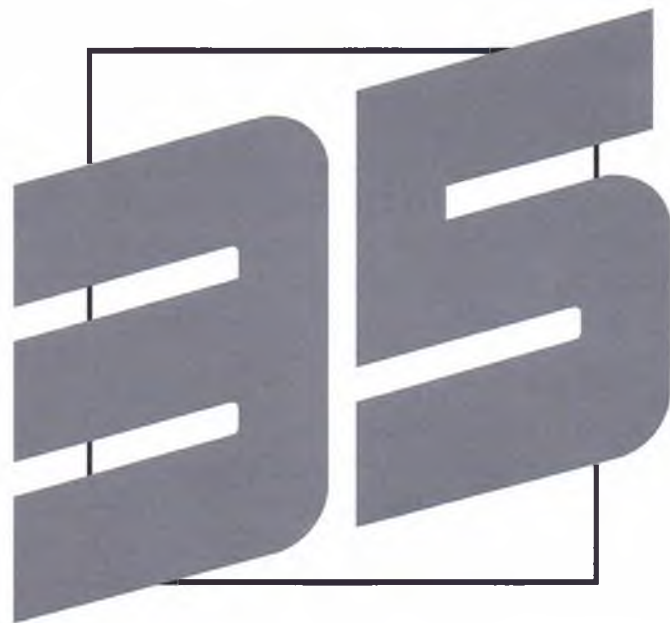
MEILENSTEINE DES AUFSTIEGS

35 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs



MEILENSTEINE DES AUFSTIEGS

35 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs



Meilensteine des Aufstiegs
35 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs
1. Aufl., – Wien
NEUE FREIE ZEITUNG

Copyright © 1991 by Neue Freie Zeitung, Wien.
Buchlayout und Satz: Ostry Umsetzungen, Wien.
Druck: Vorarlberger Verlagsanstalt Dornbirn.
Printed in Austria 1991

Alle Rechte, insbesondere das Recht auf Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Photokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet oder verbreitet werden.

Vorwort	7
Zeittafel 1956–1990.....	9
Teil 1:	
Der Durchbruch zur Einheit (Willfried Gredler).....	18
Ein neues Kapitel österreichischer Geschichte (Anton Reinthaller)	22
»Freiheitlich« kam von den Studenten (Erwin Hirnschall)	24
Gedächtnisprotokoll über ein Gespräch mit Emil van Tongel.....	26
Der freie Mensch in der Gemeinschaft (Jörg Kandutsch)	27
Weder Neinsager – noch Berufsopposition (Gustav Zeillinger)	29
Die alte Geschichte von liberal und national (Klaus Mahnert).....	31
Für ein Bundesheer nach Maß (Wilhelm Kindl)	33
In der Erinnerungskiste gekramt (Walter Leitner).....	36
Wegbereiter grüner Reformen (Otto Scrinzi).....	41
Die Erklärung vom 16. Jänner 1970 ein Fehler? (Albert Schmidt)	44
Das Weißbuch der Frauen (Dora Jelinek)	47
Das Nein der FPÖ zur Atomkraft (Gerulf Stix)	49
Grußwort der Jugend (Jörg Haider, 1974).....	53
Anders als die anderen (Alexander Götz).....	56
Die Chance zu einem neuen Anfang (Horst Schender)	59
Die sozial-liberale Regierung (Norbert Steger).....	61
Freiheit heißt Rückgrat, nicht Unterwerfung (Jörg Haider, 1991).....	71
Teil 2:	
Glückwunsch des Bundespräsidenten (Kurt Waldheim).....	76
Internationalismus ein Gebot der Stunde (Urs Schoettli)	78
Österreich in den vereinigten Staaten von Europa (Fritz Fliszar)	82
Von der Lagerpartei zur Mittelpartei (Max Riedlsperger).....	87
Die alte Tradition der Freiheit (Roland Girtler)	89
Regierungsfähigkeit für die III. Republik (Herbert Krejci)	94
Politik mit reformatorischem Zug (Viktor Reimann)	96
Das dritte Lager in der Ersten Republik (Walter B. Simon)	98
Untergang der Welt durch blaue Magie (Günther Nenning).....	104
Bildteil	
Illustrationen und Chronik zur Parteigeschichte 1956–1991	107
Anhang	
Organisations- und Parteistruktur	138
Personenlexikon	145

»Eigentlich müßte diese Partei längst tot sein«: Dieser Satz, der 1962(!) in einem Kommentar der »Salzburger Nachrichten« stand, macht mehr als viele Worte deutlich, daß sich die Geschichte der FPÖ an keine der landesüblichen Denkschablonen gehalten hat. In diesem Denkschema war für die FPÖ, wenn überhaupt, nur ganz am Rande der österreichischen Politik ein Platz vorgesehen, auf dem sie über den engen Rahmen einer Kleinpartei nie hinausgekommen hätte sollen. 1990 schaffte sie den Durchbruch zur Mittelpartei.

35 Jahre Parteigeschichte sind weder ein besonderes Jubiläum, noch ein besonders einleuchtender Grund zum Feiern. Im Falle der FPÖ aber schon: Wie es zu ihrem beispiellosen Aufstieg kam, bedarf einer Erklärung, bedarf des Nachweises, daß dieses staunenswerte Wachstum der Partei keine Zufallerscheinung ist, sondern in einer jahrzehntelangen Entwicklung seine Wurzeln hat. Sinn des Partei-jubiläums und dieses Buches ist daher, sich über die Entstehungsgeschichte des Phänomens FPÖ ein möglichst klares, gültiges Bild zu machen. Und gerade solche feste Konturen sind vonnöten, soll das für die Partei Erreichte Bestand haben. Die Beiträge für diese Festschrift wurden nach zwei Gesichtspunkten ausgewählt: Zunächst kommen Zeitzeugen zu Wort, die selbst die Entwicklung der Partei bestimmend beeinflusst haben. Im zweiten Teil des Buches urteilen Wissenschaftler und Publizisten mit Rang und Namen als Außenstehende über die FPÖ bzw. über den Liberalismus in Österreich, über die große Tradition seines national-freiheitlichen Lagers. Diese Stimmen von außen garantieren zusätzlich, daß der von der Konzeption her ohnehin nie beabsichtigte Charakter einer Jubellektüre vermieden wird.

Jedem Geschmack zu entsprechen und alle kritischen Positionen zu umgehen, konnte nicht die Zielvorstellung dieser Festschrift sein. Sie versucht eine Selbstdarstellung der FPÖ in einer ebenso wahrhaften wie ehrlichen Form. Sie will aber darüber hinaus beweisen, daß diese Partei kritische Urteile und auch manche unangenehme Wahrheit verträgt, weil sie diese nicht zu scheuen braucht. Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß der gute Vorsatz, in der Auswahl der Beiträge eine möglichst breite Palette zu gewährleisten, auf Grenzen gestoßen ist. Diese sind jedenfalls zum Teil auf gewisse Berührungspunkte zurückzuführen, die manche außenstehende Autoren befällt, wenn ihr Name mit der FPÖ in Verbindung gebracht wird bzw. auch nur gebracht werden könnte. Auf die politische Kultur unseres Landes wirft diese ängstliche Zurückhaltung kein sonderlich gutes Licht.

Auch die Liste der Autoren der früheren Parteiprominenz, die für dieses Buch Beiträge verfaßten und die von Willfried Gredler bis Alexander Götz, von Gustav Zeillinger bis Norbert Steger reicht, fehlt der eine oder andere bekannte Name. Sosehr das zu bedauern ist und persönliche Vorbehalte zu respektieren sind,

bleibt davon die Tatsache unberührt, daß sich das Bild der FPÖ in dieser Festschrift zu einem Ganzen fügt. Von hervorragenden Repräsentanten der früheren Parteispitze, die nicht mehr am Leben sind, wie Anton Reinthaller, Emil van Tongel und Jörg Kandutsch, wurde in memoriam dokumentarisches Material aufgenommen, das in der Parteigeschichte Akzente gesetzt hat.

Der Buchtitel »Meilensteine des Aufstiegs« scheint durch manche Beiträge nicht gerade zwingend nachgewiesen zu werden. Lange Jahre gab es in der Parteientwicklung mehr Tiefen als Höhen. Sie sollen nicht vertuscht werden. Enttäuschend war ja schon der Start mit nur sechs Nationalratsmandaten. Trotzdem läßt sich von Entwicklungsstufe zu Entwicklungsstufe aus der Geschichte der FPÖ nachweisen, daß richtige Erkenntnisse weder an den Besitz der Mehrheit gebunden sind, noch von Mehrheiten herbeigeführt werden können. Der zwingende Beweis hierfür ist der FPÖ mit ihrer Systemkritik, mit ihren Vorstößen zur Demokratiereform, insbesondere aber durch ihre Europapolitik und durch ihren Anti-Atomkurs gelungen. Aus diesen zahlreichen Anstößen zu einer besseren Politik, die immer wieder gezeigt haben, daß die FPÖ oft richtig, die anderen aber sehr oft falsch entschieden haben, wurden Meilensteine des Aufstiegs, bildete sich die inhaltliche Basis für das jetzt so eindrucksvolle Wachstum der Partei.

Kontinuität trotz der nach langer Stagnation sprunghaft einsetzenden Wachstumsphase verkörpert nicht zuletzt Jörg Haider selbst. Er ist von frühester Jugend an in der Partei tätig gewesen, zu Zeiten, in denen sie noch hart um ihre Existenz ringen mußte. Der junge Jörg Haider gehörte damals zusammen mit den Politikern der alten Garde zum harten Kern, der das Potential für den späteren großen Aufbruch entwickelte. Wie sehr Jörg Haider heute auf den Höhen ungeahnter Erfolge seinen Idealen als junger Mensch treu geblieben ist, dokumentieren zwei Beiträge in diesem Buch: Haider 1974 bei einer FPÖ-Jubiläumsfeier als Überbringer des Grußwortes der Jugend und Haider 1991 als Festredner bei der 35-Jahr-Feier der FPÖ.

Allen Autoren sei für ihre Mitarbeit an dieser Festschrift herzlich gedankt. Das gilt ganz besonders für die Repräsentanten der alten Garde. Selbst die damals Jüngsten, die vor 35 Jahren an der Parteigründung mitwirkten, sind heute schon in das reife Alter der Sechzigjährigen aufgerückt. Das Alter erleichtert Überblick, Urteilsfähigkeit und distanzierte Objektivität. Diese Tugenden, die Senioren der Jugend voraushaben, kamen den Beiträgen zur Festschrift erkennbar zugute. Die Ergänzung durch Bildmaterial von dokumentarischem Wert, durch Chronologien, Biographien und ein zur nützlichen Datensammlung gewordenes Personenregister, durch Übersichten über die Parteitage, die Nationalratsfraktionen und die Führungsorgane der Partei rundet das Bild ab, das dieses Buch von der FPÖ zu vermitteln versucht.

Kurt Piringer, Chronist der FPÖ

**GEGEN SCHWARZ UND ROT
DIE DRITTE KRAFT**



**Freiheitliche Partei
Österreichs**

Hören **SIE** die
FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS
am Donnerstag, den 8. März 1956

in der
**ERSTEN ÖFFENTLICHEN
VERSAMMLUNG**

über das Thema:

DIE FPÖ greift an!

Sprecher:

Dr. TONGEL (Wien)

LR. Dr. A. STEPHAN

**in den Sandwirtsälen in Graz,
Griesgasse • Beginn: 20 Uhr**

Verleger, Eigentümer und Herausgeber: FPÖ-Landesgruppe Steiermark, Graz,
Herrengasse 13/II. — Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Anton Stephan, Graz,
Landhaus. — Druck: Alexander Bauer, Graz, Annenstraße 19

Der **Bundesparteiobmann** der
Freiheitlichen Partei Österreichs

Abg. **Friedrich Peter** spricht:

FPO

**eine politische
Notwendigkeit**

Linz, Märzenkeller

am Donnerstag, den 20. November 1958, um 20 Uhr abends

1956

7. April: Gründungsparteitag in Wien. Anton Reinthaller zum Bundesparteiobmann gewählt.
13. Mai: Nationalratswahl 82 ÖVP, 74 SPÖ, 6 FPÖ, 3 KPÖ.

1957

5. Mai: Bundespräsidentenwahl: Adolf Schärf 51,1 %, Wolfgang Denk 48,9 %.
1. und 2. Juni: 2. Ordentlicher Bundesparteitag in Klagenfurt, Kurzprogramm beschlossen.

1958

6. März: Anton Reinthaller stirbt. 12.,
14. September: 3. Ordentlicher Bundesparteitag wählt Friedrich Peter zum neuen Bundesparteiobmann.

1959

10. Mai: Nationalratswahl 79 ÖVP (82), 78 SPÖ (74), 8 FPÖ (6), 0 KPÖ (3).
25. Oktober: FPÖ zieht mit 4 Abgeordneten in Wiener Gemeinderat ein.

1960

23. März: FPÖ stimmt im Nationalrat gegen EFTA-Beitritt.
27. Oktober: UNO nimmt Österreichs Südtirol-Resolution an.

1961

11. April: Alfons Gorbach löst Julius Raab als Bundeskanzler ab.
15. Dezember: Koalition beschließt Einführung der Ministerpension. FPÖ lehnt ab.

1962

25. Juli: Nationalrat beschließt die neuen Schulgesetze. FPÖ stimmt dagegen.
18. November: Nationalratswahl: 81 ÖVP (79), 76 SPÖ (78), 8 FPÖ (8).

1963

26. März: Nach vier Monaten Regierungsverhandlungen Regierung Gorbach II angelobt.
28. April: Bundespräsidentenwahl: Adolf Schärf 55,4 %, Julius Raab 40,6 %.
Juni, Juli: Koalitionskrise wegen Streits um Einreise Otto Habsburgs. ÖVP wird im Nationalrat zweimal von SPÖ und ÖVP überstimmt.

1964

29. Februar: Josef Klaus löst Alfons Gorbach als Bundeskanzler ab.
3. April: Jörg Kandutsch zum Rechnungshofpräsidenten gewählt.
11. bis 14. Juni: 7. Ordentlicher Bundesparteitag »Salzburger Bekenntnis« beschlossen.

1965

23. Mai: Bundespräsidentenwahl. Franz Jonas 50,7 %, Alfons Gorbach 49,3 %.
31. August: Vizekanzler a. D. Karl Hartleb stirbt.

1966

6. März: Nationalratswahl 85 ÖVP (81), 74 SPÖ (76), 6 FPÖ (8). ÖVP stellt mit Bundeskanzler Klaus die Alleinregierung.
8. Juli: ÖVP und FPÖ beschließen Rundfunkreform.

1967

9. März: Gerd Bacher zum ORF-Generalintendanten gewählt.
17. November: ÖVP und FPÖ wählen Heinrich Gleißner erneut zum oberösterreichischen Landeshauptmann.

1968

11. bis 13. Oktober: 9. Ordentlicher Bundesparteitag in Bad Ischl beschließt neues Parteiprogramm.

1969

23. März: FPÖ-Erfolg in Salzburg, 6 statt bisher 4 Mandate im Landtag.
19. Oktober: In Vorarlberg erringt die FPÖ 7 Landtagsmandate (bisher 6).
16. Dezember: Nationalrat beschließt Südtirol-Paket.

1970

1. März: Nationalratswahl 81 SPÖ (74), 79 ÖVP (85), 5 FPÖ (6). SPÖ-Minderheitsregierung, Kreisky – Bundeskanzler.
25. Juni: Verfassungsgerichtshof hebt Ergebnis der Nationalratswahl in drei Wiener Wahlkreisen auf.
4. Oktober: FPÖ gewinnt bei Nachwahl zum Nationalrat ihr 6. Mandat auf Kosten der ÖVP (78 statt 79) zurück.

26. November: SPÖ und FPÖ beschließen gemeinsam Reform der Nationalratswahlordnung – 183 statt 156 Abgeordnete.

1971

25. April: Bundespräsidentenwahl – Franz Jonas 52,8 %, Kurt Waldheim 47,2 %.
10. Oktober: Nationalratswahl 93 SPÖ = absolute Mehrheit, 80 ÖVP, 10 FPÖ. Erstmals wurde aufgrund der neuen Nationalratswahlordnung gewählt.
1. November: Jörg Haider wird zum Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Jugend gewählt.

1972

9. März: FP-Gewerkschafter Wilhelm Kindl wird in den Bundesvorstand des ÖGB aufgenommen.
14. Oktober: Gründung des Freiheitlichen Bildungswerkes.

1973

24. April: Alexander Götz wird von ÖVP und FPÖ zum Grazer Bürgermeister gewählt.
6. September: Erweiterte Bundesparteileitung beschließt in Linz das Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik.

1974

6. April: Festakt »25 Jahre freiheitlicher Politik« in der Wiener Hofburg. Jörg Haider spricht »Grußwort der Jugend«.
23. Juni: Bundespräsidentenwahl: Rudolf Kirchschläger 51,7 %, Alois Lugger 48,3 %.
11. Oktober: Otto Oberhammer wird neuer ORF-Generalintendant.

1975

1. August: Josef Taus wird nach Karl Schleinzer tödlichem Autounfall neuer Bundesparteiobmann der ÖVP.
5. Oktober: Nationalratswahl: 93 SPÖ, 80 ÖVP, 10 FPÖ (unverändert)

1976

7. Juli: Nationalrat beschließt Kärntner Volksgruppen-Förderung und Sprachenerhebungsgesetz.
14. November: Geheime Sprachenerhebung in Kärnten.

1977

14. Februar: Nationalrat beschließt Gesetz über Einführung der Volksanwaltschaft.
11. Mai: Gustav Zeillinger zum Volksanwalt gewählt.

1978

29. Jänner: Alexander Götz wird von ÖVP und FPÖ für eine weitere Amtsperiode zum Grazer Bürgermeister gewählt.
30. September/1. Oktober: 14. Ordentlicher Bundesparteitag in Wien Oberlaa wählt Alexander Götz zum Bundesparteiobmann der FPÖ.
5. November: Volksabstimmung über Zwentendorf: 50,5 % Nein, 49,5 % Ja.

1979

6. Mai: Nationalratswahl 95 SPÖ (93), 77 ÖVP (80), 11 FPÖ (10).
5. Oktober: FPÖ wird Mitglied der Liberalen Internationale.
1. Dezember: Alexander Götz tritt als FPÖ-Bundesparteiobmann zurück.

1980

2. März: Außerordentlicher Bundesparteitag der FPÖ in Linz: Bei Wahl des Bundesparteiobmannes 55,39 % für Norbert Steger, 44,61 % für Harald Ofner.
18. Mai: Bundespräsidentenwahl: Rudolf Kirchschräger 79,9 %, Willfried Gredler 17 %, Norbert Burger: 3,2 %.
18. Juli: Tassilo Broesigke löst Jörg Kandutsch als Rechnungshofpräsident ab.

1981

6. Mai: Bundespräsident Kirchschräger spricht bei 25-Jahr-Feier der FPÖ im Salzburger Kongreßhaus.
22. Mai: Emil van Tongel stirbt.
27. November: Alle Angeklagten im AKH-Prozess verurteilt.

1982

18. Mai: Volksbegehren gegen Bau des österreichischen Konferenzentrums erreicht 1,361.562 Unterschriften.
4. Dezember: FPÖ-Bundesparteileitung stellt Konzept für Privilegienabbau.

1983

24. April: Nationalratswahl: 90 SPÖ (95), 81 ÖVP (77), 12 FPÖ (11). Bundeskanzler Kreisky tritt zurück.
24. Mai: Regierung Sinowatz-Steger (rot-blaue Koalition) wird angelobt. 28. September: Landesrat Jörg Haider zum Landesparteiobmann der FPÖ-Kärnten gewählt.

1984

30. September: FPÖ einziger Gewinner bei Kärntner Landtagswahl: Von 4 auf 5 Mandate aufgeholt.
11. Dezember: Zusammenstöße bei Demonstration wegen Donaukraftwerk Hainburg in der Stopfenreuther Au.

1985

1. Februar: Sondersitzung des Nationalrates zum Fall Reder. Mißtrauensantrag der ÖVP gegen Verteidigungsminister Frischenschlager abgelehnt.
1./2. Juni: Außerordentlicher Parteitag beschließt in Salzburg das neue FPÖ-Programm.
26. November: Finanzdebakel der VOEST: Gesamter Vorstand tritt zurück.

1986

8. Juni: Im zweiten Wahlgang der Bundespräsidentenwahl wird Dr. Kurt Waldheim mit 53,9 % zum Bundespräsidenten gewählt.
9. Juni: Fred Sinowatz tritt zurück, Franz Vranitzky neuer Bundeskanzler.
13./14. September: Auf dem 18. Ordentlichen Bundesparteitag in Innsbruck siegt Jörg Haider mit 57,7 % bei der Wahl des Bundesparteiobmannes über Norbert Steger (39,2 %).
15. September: Vranitzky kündigt Regierungsbündnis mit FPÖ auf.
23. November: Nationalratswahl: 80 SPÖ (90), 77 ÖVP (81), 18 FPÖ (12), 8 GAL

1987

21. Jänner: Regierung Vranitzky/Mock (rot-schwarze Koalition) wird angelobt.
30. Juni: FPÖ-Volksbegehren gegen Privilegien erhält 251.461 Unterschriften.
4. Oktober: Im Burgenland zieht die FPÖ bei Landtagswahl mit drei Abgeordneten in den Landtag ein.
8. November: FPÖ erreicht in Wien acht

Mandate im Gemeinderat. Erstmals freier Stadtrat in Wien.

1988

8. Juni: Nationalrat beschließt die von den Kärntner Freiheitlichen initiierte Neuregelung der Minderheitenschule (Pädagogenmodell).
16. Oktober: Bei der Landtagswahl in Niederösterreich erkämpft die FPÖ erstmals mit fünf Mandaten Vertretung im Landtag.

1989

12. März: FPÖ-Triumphe bei Landtagswahlen in Kärnten (von 5 auf 11 Mandate), Tirol (von 2 auf 5 Mandate) und Salzburg (von 4 auf 6 Mandate).
30. Mai: Jörg Haider wird von FPÖ und ÖVP zum Kärntner Landeshauptmann gewählt.
12. Juni: AK-Wahl: FPÖ steigt von 13 auf 63 Mandate an.
8. Oktober: Bei Vorarlberger Landtagswahlen erreicht die FPÖ 6 Mandate (bisher 3)

1990

25. März: Bei Gemeinderatswahlen in Niederösterreich und in der Steiermark holt die FPÖ von 68 auf 362 bzw. von 184 auf 465 Mandate auf.
1. April: 157 FPÖ-Mandate bei Gemeinderatswahlen in Vorarlberg (+40).
25. April: Bei den Handelskammerwahlen wird der RFW zweitstärkste Fraktion.
25. April: Bruno Kreisky stirbt.
7. Oktober: Nationalratswahl: 80 SPÖ (80), 60 ÖVP (77), 33 FPÖ (18), 10 GAL (8).
11. November: Rechnungshofpräsident a. D. Jörg Kandutsch stirbt.
17. Dezember: Koalitionsregierung Vranitzky-Riegler wird angelobt.

P. B. B.

An einen Haushalt

Neue Front

Wählt Liste **3**

11. Jahrgang / Folge 15 S

April 1959

Verhindert eine Katastrophe des Staatsschiffes!

Weder so ...

noch so ...

sondern so!



Wie wird es nach dem Wahltag am 10. Mai 1959 weitergehen? Die ÖVP sagt: „Die Sozialisten wollen alle Macht.“ Die SPÖ erklärt: „Die Volkspartei will die Alleinherrschaft.“ Damit geben die beiden Koalitionsparteien selbst zu:

Wer ÖVP wählt, wirkt an der Errichtung der schwarzen Diktatur mit.

Wer SPÖ wählt, verhilft den Sozialisten zur totalen Herrschaft.

Wer beides nicht will, weder die rote noch die schwarze Diktatur, kann daher nur freiheitlich wählen!

Wer freiheitlich wählt, verhindert aber vor allem eine noch gefährlichere Diktatur. Die Diktatur der Koalition: zehn Parteibunzen der ÖVP und SPÖ haben bisher im verfassungswidrigen Koalitionsausschuß hinter verschlossenen Türen die Geschicke von Volk und Heimat entschieden. Sie haben alle Macht und alles Recht. Das Volk hat keine Rechte mehr. Hier ist das Gleichgewicht gestört. Hier muß Wandel geschaffen werden, damit es nicht zur Katastrophe unseres Staatsschiffes kommt!

Darum: Die Rechte des Volkes müssen wiederhergestellt, die Allmacht der schwarz-roten Koalition muß gebrochen werden.

Stärkt die freiheitliche Opposition in ihrem Kampf gegen die Koalitionsdiktatur!

Darum geht es am 10. Mai. Nur dann wird unser Vaterland Österreich vom Unwesen der Korruption, von den Fesseln des Proporz und der Parteiprotektion und von dem immer wieder arbeitsunfähigen politischen System der Koalition befreit werden

Wählt am 10. Mai Liste 3!

Diesmal FPÖ

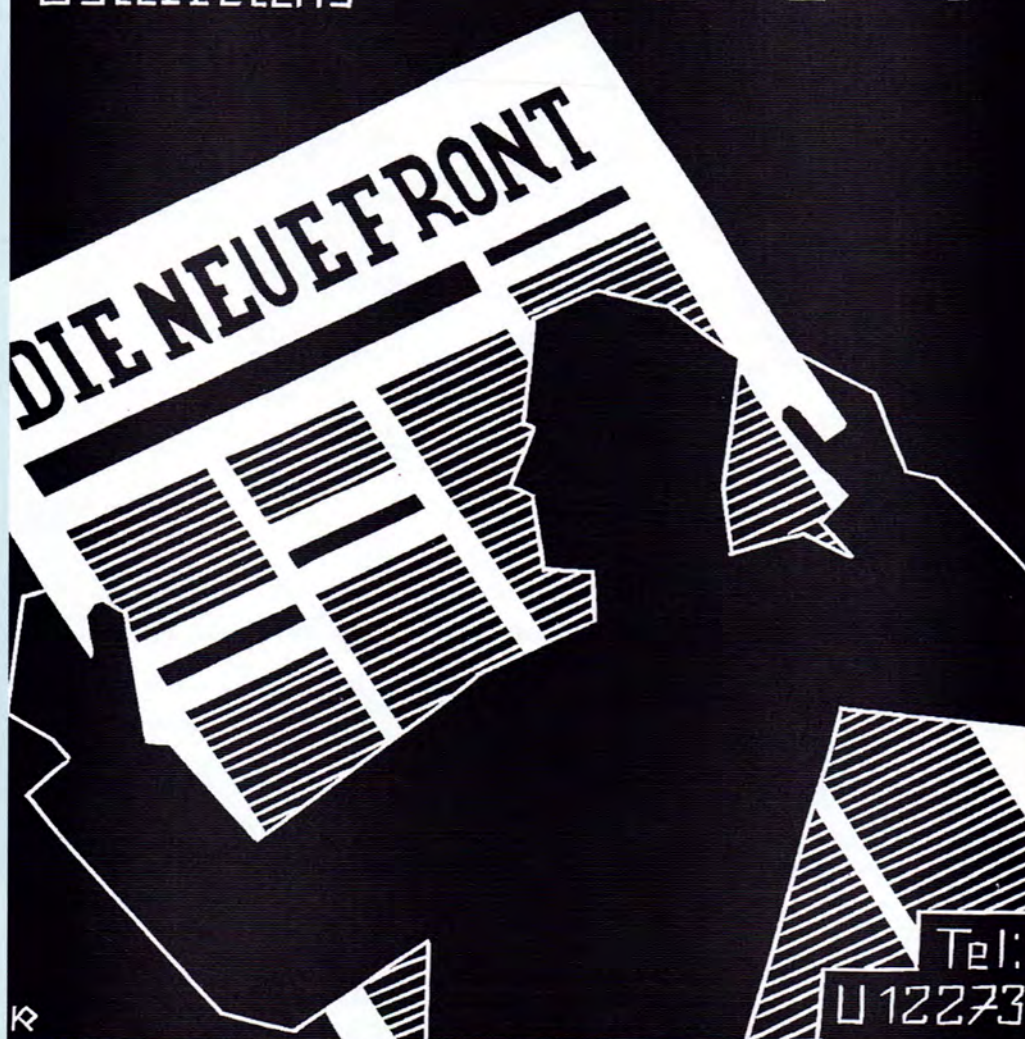
- Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist die völlig eigenständige politische Kraft zwischen Schwarz und Rot.
- Die FPÖ ist als Oppositionspartei durch keinen Koalitionsakt gebunden; einzig und allein der Auftrag der Wähler bestimmt ihr politisches Handeln.
- Die FPÖ ist seit der letzten Nationalratswahl 1956 überall stärker geworden. Ihre Mitgliederzahl hat sich seit dieser Zeit vervielfacht. In allen seit dem 13. Mai 1956 stattgefundenen Landtags- und Gemeinderatswahlen hat einzig und allein die FPÖ Stimmen gewonnen. Alle anderen politischen Parteien erlitten Verluste.
- Die FPÖ ist die einzige demokratische Partei, die niemals in irgendeinen Korruptionsskandal verwickelt war.
- Die FPÖ kämpft im Österreich der Zweiparteien-diktatur von ÖVP und SPÖ für die Freiheit, für die Wiedergewinnung der Rechte des Volkes, für die Wiederherstellung von Recht und Freiheit der Persönlichkeit, gegen Proporz, Parteiprotektion und gegen die unerträglich gewordene Korruption.

Darum diesmal FPÖ

Sie Bringt was andere verschweigen!

*Die Zeitung der
Freiheitlichen Partei
Österreichs*

FPO



Tel:
U 12273

Schriftleitung u. Verwaltung: Wien III. Hetzg. 20

TEIL 1

*Beiträge
zum freiheitlichen
Selbstporträt*

DER DURCHBRUCH ZUR EINIGUNG

von Willfried Gredler

Um die Wende 1954 und die längste Zeit des Jahres 1955 gab es praktisch keine Dritte Kraft mehr, der man einigermaßen Hoffnung geben konnte. Es kam nicht von ungefähr, daß etwa die schon wegen der Eigentumsverhältnisse der ÖVP nahe-stehende »Presse«, die freilich mit ihren Redakteuren (wie auch heute) über durchaus unabhängige Denker verfügte, im Dezember 1945 in einem Artikel unterstrich, nicht nur ein Ein-Parteien-System, sondern auch ein Zwei-Parteien-System wäre im Grunde undemokratisch. Erst das Vorhandensein einer dritten Gruppierung würde wirklich frei machen.

Eine Überlegung, die, prüft man die Realitäten von damals, nicht nur aus der Luft gegriffen, sondern vielmehr richtig war, wobei man wohl die Bemerkung anbringen darf, daß dieser Zustand – das Proporzwesen – auch heute ein weitgehender exotisierender Übelstand ist.

Das »Dritte Reich« war im April und Mai 1945 zusammengebrochen. Die Fehlentwicklung dieser Zeit, die Mißstände einer immer mehr zur harten Diktatur ausartenden Herrschaft einer einzigen Partei wuchsen. Während an der Front viele, meist im Glauben, der Heimat zu dienen, in einem verzweifelten Ringen mit einem vielfach überlegenen Feind Tod und Verderben ausgesetzt waren, wurde die Heimat durch dauernde Luftangriffe geschwächt, durch Mißstände und Engpässe aller Art immer kriegsmüder. Das Kriegsende wurde herbeigesehnt, wenngleich es auch angesichts der sofortigen – in manchen Teilen Österreichs wohl recht drückenden – Besetzung durch die vier Siegermächte nicht gerade immer als Befreiung empfunden worden ist.

Bei den Heimkehrern, vor allem in der Jugend, aber wohl auch wahrscheinlich in der Mehrheit der Bevölkerung, überwog der Wunsch nach einem demokratischen System und einem möglichst baldigen Abzug der Besetzungsmächte sicherlich das Bedürfnis nach einer Wiedereinsetzung der Garnituren der alten Parteien, die ja zu Bürgerkrieg und Not geführt hatten. Wahrscheinlich aber war das der einzige Weg für die siegreichen Alliierten, möglichst rasch eine österreichische Regierung einzusetzen. Verbessert wurde die Lage dadurch, daß die Führungen jener beiden großen Parteien, die Schuld an der tragischen Entwicklung im Jahre 1934 trugen, durch gemeinsames Leid im KZ sich inzwischen besser kennen und verstehen lernten. In dieser Aufbauphase des neuen Österreich mußten ja manche Mißstände, wie die Aufteilung der ganzen Macht zwi-

schen zwei Parteien – mit etwas Mitnaschen der KPÖ in den ersten Jahren – in Kauf genommen werden. Das Staatsinteresse hatte im Vordergrund zu stehen. Auch die sogenannten »Ehemaligen« waren in ihrer erdrückenden Mehrheit durchaus bereit, sich für das wiederentstandene Österreich voll einzusetzen, gemeinsam mit allen anderen Berufstätigen hart zu arbeiten und die Not der Kriegs- und Nachkriegszeit zu überwinden. Leider entwickelte sich ein unglückliches und in dieser Art in Europa einmaliges Konzept, nicht die Schuld Einzelner zu prüfen, sondern formalistisch jene Hunderttausende durch kollektive Strafsanktionen zusammenzuschmieden, die zur zusammengebrochenen Staatspartei von vorher in enger Verbindung gestanden waren.

Als dann 1948/49 der »Verband der Unabhängigen« entstand, war es begreiflich, daß er vor allem die Züge – um einen deutschen Historiker und Politologen zu zitieren – eines »Verbandes der Unzufriedenen« trug.

Die von seiner Führung, vor allem von Kraus und Reimann angestellte richtige Überlegung, dieser Neugründung ein sozialliberales Profil zu geben, wurde durch die Tatsache erschwert, daß es unter diesen Unzufriedenen eine breite Mehrheit der sogenannten Ehemaligen gab.

Im Lager der ÖVP hatte sich etwa zur gleichen Zeit, als in Salzburg der VdU entstand, die »Junge Front« gebildet, die sich hauptsächlich auf Heimkehrer aus dem Krieg stützte. Von vornherein strebte sie einen echten Schlußstrich an. Aber sie blieb dennoch auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Intellektuellen beschränkt.

In der »Jungen Front« fand sich neben dem hochdekorierten Soldaten der junge Widerstandskämpfer, neben dem profilierten Katholiken der Freidenker, neben dem vorwiegend sozial Orientierten der Konservative und der Liberale. Trotz ihrer geistigen

Kapazität setzte sich die »Junge Front« in der ÖVP jedoch nicht durch. Damals war ich, wie in der späteren kurzfristigen »Aktion zur politischen Erneuerung«, stellvertretender Obmann. Es war die Aktion, in der ich bemüht war, mir eine kleine politische Hausmacht aufzubauen. Auf diese gestützt, wurde ich im Februar 1953 in der Bundeshauptstadt in den Nationalrat gewählt und zwar als Unabhängiger an dritter Stelle der Liste der »Wahlpartei der Unabhängigen« (WdU).

Bald nach dieser Wahl wurden die Verfallserscheinungen im VdU immer unaufhaltsamer, tragischer und immer weni-

Dr. Willfried Gredler, Jg. 1911, 1945 Mitarbeiter in der Widerstandsgruppe 05, Funktionär der ÖVP, aus der er 1951 austrat, 1953 auf der Liste der Wahlpartei der Unabhängigen als Wiener Abgeordneter in den Nationalrat gewählt, 1955/56 einer der Mitbegründer der FPÖ, Klubobmann der Nationalratsfraktion der FPÖ bis 1963. Im selben Jahr übertritt in den diplomatischen Dienst, österreichischer Botschafter in Straßburg (Europarat), Bonn und Peking. Errang 1980 bei der Bundespräsidentenwahl als freiheitlicher Präsidentschaftskandidat 751.400 Stimmen.

ger überschaubar. Im April 45 schrieb etwa die »Wochenpresse«, im Dschungel von Gruppenbildungen und Intrigen wäre die Formierung der »Dritten Kraft« zur Geheimwissenschaft geworden. Nicht einmal Eingeweihte hätten die verschiedenen Gruppierungen auseinanderzuhalten gewußt.

Schon im Juni 1955 ging der Kärntner VdU geschlossen in die neugeschaffene »Freiheitspartei« über. Vor allem in Westösterreich bzw. in Oberösterreich verstärkten sich die Tendenzen in Richtung dieser Neugruppierung. Immer öfter wurde der Name Reinhaller genannt. Mit ihm habe ich, durch einen prominenten Wiener Musiker gefördert, bereits 1953/54 persönlich Verbindung aufgenommen. Wir sprachen sehr gut miteinander. Seine demokratische und österreich-betonte Gesinnung, die Achtung, die er auch in politischen Kreisen Andersgesinnter genoß, sprachen mich an.

Im Feber 1955 war in Hietzing ein außerordentlicher VdU-Parteitag zusammengetreten. Ich selbst war nicht dort, da ich zwar der Nationalratsfraktion der WdU, aber nie dem VdU angehörte. Es war für mich erschütternd zu hören, daß bei der Verlesung eines Briefes von Reinhaller, in dem ich lobend Erwähnung fand, ein Teil der VdU-Delegierten mit einem Pfeifkonzert antwortete. Darunter gerade auch Kräfte liberaler Ausrichtung, mit denen ich mich durchaus verbunden fühlte.

Die Verhinderung des »Zwei-Parteien-Systems«, die Sicherung der Grundrechte, die Freiheit des eigenständigen und leistungsbetonten Menschen gegenüber der Allmacht von Staat und Kollektiv, die Betonung der Gemeinschaft anstelle von Klassen und Gruppeninteressen, der Wunsch nach einem Schlußstrich unter eine längst überwundene Vergangenheit, ein Lastenausgleich für Kriegs- und Nachkriegsgeschädigte, wie er in der Bundesrepublik Deutschland längst erfolgt war, führte uns doch alle zusammen. Auch das Österreich-Bekenntnis war gewiß den meisten, einige radikale Außenseiter ausgenommen, zu eigen. Aber diese Gemeinsamkeiten mußten erst wieder neu begründet werden. Auf dem erwähnten Parteitag führten jedenfalls die Streitigkeiten so weit, daß die Mehrheit der Delegierten aus der Steiermark, aus Kärnten, Tirol und Vorarlberg die Versammlung verließen. Viele wandten sich an mich mit der Bitte, mich weiterhin um die Integration zu bemühen. Die Konsenssuche war in meinem Leben bei aller Prinzipientreue meine tragende Bemühung.

Liest man die Ziele jener, die eine konstruktive Neugestaltung der »Dritten Kraft« damals unterstützten, so glaubt man, im Jahre 1991 zu sein: Ausschaltung des Parteienproporz, gerechtes Steuersystem, übersichtliche und sparsame Verwaltung, soziale Marktwirtschaft, Ablehnung eines Mißbrauchs von Kammern und Interessenvertretungen, Bejahung eines breiten, parteifreien

Raumes, uneingeschränkte Bejahung der Eigenstaatlichkeit Österreichs, verbunden mit einem Bekenntnis zur nun einmal gegebenen, seit vielen Jahrhunderten bestehenden, ethnischen Zusammengehörigkeit. Schließlich die Forderung nach Bildung eines Europäischen Bundes gleichberechtigter Nationen und Staaten.

Der Weg zur Neugestaltung war schwierig. Vielfach vergessen ist inzwischen die koordinierende Rolle des alten Generals a. D. Franz Rainer, eines verbindlichen, gemäßigten, klar zu Österreich stehenden Generals, der den Weg zur Wahl des neuen Bundesparteiobermannes Reinhaller vorbereitete und nach eigenen Worten mich als seinen »liebsten Mitarbeiter« einsetzte. In einer Ausgabe der »Wochenpresse« von damals heißt es, der WdU-Nationalrat Dr. Gredler, volkswirtschaftlicher Experte seiner Partei, fungiere als »liebenswürdig-tolerantes Ausgleichsgetriebe«. Dies war eine nicht selten unbedankte und zudem äußerst zeitraubende Tätigkeit. Ich sprach praktisch, soweit es mein Beruf zuließ, ununterbrochen mit jenen Komitees und Grüppchen, die vor allem Anfang 1955 wie Pilze aus der Erde schossen. Es gab ein Kuddelmuddel zahlreicher Gruppen und Grüppchen, die lediglich Tischrunden waren. Achtbare Persönlichkeiten wie der Wissenschaftler Prof. Malachovsky, der frühere großdeutsche Abgeordnete Dr. Hampel, der Industrielle Odelga, ein ehemaliger Generaldirektor der DDSG, Bauer, sowie ein früherer Vertreter Österreichs beim Völkerbund, Gesandter a. D. Dr. Pflügel oder der Obmann des Freiheitlichen Akademikerverbandes, Dr. Timmel, um nur einige zu nennen, versuchten, jeweils mit Anspruch auf die Führungsrolle, das Hin und Her in der Dritten Kraft unter Kontrolle zu bringen.

Der Hürdenlauf zur Einigung verlief unendlich mühevoll. Es ging darum, die beiden einzigen Kräfte, die wirklich noch über viele Aktiva verfügten, wie die im März 1955 behördlich zugelassene »Freiheitspartei« und den VdU, unter einen Hut zu bringen. Selbst um den Namen wurde gestritten. Von »Freien Demokraten Österreichs« bis zu »Liberal-sozialistische Volkspartei« gab es immer neue Arbeitstitel. Den Wunsch nach einer radikal-nationalen Neugründung hörte man nur in Randbereichen. Entgegen anderslautender Darstellungen legte vor allem Ing. Anton Reinhaller Wert auf eine eindeutig österreichische Note.

Man müßte ein Buch schreiben, das Durcheinander und Gegeneinander im einzelnen darzustellen. Noch im Juni 1955 meldeten die führenden Gazetten, die Verhandlungen um die Bildung einer Wahlgemeinschaft für die oberösterreichischen Landtagswahlen wären gescheitert. Erst Anfang September kam es vorerst in Linz zu einem Zusammenschluß von VdU, Freiheitspartei und parteilosen Einzelpersonlichkeiten. Dadurch gelang es, bei

den oberösterreichischen Landtagswahlen im Oktober 1955 immerhin vier Mandate zu retten. Wohl unter dem Eindruck dieser Entwicklung erfolgte auch ein Übereinkommen der beiden Obleute Max Stendebach (VdU) und Anton Reinthaller (Freiheitspartei) zur Vorbereitung der Gründung einer gemeinsamen neuen Partei. Im Café Landtmann in Wien (im rechts gelegenen kleineren Salon) wurden am 17. Oktober 1955 die endgültigen Modalitäten erarbeitet. Ich bin fest davon überzeugt, daß ein Gespräch in meinem Büro in der Strauchgasse zwischen Kandutsch (VdU), Van Tongel (Freiheitspartei) und mir nicht unmaßgeblich mitwirkte, den Weg der verschiedenen Gruppierungen zur Einheit in die Zielgerade zu bringen. Sicher war der hohe Parteirang von Dipl.-Ing. A. Reinthaller, immerhin österreichischer Minister in der Regierung Seyß-Inquart, ein Problem. Aber man darf nicht vergessen, daß selbst Julius Raab ihn schätzte, während auf sozialistischer Seite der damalige Rechnungshof-Präsident Frenzel mit ihm befreundet war. Als Reinthaller, schon 1955/56 von Krankheit gezeichnet, 1958 starb, haben maßgebliche Sozialdemokraten

und etwa der höchste österreichische Beamte, Sektionschef Chalupka (dieser als Vertreter Julius Raabs), der hinter den Kulissen vielleicht wichtigste Mann der gesamten österreichischen Verwaltung, am Begräbnis teilgenommen. Man brauchte einen so klugen, ausgewogenen, auch vom politisch Andersgesinnten respektierten Mann wie Reinthaller, um die radikalen, zentrifugalen Kräfte im eigenen Lager auszuschalten oder zurückzudrängen. Reinthaller, der hiebei auch das Verständnis seines dynamischen Mitarbeiters Van Tongel und seines jungen Vertrauensmannes Friedrich Peter fand, erreichte, extreme Exponenten von der Führung der sich neu formierenden Freiheitlichen Partei fernzuhalten. So einen Dr. Stüber, ein gewiß glänzender Mann des Wortes wie der Feder, von hohem Intellekt geprägt, aber dennoch nicht selten auch von radikaler Ausdrucksweise. Man müßte als Garanten eines



Der erste Amtliche Stimmzettel 1959



*Willyfried Gredler war 1967 als Außenminister im Gespräch.
Die ÖVP entschied sich jedoch für Kurt Waldheim. (HOPI-FOTO)*

guten Neubeginns noch viele andere Namen nennen. So erwähne ich den später als hervorragenden Parlamentarier und Volksanwalt hervorgetretenen Gustav Zeillinger, dem es gelang, den damals von ihm geführten Salzburger VdU geschlossen in die neugegründete FPÖ hineinzuführen.

Manch ein wertvoller Kreis beteiligte sich an der Bildung der neuen »Dritten Kraft« nicht oder noch nicht. Ja nicht selten zerfielen diese Gruppen und Grüppchen. Nicht wenige, die ihre eigene Bedeutung überschätzten, versickerten im politischen Nichts. Wie recht hatte Dipl.-Ing. Reinthaller, als er am ersten Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 7. April 1956 in einer Rede ausführte, der schlimmste Feind jeder Gemeinschaft sei die Cliquenbildung. Denkt man an die Geschichte des Dritten Lagers in Österreich zurück, so ist dies eine Formulierung, die im Grund für ein ganzes Jahrhundert gilt.

Der große Block der Deutschliberalen um die Jahrhundertwende zerfiel, und dann und wann zeichnen sich auch bis zur Gegenwart solche Tendenzen ab, das Trennende vor das Verbindende zu stellen.

Es war Julius Raab, der im Bahnhofsrestaurant von Attnang-Puchheim zu Jahresbeginn 1955 bei einem Treffen im kleinsten Kreis Reinthaller den Rat gab, sich mit »Auftriebselementen« zu versehen. Er nannte dabei mich, den er ja als persönlicher Freund meines Vaters und durch meine etwa fünfjährige Tätigkeit bis 1951 im Lager der ÖVP bzw. der Jungen Front kannte. Daß er auch andere Namen nannte, steht zwar in historischen Quellen, wurde mir selbst gegenüber aber von Reinthaller nie erwähnt.

Gestützt auf das Vertrauen der beiden vormaligen Parteiführer wurde ich dann zum Obmann-Stellvertreter, neben Stendebach und Zechmann, gewählt. Bei der ersten Großversammlung der FPÖ am 30. November 1955 im Hotel Wimberger bei einer Massenversammlung wurde ich neben Stendebach und Reinthaller als Redner eingesetzt. Meine Position erklärten die »Oberösterreichischen Nachrichten« vom 5. November 1955 richtig so, daß ich, als ursprünglich der Aktion zur politischen Erneuerung Entstammender, im Grund als Vertreter der zur FPÖ gestoßenen parteilosen Kräfte angesehen werden mußte.

Abschließend: Eine neue Partei war gegründet worden, die oft nahezu ohne Finanzmittel, nicht selten diffamiert, manchmal auch durch bedauerliche Äußerungen aus dem eigenen Lager in schwierige Situationen kommend, Jahrzehnte brauchte, um heute auch in der Rolle der Opposition zu einer Mittelkraft mit klarer Ausrichtung zu werden, für das Vereinte Europa, für eine grenzübergreifende Regionalpolitik, für ein Anerkennen aller Minderheiten und Volksgruppen, gegen Korruption, Porporz und Machtmißbrauch.

Mag sein, daß man meist dazu neigt, die eigene Rolle zu überschätzen. Ich glaube aber, daß ich vor mehr als 35 Jahren durch harte Arbeit ein Mitgestalter der Gründung dieser Partei gewesen bin. Nicht fehlerfrei, das gilt für die Partei wie für mich selbst, hat sich die FPÖ bemüht, der Heimat zu dienen. Obwohl ich nie im Bereich des Staates in eine Spitzenposition berufen wurde – innere wie äußere Kräfte haben dies verunmöglicht – freue ich mich, auch heute noch – im hohen Alter und nur mehr in helfender Position – einen Beitrag geleistet zu haben.

EIN NEUES KAPITEL ÖSTERREICHISCHER GESCHICHTE

von Anton Reinthaller (1895–1958)

Die FPÖ will durch beispielhafte Tätigkeit Vertrauen gewinnen und so in den parlamentarischen Raum eindringen. Durch echte Leistungen will sie beweisen, daß sie die politische Heimat aller national-freiheitlich gesinnten, sauber denkenden Österreicher ist.

Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn die FPÖ die Summe ihrer Energie stoßkräftig einsetzen kann. Wird ein Teil dieser Energie anderweitig verbraucht, vermindert sich die Stoßkraft der Partei um diesen Teil, und das erstrebte Ziel wird später oder überhaupt nicht erreicht. Darum sind alle inneren Kämpfe – und als Folge solcher – alle Zersplitterungen verantwortungslos.

Keiner erhält sein Amt als Lohn oder zur Befriedigung seines Ehrgeizes übertragen. Allen wird mit dem Amt der Auftrag, das in sie gesetzte Vertrauen durch Arbeit und Erfolg zu rechtfertigen, gegeben.

Überheblichkeit ist die große Gefahr, die ihnen droht. Nur wer persönlich bescheiden bleibt, wird in jeder Situation einen klaren Kopf behalten, die eigene Kraft nicht überschätzen; den Gegner richtig beurteilen und überwinden können.

Die politische Heimat der Menschen unserer Gesinnung ist unlösbar gebunden an das Erlebnis der Kameradschaft. Ihr muß im politischen Raum Geltung verschafft werden. Und aus ihr heraus wird sich ein neuer Typ des Politikers bilden!

Kameradschaft gründet sich auf Achtung, Ehre und Treue. Das Gegenteil der Kameradschaft ist die Clique; sie wächst aus Haß und Eigennutz. Kameradschaft ist aufbauend, Clique zersetzend. Der schlimmste Feind jeder Gemeinschaft ist die Cliquenbildung. Kameradschaften formen sich meist für das ganze Leben – Cliquen nur auf Zeit. Ist das egoistische Ziel der Cliquen erreicht, so lösen sie sich auf und werden von anderen abgelöst.

Eine Partei, deren Kurs durch die Cliquenbildung bestimmt wird, geht zugrunde. Eine Partei als Selbstzweck aber ist stets materialistisch; sie dient nur dem Wohlleben der Funktionäre und nicht dem Wohlergehen des Volkes. Das Volk wird sich aber auf die Dauer nicht täuschen lassen und bald erkennen, wo seine Interessen ehrlich vertreten werden.

Ich richte daher an Sie alle den Appell, als verschworene Gemeinschaft zusammenzustehen und immer dessen eingedenk zu sein, ein neues Kapitel Geschichte unserer Heimat Österreich einzuleiten. Geschichte, sage ich und nicht Geschich-

ten – die wurden lange genug gemacht. Wer Politik machen will, muß das alles in Rechnung stellen. Die Jugend braucht Vorbilder und verlangt nach ihnen. Sie vermißt sie schon allzu lange. Millionen suchen einen neuen Sinn für ihr Dasein. Ob sie ihn finden und ob die Jugend einer besseren Zukunft entgegenwächst – beides hängt nicht zuletzt von der Bewährung derer ab, die nunmehr im Rahmen unserer neuen Partei angetreten sind. Man erwartet von der FPÖ mehr als Politikasterei. Wir bejahen die Eigenstaatlichkeit Österreichs ohne Einschränkung und bekennen uns gleichzeitig zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft. An diesem Bekenntnis kann nicht gerüttelt werden: keine menschliche oder politische Notlage berechtigt, diese Zugehörigkeit zu verleugnen.

Wir sind uns aber bewußt, daß der nationale Gedanke eine Ausweitung auf das Europäische erfahren hat. Zwischen den Weltmächten vermögen die europäischen Völker nur zu bestehen, wenn sie sich zusammenschließen. Wir wollen kontrollierende Opposition sein. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir uns für immer der Verantwortung entziehen möchten. Wir sind bereit, eine solche zu übernehmen, aber nur unter unabdingbaren Voraussetzungen. Zu diesen zählen unter anderen:

- Die Abschaffung des Proporz.
- Die Wiedereinsetzung des Parlamentes als Souverän des Staates.
- Die Abstandnahme von Geschichtsfälschungen, welche Österreich in eine dem deutschen Volk feindliche Partei einschalten möchten.

Ich glaube, daß heute der letzte Tag ist, an dem wir von Gruppen, sowie von Parteilosen, die sich in unserer Partei zusammen-

gefunden haben, sprechen. Wir sind nun die einige und einheitliche FPÖ mit gleichberechtigten und gleichverpflichteten Mitgliedern, welche sich der Fahne der Freiheit verschworen haben. Sie und wir alle bekennen uns als Freiheitliche, mit und in dem Namen, den wir unserer Partei gegeben haben, zur Idee des Rechtes und zu einer wahrhaft sozialen Ordnung. Hierbei lehnen wir jeden Extremismus ab – ob nach rechts oder links gerichtet – und sehen in einer Politik der Mitte und damit der Vernunft die einzige Möglichkeit, eine Verewigung des verhängnisvollen Systems des Zweiparteienstaates zu verhindern und so Österreich davor zu bewahren, in diesem System engstirniger und mittelmäßiger Parteidiktatur zu verdoern.

Dipl.-Ing. Anton Reinthaller, 1895–1958, leitete in den dreißiger Jahren eine nach ihm benannte Befriedigungsaktion, die ihr Ziel, eine Aussöhnung zwischen »Vaterländischer Front« und Nationalsozialisten herbeizuführen, verfehlte, 1938 Landwirtschaftsminister im Kabinett Seyß-Inquart, 1938–1945 Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium in Berlin, 1945 vom Volksgericht zu mehrjähriger Kerkerstrafe und Vermögensverfall verurteilt, 1952 Einstellung des Verfahrens und Aufhebung des Vermögensverfalls. Gründete 1955 die Freiheitspartei, die sich mit dem VdU zur Freiheitlichen Partei Österreichs zusammenschloß. 1956 zum ersten Bundesparteiobermann der FPÖ gewählt, Wiederwahl 1957.

Wir wollen wieder Elemente der praktischen Politik zur Geltung bringen, die leider aus der Übung gekommen sind:

- Achtung vor dem Andersgesinnten;
- Diskussion auf der Ebene reiner Sachlichkeit;
- Vorrang des Allgemeinwohles vor reinen Parteiinteressen, vor allem aber Sauberkeit, Verantwortung und Würde.

Wir treten ein für die Befreiung der Staatsbürger von jeder kleinlichen Bevormundung durch Organe des Staates und der verschiedenen Körperschaften, ferner von allen kollektivistischen Zwangsmitgliedschaften und vom Gesinnungsterror politischer Parteien.

Höchstes Ziel menschlicher Entwicklung ist der freie Mensch in der freien Gemeinschaft.

Die menschlichen Grund- und Freiheitsrechte müssen auch in unserem Zeitalter der Vermassung als Voraussetzung jedes Lebenssinnes unter allen Umständen gewahrt bleiben.

Das Dritte Reich ging nicht zuletzt an der Mißachtung dieses Grundsatzes zugrunde. Und jedes Regime, das sich an diesem Grundsatz vergeht, mag es sich tausendmal demokratisch oder

volksdemokratisch nennen, wird genau so vergehen. Saturierte, villenbesitzende, Monstergelöhner einschiebende und daher an der Macht klebende Männer können – dies ist unsere Meinung – die Jugend nicht begeistern und zu Leistungen und Opfern ermutigen. Die Jugend zieht es dorthin, wo gerungen und gekämpft wird und ein Kampfziel des Einsatzes wert ist.

Wir National-Freiheitlichen sind in jeder Beziehung Realisten und wollen nichts restaurieren. Den Versuch der Restauration haben jene unternommen, die meinten, im Jahre 1945 fortsetzen zu können, wo sie 1934 oder 1938 aufgehört haben.

Wir fühlen uns als Österreicher und Deutsche dem gesamten Europa verpflichtet. Dieses Europa aber wird nicht geschaffen mit Dollars und Atombomben, durch Verschiebung von Grenzpfählen und durch Massenvertreibungen, mit Handelsverträgen und Geheimabmachungen, sondern nur durch die Erneuerung des Geistes der Menschen.

(Aus den Reden Anton Reinhallers 1956 auf dem Gründungsparteitag in Wien und auf dem 2. Ordentlichen Bundesparteitag 1957 in Klagenfurt.)

Einzelpreis S 1.80 V.b.b. W

DIE NEUE FRONT

Z E I T U N G D E R F R E I H E I T L I C H E N

Aus dem Inhalt:
FPO greift an!
(Seite 2)

REDAKTION UND VERWALTUNG: WIEN III, HETZGASSE 20 POSTSPARKASSENKONTO: WIEN 185.545 / Preis S 22.— vierteljährlich (einschließlich Postgebühren)

Jahrgang / Folge 15 Samstag, den 14. April 1956 Erscheint wöchentlich

Bundesparteitag schließt Organisationsaufbau ab:

Machtvoller Auftakt der FPÖ

Dipl.-Ing. Anton Reinthaller zum Bundesparteiohmann gewählt

Glaube, Treue, Opferbereitschaft: dann gehört uns die Zukunft!“ —das war der Richtspruch bei der „Pirstfeier“ des in kürzester Zeit errichteten Neubaus der FPÖ, die Parole des ersten Bundesparteitages der FPÖ. Mit diesem Tag ging der Wunsch nach Einigkeit und Einheit des national-freihetlichen Lagers in Erfüllung. Die national-freihetliche Bevölkerung hat nun eine politische Heimat, darüber hinaus, dank der unermüdeten Aufbauarbeit in den letzten Monaten, aber auch eine schlagkräftige Parteiorganisation, um ihre Ziele durchzukämpfen und durchzusetzen. Die FPÖ ist zum Wahlkampf bereit!

Mit überwältigender Mehrheit wurde Dipl.-Ing. Anton Reinthaller zum Bundesparteiohmann gewählt. Für Reinthaller stimmten 117 der insgesamt 125 Delegierten. Zu gleichberechtigten Bundesobmann-Stellvertretern wurden NR Dr. Wilfried Gredler, Dr. Heinrich Zechmann und NR Max Stenedebach gewählt.

Der neugewählte Parteiohmann Dipl.-Ing. Reinthaller gab vor den Delegierten des Bundesparteitages Richtlinien für die Parteiarbeit und umriß die Ziele und Aufgaben der FPÖ:

Die Richtlinien der FPÖ

Wir soll die FPÖ beschaffen: Ein achtbarer Politiker West- und Ostlands hat vor kurzem seinen Meinungsfreunden das Wesen einer politischen Partei aufgedeckt. Da diese Worte allgemein bekannt sind, möchte ich die folgenden, daß innerparteiliche Minderheiten den Willen der Mehrheit in der Partei als verbindlich anerkennen.

Eine ständige Opposition, wie sie im Parlament möglich und im Einzelfall sogar wünschenswert sein.

Keiner erhält sein Amt als Lohn oder zur Befriedigung seines Ehrgeizes übertragen. Allen wird mit dem Amt der Auftrag, das in sie gesetzte Vertrauen durch Arbeit und Erfolg zu rechtfertigen, gegeben.



Das Parteipräsidium der FPÖ (von links nach rechts): Bundesobmann-Stellvertreter NR Max Stenedebach, Bundesparteiohmann, Dipl.-Ing. Anton Reinthaller, Bundesobmann-Stellvertreter NR Dr. Wilfried Gredler und Dr. Heinrich Zechmann

Mit dieser Schlagzeile überschrieb das Parteiorgan »Die Neue Front« seinen Bericht über den Gründungsparteitag am 7. April 1956.

»FREIHEITLICH« KAM VON DEN STUDENTEN

von Erwin Hirnschall

Wie viele andere der Gründergeneration bin ich über die Hochschulpolitik zur FPÖ gekommen. Ich studierte seit 1948 an der Wiener Juridischen Fakultät, und die Politik war in diesen Nachkriegsjahren für die Studenten, wie man aus den Wahlbeteiligungen bei den Hochschulwahlen ablesen kann, offensichtlich spannender als heute.

Bis 1950 durften bei Hochschulwahlen nur die Hochschulgruppen der vom Alliierten Rat zugelassenen Parteien (SPÖ, ÖVP, KPÖ) kandidieren, was den ÖVP-Studenten damals eine Zweidrittel-Mehrheit sicherte. Dies führte bei den Hochschulwahlen im Frühjahr 1949 zu einem spontanen Protest, der in der Aktion »Weiße Stimmzettel« große Beachtung fand. An manchen Hochschulen, wie etwa an der TU-Graz, wurden mehr als ein Drittel ungültiger Stimmen abgegeben. Dies führte sowohl zur Änderung der undemokratischen Wahlordnung, als auch zur Bildung oppositioneller Studentengruppen unseres Lagers in allen Hochschulstädten. Anfang 1950 erzählte mir im Hörsaal ein Kollege, daß sich im Café »Fichtehof« die BUS-Studenten (Bund unabhängiger Studenten) treffen. Ich ging hin und fand dort einen Kreis, der sich aus Älteren – es gab damals viele studierende ehemalige Kriegsteilnehmer – und Jüngeren, mehrheitlich Juristen, zusammensetzte. Dort wurde überlegt, wie man bei der Wahl 1951 antreten könnte. Dies geschah dann auf den Wiener Hochschulen mit der nicht sehr aussagekräftigen Listenbezeichnung »Studentische Wahlgemeinschaft«. Als Wahlbudget standen rasch zusammengeschornrte 1.200,- Schilling zur Verfügung, mit denen zwei Flugblätter gedruckt werden konnten. Für Plakate und Zusendungen reichte es nicht mehr. Die politischen Gegner nahmen uns aber die Hauptarbeit der Propaganda ab und machten uns durch ihre Angriffe erst richtig bekannt. Zur Koordination mit den anderen Hochschulstädten fehlte das Geld. Unabhängig von uns hatten sich in Graz, Innsbruck und Leoben Leute gefunden, die etwas Ähnliches machten wie wir. Die Grazer hatten Listen unter BUS (Bund unabhängiger Studenten) eingereicht, die Innsbrucker wieder traten unter der Bezeichnung »Freiheitliche Wahlgemeinschaft« an. Damit kam der Name »Freiheitlich« nach 1945 erstmals ins Gespräch. Lange bevor es den Freiheitlichen Akademikerverband oder eine Freiheitliche Partei Österreichs gab. Trotz dieser schwierigen Startbedingungen und der Zersplitterung sprachen wir aber 15 % der Studenten an und konnten uns der Aufgabe, eine gemeinsame Plattform

zu finden, zuwenden. Im Juni 1952 trafen wir uns auf Einladung des dortigen BUS-Chefs Alexander Götz in Graz zu den abschließenden Einigungsgesprächen. Dem Verein fehlte nur noch der einheitliche Name. Das »freiheitlich« der Innsbrucker fand allgemeinen Anklang, jemand kam noch auf den »Ring«, und damit war der Name »Ring Freiheitlicher Studenten (RFS)« geboren. 1953 konnte dann in allen Hochschulstädten unter dieser einheitlichen Bezeichnung kandidiert werden. Auf Anhieb wurden 32 % der Stimmen und zehn Zentralausschußmandate erzielt, eine Marke, die fast zwei Jahrzehnte lang gehalten werden konnte.

Geheimnis dieses Erfolges war die breite Öffnung, die es in diesen Jahren seitens des RFS gegeben hat. In dem Maße, in dem der RFS durch die spätere Entwicklung das Image bekam, eine bloße Vertretung der National-Freiheitlichen Korporationen zu sein, und sich ideologisch zunehmend verengte, begann der Abstieg, der in den achtziger Jahren sogar unter die Fünf-Prozent-Marke führte und schließlich das Ende des RFS besiegelte.

Das Verhältnis des RFS und seiner Funktionäre zum VdU als politische Vertretung des National-Freiheitlichen Lagers bis 1955 hatte sich nach einer Welle allgemeiner Begeisterung zur Zeit der Nationalratswahl 1949 und der Bundespräsidentenwahl 1951, als unser Präsidentschaftskandidat Univ. Prof. Burghard Breitner mehr als 15 % der Stimmen erzielte, merklich abgekühlt. Der Grund lag bei den internen Schwierigkeiten und Richtungskämpfen des VdU, die bei uns Studenten Verständnislosigkeit und tiefe Frustration auslösten. In Wien führte diese Entwicklung sogar zum offenen Bruch, als die Bundesführung des VdU den bei uns Jungen durchaus beliebten und erfolgreichen Wiener Landesobmann und Nationalratsabgeordneten Dr. Fritz Stüber 1953 aus der Partei ausschloß. Viele RFSler, darunter auch ich, verließen damals den VdU.

Das völlige Scheitern des VdU vor Augen, bemühten wir uns damals wie viele andere in unzähligen Gesprächen um eine Einigung und einen Neubeginn der Dritten Kraft. So kam es, daß ich als damaliger RFS-Vorsitzender und mehrmaliger Spitzenkandidat bei den Hochschulwahlen, den Gründungsauftrag der Freiheitlichen Partei Österreichs mitunterzeichnete und dem Gründungskomitee der Partei angehörte.

Wir Jungakademiker brachten damals in die neue Partei als wertvollsten Beitrag das Markenzeichen »freiheitlich« ein, das durch unsere erfolgreiche Arbeit auf

Dr. Erwin Hirnschall, Jg. 1930, Bundesvorsitzender des Ringes Freiheitlicher Studenten 1954–1956, 1955 jüngstes Mitglied des zur Gründung der FPÖ gebildeten Bundesproponentenkomitees, seit 1964 Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates, Spitzenkandidat 1969 und bei allen folgenden Gemeinderatswahlen in Wien, Klubobmann der Gemeinderatsfraktion seit 1971, Vorsitzender des Kontrollausschusses seit 1978. Von 1983 an geschäftsführender Landesparteiobmann, 1987 zum Landesparteiobmann der FPÖ-Wien gewählt.

Hochschulboden, wo wir unbeeinflusst vom Niedergang des VdU unsere 30%-Marke gehalten hatten, in der Öffentlichkeit einen guten Klang hatte. Nicht minder wertvoll waren in der Folge für die FPÖ die personellen Ressourcen, die sie aus dem RFS schöpfen konnte. Viele Spitzenfunktionäre des RFS haben später wichtige Führungsaufgaben in der Partei übernommen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier Alexander Götz, Hans Richard Bogner, Peter Wrabetz, Waldemar Steiner, Friedhelm Frischenschlager, Helmut Krünes, Norbert Steger, Holger Bauer, Rainer Pawkowicz oder Norbert Gugerbauer erwähnt.

In den sechziger und siebziger Jahren wurde der »Attersee-Kreis« eine wichtige Plattform der Begegnung zwischen Partei und freiheitlichen Jungakademikern, der die FPÖ nicht nur mit der Gedankenwelt der kritischen Jungen konfrontierte, sondern auch viele davon als Vorläufer späterer Quereinsteiger in die Partei integrierte. Mit dem Abstieg des RFS versiegte auch diese Quelle von Talenten. Vielleicht gelingt es der vor zwei Jahren gegründeten Freiheitlichen Studenteninitiative (FSI), wieder an die positive Tradition des RFS der frühen Jahre anzuknüpfen.



GEDÄCHTNISPROTOKOLL ÜBER EIN GESPRÄCH (22. FEBRUAR 1974)

mit Emil van Tongel (1902–1981)

Die Einigungsbestrebungen begannen im Frühjahr 1954 mit Rücksicht auf die im Oktober desselben Jahres fälligen Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen. Ziel war die Herstellung einer Einheitsfront zwischen dem Wiener VdU und der Dissidentengruppe des Dr. Stüber. In dem Kreis, der sich hier einschaltete, hatte Dr. Arnulf Humer (Rechtsanwalt) den Vorsitz. Ferner gehörten ihm an: Stendebach, Strachwitz, Ursin und Tongel. Der Einigungsversuch scheiterte am Widerstand des Wiener VdU. Folge war das katastrophale Wahlergebnis mit dem Verlust der politischen Vertretung des VdU im Wiener Gemeinderat. Der Arbeitskreis setzte seine Tätigkeit fort und nahm mit Ing. Reinthaller Fühlung auf. Die Verbindung kam über Dr. Fritz Butschek zustande. Um Reinthaller zu einem Wiedereintritt in die Politik zu bewegen, soll angeblich Bundeskanzler Raab eingeschaltet worden sein, und zwar über den ehemaligen Gesandten Theodor Hornbostel. Raab hatte Reinthaller geraten, er solle sich mit Auftriebs-elementen umgeben. Dabei seien von ihm Gredler, Tongel und Butschek genannt worden.

Im Februar 1955 wurde unter Reinthallers Vorsitz die Freiheitspartei gegründet. Maßgebende Exponenten waren Tongel, Peter, Butschek, Gredler hielt sich im Hintergrund. Erste Landesgruppen der Freiheitspartei entstanden in Oberösterreich, Kärnten und in der Steiermark. Die Einigungsbestrebungen verliefen zunächst ergebnislos, traten aber mit Rücksicht auf die im Oktober fälligen Landtagswahlen in Oberösterreich allmählich doch in ein konkretes Stadium. Ein erstes wichtiges Gespräch fand am 8. September 1955 zwischen Tongel und Gredler statt. Gredler hatte Tongel um eine finanzielle Überbrückungshilfe ersucht, damit die Gehälter in der VdU-Bundesleitung ausbezahlt werden können. Tongel gab diesem Ersuchen statt. Ein weiteres Gespräch führte Tongel am 13. September mit Kandutsch. Er legte ihm die Satzungen für eine neue Partei und das Kurzprogramm vor, beidem stimmte Kandutsch zu. Das Gespräch sei mit der Zustimmung von Dr. Kraus, aber gegen den Willen von Stendebach geführt worden.

Am 16. September einigten sich Reinthaller, Tongel und Kandutsch, bei der oberösterreichischen Landtagswahl unter der Listenbezeichnung »Freiheitliche Wahlgemeinschaft« zu kandidieren.

Am 7. Oktober wurde bei einer großen Besprechung in Linz – sie dauerte von 11 Uhr vormittag bis 19 Uhr abend – zwischen Reinthaller, Tongel, Stendebach und Kandutsch vereinbart, am 17. Oktober in Wien ein Proponentenkomitee zu



Das legendäre »Katzplakat«, das viel zum FPÖ-Erfolg bei der Nationalratswahl 1959 beitrug.

bilden. Es sollte die Basis für die neue Freiheitliche Einheitspartei sein. Für den Vorsitz konnte General a. D. Rainer gewonnen werden, Stellvertreter sollte Reinthaller, Stendebach und Gredler sein.

Am 7. April fand im »Weißen Hahn« in der Wiener Josefstadt der Gründungsparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs statt. Am 8. April beschlossen VdU und Freiheitspartei ihre Auflösung. Die erste Großkundgebung mit Reinthaller fand am 9. April im Hotel Wimberger statt.

Nach der Nationalratswahl am 13. Mai gab es ein Gespräch zwischen Reinthaller, Tongel und Gredler auf der einen Seite, sowie Raab und Kamitz auf der anderen Seite. Die FPÖ-Vertreter wurden vom Bundeskanzler über die geplante Ausgabe von Volksaktien informiert. Der erste Kontakt mit dem Bundeskanzler wegen der Aufstellung eines gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten fand am 12. Februar 1957 statt. Der Vorschlag, Prof. Denk zu nominieren, kam von Bundeskanzler Raab.

Tongel vertritt die Meinung, daß der VdU 1955 am Ende war, und es daher unerlässlich notwendig gewesen sei, ein neues Auffangbecken zu schaffen. Der VdU hätte am 13. Mai 1956 keine sechs Mandate mehr erhalten.

Dr. Emil van Tongel, 1902–1981, in der Ersten Republik Wiener Obmann der Großdeutschen Volkspartei, 1955/1956 als rechte Hand Anton Reinthallers einer der Mitbegründer der FPÖ, erster Bundesreferent für Finanzen, Presse und Propaganda, von 1964 bis 1970 Klubobmann der FPÖ-Nationalratsfraktion. Experte für Verfassung und Geschäftsordnung des Nationalrates.

DER FREIE MENSCH IN DER GEMEINSCHAFT

Jörg Kandutsch (1920–1990)

Die FPÖ nennt sich mit voller Bewußtheit eine Partei des sozialen Fortschrittes. Sie ist in diesem Bekenntnis nicht einzigartig, denn im Grunde versucht jede Partei, eine zeitgemäße Antwort auf die sozialen Probleme zu finden. Selbst die großen weltweiten Auseinandersetzungen stehen unter dem Gesichtspunkt des Ringens um soziale Gerechtigkeit.

Die scharfe Trennungslinie, die unsere Erdkugel in eine Welthälfte der Freiheit und in eine Hemisphäre der Unfreiheit trennt, verläuft dort, wo man sich auf der einen Seite zum Ideal der Demokratie und auf der anderen Seite zur Praxis der Diktatur bekennt. Diese geistige Demarkationslinie grenzt aber keineswegs ideell geschlossene Lebensräume voneinander ab. Während der in der Unfreiheit lebende Mensch eine sehr bestimmt umrissene Vorstellung von der Freiheit besitzt, ist ihre Verwirklichung im allein positiven Sinne dort schwieriger, wo dem geistigen und politischen Ringen durch die Gewalt von Polizeistaaten unüberwindliche Schranken nicht aufgerichtet sind.

Die Gegner einer wirklich befriedigenden Wirtschafts- und Sozialordnung sind aber auch in unserer Zone sehr mächtig. Einmal ist es die geistige Trägheit vieler Menschen, und zwar nicht nur solcher, die in der Masse stehen, sondern auch Angehöriger der sogenannten Führungsschicht, die an Formen des gesellschaftlichen Aufbaues festhalten wollen, welche schon jetzt völlig überholt sind, von dem, was uns die zweite, industrielle Revolution bringen wird, ganz zu schweigen. Es sind die politischen Parteien, die aus dem Selbsterhaltungstrieb an der Macht kleben und jeder geistigen Umstellung, die an ihre Dogmen rührt, reaktionär gegenüberstehen.

Es ist die traditionelle Belastung unseres Denkens, das mit einem Jahrhundert sozialer Kämpfe nicht so schnell fertigwerden kann. So sind die täglich gebrauchten Begriffe verworren und bedürfen einer Klärung, ehe wir sie weiter gedankenlos verwenden. Wir sagen: Der Kapitalismus ist tot! Wir sagen ebenso oft: Der Sozialismus hat sich als Idee und Wirklichkeit selbst erledigt! Beides stimmt nicht. Der Kapitalismus als eine Wirtschaftsform, in der sich das Kapital und das Recht, darüber zu disponieren, in den Händen von schöpferisch denkenden Einzelmenschen befinden, steht überhaupt erst am Anfang seiner Geschichte. Die Idee des Sozialismus aber ist gerechtfertigt, wenn die dienende Funktion der Wirtschaft am Menschen, das heißt der soziale Sinn jeder wirtschaftlichen Betätigung, gültige Richtlinie wird. Und was wir heute

erleben, ist eine Synthese zwischen wirtschaftlichem und sozialem Denken, welches einst ganz unorganisch zerlegt und gegeneinander gerichtet war. Nur das organische Denken ist das richtige Denken. Es bedeutet, daß der Teil sinnvoll dem Ganzen eingeordnet werden muß. Der Klassenkampf stammte aus einer Periode der geistigen und gesellschaftlichen Entartung. Er ist aber nicht, wie Marx predigte, ein Gesetz der menschlichen Geschichte. Der Kampf der verschiedenen Funktionsträger in der Wirtschaft um den besseren Platz an der Sonne, oder anders ausgedrückt, um den größeren Anteil am gemeinsam geschaffenen Sozialprodukt, schafft Benachteiligung, Unrecht und damit Unfreiheit. Klassenparteien, wie sie die beiden Regierungsparteien in Österreich darstellen, sind daher Parteien, die ihrer inneren Struktur nach niemals geeignet sind, dem Menschen eine umfassende und ungeteilte Freiheit zu bringen. Denn eines ist klar: Die politische Freiheit für sich allein genommen reicht nicht aus, damit das entstehe, was das Ziel unserer Politik ist: Eine freie Persönlichkeit, die sich ihrer Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft voll bewußt ist.

Gemeinschaftsdenken hat mit sozialer Romantik nichts zu tun. In ihm lebt ein stark idealistischer Impuls, der den Gemeinschaftsnutzen vor den Eigennutz stellt. Jede wirtschaftliche, rein rationalistisch angestellte Überlegung führt aber auch zum gleichen Ergebnis. Die Freiheitliche Partei Österreichs sieht in der Sozialpolitik keine spezielle Wissenschaft der Politik, sondern Grundriß, Orientierung und Ziel ihrer Politik schlechthin. Diese Einstellung findet ihren klaren Niederschlag in den Grundsätzen ihres Sozialprogramms, die wir nachstehend veröffentlichen:

1. Die FPÖ bekennt sich zur Gemeinschaft des Volkes als nationale und soziale Einheit.

2. In der Beziehung von Mensch und Gemeinschaft bekennt sich die FPÖ zu einem ausgewogenen Maß von Rechten und Pflichten. Sie verlangt, daß der Gemeinschaft gegeben wird, was ihr zukommt und daß dem Einzelmenschen gebührt, was er zu seiner Entfaltung als freie Persönlichkeit braucht. Die Wege und Mittel zu dieser Entwicklung sind:

a) Das Gefühl der gleichen menschlichen Wertigkeit als Glied der Volksgemeinschaft,

b) wirtschaftliche und soziale Wertung nach Fähigkeit und Leistung,

c) das Recht auf ungeschmälernten Leistungslohn, auf Arbeit, familiengerechte Wohnung und sozialen Schutz im Falle der Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und im Alter.

Dr. Jörg Kandutsch, 1920–1990, 1949 Parteisekretär des VdU in der Steiermark, seit 1953 Abgeordneter zum Nationalrat, 1956 Obmann des Rechnungshofausschusses, Bundessozialreferent, 1963–1964 Klubobmann der FPÖ-Nationalratsfraktion, Landesparteiobmann der FPÖ Steiermark, Präsident des Rechnungshofes 1964–1980, 1980–1982 oberster Chef der begleitenden Kontrolle beim Bau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses (AKH).

d) Unbehinderter gesellschaftlicher Aufstieg nach Begabung, Leistung und Persönlichkeit,

e) das Recht für jedermann, freies und durch die Rechtsordnung gesichertes privates Eigentum und Besitz (Anteil) an wirtschaftlichen Unternehmen und Kapital zu erwerben.

3. Die FPÖ bekennt sich zu einer Neufassung des Besitzbegriffes und zu einer Neuordnung des mit dem Besitz verbundenen Rechtes seiner Verwendung.

Der Besitz an wirtschaftlichen Unternehmungen und Produktionsmitteln muß mit der Pflicht verbunden sein, sie im Interesse des Gemeinnutzes zu verwenden.

Die private Eigentumsordnung ist Voraussetzung für dauernde politische und wirtschaftliche Freiheit des einzelnen Menschen. Sie wird nur dann gegen Kollektivismus siegen, wenn auch ihre soziale Überlegenheit durch einen ständig steigenden Lebensstandard sichtbar wird.

4. Die FPÖ bekennt sich zum System der sozialen Marktwirtschaft, weil sie die Wirtschaftsform ist, in der die schöpferischen Kräfte des Menschen in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit mit seinen sozialen Ansprüchen und Bedürfnissen am besten verbunden werden. Sie kann in diesem Sinne funktionieren, wenn

a) der Staat seinen unmittelbaren Einfluß auf den Wirtschaftsprozess auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt,

b) der Staat unablässig bemüht ist, eine auf das Gemeinwohl ausgerichtete Wirtschaftsgesinnung zu schaffen,

c) der Staat gegen Kartell- und Monopolbildung auftritt und den Wettbewerb als Motor der Wirtschaft wiederherstellt,

d) der Staat den sozialen Schutz für jene Bevölkerungskreise schafft, die konstitutiv zu den wirtschaftlich schwächeren zählen. Vor allem ist die weiteste Streuung des Eigentums in die Hände vieler einzelner an Stelle der privaten oder staatlichen Kapitalkonzentration unerläßliche Bedingung für die Schaffung einer befriedigenden Wirtschaft und Sozialordnung.

5. Die FPÖ lehnt den Klassenkampf als ein gemeinschaftszerstörendes Prinzip ab und bekennt sich zur Zusammenarbeit der Sozialpartner auf allen Ebenen. Die FPÖ bejaht deshalb die Betriebsdemokratie in Form der Betriebspartnerschaft zwischen den Unternehmen und ihren Mitarbeitern.

Die Bildung lebensfähiger Gemeinschaften muß sowohl von oben als auch von unten her erfolgen. Soll aber ein Organismus in seiner Gesamtheit funktionieren können, braucht er für jedermann überschaubare Lebens- und Leistungsbereiche, die als Zellen zum Ganzen gefügt werden können. Dies geschieht

a) im Betrieb durch das Mitbestimmen, Mitverantworten und Mitverdienen, der zu Mitarbeitern erhobenen Arbeiter und Angestellten,

b) durch jede erdenkliche Förderung der Familie,

c) durch weitgehende Autonomie der kleinen Verwaltungseinheiten,

d) durch die freie, von den politischen Parteien unabhängige Vertretung der Gruppeninteressen, deren notwendige und wertvolle Tätigkeit dem Gesamtinteresse des Volkes untergeordnet werden muß.

(Aus einem Beitrag in der Sozialpolitischen Rundschau der »Neuen Front« vom 18. April 1956.)

WIENER überparteiliches KOMITEE
BUNDESPRÄSIDENTENWAHL 1957

BUNDESPRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDAT

Prof. Dr. Wolfgang **Denk**

kommt nach

FAVORITEN

in die

Wählerversammlung

Freitag den 3. Mai 1957, um 19 Uhr
im SOKOLSAAL
Wien X, Ethenreichgasse 25

Es sprechen:

Nat. Rat **Jörg KANDUTSCH**

Bundeskanzler **Ing. Julius RAAB**

Herausgeber, Eigentümer u. Verleger: Wiener überparteiliches Komitee, Bundespräsidentenwahl 1957
f. d. Inhalt verantwortlich Herold, Wien X, Erlackgasse 87

Dieses Dokument, das Julius Raab und Jörg Kandutsch als gemeinsame Wahlkämpfer ausweist, hat Seltenheitswert.

WEDER NEINSAGER - NOCH BERUFSOPPOSITION

von Gustav Zeillinger

Ein Blick zurück nach 35 Jahren aktiver Politik, davon 25 Jahre im Parlament mit – laut Statistik – 306 Reden (Zwischenrufe nicht mitgezählt). Abstimmungsniederlagen mußten weggesteckt werden, sehr oft beschlossen die beiden Koalitionsparteien einige Zeit später genau das als ihren eigenen Antrag, was sie vorher als FPÖ-Initiative abgelehnt hatten. Die zeitweise auf fünf Mann geschrumpfte FPÖ-Fraktion ließ sich nie entmutigen, blieb neben der Kontrolle weiterhin initiativ, und viele bedeutende Gesetze trugen freiheitliche Handschrift.

So etwa die notwendig gewordene Heeresreform, zu der schon 1963 der Abgeordnete Kindl den sechsmonatigen Grundwehrdienst zuzüglich Übungen vorgeschlagen hatte. Die Koalition lehnte ab, Kreisky gewann mit dem Wahlschlager »sechs Monate sind genug« erstmals eine Nationalratswahl, mußte dann aber, um das Gesicht zu wahren und das Milizsystem zu erreichen, auf den FPÖ-Vorschlag zurückgreifen.

Gegen den Widerstand der Koalitionsparteien vertrat Klubobmann Dr. Gredler schon vor über drei Jahrzehnten die Annäherung Österreichs an die Europäische Gemeinschaft. Viel zu spät erkannten ÖVP und SPÖ, die lange Jahre gegen den EG-Beitritt waren, ihre Fehleinschätzung: Österreich steht noch immer vor der Tür der EG. Die heute bereits selbstverständliche Fragestunde vor jeder Parlamentssitzung ist auf eine Initiative des Klubobmannes der FPÖ-Nationalratsfraktion, Dr. Emil van Tongel zurückzuführen. Auch die Volksanwaltschaft, längst eine allgemein anerkannte Institution, geht auf Initiativen der Freiheitlichen zurück. In Gesprächen mit der SPÖ konnte zuerst deren Zustimmung dafür erreicht werden, daß die FPÖ, gleichberechtigt mit beiden anderen Parteien, einen der drei Volksanwälte stellt.

Die Reihe jener Initiativen der Freiheitlichen, die diese trotz ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit durchsetzen konnten, ließe sich noch lange fortsetzen. Ich kann jedem politisch Interessierten nur Bücher wie von Dr. Viktor Reimann »Die Dritte Kraft« oder von Dr. Kurt Piringer »Die Geschichte der Freiheitlichen« als Lektüre empfehlen. Ich will meinerseits nur noch auf eine wichtige Forderung und Initiative der Freiheitlichen zurückkommen, heute fast vergessen, seinerzeit eine Überlebensfrage: die Wahlrechtsreform.

Es ist der Öffentlichkeit heute kaum noch bewußt, daß wir – zuerst VdU, dann FPÖ – für einen Sitz im Nationalrat doppelt soviel Stimmen aufbringen mußten wie ÖVP und SPÖ. Zur Erläuterung die letzte Nationalratswahl nach altem Recht 1970: Wir Freiheitlichen benötigten für

ein Mandat 50.856 Wählerstimmen, die ÖVP nur 26.305, die SPÖ sogar nur 22.593! Mit diesem den Gleichheitsgrundsatz Hohn sprechenden Wahlgesetz wollten sich die beiden Koalitionsparteien ihre Mehrheit im Parlament für alle Zeiten sichern. Ich kam zur Überzeugung, daß eine Lösung dieses für die dritte Kraft so wichtigen Problems nur durch Offenhalten der Gesprächsbasis nach beiden Seiten möglich sein wird. Unsere Wahlerfolge im Jahre 1949, damals noch als VdU, schockten beide anderen Parteien. Sie konnten zwar die Mandate in Gemeinden und Landtagen nicht verhindern, »bestrafen« uns aber durch Vorenthalten der Ressorts in Landesregierungen oder Stadtensaten. Nun bin ich auch der Meinung, daß wir nie eine Neinsager-Partei oder Berufsoption sein, sondern durch gute Ressortführung Wähler überzeugen und eigene Ideen durchsetzen sollten. Das haben wir in Salzburg bereits 1953 vorexerziert: Wir wollten die Koalition sprengen und boten der ÖVP in der Landeshauptstadt Salzburg erstmals den Bürgermeister an. Die lokale ÖVP war einverstanden, aber die Bundes-ÖVP legte ihr Veto ein. Daraufhin verhandelten wir mit den Sozialisten, die für die Ermöglichung eines SPÖ-Bürgermeisters (durch Stimmenthaltung) die Unterstützung der Ressortwünsche der Freiheitlichen anerkannten. So kam die erste Parteienvereinbarung mit der SPÖ zustande, die mir den Namen Linksverbinder eintrug. Die auf Bundesebene jahrelang mit der ÖVP erfolglos geführten Gespräche über ein gerechtes Wahlrecht führten anlässlich der Bundespräsidentenwahl 1957 zu einem scheinbaren Erfolg. Die Freiheitlichen erklärten sich bereit, den von der ÖVP aufgestellten Kandidaten zu unterstützen, im Gegenzug verpflichtete sich die ÖVP in einer schriftlichen Vereinbarung bis 31. 10. 1957 das Wahlgesetz gemeinsam mit der FPÖ zu ändern. Obwohl diese Vereinbarung ohne jeden Bezug auf den Wahlausgang abgeschlossen war, erinnerte sich die ÖVP nach der Wahl nicht mehr an ihre Zusage.

Anlässlich meines Aufenthaltes 1959 und 1960 als Mitglied der Südtirol-Kommission bei der UNO nahm ich mit dem damaligen Außenminister Dr. Kreisky wieder

das Gespräch über eine Wahlrechtsreform auf. Die Gespräche wurden in Wien durch Delegationen unter den Parteiobmännern Friedrich Peter und Dr. Bruno Pitterman fortgesetzt und es kam zur SPÖ-Zusage, das Wahlrecht zumindest durch ein einfaches Gesetz im Sinne des FPÖ-Vorschlages zu ändern. Diese Zusage wiederum scheiterte dann an der parteiinternen SPÖ-Krise. Vor der bereits eingangs erwähnten Nationalratswahl 1970 beriet die

Gustav Zeillinger, Jg. 1917, 1949 von der Gründung des VdU an politisch tätig, 1950–1965 Landesverbandsobmann des VdU bzw. Landesparteiobmann der FPÖ-Salzburg. 1953–1977 Abgeordneter zum Nationalrat, Mitglied des Landesverteidigungsrates, Obmann des Justizausschusses, Mitglied der österreichischen Strafrechtskommission. Als erster zum Volksanwalt gewählt, Amtszeit 1977–1983.

FPÖ-Führung eingehend eine Wahlaussage mit dem Schwerpunkt »Kein roter Bundeskanzler, kein schwarzes Österreich«. Getreu meiner Linie, nach beiden Seiten offen zu bleiben, Wahlrechtsreform und Koalitionsmöglichkeiten im Auge zu behalten, bekämpfte ich diesen Antrag, fand aber nur bei Dr. van Tongel Unterstützung. Mit 12 Stimmen wurde diese Aussage im Bundesvorstand beschlossen und dann auch von der Bundesparteileitung bestätigt. Ein schwerer Fehler, worüber sich einige Monate später fast alle einig waren. Denn bei der Wahl im März 1970 errang zu aller Überraschung die SPÖ die relative Mehrheit.

In dieser Wahlnacht gab es weitere Überraschungen. ÖVP-Obmann Dr. Klaus schloß spontan eine kleine Koalition mit der FPÖ aus, die SPÖ wollte die allgemein als untragbar empfundene große Koalition nicht wieder aufnehmen, die FPÖ hatte durch ihre Aussage eine Regierungsbeteiligung unter einem SPÖ-Kanzler ausgeschlossen. In dieser Situation bot Kreisky noch in der Nacht die Einlösung der SPÖ-Zusage auf Änderung des Wahlrechts ohne jede weitere Bedingung an. Ein Angebot, das eine verantwortungsbewußte Führung der Freiheitlichen gar nicht ablehnen konnte, nachdem sie 20 Jahre um Wahlgerechtigkeit gekämpft hatte. Der 26. November 1970 sollte ein Gedenktag der Freiheitlichen sein, jener Tag, an dem im Nationalrat von SPÖ und FPÖ das demokratisch gerechte Wahlrecht beschlossen worden ist. Von da ab brauchte und braucht jede Partei nur mehr rund 25.000 Stimmen für ein Mandat.

Unverständlicherweise war die ÖVP auch bei dieser Abstimmung bei Ihrem »Nein« geblieben. Dennoch sollten die Freiheitlichen in gleicher Weise offen zu Gesprächen mit anderen Parteien sein.

In richtiger Erkenntnis der Stimmung in der Öffentlichkeit hat FPÖ-Bundesparteiohmann Dr. Jörg Haider den Gedanken der Erneuerung aufgegriffen und damit jeden FPÖ-Mandatar verpflichtet. Es gilt, nicht nur Vorschlägen anderer Parteien zuzustimmen oder diese abzulehnen.

Es müssen, dem Programm der FPÖ und dem Wählerwillen entsprechend, neue Ideen entwickelt, Vorlagen ausgearbeitet werden. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse brauchen die Freiheitlichen dazu, wie in der Vergangenheit, die Zustimmung auch anderer Abgeordneter. Kontakte und Gespräche mit diesen werden daher auch in Zukunft notwendig sein.

Karikatur: Bernhard Hütter



DIE ALTE GESCHICHTE VON »LIBERAL« UND »NATIONAL«

von Klaus Mahnert

Älter als die Freiheitliche Partei ist die Behauptung, das dritte Lager Österreichs bestehe aus zwei Flügeln oder Gruppen, einer nationalen und einer liberalen, die sich mit wechselnder Stärke und Intensität in den Haaren liegen. Mag diese Behauptung auch für den VdU zutreffen, besonders in seiner letzten Phase, mag es auch in der FPÖ gelegentlich Geplänkel oder auch Auseinandersetzungen gegeben haben – ich habe mich immer dagegen gewehrt; gegen die übertreibende Behauptung, wie auch gegen Ansätze, die dieser Behauptung Berechtigung verleihen könnten.

Sicher ist es so, daß ein politischer Mensch ein Hauptmotiv hat, sich einer politischen Bewegung anzuschließen. So wie für mich dieses Hauptmotiv in meiner nationalen Grundhaltung lag, so war es bei anderen etwa der Europa-Gedanke oder eben die »liberale« Überzeugung. Mir erschienen jedoch »liberal« und »national« (wir kommen um die Verwendung dieser Begriffe nicht herum, auch wenn sie historisch belastet und vielfach interpretierbar sein mögen) nie als Gegensätze, sondern als zwei Pole, die sich gegenseitig bedingen und ergänzen, als die Anwendung des Freiheitsbegriffes auf zwei verschiedenen Ebenen. Bei einer Tagung der Deutschen Burschenschaft im Februar 1977 in Berlin, bei der mir als Thema »Das freiheitliche Menschenbild« gestellt wurde, habe ich das so ausgedrückt: »Die persönliche Freiheit ist für uns nicht nur die Freiheit des Geistes des Wortes und der Schrift, all das, was man unter dem Begriff der angeblich verbrieften bürgerlichen Freiheitsrechte zusammenfaßt, die persönliche Freiheit bedeutet uns die Freiheit, unsere positiven Anlagen zu entwickeln, uns als Persönlichkeit zu entfalten, unserem inneren Gesetz zu folgen, den Platz in der Gemeinschaft durch unsere Leistung selbst zu bestimmen. Die Freiheit der Gemeinschaft, in die wir gestellt sind, die Freiheit unseres Volkes bedeutet nichts anderes, als für dieses Volk ebenso das Recht zur Entfaltung und Entwicklung zu fordern, im friedlichen Wettstreit mit den anderen Völkern unsere Lebensrechte zu wahren, ja, die Freiheit, uns als eine große Gemeinschaft zu fühlen, die durch Grenzen wohl in ihrer Organisationsform, nicht aber im geistigen Zusammenhalt, in der geistigen Zusammengehörigkeit getroffen werden kann. Den moralischen Anspruch auf unsere persönliche Freiheit und die Freiheit unseres Volkes aber wollen wir unterbauen durch die Anerkennung des Freiheitsanspruches des Mitmenschen und des Mitvolks. Das ist mehr als Toleranz, mehr als ein »Dulden« des anderen, es ist die

Verpflichtung, auch für die Freiheit der anderen einzutreten, ist ein Teil unseres freiheitlichen Menschenbildes.« (Zitiert nach den »Burschenschaftlichen Blättern«, Juni 1977).

Eine politische Grundhaltung erfordert Umsetzen in politisches Handeln. Zwei Aufgaben nationaler Politik lagen auf der Hand: die Erhaltung der geistigen und kulturellen Einheit mit dem deutschen Gesamtvolk und die Südtirolfrage. In beiden Fragen hatte sich schon im VdU wie später in der FPÖ der unvergeßliche Professor Dr. Helfried Pfeifer größte Verdienste erworben. Er hatte sich gründlich und wissenschaftlich mit der Frage einer »österreichischen Nation« auseinandergesetzt. Wir sahen in ihrer Propagierung den Versuch, die antideutsche Einstellung zu fördern – historisch gesehen, war diese unsere Sorge nur zu begründet, denn dieser antideutsche Aspekt stand sicher Pate, als die Kommunisten als erste mit diesem Begriff operierten. Viel später hat Jörg Haider in seiner unnachahmlichen Fähigkeit, Kernfragen plakativ bewußt zu machen, dieser Einschätzung erneut Ausdruck gegeben.

Die Südtirol-Frage war für uns immer eine vordringliche Aufgabe. Daß es sich um eine eminent nationale Aufgabe handelt, wird deutlich durch ein Wort Magnagos auf einer Veranstaltung in Graz, an das ich oft und oft erinnert habe: »Die allgemeine Demontage des Nationalgefühls, die nach dem zweiten Weltkrieg besonders im deutschen Sprachraum um sich griff, die können wir Südtiroler uns nicht leisten, da wir ansonsten binnen kurzer Zeit unsere Existenz als Volksgruppe verlieren würden.« Schon Pfeifer hatte die Internationalisierung des Problems gefordert, ich konnte nach ihm viele Jahre als Südtirol-Sprecher seine Linie fortsetzen, Gustav Zeillinger erwarb sich als Mitglied der UNO-Delegation im entscheidenden Jahr 1961 große Verdienste, nach mir waren Otto Scrinzi und Siegfried Dillersberger äußerst aktive und engagierte Verfechter der Rechte der Südtiroler. Das entscheidende Ziel der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes wurde in keiner Phase aus den Augen verloren.

Mir schien eine weitere Aufgabe unlösbar mit nationaler Politik verbunden: die Einigung Europas.

In den ersten Jahren der FPÖ gab es noch eine gewisse Europa-Euphorie. Wir hatten sie auch aus der Gefangenschaft mitgebracht. Ich erinnere mich an viele Gespräche hinter Stacheldraht, in den amerikanischen Internierungslagern Heilbronn, Ludwigsburg, Dachau, Glasenbach, in denen wir uns den Kopf zerbra-

Klaus Mahnert, Jg. 1913, seit 1931 Mitglied der NSDAP, Haft im Anhaltelager Wöllersdorf, 1938 Gauinspektor für Tirol und Vorarlberg, 1940 Kreisleiter, Jänner 1945 Leiter der Kanzlei Gauleiter Hofers in Innsbruck. Stellte sich freiwillig den alliierten Besatzungsmächten, 1947 vom Volksgericht zu elf Jahren Kerker verurteilt, 1949 Begnadigung, 1957 Tilgung des Urteils. 1959–1973 Landesparteiobermann der FPÖ-Tirol, 1959–1966 Abgeordneter zum Nationalrat. Südtirolsprecher, Experte für Schulfragen und Kulturpolitik.



Tiroler Wahlplakat der FPÖ

anderen Völkern macht, dessen Leistung allen zugute kommt. Und dieser Weg konnte nur – so meinten wir – zu einem vereinigten Europa führen. So dachten wir nicht nur in den Lagern, Europa war wohl in diesen ersten Nachkriegsjahren die große Hoffnung auf eine bessere, vor allem friedliche Zukunft. Europa war ein Ziel, das damals noch Emotionen weckte. Für mich, der ich einer Generation angehöre, für die die erste Republik noch der Staat gewesen war, »den keiner wollte«, wies diese europäische Aufgabe aber auch den Weg zu einem neuen Österreichbewußtsein. Hatte doch das alte Österreich in Jahrhunderten seine Fähigkeit und das nötige Einfühlungsvermögen bewiesen, verschiedene Völker zu gemeinsamen Aufgaben zusammenzufassen.

Und noch eine Überlegung: Bot ein vereinigtes Europa allein seinen Völkern die Sicherheit, sich in Frieden zu behaupten und zu entwickeln, so konnte umgekehrt das ersehnte Europa nicht auf die Eigenart, die kulturelle Kraft, auf die Vielfalt seiner Völker verzichten.

Der politische Schriftsteller Prinz Anton Rohan hat Jahre später einem Buch den Titel gegeben »Österreichisch – Deutsch – Europäisch«. Dieser Dreiklang mußte doch in Harmonie möglich sein. So bemühte ich mich, in der Partei eine Sprachregelung durchzusetzen, die diesem Gedanken Rechnung trug. Bei einer Klausurtagung des Bundespartei Vorstandes in Bad Gastein 1962 legte ich einen Entwurf vor, der die national-europäische Synthese zum Inhalt hatte. Er wurde einstimmig angenommen. Nach kurzen Definitionen der Begriffe »national«, »nationale Politik«, »Volk«, »Nation«, nach der Unterscheidung zwischen Volk und

Staat kamen wir zu dem Ergebnis, daß das Ziel nationaler Politik in der Vergangenheit, die Schaffung von Nationalstaaten, also die räumliche Deckung von Volk und Staat, durch neue Ziele abgelöst worden sei.

chen – Zeit hatten wir ja –, ob es nach dem tiefen Sturz wieder einen Weg nach oben geben könne, nicht für uns persönlich, sondern für das am Boden liegende, hungernde, besetzte deutsche Volk in allen seinen Teilen. Und da taucht immer wieder der Gedanke auf, dieses Volk müsse in Zukunft einen Weg gehen, der es aus einem Konkurrenten, ja einer Bedrohung zum Partner für gemeinsame Aufgaben mit den an-

deren Völkern macht, dessen Leistung allen zugute kommt. Und dieser Weg konnte nur – so meinten wir – zu einem vereinigten Europa führen. So dachten wir nicht nur in den Lagern, Europa war wohl in diesen ersten Nachkriegsjahren die große Hoffnung auf eine bessere, vor allem friedliche Zukunft. Europa war ein Ziel, das damals noch Emotionen weckte. Für mich, der ich einer Generation angehöre, für die die erste Republik noch der Staat gewesen war, »den keiner wollte«, wies diese europäische Aufgabe aber auch den Weg zu einem neuen Österreichbewußtsein. Hatte doch das alte Österreich in Jahrhunderten seine Fähigkeit und das nötige Einfühlungsvermögen bewiesen, verschiedene Völker zu gemeinsamen Aufgaben zusammenzufassen.

Und noch eine Überlegung: Bot ein vereinigtes Europa allein seinen Völkern die Sicherheit, sich in Frieden zu behaupten und zu entwickeln, so konnte umgekehrt das ersehnte Europa nicht auf die Eigenart, die kulturelle Kraft, auf die Vielfalt seiner Völker verzichten.

Der politische Schriftsteller Prinz Anton Rohan hat Jahre später einem Buch den Titel gegeben »Österreichisch – Deutsch – Europäisch«. Dieser Dreiklang mußte doch in Harmonie möglich sein. So bemühte ich mich, in der Partei eine Sprachregelung durchzusetzen, die diesem Gedanken Rechnung trug. Bei einer Klausurtagung des Bundespartei Vorstandes in Bad Gastein 1962 legte ich einen Entwurf vor, der die national-europäische Synthese zum Inhalt hatte. Er wurde einstimmig angenommen. Nach kurzen Definitionen der Begriffe »national«, »nationale Politik«, »Volk«, »Nation«, nach der Unterscheidung zwischen Volk und

Staat kamen wir zu dem Ergebnis, daß das Ziel nationaler Politik in der Vergangenheit, die Schaffung von Nationalstaaten, also die räumliche Deckung von Volk und Staat, durch neue Ziele abgelöst worden sei.

»Nationale Politik muß daher neue Wege gehen«, hieß es weiter. »Die Sicherung des Bestandes des Volkes kann nur noch im großen Raum erfolgen, die Kraft dieses großen Raumes wird aber umso größer sein, je mehr sich die Eigenart des einzelnen Bausteines unter konstruktiver Einordnung entfalten kann.« »Das Ziel nationaler Politik kann daher nur erreicht werden in einem Vereinigten Europa! Unsere nationale Politik hat also die Synthese zwischen nationalem und europäischem Denken herzustellen.« Wir bejahten die Rolle Österreichs in diesem Einigungsprozeß, »die in der Geschichte entwickelte völkerverbindende Kraft«, und bekräftigten unsere positive Haltung zum österreichischen Staat, »den wir nicht nur als Realität respektieren, sondern von dem wir auch die Erfüllung dieser europäischen Aufgabe erwarten«. Die »Österreichische Nation« jedoch sahen wir als einen Anachronismus an, den Versuch, Österreich aus dem deutschen Volkskörper zu lösen, als eine Mißachtung der europäischen Aufgabe, »die nur mit dem Rückhalt des deutschen Kulturraumes erfüllt werden« könne. Die Schlußfolgerung lautete: »Nationalbewußtsein in Synthese mit europäischem Denken rettet allein unsere Freiheit!« Auf einem Parteitag versuchten Dr. Gredler und ich, diese Synthese noch deutlicher zu machen. In einer Sondertagung sprachen wir beide über »Volk und Europa«, wobei Willfried Gredler vom Europa-Gedanken, ich von nationalem Denken ausging. Wir gelangten beide zur selben Schlußfolgerung: Nur ein vereinigtes Europa sichert Bestand und Entwicklung der europäischen Völker – und nur ein Europa, das auf der Vielfalt seiner Völker aufgebaut ist, wird die Kraft haben, diese Aufgabe zu erfüllen.

Die europäisch-nationale Synthese konnte sich nicht in dem Maß, wie ich es erhofft hatte, durchsetzen. Die Europa-Euphorie ist verfliegen. Nüchterne Technokraten versuchen, die wirtschaftlichen Interessen der europäischen Staaten unter einen Hut zu bekommen; Ansätze, darüber hinaus zu einer handlungsfähigen Einheit zu finden, bleiben in den Anfängen stecken. Und doch scheint es mir, als würden unsere Überlegungen aus dem Jahr 1962 neue Aktualität erhalten. Der Nationalismus erlebt eine Renaissance. In der Sowjetunion, in Jugoslawien, in der Tschechoslowakei streben die Völker auseinander. Ob dieser neue Nationalismus zum Baustein oder zum Sprengsatz Europas wird – wer kann es wissen? Nach dem, was wir im Jahr 1990 erlebt haben, muß man ehrlicherweise aufhören, den Propheten spielen zu wollen. Man kann nur verstärkt für ein Ziel arbeiten, dessen Erreichung wir für lebensnotwendig halten: ein starkes Europa freier Völker.

FÜR EIN BUNDESHEER NACH MASS

von Wilhelm Kindl

Der Geburtstag des Bundesheeres der Zweiten Republik wird in der Regel mit der Verabschiedung des Wehrgesetzes am 7. September 1955 festgesetzt. Vollständig wurde das Bundesheer als Institution aber erst mit der Errichtung eines selbständigen Bundesministeriums für Landesverteidigung, die im Zuge der Regierungsbildung nach der Nationalratswahl vom 13. Mai 1956 erfolgte. So gesehen feiert das Bundesheer etwa gleichzeitig mit der FPÖ seinen 35. Geburtstag. Nebenbei bemerkt: Es ist weitgehend in Vergessenheit geraten, daß dieses so junge Bundesheer bereits im Oktober 1956, als der Ungarnaufstand an unserer Ostgrenze eine gefährliche Situation schuf, auf seine erste Bewährungsprobe gestellt wurde. Man sonnte sich damals in der Vorstellung, das Bundesheer habe diese Bewährungsprobe gut bestanden. In Wirklichkeit blieb uns freilich nicht durch das Heer, sondern durch die Lokalisierung der Unruhen auf ungarisches Gebiet eine militärische Konfliktsituation erspart.

Zufriedenheit mit dem Bundesheer konnte nur auf einer frommen Selbsttäuschung beruhen. Ich erinnere mich – damals war ich neben Obmann Max Stendebach Wehrsprecher des VdU – noch recht gut an die Anfänge, als Sonderformationen der Gendarmerie, die sogenannte B-Gendarmerie, die Keimzelle des Bundesheeres bildeten.

Bis zum Abschluß des Staatsvertrages war uns ja jede militärische Betätigung verboten worden. Bundeskanzler Raab und dessen rechte Hand in militärischen Angelegenheiten, Emil Liebitzky – er war der erste General des Bundesheeres –, unternahmen im Herbst 1955 gemeinsam mit dem Verteidigungsausschuß des Nationalrates zum Zweck einer Bestandsaufnahme eine Österreich-Rundreise. Auf dieser Reise sind wir auf die zurückgelassenen Kriegsgüter der abgezogenen vier Besatzungsmächte gestoßen. Diese Geräte wurde vom Bundesheer sofort übernommen. Liebitzky sagte zu mir: »Herr Abgeordneter, sind Sie jetzt endlich zufrieden, schauen Sie: Panzer, Stahlhelme, Karabiner, alles haben uns die Franzosen zurückgelassen. Also kostet uns das alles nichts, wir stellen das Bundesheer gratis auf.« Darauf erwiderte ich: »Herr General, das wird uns noch auf den Kopf fallen, hätten die Franzosen alles mitgenommen, müßten wir vom ersten Tag an neu beginnen, müßten jeden Schuh, jede Hose, jeden Uniformrock und jeden Karabiner selbst herstellen. Wir wären, auf uns selbst gestellt, glücklicher dran.« Tatsächlich wurde sehr bald erkennbar, daß die

uns von den Alliierten geschenkten Rüstungsgüter ein Danaergeschenk im wahrsten Sinne des Wortes waren.

Die von den Alliierten übernommene »Erstausrüstung« mußte schon sehr bald ersetzt, bzw. ergänzt und vereinheitlicht werden. Dies aber war mit hohen Kosten verbunden, die sich bei dem knappen Verteidigungsbudget katastrophal auswirkten. Die damaligen Verantwortlichen haben mit den »Restgütern« der Alliierten mehr Schaden als Nutzen gestiftet. Ohne dieses Danaergeschenk wären wir in der Konzeption des Bundesheeres von Anfang an eher zu dem gekommen, was wir heute wollen, nämlich zum Milizsystem, zur heutigen Raumverteidigung; weit stärker auch zu mannschaftsbezogenen Waffen. Diese Entwicklung aber entsprach und entspricht genau den Wehrkonzepten zuerst des VdU und später der FPÖ. Mit dem von uns angestrebten Bundesheer, das auf die Größe des Landes zweckmäßig zugeschnitten ist, also einem Bundesheer nach Maß, stießen wir freilich jahrelang, ja jahrzehntelang auf den hinhaltenden Widerstand der ÖVP-Verteidigungsminister, angefangen von Ferdinand Graf und Karl Schleinzer bis Georg Prader. Die Meinungen gingen zwischen uns und der ÖVP, besonders unter Verteidigungsminister Prader, diametral auseinander, als es um die zu Anfang bzw. zur Mitte der sechziger Jahre unaufschiebbar gewordene Bundesheerreform ging.

Prader hatte nicht nur wegen seiner offenkundigen Bestrebungen, aus dem Bundesheer eine Parteigarde des ÖAAB zu machen, bei uns Freiheitlichen, aber auch bei den Sozialisten einen denkbar schlechten Ruf. Er entwickelte beim Ankauf von neuen Waffen, z. B. von schweren Panzern, eine ebenso unverständliche wie unzweckmäßige Großmannsucht, ja zeitweise überlegte er allen Ernstes, eine Donauflotte anzuschaffen. Ich mußte den Minister darauf aufmerksam machen, daß die

Mannesrüstung im Bundesheer viel zu wünschen übrig läßt, und daher das knappe Geld in erster Linie für sie und nicht für Rüstungsgüter im Stile großer Armeen ausgegeben werden müsse.

Den Soldaten fehlte es an primitivsten Kleidungsstücken, Jungmänner mit zerissener Unterwäsche, wasserdurchlässigen Schuhen, ohne Regenschutz und einer aus Flickern bestehenden Übungsgarnitur waren keine Seltenheit. Zudem fehlte es an der planmäßig vorgesehenen Ausrüstung mit dem Sturmgewehr 58 und infolge Geldmangels an der erforderlichen Ausbildung im scharfen Schuß. Alles sprach da-

Wilhelm Kindl, Jg. 1917, Beginn der politischen Tätigkeit in den Anfängen des VdU, 1953 bis 1956 VdU-Abgeordneter zum Nationalrat, gemeinsam mit Jörg Kandutsch Vorkämpfer neuer Sozialideen. 1959–1966 FPÖ-Abgeordneter zum Nationalrat, Wehrsprecher der Fraktion, Konzept einer umfassenden Heeresreform 1964. 1972 in den Bundesvorstand des ÖGB kooptiert. 1956–1970 Landesparteiobmann der FPÖ-Niederösterreich. Langjähriger Obmann des Angestelltenbetriebsrates der Wiener Semperit-Zentrale, seit 1971 Präsident des Österreichischen Zivilschutzverbandes.

her für eine umfassende Heeresreform. Im Rahmen des wehrpolitischen Ausschusses der FPÖ erstellte ich mit erfahrenen Bundesheeroffizieren und Wehrexperthen ein Reformkonzept, das als zentralen Punkt den schrittweisen Aufbau der territorialen Verteidigung auf der Grundlage einer langfristigen Planung vorsah, ferner die Schwergewichtsverlagerung auf Mannesausrüstung, Mannesausbildung und Panzerabwehrwaffen. Politischen Zündstoff aber enthielt das Konzept in der Frage der Dauer des Präsenzdienstes. Ich ging vom Istzustand aus, und dieser war gekennzeichnet durch

der Aufstellung von Grenzschutzverbänden und Manövern mit solchen Verbänden sei zu berücksichtigen, daß Grenzverbände, die territorial gebunden sind, auf Grund ihrer Ortskenntnisse ihren Kampfwert noch erhöhen. Obwohl nur infanteristisch bewaffnet, würden solche Verbände einen ernstzunehmenden Gegner abgeben. Die Führung der Verbände sei durch Reserveoffiziere sicherzustellen, durch Waffenübungen sollten die »Territorialeinheiten« mit der Zeit zu echten Kampfgemeinschaften zusammenwachsen. Zur Heranbildung solcher Jäger würden sechs Monate intensive Ausbildung vollauf genügen. Vier bis fünf Pflichtwaffenübungen in ihren territorialen Einheiten würden sie weiterbilden und in die Gemeinschaft einfügen. Diesen Gedanken der Wehrdienstzeitverkürzung verbanden wir aber zugleich mit der Forderung, daß die neben den territorialen Verbänden bestehenden Einsatzverbände aus Freiwilligen gebildet werden, die eine mindestens zwölfmonatige Dienstzeit ableisten. Dieses System sollte eine entsprechende technische Ausbildung gewährleisten, damit die Einsatzverbände die erforderliche Schlagkraft erhalten. Die sechs Monate Wehrdienstzeit waren also nur als Teil eines umfassenden neuen Konzeptes für das Heer gedacht. Ich habe damals argumentiert, wenn die Schweizer für ihr Milizheer mit viereinhalb Monaten auskommen, dann müßten für Österreich sechs Monate genügen. Denn nicht die Ausbildungszeit, sondern die Wiederholung ist entscheidend. Es nützt gar nichts, wenn man auf den acht, neun oder zwölf Monaten beharrt, und dann nie mehr einberuft. In ein paar Jahren kann alles technisch überholt sein, oder man hat alles verschwitzt. Unse-

rem Reformkonzept lag damals bereits der Gedanke der umfassenden Landesverteidigung zugrunde, also die Ergänzung des rein militärischen Aspektes durch Zivilschutz und geistige Landesverteidigung. Mit diesem Konzept wollten wir gegen Prader in die Offensive gehen. Wir erklärten gleichsam ultimativ, solange der Verteidigungsminister nicht bereit ist, auf Grund eines Landesverteidigungsplanes reale Verteidigungsmöglichkeiten zu schaffen, würden wir nicht für eine Erhöhung des Heeresbudgets eintreten. Die politische Umsetzung unseres Reformkonzeptes stieß jedoch



Als höchste Verantwortungsträger für das Bundesheer hatten es FPÖ-Verteidigungsminister, 1986 Helmut Krünes als Nachfolger Friedhelm Frischenschlagers, nicht leicht. Besonders drückend der »Draken«.
(Karikatur: Ironimus, in der »Wochenpresse«)

die Tatsache, daß Soldaten u. a. zum »Bäumchenpflanzen« kommandiert wurden, vorzeitige Entlassungen vorgenommen und viele Soldaten in den letzten Wochen ihres Präsenzdienstes durch Bewegungstherapien in Schwung gehalten werden mußten. Unter diesen Voraussetzungen hielt ich eine achteinhalb Monate dauernde Dienstzeit für zu lang. Mein Konzept trug der Tatsache Rechnung, daß Österreich von jeher das Land der Infanterie war. In einer sinnvollen Landesverteidigung müsse daher der »territorialen Verteidigung« eine bevorzugte Stellung eingeräumt werden. Bei

innerhalb der FPÖ auf Schwierigkeiten. In Bundesparteivorstand und Bundesparteileitung war keine Zustimmung zur Verkürzung des Präsenzdienstes auf sechs Monate zu erzielen. Für diese Bedenken und mehrheitlich ablehnende Haltung gab es nicht nur wehrpolitische, sondern auch parteipolitische Beweggründe.

Nahezu zeitgleich mit dem von mir präsentierten Reformkonzept trat auch die SPÖ mit ihrem Rösch-Plan, benannt nach dem damaligen sozialistischen Staatssekretär im Bundesministerium für Landesverteidigung Otto Rösch, an die Öffentlichkeit. Dieser Rösch-Plan beruhte – im Gegensatz zu meinem Konzept – einseitig auf der Wehrdienstzeitverkürzung, ganz im Sinne eines Zugeständnisses an die Sozialistische Jugend, die ja dem Bundesheer traditionsgemäß skeptisch bis ablehnend gegenüberstand. Freilich ist jederzeit belegbar, daß ich die Verkürzung der Wehrdienstzeit bereits vor Veröffentlichung des Rösch-Planes am 20. Dezember 1963 im SP-Organ »Die neue Zeit« zur Diskussion gestellt habe, und zwar einen Monat zuvor in der Budgetdebatte über das Kapitel Landesverteidigung. Wenn es also um eine Nach-

ahmung ging, ging diese nicht auf uns, sondern auf die Sozialisten zurück. Trotzdem entschieden die Führungsorgane der FPÖ damals, die Entscheidung über die Wehrdienstzeit aufzuschieben, weil man vor jedem Gleichklang mit den Sozialisten in dieser Frage zurückschreckte. Das Ergebnis ist bekannt: Die Vorreiterrolle in der Frage der Wehrdienstzeitverkürzung, die der wehrpolitische Ausschuß der FPÖ, damals unter meiner Führung, in Anspruch nehmen konnte, geriet völlig in Vergessenheit. Die Sozialisten aber machten ihre Forderung »Sechs Monate sind genug« 1970 zum zentralen Schlagwort ihres Wahlkampfes. Der Sieg Bruno Kreiskys bei dieser Wahl kann sicher nicht allein auf diesen Wahlschlager zurückgeführt werden, daß er ihm aber geholfen hat, steht außer Zweifel.

Mit der Bundesheerreform 1970/71 wurde im übrigen alles wieder aktuell, was wir, der wehrpolitische Ausschuß unter meiner Führung, bereits 1964 erarbeitet haben, ja selbst für die jetzt wieder neu belebte Reformdiskussion sind die von uns damals erstellten Richtlinien voll gültig geblieben.



Wilhelm Kindl neben Jörg Haider: Politiker der alten Garnitur haben für die heutige FPÖ-Politik die Fundamente geschaffen. (HOPI-FOTO)

IN DER ERINNERUNGSKISTE GEKRAMT

von Walter Leitner, Landesrat a. D.

Ich bin kein Historiker und mangels entsprechender Aufzeichnungen keineswegs in der Lage, historisch authentische Darstellungen zu verfassen. Wohl aber kann ich aus einem reichen Schatz persönlicher Erinnerungen und Erfahrungen schöpfen. Mündlich tue ich das sehr gerne, während es mir schriftlich schwer fällt. Die Erwägung, daß ein solcher Beitrag die Palette dieser Festschrift bunter machen könnte, ermutigt mich jedoch dazu.

Dem, der heute mitten im politischen Geschehen steht, das vielfach ganz anders abläuft, mag manches davon altmodisch, nostalgisch verbrämt oder gar reichlich überholt erscheinen. Aber ich meine, daß darin ein Stück politischer Kultur zu erkennen ist, die heute weitum in Vergessenheit geraten ist. Große Schuld daran trägt ohne Zweifel die Ära Kreisky. In dieser Zeit sind Dinge üblich geworden, die früher kaum denkbar gewesen sind. Aus den seinerzeitigen bescheidenen Politikereinkünften sind einträgliche Jobs geworden, unangemessene Privilegien haben zu wuchern begonnen und manche Wege, sich persönlich zu bereichern, wurden genützt. Die Aufgabe des Politikers, dem Gemeinwohl zu dienen, trat in den Hintergrund zugunsten der persönlichen Entfaltung. Ausnahmen damals wie heute bestätigen nur die Regel. Auf der Strecke geblieben ist das Ansehen der Politik und ihrer Träger, der Politiker. Es ist auf ein erschreckendes Mindestmaß abgesunken.

Gleich geblieben ist damals wie heute das harte Ringen der Parteien und ihrer Exponenten um die Positionen in der Politik. In der Politik geht es nun einmal um die Durchsetzung von Vorstellungen über die Gestaltung des Zusammenlebens der Menschen. Ohne die Besetzung von Führungsstellen, der Schlüsselstellungen in allen Teilen der menschlichen Gesellschaft ist das nicht möglich. Sprechen wir es doch ruhig aus: Es geht um die Gewinnung der notwendigen Macht – braver gesagt, des notwendigen Einflusses, wenn man seine Vorstellungen nicht nur träumen, sondern auch verwirklichen will. Das sei gerade unseren Parteifreunden gesagt, die so oft verlangen, daß unsere Ziele verwirklicht werden sollen und gleichzeitig kritisieren, wenn wir um einflußreiche Posten kämpfen. Das ist nicht mehr naiv, sondern schlichtweg dumm!

Nichts scheint mir schädlicher zu sein als ein Politiker, der nicht zu seiner Sache steht, der keine Grundsätze hat oder sie dauernd verrät. Zur eigenen festen Haltung braucht er aber auch das Verständnis für den, der andere Wege geht und nach anderen Lösungen sucht. Unsere Welt wird immer vielfältiger und immer schwieriger regierbar. Viele Wege führen nach Rom

und nur echte Kompromisse können die Probleme lösen, niemals aber Gewaltlösungen, wie sie aus einseitiger Machtzusammenballung heraus diktiert werden können.

Wenn ich in meinen Erinnerungen krame, dann soll am Anfang ein Wort des Dankes stehen. Nicht nur an meine Freunde und meine Partei – zuerst war es der VdU, dann die FPÖ –, die mir große Verantwortung anvertraut haben, sondern auch an meine politischen Gegner (die ich lieber als Partner bezeichnen möchte) in der Politik und deren Umfeld. Ich kann mir gut vorstellen, welches Ärgernis es für viele war und welchen Schock es auslöste, als der frühere hohe Hitlerjugendführer Walter Leitner 1954 vom VdU zum Mitglied der Salzburger Landesregierung nominiert wurde. Daß dies von Anfang an zu keinem Problem wurde, verdanke ich neben meinem persönlichen Bemühen meinen politischen Partnern, die mir einen Vertrauensvorschuß gewährt haben. Gegenseitige Offenheit und Ehrlichkeit sowie Verständnis füreinander boten die Grundlage für gemeinsame Arbeit im Dienste des Landes und seiner Menschen.

Gar nicht so leicht war es – noch dazu für einen aus der Kirche Ausgetretenen –, das schlechte Verhältnis zur katholischen Kirche in ein Vertrauensverhältnis umzuwandeln. Wir haben oft hart miteinander gerungen, und es ist ein ausgezeichnetes geworden. Problemlos war auch trotz großer sachlicher Differenzen die Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, der viereinhalb Jahre in Buchenwald und Auschwitz zu erleiden hatte. Wir haben uns 1956 im Rahmen der Betreuung der Ungarnflüchtlinge, für die ich zuständig war, und bei der 86.000, also mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge, über Salzburg geleitet wurden, in gemeinsamer Sorge um das Schicksal seiner über 1000 Glaubensgenossen gefunden.

1969 – die Probe aufs Exempel Für die Freiheitlichen geht es aufs Ganze

Das Jahr 1969 schien sich zum Schicksalsjahr für Salzburgs Freiheitliche zu entwickeln. Alle Zeichen deuteten darauf hin, daß wir bei der Landtagswahl eine Niederlage erleiden würden. Das vierte Landtagsmandat war nicht abgepolstert und mit seinem Verlust war auch der Regierungssitz verloren. Und damit würden wir von einer bisher mitbestimmenden Kraft in die Bedeutungslosigkeit absinken! Die Leitartikel über unser Schicksal waren schon vorbereitet, oft mit dem Bedauern verbunden, daß es schade um die so notwendige

Walter Leitner, Jg. 1915, Beginn der politischen Tätigkeit 1952 im VdU, 1954 erstmals zum Mitglied der Salzburger Landesregierung (Landesrat) gewählt, Wiederwahl 1959, 1964, 1969, 1974. Ressortzuständig für Fremdenverkehr, Straßen- und Brückenbau sowie für Heimatpflege. 1970 mit dem Ring des Landes Salzburg, der höchsten vom Land zu vergebenden Auszeichnung, geehrt. Landesparteiobmann der FPÖ-Salzburg 1965–1975.

dritte Kraft sei. Die Lage und der Stimmungstrend der Bundespartei waren verheerend. Zwar hatte die ÖVP große Probleme mit ihrer Alleinregierung, aber es sah so aus, als würde eine erstarkende SPÖ der Alleingewinner werden. Wir waren in Salzburg auf uns allein gestellt und mußten uns, daß Schlimmste vor Augen, auf die eigene Kraft verlassen. Wir mußten alles mobilisieren, was nur möglich war – noch dazu ohne Geld, ohne Hilfe durch die Medien, ohne die mächtigen Vorfeldorganisationen wie z. B. Kammern und Wirtschaftsorganisationen, wie sie die beiden Großparteien zur Verfügung hatten.

Was hatten wir zur Verfügung, was half uns?

1. Unsere Salzburger Parteispitze hielt eisern zusammen und ließ sich durch nichts gegeneinander ausspielen. Dabei waren wir – Zeillinger, Weilhartner, Krüttner, Leitner – durchaus unterschiedliche Charaktere mit eigenen ausgeprägten Meinungen. Aber wir ließen uns nicht in die so beliebten Flügelkämpfe verwickeln. »Freuen wir uns über Flügel – sie sind doch zum Fliegen da und nicht, um abzustürzen«, war unsere Antwort.
2. Unsere vielen Funktionäre in der Organisation, die meisten seit 1949 unermüdlich tätig, hielten treu aus und wuchsen in ihrem Einsatz über sich hinaus – im Kontakt mit den Wählern und im eifrigen Einsatz im Hintergrund der Wahlarbeit.
3. Dazu kam eine Reihe begeisterter junger Aktivisten, die immer neue Ideen der Wahlwerbung entwickelten, die noch dazu fast nichts kosteten. Sie irritierten und ärgerten unsere Gegner, die dem nichts entgegenzusetzen hatten. Sie waren schon ärgerlich, diese mitten in der Salzach verankerten blauen Luftballons oder das FPÖ von der Kapuzinerbergwand!
4. Unser Landtagsklub hatte sich durch seine sachliche Arbeit Anerkennung verschafft, die Arbeit in unserer Landeshauptstadt fand breite Zustimmung und auch in vielen Gemeinden des Landes waren unsere Gemeindevertreter angesehene Sachwalter der örtlichen Belange.

Einige Grundsätze meiner Arbeit

Im Rahmen meiner Regierungstätigkeit konnte ich immerhin auf einige Punkte verweisen, die mir als Spitzenkandidat zugute kamen:

1. Ich war ständig unterwegs und bildete mir an Ort und Stelle mein Urteil über die anstehenden Probleme. Der Schreibtisch ist geduldig und schluckt jede Lüge – draußen, am Schauplatz des Geschehens und im Kontakt mit den direkt betroffenen Menschen wird die Wahrheit offenbar.
2. In meiner Tätigkeit als Regierungsmitglied, vor allem im eigenen Ressortbereich war einseitige Parteipolitik verpönt. Es galt das Richtige, Notwendige, Mögliche.
3. Ich hütete mich vor leeren Versprechungen, die ich nicht ein-

halten konnte. Dies galt vor allem in Wahlzeiten, wo man gerne Erpressungen versucht.

4. Ich habe nie versucht, es allen recht machen zu wollen. Wer dies tut, sitzt letzten Endes zwischen allen Stühlen. Das »Nein«-Sagen ist nicht angenehm – ich habe es auf mich genommen. Die viel verbreitete Übung, die kleinen Ja selbst auszusprechen und die großen Nein seinen beamteten Mitarbeitern zu überlassen, habe ich nicht mitgemacht.
5. Ich habe mir zu jedem Problem nach gründlicher Information meine eigene Meinung gebildet und bin nie konzeptlos zum Spielball verschiedener Meinungen geworden. Gerne bin ich dann in der Diskussion von meiner Meinung abgegangen, wenn bessere Lösungen angeboten worden sind – sonst habe ich hart für meinen Vorschlag gekämpft.
6. Ich habe mich nie gescheut, die Dinge schonungslos beim Namen zu nennen. Sicher wurde ich deswegen gelegentlich zum »enfant terrible«. Meine oft deftige Sprache hat mir dabei manchen Streich gespielt – der Abschnitt über die versteckte Kamera bringt eine Episode, die mir fast den Kragen gekostet hätte. Aber ich bin immer lieber »grob mit Herz« als »fein ohne Herz« für den Mitmenschen gewesen. Und wenn es bei Abraham a Sancta Clara nie langweilig war – dann zumeist mit mir auch nicht. Dem Volk aufs Maul zu schauen und es zu verstehen, hat noch nie geschadet.
7. Gerne werden für persönliche Anliegen Motive des allgemeinen Wohls in Anspruch genommen, auch wenn dies nicht stimmt. Ich habe mich immer bemüht, den Hintergrund zu erkennen und dadurch die Dinge ins rechte Lot zu rücken.
8. Bei aller Direktheit, Grobheit und Derbheit wollte ich niemals jemanden persönlich beleidigen und treffen. Wo mir dies passierte und ich mir dessen bewußt wurde, habe ich es gutzumachen versucht. Wenn mich jetzt im Alter etwas bedrückt, so jene Dinge, die mir unbewußt unterlaufen sind!
9. Aus dieser Einstellung heraus habe ich jede billige »Wahlbeißerei« vermieden. Wenn es um Ehre und persönliches Ansehen ging, habe ich auch den Gegner verteidigt. Das haben wir im übrigen alle gegenseitig so gehalten – zum Nutzen der ganzen Politikerzunft!
10. Damit war ich ein berechenbarer Mensch – jeder wußte, wie er mit mir daran war.
11. Dies galt sicher auch für meine nationale Einstellung. So wie ich meinen Partnern zubilligte, daß sie ihren Einsatz als Politiker aus ihrer christlichen Einstellung oder aus dem Sozialempfinden der Arbeiterbewegung heraus motivierten, so erkannten sie an, daß Volkstum und Heimat die wichtigste Motivation für meinen Einsatz waren. Schließlich sind diese

drei Wurzeln politischen Handelns legitim und schließen bei Betonung des einen als Hauptmotiv die Beachtung der beiden anderen keineswegs aus. War an meiner Einstellung nicht zu zweifeln, so lehnte ich doch jede nationale Phrasendrescherei und Überheblichkeit entschieden ab.

Alle unsere Pluspunkte nützend, gingen wir mit Schwung und Einsatzbereitschaft in den Wahlkampf und das von niemandem, auch nicht von uns erwartete großartige Ereignis trat ein: Statt des Rückfalls auf drei oder gar nur auf zwei Mandate gewannen wir 50 Prozent an Stimmen dazu und zogen mit sechs Mandaten in den Landtag ein. Beide Mandate hatte die ÖVP verloren, und Landeshauptmann Dr. Dr. Dipl.-Ing. Hans Lechner wurde damit schwer und auch äußerst unverdient geschlagen. Er hat mir persönlich sehr leid getan – aber die Politik ist nun einmal ein hartes Geschäft. Wir aber durften nun endlich einmal den Lohn für jahrelange harte Arbeit nach Hause tragen. Entscheidend für die so überaus schwere Niederlage der ÖVP war ohne Zweifel der Umstand gewesen, daß die ÖVP ihre Alleinregierung unter dem Salzburger Bundeskanzler Dr. Klaus in keiner Weise verkraften und verkaufen konnte, was ja ein Jahr später zu ihrem Untergang geführt hat. Und dann beging Klaus den entscheidenden Fehler, eine kleine Koalition mit den Freiheitlichen entweder nicht zu wollen oder sich gegen die Sozialisten nicht zu trauen – ganz gleich, was es auch sei – seit 20 Jahren kämpft die ÖVP vergeblich um ihre einstige Stellung als erste Partei im Staat, von der sie heute weiter denn je entfernt ist.

Das Salzburger Klima – ein Stück politischer Kultur

An dieser Stelle mag es angezeigt sein, einiges zum »Salzburger Klima« zu sagen, das geradezu sprichwörtlich für ganz Österreich geworden ist und das eine besonders gute Zusammenarbeit der demokratischen Parteien meint.

Es bedurfte dazu eines gesunden Nährbodens, der in der Tatsache zu finden ist, daß in Salzburg keine politische Kraft über die absolute Mehrheit verfügen konnte. Dies schloß daher überspitzte machtpolitische Ambitionen und Alleinherrschaftsgelüste von vornherein aus.

Eine wesentliche Voraussetzung war aber auch, daß der Bundes-Koalitionspakt, jenes Schutz- und Trutzbündnis zwischen Schwarz und Rot, aufgebrochen wurde. Dies gelang erstmals bei den Salzburger Gemeinderatswahlen 1953.

Nun war der Weg offen für das Gespräch untereinander mit der Einbindung der drei im Landtag vertretenen Parteien in die Verantwortung. Daß auf dieser Grundlage dann das Besondere am Salzburger Klima gedeihen konnte, beruhte auf einigen Kriterien, die man sich auch heute noch in Erinnerung rufen sollte:

1. Jeder billigte seinem politischen Gegner = Partner zu, daß er auf seine ihm je eigene Weise nur das Beste für sein Land tun wolle. So grundverschieden auch die Herkunft der handelnden Personen aus der Parteienlandschaft der dreißiger und vierziger Jahre war, so entgegengesetzt auch die politische Heimat und Herkunft war, so sehr fühlten sich doch alle in eine Gesamtverantwortung für Land und Leute eingebunden.
 2. Wenn auch in der Sache miteinander oft erbittert gestritten wurde, versagte keiner dem anderen die persönliche Achtung und Wertschätzung. Bössartige Unterstellungen, Verleumdungen, Mißachtung gab es nicht und kam es zu einem Ausrutscher, wurde er kollegial abgestellt. Ein Gang vor das Gericht wäre als absurd betrachtet worden!
 3. Die sachlichen Auseinandersetzungen wurden sehr hart geführt, und es wurde keineswegs Süßholz geraspelt. Wo immer es ging, wurden gemeinsame Lösungen erarbeitet, ohne jedoch Scheu vor Mehrheitsentscheidungen zu haben. Gab es keine Einigung, wußte jeder, woran er war – die Mehrheit wußte, wie weit die Minderheit opponieren würde und konnte dies in Rechnung stellen.
 4. Die private Sphäre des einzelnen wurde geachtet. Nie wurde das Vertrauen mißbraucht, das in manchem persönlichen Gespräch mit Gegnern vorausgesetzt wurde.
 5. Und schließlich verzichteten wir auf Pakte, die immer dazu reizen, einen Weg der Umgehung zu suchen. Dies galt vor allem für Wahlvereinbarungen. Es hat keinen Sinn, den Reichen an Maximalauflagen zu binden – er wird immer nach nicht vereinbarten Auswegen suchen, seine materielle Überlegenheit zu nützen. Und dann gibt es Verdruß und Vertrauenskrisen. Durch Schaden klug und an Erfahrungen reicher geworden, haben wir drei Landesparteiobmänner schließlich nur vereinbart, uns zusammenzureden, wenn im Wahlkampf Schläge unter der Gürtellinie zu verzeichnen sind. Es war nur selten notwendig. Gerade der Wahlkampf 1969 bewies die Richtigkeit unserer Überlegungen. Gegenüber der materiellen Überlegenheit der beiden Großen mußten wir uns Dinge gefallen lassen, die wir im Gegensatz zu den anderen nützen konnten.
- Ein seither nicht mehr übertroffener Wahlschlager war uns dabei eingefallen: Unter dem Motto »Herzhaft wählen – Liste 3 wählen« verteilte ich persönlich nahezu 16.000 Lebkuchenherzen in Stadt und Land, auf der Straße, in Geschäften, in Werkstätten, an möglichst vielen Orten, wo man sonst nicht hinkommt. Und jedes Herz übergab ich mit einem herzlichen, persönlichen Begleitgespräch. Seither kann ich Lebkuchenherzen nur mit gemischten Gefühlen betrachten – es war ein fürchterlicher »Tschoch« neben all den Dingen, die im Wahlkampf sonst noch zu

tun sind. Unser Glück war, daß die Herzen wirklich gut schmeckten, und die Antwort einer Arbeiterin nach einem herzhaften Biß in den süßen Lebkuchen hat mich richtig gefreut: »Wann Sö so guat sand wia dös Herz, dann sands net schlecht!«

Aber auch das so sehr gepriesene Salzburger Klima konnte nicht verhindern, daß der Überlebenskampf für uns Freiheitliche immer sehr hart war. Vor allem die ÖVP sann nach ihrer Niederlage 1969 auf Rache. Leider bot ich selbst die Gelegenheit dazu, und das kam so:

Die versteckte Kamera oder – halte Deine Zunge im Zaum

Nach dem großen Wahlsieg wurde ich natürlich nicht nur im eigenen Bundesland, sondern auch bei den Nachbarn herumgereicht. Und da passierte es. Auf einem Landesparteitag in Wels wurde ich von einem Journalisten in ein persönliches Gespräch gezogen, und gut gelaunt erzählte ich einige saftige Anekdoten, wie man sie nun einmal im Umgang mit den Menschen und ihren Wünschen erlebt. Dabei wurde ich von einer versteckten Kamera belauscht. Nun, vor allem auf dem Land spricht man im kleinen Kreis oftmals eine sehr derbe Sprache, die keiner übel nimmt, die aber, vor großer Öffentlichkeit ausgebreitet, durchaus gerichtsreif wäre. Und so erzählte ich denn – und ganz Österreich hörte amüsiert mit! Was dann kam, war für mich allerdings weniger amüsiert, es

war vielmehr äußerst bedrohlich und kostete mich fast Kopf und Kragen. Die ÖVP sah ihre Stunde gekommen, endlich konnte man mich entscheidend fassen. Mit meinen eigenen Worten konnte man mich zum Bauernfeind und Menschenverächter abstempeln! Und dies noch dazu knapp vor den herbstlichen Gemeindevertretungswahlen. Auf der Landesebene blieb es – abgesehen von einer späteren, gut bestandenen Landtagsinterpellation – ruhig. Beim Salzburger Klima wäre diese Angelegenheit

gar nicht so schwer zu bereinigen gewesen. Aber draußen, in den Gemeinden, wurde mit allen Mitteln das Feuer geschürt und die empörte Volksseele zum Kochen gebracht. Aus Lautsprecherwagen wurden Tonbänder meiner Fernsehaussagen abgespielt, Leserbriefe und Artikel in Masse geschrieben, Protestversammlungen abgehalten. Und das Schlimmste: Meine Familie wurde mit Anrufen gepeinigt und unter Druck gesetzt. Als ich einmal abends nachhause kam, fragte mich ganz verschreckt unser jüngster Sohn:

»Vati, bist Du denn wirklich ein Mörder?« Kurz gesagt, es war die Hölle los, etwa drei Monate hindurch. Manchmal glaubte ich, die Belastung nicht mehr durchstehen zu können. Aber ich schaffte es, nicht zuletzt mit dem Beistand meiner Familie. Protestversammlungen mit hunderten erbosten Teilnehmern bestand ich mit eben dieser Sprache, aus der Zuneigung und Verständnis für meine Landsleute, nicht aber deren Verachtung erkennbar wurde.

Verzweifelt und tapfer schlug sich die Landtagsfraktion für mich, aber – nie sollt ihr mich befragen: von anderen Landesgruppen und auch von der Bundesspitze her, die uns damals sowieso nichts zu bieten hatte, kam die freundliche Einladung, doch zurückzutreten und zu verschwinden. Was ich sowieso wußte, wurde wieder einmal bestätigt: Freunde in der Not sind selten, Lob und Verdammung sind Weggefährten und gehen Hand in Hand.

Und dann kamen die Gemeindevertretungswahlen. Wir schnitten gut ab und gerade in den Brennpunkten der Hetze durften wir uns guter Erfolge freuen. Und damit war diese für mich böseste Zeit in insgesamt 23 Regierungsjahren zur Episode und Erinnerung geworden.

Erst beim Nachlesen der in diesem Fall aufbewahrten Unterlagen habe ich dies alles noch einmal nacherlebt. Wesentlich war, daß ich mich gerade dort dem Volkszorn gestellt habe, wo die

Lage am brenzlichsten war und daß ich nicht versucht habe, plötzlich den reumütigen, feinen Maxe zu spielen, sondern daß ich auch in dieser Lage der geblieben bin, der ich war – der saugrobe Leitner, dem man aber anmerkt, daß er die Menschen mag und für sie da ist – auch wenn sie ihn prügeln.

Es sei noch am Rande vermerkt, daß diese Vorfälle dann dazu geführt haben, daß die Aufnahmen mit versteckter Kamera eingestellt wurden.



So setzte 1969 der Erfolg der Salzburger FPÖ dem Kanzler der ÖVP-Alleinregierung Josef Klaus zu! (Karikatur: Ironimus)

Leitner muß bleiben oder – wie bestehen wir die Landtagswahlen 1974?

Die Landtagswahlen 1969 hatten uns nicht nur einen großen Wahlerfolg beschert, sondern zugleich eine gewaltige Bedrohung für die nächsten Landtagswahlen im Jahre 1974 gebracht. Ist es an und für sich schon sehr schwer, solche Spitzenergebnisse zu halten, wobei das sechste Mandat nicht abgepolstert war, so hatten sie auch ein Kopf-an-Kopf-Rennen von ÖVP und SPÖ gebracht.

Nur rund 600 Stimmen oder drei Zehntel Prozent trennten Landeshauptmann Dr. Lechner und Landeshauptmannstellvertreter Karl Steinocher voneinander. Zudem betrug ihr Stimmenpolster jeweils etwa ein halbes Mandat. Jede kleinste Schwankung bedrohte daher unser sechstes Mandat. Aber es drohte Schlimmeres: Natürlich wollte die SPÖ mit allen Mitteln versuchen, stärkste Partei zu werden und den Landeshauptmannsessel zu erringen. Aus Angst um Lechner würden uns sicher viele Stimmen verloren gehen. Dieser Tatsache Rechnung tragend, mußten wir daher alles darauf abstellen, unseren Stimmenverlust so gering wie möglich zu halten und keineswegs in eine Euphorie zu verfallen.

Der Wahleinsatz für 1974 begann für mich daher schon am ersten Tag nach der Wahl 1969 – ich mußte alles dran setzen, im Rennen zu bleiben.

Rein privat habe ich den Sozialisten geraten, diesen Zweikampf nicht zu wagen, er würde schlimm für sie ausgehen. Nicht vom Landeshauptmannplatz zu reden, wäre für sie nützlicher. Selbst bei vorhandener Einsicht hätten sie diesen Weg nicht gehen können – die Eigendynamik ihrer Lage hätte dies nie erlaubt. Bei der Beliebtheit und Eignung Lechners konnte es nur ein Debakel geben. Dazu begingen die Sozialisten noch zwei weitere grobe Fehler: Sie funktionierten im Wahlkampf den Eisenbahner Steinocher zu einem Nadelstreifstrategen um, den ihm keiner abnahm, und sie bedienten sich unseriöser Wahlkampfmethoden, die der ruhige Salzburger keineswegs schätzt.

Übrigens wollte mir die Partei damals um viel Geld einen Wahlkampfberater einreden. Ich weigerte mich, denn ich wollte mich auf gar keinen Fall umfunktionieren und damit entpersönlichen lassen, wie es Steinocher erging. Auch wir begingen einen Fehler: In Erkenntnis der Lage hätten wir uns klar für eine Wahl Lechners zum Landeshauptmann aussprechen sollen. Ich hatte mir dies zwar durch den Kopf gehen lassen, aber schließlich doch nicht gewagt, es zur Debatte zu stellen. Nachträglich meine ich allerdings, daß uns das wohl einiges an Stimmen gerettet hätte, niemals aber jene doch rund 2000, die wir für den Erhalt des sechsten Mandates gebraucht hätten. Rein optisch hätte es am Wahlergebnis nichts geändert, nur der Polster wäre größer geworden – aber der reichte dann ohnehin auch für 1979.

Inzwischen war der Landtag von 32 auf 36 Sitze aufgestockt worden. Wir konzentrierten uns im Wahlkampf auf eine einzige wesentliche Aussage »Leitner muß bleiben«, um mit meinem Bonus einigermaßen die Zweikampfstellung Lechner – Steinocher zu neutralisieren. Wir versuchten damit einen Positiv-Wahlkampf ohne Negativaussagen gegenüber den Gegnern zu führen und lagen damit sicherlich richtig. Diese Aussage war klar, einleuchtend und leicht zu begründen. Mit einem sogar gut abgepolsterten fünften

Mandat konnten wir unseren Verlust auf ein Mandat beschränken. Für die Sozialisten aber kam die fürchterliche Ernüchterung: Wenn sie auch ihre 13 Mandate halten konnten, gewann die ÖVP alle vier zusätzlichen Landtagsitze.

Aus 13 : 13 : 6 war nun 18 : 13 : 5 geworden und noch schlimmer – seit 1945 hatte die ÖVP erstmals die absolute Mehrheit in der Regierung. Statt 3 : 3 : 1 stand es nun 4 : 2 : 1. Durch die schwere Niederlage der Sozialisten war dadurch auch unsere entscheidende Schlüsselstellung in der Regierung weggefallen, was eine große Schwächung unseres Einflusses mit sich brachte. Trotz des Mandatsverlustes aber wurde unser Ressortbereich durch den Zuwachs des bedeutenden Aufgabenbereiches der Heimatpflege gegen Abgabe unbedeutender Aufgaben außerordentlich gestärkt. Wie dies gelang, wäre eine eigene Geschichte wert, so wie die, wie es uns 1964 gelungen war, die großen Bereiche Straßenbau und Fremdenverkehr in unsere Verantwortung zu bringen. Als Kuriosität sei noch vermerkt, daß mir Spitzenleute der SPÖ die Schuld an ihrer schweren Niederlage angedichtet haben. Diesen geradezu paradoxen Vorwurf habe ich aber mit Würde ertragen!

Das »Zünglein an der Waage«

Abschließend möchte ich ein klares Wort zu diesem so oft gebrauchten Vergleich im Zusammenhang mit der Stellung der Freiheitlichen sagen: Für mich ist dieser Vergleich ganz schlicht und einfach unsinnig!

Das Zünglein an der Waage ist für sich völlig bedeutungslos und gibt lediglich ohne jeden eigenen Einfluß an, welches von zwei Gewichten das schwerere ist. Wir sollten uns zu schade sein, solches für uns in Anspruch zu nehmen. Viel mehr bestimmen wir eigenständig, wie gewichtet werden soll – wir sind nicht Zünglein, sondern Gewicht! Und dies kann zu gegebener Zeit sehr wesentlich sein. Möge der Wähler immer dafür sorgen, daß die Gewichte der Politik so verteilt werden, daß keiner politischen Kraft jenes Übergewicht zugemessen wird, das sie zum Mißbrauch ihrer Macht verleiten kann.

Die Wähler können nie fehlgehen, wenn sie dafür sorgen, daß die politische Macht nicht konzentriert, sondern aufgeteilt wird. Immer bedarf es der Kontrolle, damit Mißbrauch möglichst vermieden wird.

Salzburg ist im Vergleich mit anderen Ländern so mancher Mißbrauch politischer Macht erspart geblieben. Daß es mit dem so gepriesenen Salzburger Klima zu einem politischen Paradies geworden wäre, das zu behaupten wäre überheblich.

Aber ein gutes Stück des Weges zu einer echten Demokratie haben wir damit sicher begangen. Immer neu gilt es, daran zu arbeiten.

WEGBEREITER GRÜNER REFORMEN

von Otto Scrinzi

Mit meiner Wahl in die Sechs-Mann-Fraktion der FPÖ im März 1966 kam nach der eher repräsentativen Präsenz eines hochangesehenen Universitätsprofessors¹⁾ in den fünfziger Jahren erstmals ein Arzt in die Volksvertretung der Zweiten Republik. Dies bedeutete für einen Freiberufler in einem stark von Funktionären und Unselbständigen – sieht man von den wenigen echten Bauern ab – beherrschten Parlament eine Herausforderung und legte dem Gewählten auch eine grundsätzliche Verantwortung auf. Die Frage lautete: Kann aus der fünfundzwanzigjährigen Berufserfahrung des Nervenarztes, leitenden Spitalsarztes und Gerichtssachverständigen etwas zu allgemeinem Nutz in die gesetzgebende Volksvertretung eingebracht werden, und kann die Stimme eines »Polit-Amateurs«, der zwischen den Sitzungen im weißen Kittel herumläuft, im lauten Chor der »Polit-Profis« aus Kammern, Gewerkschaft und Verwaltungsbürokratie sich überhaupt Gehör verschaffen?

Rückblickend sei zur Ehre der Abgeordneten aller Parteien des Hohen Hauses gesagt, daß ich, wenn ich als Arzt das (oft lange) Wort ergriffen habe, doch aufmerksames Zuhören und gelegentlich auch Zustimmung erreicht zu haben scheine. Manche meiner Vorschläge und Gedanken sind auf fruchtbaren Boden gefallen; ihre Saat ist zu meiner Genugtuung oft, wenngleich mit dem demokratie-immanenten Verzögerungseffekt, aufgegangen.

Meine südtirolische Herkunft und mein Kärntner Mandat brachten es mit sich – wir sechs Mann waren Multifunktionäre der Arbeit, nicht der Bezüge –, daß ich die Aufgabe des außenpolitischen Sprechers, des Minderheitenfachmannes und die damit verbundenen Vertretungen in der Beratenden Versammlung des Europarates und bei der UNO übernehmen mußte. Zu den beiden wenigstens das damalige Österreich stark bewegenden Streitfragen versuchte ich als Europäer deutschen Geistes Beiträge zu leisten, auf welche ich aber in diesem Zusammenhange nicht eingehen kann.

Nur zu der gegenwärtig besonders aktuell gewordenen »Neutralitätsfrage« sei eine Anmerkung gemacht. Wir haben die Neutralität als einen uns abgeforderten und zu Recht bezahlten Preis für den 15. Mai 1955 (Staatsvertrag) betrachtet. Wir waren Verfechter einer streng völkerrechtlich auszulegenden und glaubwürdig zu verteidigenden Neutralität, bekämpften aber leidenschaftlich jeden Versuch, unsere

Neutralitätspolitik, etwa in der Frage des von uns damals geforderten Beitritts zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) von Dritten interpretieren zu lassen. In engem Zusammenhang damit haben wir immer wieder Verhandlungen mit Moskau zur Beseitigung der im Staatsvertrag enthaltenen Souveränitätsbeschränkungen, etwa in der Landesverteidigung, verlangt. (Inzwischen hat das Deutschland der bedingungslosen Kapitulation das »befreite« Österreich in dieser Frage überholt!)

Zusätzlich waren mir die Angelegenheiten Forschung und Wissenschaft anvertraut, bis sie vom Abg. Dr. Gerulf Stix übernommen wurden. Wir sind im beharrlichen Kampf gegen das unheilvolle Universitätsorganisationsgesetz (UOG) der sozialistischen Alleinregierung zwar unterlegen, doch haben wir viel Zustimmung auf Hochschulboden geerntet. Der von mir unter Mithilfe von Professoren, Assistenten und Studenten erarbeitete »Gegenentwurf« ist zwar dem oppositionellen Schicksal der Schubladisierung nicht entgangen, wird aber, davon bin ich überzeugt, für notwendige künftige Reformen seine Tauglichkeit erweisen.

Mit einer einstimmigen Wahl zum Vorsitzenden des parlamentarischen Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz wurde mir jene Schwerpunkttätigkeit zugewiesen, für welche ich Kraft Ausbildung und Beruf doch einige Voraussetzungen mitzubringen schien und die nun unter Beweis zu stellen waren. An dieser Stelle sei dankbar bekannt, daß mit dem Einrücken zweier Arztkollegen, Dr. K. Steyrer (SPÖ) und Dr. K. Wiesinger (ÖVP) meine Arbeit tatkräftig unterstützt wurde. Ich fand mein Selbstverständnis über die soziale Funktion des Arztes, daß nämlich das Wohl des Kranken die einzige Richtschnur seines Handelns zu sein hat, in der Parteigrenzen überschreitenden Mitarbeit meiner Berufsgenossen bestätigt.

Die Schaffung eines eigenen Gesundheitsressorts unter der Leitung einer Ärztin, der wenig glücklich operierenden Ministerin Dr. Leodolter, schien – aber leider blieb es beim Scheitern – der gesundheitspolitischen Arbeit im Parlament Auftrieb zu geben.

Ehe ich auf den »Ertrag« dieser Arbeit eingehe und vom geistigen Samen rede, der erst Jahre, wenn nicht Jahrzehnte später aufgegangen ist, sei eine grundsätzliche Erfahrung des Arzt-Politikers angebracht.

Die meisten Parlamente und so auch das österreichische Parlament sind aus historischen Gründen von rechts- und

Dr. Otto Scrinzi, Jg. 1918, im Zweiten Weltkrieg als Arzt an den Fronten in Norwegen, Rußland und Griechenland eingesetzt, 1955 Primarius der psychiatrischen Abteilung des Landeskrankenhauses Klagenfurt, 1949–1956 Abgeordneter des VdU zum Kärntner Landtag, Landesobmann und Klubobmann. Politisches Comeback 1966 als Abgeordneter zum Nationalrat 1966–1979. Fachgebiete: Gesundheit und Umweltschutz, Südtirolsprecher der FP-Fraktion. Kandidierte 1986 als Unabhängiger bei der Bundespräsidentenwahl.

¹⁾ Univ.-Prof. Dr. Leopold Schönbauer, Abgeordneter zu Nationalrat 1959–1962 als Mitglied der ÖVP-Fraktion.



Werbeprospekt zur Nationalratswahl 1966

geisteswissenschaftlichem Denken geprägt. Der Siegeszug der Naturwissenschaften und der in ihrem Gefolge aufgetretenen tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen, ist an den parteipolitisch strukturierten Volksvertretungen fast spurlos vorbeigegangen.

Für mich erklärten sich viele Fehlleistungen und Mißerfolge des »Gesetzgebers« aus einem falschen und utopischen Menschenbild, das er seiner Tätigkeit zugrundelegt: Auf diesen geistigen Fehlansatz scheint mir zurückzugehen, daß wir statt im Himmel eines mündigen, freien, sich selbst bestimmenden Bürgers in der Hölle einer krebsartig wuchernden Bürokratie gelandet sind. Der Ruf nach direkter (partizipatorischer) Demokratie war mir deshalb verständlich. Nicht zuletzt aus meiner Kenntnis des Menschen, wie er ist, der Unentrinnbarkeit seiner jahrhunderttausende alten Mitgift, halte ich vom Heilmittel der universalen und dauernden »Mitbestimmung« in der hochentwickelten, arbeitsteiligen

und global vernetzten Welt nichts. Sie müßte in der Diktatur der, weil sich für alles zuständig Fühlenden, nirgends wirklich Befugten enden! Mitbestimmung muß mit vollziehbarer Mitverantwortung gekoppelt sein, diese wieder setzt Mit-Wissen voraus.

Meine für die Partei entworfenen oder von Vordenkern übernommenen gesundheits- und umweltpolitischen Pläne gingen also von einem neuen Menschenbild aus: Der aus der Instinktgebundenheit in eine subjektive Freiheit entlassene Mensch kann sich nur in der Gebundenheit von Familie, Volk und Heimat zu echter »Humanitas« entwickeln. Wollten wir beim Bilde des antiken Wagenlenkers bleiben, müßte er an den Zügeln von Freiheit und Ordnung geleitet werden. Er wird mehr von Gefühlen (guten und bösen) gelenkt als von Vernunft. Politik greift nur insoweit, als sie nicht bloß vorgibt sondern vorlebt. Ich habe mich immer gegen ein Politikverständnis gewehrt, das – von Dr. Kreisky bis zum Absturz von Zwentendorf gemeistert – Politik als angewandte Demographie versteht.

Aus der Kenntnis der Menschheitsgeschichte, die auf Vielgestaltigkeit, Buntheit und Unterschiedlichkeit angelegt ist, war ich ein Gegner sowohl multikultureller wie von Eintopfmodellen der Gesellschaft.

Aus der abstammungsgeschichtlich begründenden unlösbaren Wechselwirkung zwischen Einzelmensch-Gesellschaft und Lebensraum ergab sich für mich als ein entsprechendes gesundheitspolitisches Konzept die Forderung nach der »ganzheitlichen« Zielsetzung. (In einem längeren Vier-Augen-Gespräch habe ich deshalb schon 1967 den damaligen Oppositionsführer Dr. Kreisky für die Idee eines eigenen Ministeriums für Gesundheit und Umwelt zu gewinnen versucht.)

Etwas vereinfachend könnte man sagen, daß der Weg von der deutschen Romantik, dem Ökologie-Konzept des großen Naturforschers Ernst Haeckel, der deutschen Wandervogel-Bewegung und der bündischen Jugend bis zum Freiheitlichen Partei-programm von 1968 führt, wo der Auftrag zur Gesundheitspolitik (Erbgesundheit und Geburtenpolitik eingeschlossen) und zur Bewahrung des natürlichen Lebensraumes erteilt worden war. Damals als »Blut- und Boden-Mythologen« gescholten, von der als Parteiorgan der SPÖ inzwischen eingegangenen »Arbeiter-Zeitung« als Urheber dieses Programmpunktes als »Mörder im Parlament« beschimpft, sind die meisten unserer damaligen grundlegenden politischen Vorstellungen längst Gemeingut geworden.

Ohne Übertreibung oder Selbstlob darf gesagt werden, daß die von der freiheitlichen Nationalratsfraktion am 3. Mai 1972 im Presseclub Concordia vorgelegten »Freiheitlichen Leitlinien zur Gesundheitspolitik und zum Umweltschutz« heute als ein politisches Pionierdokument gelten dürfen. Keine der heute so bren-

nend gewordenen Fragen blieb in dieser Arbeitsanweisung außer Betracht. Dankbar darf ich der mir zuteil gewordenen Unterstützung durch die beiden Abgeordneten Dipl.-Ing. Hanreich und Dr. Gerulf Stix erinnern.

Um nur einige Themen zu erwähnen: Neuordnung der Gesundheitsuntersuchung (erstmalig auch für ältere Menschen gefordert); flexible Pensionsgrenzen mit Entgelt für das Längerdienen; Abgeltung der Erziehungsarbeit der Mütter und Anrechnung auf die Pension; Neuordnung des Krankenkassenwesens mit mehr Selbstverantwortung für die eigene Gesundheit; Normkostenregelung für die defizitkranken Spitäler; Maßnahmen gegen den verhängnisvollen Geburtenschwund und die gefährliche Überalterung der Bevölkerung (die SPÖ wird 1973 mit der Fristenlösung antworten!); Ausbau der Altenfürsorge; eine neue Steuerpolitik gegen die Wegwerftechnik und Abschreibewirtschaft; einen umfangreichen Maßnahmenkatalog gegen Umweltvergiftung und -verschmutzung, von der Altölbeseitigung, der Trennung der Wasserversorgung nach Trink- und Brauchwasser bis zum klaren Nein zur sogenannten friedlichen Nutzung der Atomkraft in Österreich. Man wird das »Umweltgütesiegel« ebenso finden wie die Forderung, ein Mitspracherecht bei der Errichtung grenznaher Atomkraftwerke bilateral oder international verbindlich einzurichten.

Vielleicht waren wir – selbst bei manchen Partei- und Klubfreunden belächelte – »grüne Faschisten«. Regierung, Gewerkschaften, Industrie und gewerbliche Wirtschaft waren damals noch übermächtige Gegner »grüner Reformen«. Die Geschichte ist über sie – fast – hinweggegangen. Meine in einem Vortrag 1972 gemachte Voraussage, daß im Jahre 2000 das Gesundheits- und Umweltministerium das Schlüsselministerium jeder Regierung sein werde, hat Aussicht, in Erfüllung zu gehen.

Viele Jahre war ich als Vorsitzender des einschlägigen Unterausschusses mit der Neufassung eines Lebensmittelgesetzes befaßt. Es galt, eine Reihe von bürokratischen und klassendenkerischen Giftzähnen zu ziehen. Daß es 1975 einstimmig über die Bühne gehen konnte, darf auch ein wenig unserer Tätigkeit zugeschrieben werden. Es scheint sich doch in einem Maße zu bewähren, daß seine immer ins Treffen geführte EG-Feindlichkeit heute einen beispielgebenden Nachvollzug in EG-Ländern zu bewirken scheint.

Auch zur Frage der Neugestaltung des öffentlichen und individuellen Verkehrs (Park-and-Ride-System, Katalysator und Elektro-Autos) haben wir Freiheitlichen grundlegende, zuerst überhörte und dann übernommene Beiträge geleistet.

Die Erinnerung an diese arbeitsreichen, oft sinnlos, weil scheinbar erfolglos scheinenden Jahre als oppositioneller Abgeord-

neter soll nicht als Einklage des Erstgeburtsrechtes entscheidender politischer Initiativen gelesen werden. Es soll als Beleg für eine lange und mühsame politische Erfahrung dienen:

Erstens: Der dauernde Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition setzt jenen lebensnotwendigen politischen Streß, der Voraussetzung lebendiger Entwicklung (wovon ich lieber als von Fortschritt rede) ist.

Zweitens: Der Oppositionelle muß die Geduld haben abzuwarten, bis die Zeit ihm recht gibt oder ihn als zu leicht befunden verwirft.



Dem »FPÖ-Team«, das 1970 den Wahlkampf der FPÖ prägte, gehörte auch Abg. Otto Scrinzi an.

DIE ERKLÄRUNG VOM 16. JÄNNER 1970 – EIN FEHLER?

von Albert Schmidt

Es ist heutzutage üblich, zurückliegende Ereignisse aus dem Blickwinkel der Gegenwart und nach dem heutigen Wissensstand zu beurteilen. Ein »roter« Bundeskanzler ist heute kein Schreckgespenst mehr, und die sozialistische Mehrheit lebt derzeit nur von der Gnade der ÖVP.

Aber damals, in den sechziger Jahren, konnte die ÖVP mit der Angstparole vom roten Bundeskanzler schon einiges bewirken. Schon auf ihren Wahlplakaten im Jahre 1962 hieß es: »Es steht 79:78 – ein Mandat mehr und die rote Herrschaft beginnt.« Die FPÖ mit ihren 8 Mandaten im Nationalrat wurde dabei, wie immer, bewußt ignoriert. Die ÖVP erlag schon immer dem Trugschluß, gäbe es die FPÖ nicht, würden die freiheitlichen Wähler samt und sonders die ÖVP wählen und ihr so die Mehrheit verschaffen. Sich mit der FPÖ zur Mehrheitsbeschaffung zu verbünden, dieser Gedanke hatte keinen Platz im überheblichen Konzept der ÖVP. Die freiheitlichen Wähler wollte sie schon haben, die Partei nicht. Die FPÖ wurde in zunehmendem Maße als Steigbügelhalter der SPÖ verdächtigt. Dieser Verdacht erhielt seine scheinbare Rechtfertigung dadurch, daß sich seit der Habsburg-Abstimmung 1963 im Parlament die Gesprächsbasis zwischen den Freiheitlichen und den Sozialisten verbesserte, besonders aber dann, als sich die beiden Parteien ab 1966 gemeinsam auf den Oppositionsbänken einer ÖVP-Alleinregierung gegenüber fanden. Es war damals eine kleine Sensation, wie die kleine, aber wortgewaltige FPÖ der großen SPÖ-Fraktion Oppositionspolitik vorerzierte. Wenn man abends am Fernsehschirm das Zusammenspiel der FPÖ- und SPÖ-Opposition im Parlament erlebte, mußte man zwangsläufig den Eindruck einer sonstigen engen Zusammenarbeit dieser beiden Parteien erhalten. Dies färbte natürlich auch auf die anderen Gesetzgebungskörper in Österreich, auf die Landtage, ab.

Auch im Wiener Landtag (Gemeinderat), in dem ich als Klubobmann der freiheitlichen Drei-Mann-Fraktion tätig war, besserte sich das Verhältnis zwischen den schon immer sehr weit links stehenden Rathaussozialisten und uns Freiheitlichen, obwohl der damalige Bürgermeister Marek alles tat, um dies zu verhindern.

Es war abzusehen, daß die ÖVP, die in der Bundespolitik infolge einer Reihe unpopulärer Maßnahmen einen schweren Stand hatte, bei der nächsten Nationalratswahl nicht mehr die absolute Mehrheit schaffen würde. Sie versuchte daher alles, um zu retten, was zu retten war. Da sie nicht auf eine glanzvolle Regierungsarbeit

verweisen konnte, suchte sie ihr Heil in einer üblen Hetz- und Verdächtigungskampagne gegen uns Freiheitliche. Es war für die ÖVP-Propaganda eine ausgemachte Sache, daß wir Freiheitlichen, sollten wir wieder eine Schlüsselposition im neuen Nationalrat erhalten, diesmal der SPÖ die Mehrheit verschaffen und so den »roten« Bundeskanzler ermöglichen würden.

Die Angst vor einer Zunahme der freiheitlichen Stimmen war nicht unbegründet. Die FPÖ hatte ihr Tief aus den Jahren 1964–1967 überwunden. Alle Meinungsumfragen verhießen uns einen Wählerzulauf. Bei der Wiener Gemeinderatswahl 1969 erzielte die Wiener FPÖ mit ihrem jugendlich wirkenden Spitzenkandidaten Dr. Hirnschall und der vom damaligen Pressereferenten Dr. Müller ausgegebenen Parole »Frischer Wind ins Rathaus« einen bemerkenswerten Stimmen- und Mandaterfolg. Die SPÖ mit Bürgermeister Marek und vor allem die ÖVP mit dem früheren Unterrichtsminister Dr. Drimmel mußten starke Stimmenverluste hinnehmen. Die FPÖ war wieder im Kommen, zumal es damals auch in Salzburg und in Vorarlberg sowie bei der Arbeiterkammerwahl freiheitliche Erfolge gab.

Bei der ÖVP herrschte Alarmstimmung. Mit verstärkten Angstparolen vor einer drohenden, von den Freiheitlichen unterstützten roten Herrschaft stieß sie vor allem im Osten Österreichs mitten in die freiheitliche Wählerschaft. Und sie bekam ungewollt Schützenhilfe aus der Bundesrepublik Deutschland. Dort hatten sich SPD und Freie Demokraten verbündet, die aus der Bundestagswahl 1969 noch immer als stärkste Partei hervorgegangene CDU/CSU ausgeschaltet und eine Regierungskoalition mit Willy Brandt (SPD) als Bundeskanzler geschlossen. Gab es einen besseren Beweis für die Richtigkeit der ÖVP-Prophezeiung: »Die dritte Kraft den roten Kanzler schafft?«

Unter diesem Trommelfeuer der ÖVP-Propaganda gingen wir Freiheitlichen in die Wahlvorbereitungen für die Nationalratswahl am 1. März 1970. Zwar gestärkt und guten Mutes angesichts des kürzlich errungenen Wahlerfolges in Wien, aber doch mit gemischten Gefühlen, weil wir merkten, wie diese Angstparole vom »Roten Bundeskanzler«, dem wir, laut ÖVP, ganz sicher zur Macht verhelfen würden, auch in unseren Kernschichten zu greifen begann. Heute kann man sich das nach jahrzehntelanger sozialistischer Alleinregierung nicht mehr sehr gut vorstellen. Aber damals war der »rote« Bundeskanzler so etwas wie ein leibhaftiger Gottseibeius in den Vorstellungen vieler nicht-sozialistischer Wähler. Vor allem in besonders national eingestell-

Dr. Albert Schmidt, Jg. 1922, seit 1951 im VdU politisch tätig, 1959 Mitglied der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, die erstmals wieder den Einzug in den Wiener Gemeinderat schaffte, aus dem der VdU 1954 ausgeschieden war, 1963–1971 Klubobmann der Wiener Gemeinderatsfraktion der FPÖ, 1971–1979 Abgeordneter zum Nationalrat. Seit April 1991 Bundesobmann des Österreichischen Seniorenringes.

den Kreisen, Verbindungen und Diskussionsrunden zeigte diese Angstparole Wirkung.

Dabei war es um die SPÖ gar nicht so gut bestellt. Sie hatte einige schwere Turbulenzen hinter sich und mußte schließlich den Parteivorsitzenden wechseln. Als Opposition hatte sie hinter den Freiheitlichen eindeutig die zweite Geige gespielt und auch sonst war nichts besonders Aufregendes an ihr zu bemerken. Jedenfalls glaubte kein Mensch daran, daß sie die ÖVP überholen könnte, von einer absoluten Mehrheit der SPÖ ganz zu schweigen. Selbst die ÖVP führte stets nur das bundesdeutsche Beispiel, daß die stärkste Partei von ihren zweit- und drittstärksten Konkurrenten ausgetrickst werden könnte, als Gefahr an.

Jedenfalls mußte etwas geschehen, um der ÖVP-Angstpropaganda den Wind aus den Segeln zu nehmen. In der FPÖ-Bundesführung setzte sich langsam die Auffassung durch, daß man dem Wähler »reinen Wein« einschenken mußte und ihn nicht im Ungewissen lassen dürfe, wie sich die Partei im Falle des Falles verhalten würde. Das Führungsteam mit Peter, Götz, Scrinzi und Zeillinger mußte klar sagen, was nach der Wahl geschehen würde. Auch wir im Wiener Parteivorstand waren der Meinung, daß der wirkungsvollen ÖVP-Propaganda wirkungsvoll entgegengetreten werden mußte. Dr. Müller, Dr. Hirnschall und ich als Wiener Wahlkampfleiter, wir brüteten tagelang über zugkräftigen Aussagen, die nicht langatmig sein dürften, sondern in der notwendigen Kürze, eindeutig, klar, plakativ unsere Gegenparole zum Ausdruck bringen mußten. Dabei waren wir alle davon überzeugt, daß ein sozialistischer Bundeskanzler für die SPÖ ohnehin nicht erreichbar sei, aber es mußte unserer Wählerschaft eine Art eidesstattliche Erklärung gegeben werden, daß mit unserer Hilfe ein solcher Kanzler keinesfalls installiert werden würde. Ich hatte mich schon immer gerne mit Wahlwerbung und Plakattexten befaßt und versuchte daher auch für diesen Fall, eine möglichst kurze, eindrucksvolle, aber auch ausgewogene Parole zu entwerfen. Denn man durfte ja auch nicht vergessen, daß es in unserer Wählerschaft viele gab, die uns nicht als Anhängsel der ÖVP sehen wollten. Es mußte also auch in dieser Richtung etwas zum Ausdruck gebracht werden. Nach längeren Versuchen gelangte ich zu folgender, für die Plakatierung bestimmten Formulierung: »Wir garantieren: Kein roter Bundeskanzler – kein schwarzes Österreich - FPÖ«. Damit war eigentlich der Rückgriff auf die VdU-Parole aus 1951 »Weder schwarz – noch rot« geboren. Mit einer winzigen Ausnahme. Der dezidierten Aussage gegen den roten Bundeskanzler und damit gegen eine kleine Koalition mit der SPÖ stand eine weniger deutliche Aussage gegen die ÖVP gegenüber. »Kein schwarzes Österreich« war keine strikte Absage gegen eine Koalition mit der ÖVP, sondern bedeutete lediglich, eine Übermacht



Wahlplakat 1970: Stimmte die Richtung wirklich?

der ÖVP verhindern zu wollen – und das hätte auch durch eine Koalition mit ihr geschehen können. Mehr sollte gegen die ÖVP nicht gesagt werden. Eine hellhörige ÖVP hätte dies verstehen müssen, wenn sie gewollt hätte.

Im Wiener Parteivorstand erhielt diese Formulierung, meiner Erinnerung nach, breite Zustimmung. Landesparteiobmann Dr. Broesigke unterbreitete sie hierauf dem Bundesparteivorstand, wo sich einige Bedenken erhoben. Vor allem Funktionäre aus dem Westen Österreichs, die mit den Sozialisten eine bessere Gesprächsbasis hatten als wir in Wien, vor allem die Salzburger und Kärntner, machten Einwendungen. Hingegen wollten die steirischen Vertreter unter der Führung von Dr. Götz eine deutlichere Präferenz für die ÖVP ausgedrückt wissen. Schließlich wurde meine Formulierung noch durch die Worte »dann stimmt die Richtung« ergänzt und ihr eine längere politische Erklärung – die eigentliche Erklärung des 16. Jänner 1970 – vorangestellt. Alles zusammen wurde in der Bundesparteileitung mit großer Mehrheit beschlossen. Bundesparteiobmann Peter drückte mir am nächsten Tag telefonisch seine Anerkennung zu der gefundenen plakativen Kurz-

form aus. Der ÖVP paßte die entschiedene Aussage der FPÖ-Führung natürlich nicht ins Konzept. Sie wurde als Verwirrung der Wähler bezeichnet und als unglaubwürdig abgetan. Sie sei letztlich eine Wahlhilfe für die SPÖ. Das mehr oder weniger versteckte Koalitionsangebot an die ÖVP wurde mit Hohn zurückgewiesen. ÖVP-Staatssekretär Pisa sprach von einem »Nessos-Gewand«, also einem vergifteten Gewand, das wir der ÖVP umhängen wollten. Die SPÖ hingegen bezeichnete unsere Erklärung schlicht als einen politischen Fehler.

Die Wahl am 1. März 1970 brachte der SPÖ die relative Mehrheit. Bundeskanzler Klaus warf sofort das Handtuch und zog eine kleine Koalition mit der FPÖ keine Sekunde lang in Erwägung. Nach alter ÖVP-Manier wollte er keinen Gedanken an eine Zusammenarbeit mit der FPÖ verschwenden und brachte dies auch in brüsker Art und Weise zum Ausdruck. Dr. Kreisky hatte hier mehr Phantasie. Er zeigte sich keinen Augenblick beleidigt über die Ablehnung des roten Bundeskanzlers durch uns und fand schließlich, wie bekannt, einen anderen Weg, seine Regierung zu bilden.

Wir Freiheitlichen stiegen mit einem blauen Auge aus dieser Wahlauseinandersetzung heraus, erzielten 5 Mandate und konnten erst bei einer Nachwahl im Herbst 1970 das 6. Mandat sicherstellen.

In der FPÖ wurde später die Erklärung vom 16. Jänner mit der Ablehnung des roten Bundeskanzlers als Fehler bezeichnet. Ohne sie wäre zweifellos im März 1970 eine kleine Koalition unter Führung Kreiskys zustande gekommen.

Aber angesichts der damaligen Situation unter dem Druck der Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland und der massiven Angstpropaganda der ÖVP und des trotz unserer Erklärung schlechten freiheitlichen Wahlergebnisses, erscheint es mir sehr fraglich, ob die Garantieerklärung der FPÖ »Kein roter Bundeskanzler – kein schwarzes Österreich« wirklich ein Fehler gewesen ist. Ohne diese Erklärung hätten wir wahrscheinlich noch schlechter abgeschnitten.

DAS »WEISSBUCH« DER FRAUEN

von Dora Jelinek

In den Kandidatenlisten der FPÖ zur Nationalratswahl 1971 scheinen Frauen nur spärlich und im Spitzenfeld mit Wahlerfolgchancen gar nicht auf! Da dadurch der Eindruck entstehen könnte, daß sich die freiheitlichen Frauen nicht mit ihren Problemen befassen, haben sich die Frauenreferentinnen der Bundesländer bei ihrer, unter der Leitung der Bundesfrauenreferentin Dr. Dora Jelinek stattgefundenen Tagung entschlossen, ihre zum Teil jahrelangen Forderungen in folgenden Punkten – als Weißbuch – zusammenzufassen und der Öffentlichkeit zu übergeben:

Die berufstätige Frau:

Gesetzliche Regelung der Teilzeitbeschäftigung; Teilzeitbeschäftigung und gleitende Arbeitszeit können viel zur Linderung der akuten Probleme berufstätiger Frauen mit Klein- und schulpflichtigen Kindern beitragen. Sehr viele Frauen, die aus familiären Gründen aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden müssen, würden gerne einen Arbeitsplatz mit eingeschränkter Präsenz annehmen. Auch so manche Unternehmer würden bedeutend mehr Teilzeitarbeiterinnen und -angestellte als bisher beschäftigen. Die Lage der berufstätigen Frau ist auch in Österreich nicht immer angenehm. Um ihnen zu helfen und ihren wichtigen Beitrag für die Wirtschaft zu sichern, müssen wir die praktischen Erfordernisse gegenüber ideologisch-sozialen Vorurteilen berücksichtigen.

In einem Artikel aus »Die Industrie«, Nr. 29, vom 16. Juli 1971 bestätigt Dr. Peter Stiegritz die Richtigkeit unserer jahrelangen Forderung, die auch während der Alleinregierung der ÖVP nicht erfüllt wurde.

- Gleicher Lohn für Frauen bei gleicher Vorbildung und gleicher Tätigkeit wie für ihre männlichen Kollegen (Artikel 10/b der UN-Deklaration über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau).
- Bessere Aufstiegsmöglichkeit der Frau im öffentlichen Dienst (Artikel 4/c der Deklaration). Staatliche Hilfe bei der Rückführung der Frau nach der Tätigkeit in der Familie in den Beruf oder bei einer Umschulung.
- Vordringlicher Bau von Kindergärten und Horten zur Entlastung der berufstätigen Mütter, Erntekindergärten!
- Verbilligter Mittagstisch in den Schulen, Ferienheime während der Urlaubszeit in den Kindergärten und Horten.
- Heranziehung der Mädchen aus den polytechnischen Jahrgängen als Aufsichtspersonen für Krabbelstuben und Kindergärten.
- Ausdehnung der vorschulischen Erziehung auf alle Kinder.

- Erhöhung der Absetzbeträge für die mitarbeitende Ehegattin in bäuerlichen und gewerblichen Betrieben.
- Alleinverdienerfreibetrag muß auch einer Frau, sofern sie Haushaltsvorstand ist (alleinige Familienerhalterin) zugestanden werden!

Die »Nur-Hausfrau«

Aufwertung des Begriffes »Hausfrau«.

Ausdehnung des Mutterschutzes auch auf die Hausfrau durch Bestellung von Familienhelferinnen. Sozial- oder Familienhelferin sollte für Mehrfachmütter in der Zeit vor und nach der Entbindung eine Selbstverständlichkeit sein (in Skandinavien bereits Gesetz). Dazu ist notwendig: Eine Aufwertung der Sozialberufe, eine Verankerung der Familienhelferin in einem öffentlichen Dienstverhältnis, bessere Entlohnung, Öffentlichkeitsrecht für die Familienhelferinnenschule!

Nur-Hausfrauen – einer sozial vergessenen Gruppe – soll dadurch eine Anerkennung gebracht werden, daß ihnen das Kindergeld direkt ausbezahlt wird. Die tägliche Fürsorge für die Kinder ist Aufgabe der Mutter. Wenn das Kindergeld dafür gedacht ist, den Familien die Sorge für die Kinder zu erleichtern, dann soll das Geld an die Person, deren Aufgabe die unmittelbare Sorge für die Kinder ist, nicht erst auf einem Umweg oder unter Umständen gar nicht ausbezahlt werden.

Die große Zahl der Haushaltsunfälle beweist die Notwendigkeit einer Pflichtunfallversicherung, um die soziale Sicherheit der Hausfrau zu verbessern und ihr im Falle der Invalidität eine Rente zu sichern. Diese Versicherungsbeiträge müssen als Freibetrag vom Familienerhalterlohn bzw. -einkommen absetzbar sein.

- Öffnung der Rentenversicherung mit freiwilligen Beiträgen für alle wegen Familienpflichten nicht erwerbstätigen Frauen!
- In Mehrkinderfamilien soll die Übernahme dieser Versicherungsbeiträge für die Frau aus den Mitteln des Familienfonds erfolgen!

- Der Familienfonds soll endlich zur eigenen Rechtspersönlichkeit werden, um zu verhindern, daß in Zukunft Überschüsse zweckwidrig verwendet werden, wie dies mehrfach geschehen ist!

- Eine Regelung, nach der während der Ehe erworbene Anwartschaften auf eine Altersversicherung beiden Ehepartnern zu gleichen Teilen gutgeschrieben werden.
- Beibehaltung der Steuergruppe nach dem Ausscheiden der Kinder aus dem Familienverband.

Dr. Dora Jelinek, Jg. 1912, als Meteorologin 1941–1944 im Berliner Reichsamt für Wetterdienst tätig, 1961–1973 Gemeinderätin der Stadt Linz, 1966 Mitglied des Bundesparteivorstandes der FPÖ, 1967–1973 Bundesfrauenreferentin, legte diese Funktion zurück, weil ihre Forderung, das Frauenreferat mit allen Landesorganisationen bundesweit in der FPÖ zu verankern, von den Führungsgremien der FPÖ abgelehnt wurde.



Dr. Dora Jelinek 1969 als Gemeinderätin der Stadt Linz, rechts neben ihr Horst Schender.

- Gerechtere Besteuerung der Einkommen der Ehepartner durch Splittingverfahren.
- Erneuerung des veralteten Familienrechts aus dem Jahre 1811. Alle während der Ehe erworbenen Güter sollen den Ehepartnern zu gleichen Teilen gehören.
- Neuregelung des Erbrechts der Ehegattin (bereits in Vorbereitung)!

Jugend:

Neuordnung der Rechtsstellung des Kindes aus geschiedener Ehe! Erste-Hilfe-Kurse in den Abschlußklassen sämtlicher Schulen. Gründliche Aufklärung in den Schulen über die Gefahren der Suchtgifte und Schutzbestimmung gegen Medikamentenmißbrauch. Förderung des Sportes zur Verhinderung des Gammletums. Gründliche Aufklärung über die Gefahren der Pille im jugendlichen Alter sowie über die der illegalen Abtreibung.

- Anzeigepflicht bei Kenntnis von Kindesmißhandlung!
- Schutz gegen Triebverbrecher durch gründliche Aufklärung in den Schulen und schwere Strafen für Sittlichkeitsverbrecher!

Unsere Forderung der Neuordnung der Rechtsstellung des unehelichen Kindes wurde bereits mit 1. Juli 1971 verwirklicht!

Alte Menschen:

Moderne Altenbetreuung durch Schaffung geriatrischer Krankenhäuser mit ambulanter Behandlung. Schaffung von Pflegeheimen. Erhöhung der Witwenrente auf 60% – eine jahrelange Forderung des FPÖ-Frauenreferates wurde mit 1. Juli 1971 verwirklicht!

Gesundheit:

Vorrangige Behandlung des Problems »Umweltschutz«

- Einführung eines Gesundheitspasses, zunächst für Kleinkinder.
- Eintragung der Ergebnisse der Pflichtuntersuchungen bei der Geburt, am Ende des 1. und 2. Lebensjahres. Der Paß soll im weiteren Verlauf bei jeder kurativen oder präventiven ärztlichen Be-

handlung vorgelegt werden und auch als Impfdokument dienen. Die Gesundheitspässe sollen auch der Dokumentierung der Vorsorgeuntersuchung in der Schwangerschaft dienen. In den Paß gehören als Eintragungen: Blutgruppe, alle Impfungen, evt. Serumgaben, Überempfindlichkeit gegen Medikamente und Angaben über alle Krankheiten und Operationen.

- Pflichtuntersuchungen bei Frauen wegen Krebs.

- Pflichtimpfungen gegen Tetanus auch bei Erwachsenen.
- Nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Aufklärung und Familienplanung eine Lockerung des § 144 im Falle eugenischer, sozialer und medizinischer Indikation. Durchführung der Schwangerschaftsunterbrechung jedoch nur innerhalb der ersten drei Schwangerschaftsmonate und nur in öffentlichen Krankenhäusern nach einem ärztlichen Konsilium unter Zuziehung einer Psychologin.
- Einführung der Kennzeichnungspflicht bei Lebensmitteln mit chemischen Zusätzen, Angaben über Verbrauchsfristen. Kontrollen bei Tiefkühlkost. Strenge Marktamtsskontrollen!



Überreichung des goldenen Ehrenzeichens der Republik Österreich an Dr. Dora Jelinek durch Bürgermeister Hofrat Franz Hillinger 1973. (Fotos: Privatbesitz Dr. Dora Jelinek)

P.S.: Jahrelang galt die FPÖ als reine Männerpartei. Dieses vom Frauenreferat unter Dr. Dora Jelinek 1971 verfaßte Dokument erbringt den Nachweis, daß die Frauen trotzdem einen bedeutsamen Beitrag zur Politik einzubringen hatten, und das mit Themen und Argumenten, die bis heute gültig, ja zukunftsweisend geblieben sind.

DAS NEIN DER FPÖ ZUR ATOMKRAFT

von Gerulf Stix

In den siebziger Jahren rückte weltweit die Energiepolitik in den Vordergrund des Interesses. Der erste Ölschock von 1973 und die mit zunehmender Schärfe geführte Auseinandersetzung um das Für und Wider einer breiten energiewirtschaftlichen Nutzung der Atomkraft prägten die damalige Zeit. In ihr entwickelte sich die FPÖ als einzige der österreichischen Parlamentsparteien zu einer »Anti-Atom-Partei« und Befürworterin alternativer Energiepolitik. De facto haben die Freiheitlichen trotz ihrer quantitativ kleinen Vertretung im Nationalrat qualitativ entscheidend dazu beigetragen, Österreich vom Weg in die atomwirtschaftliche Sackgasse abzuhalten. Als Energiesprecher der FPÖ von 1972 bis 1984 und mitwirkend bis 1990 habe ich diese Entwicklung so hautnah miterlebt, daß meine Darstellung unvermeidbar subjektive Züge aufweisen wird. Die Fakten bleiben objektiv.

An den Beginn möchte ich ein Zitat aus meiner am 28. 6. 1978 im Parlament zum Bericht der Bundesregierung zur Kernenergie gehaltenen Rede stellen:

»Es wird nun notwendig sein, sich mit Fragen der Atomenergie und der Atomwirtschaft kritisch auseinanderzusetzen, insbesondere mit deren sogenannten friedlichen Nutzung. Daher möchte ich an den Anfang meiner kritischen Darlegungen eine Respektbekundung setzen; nämlich eine Respektbekundung vor den wirtschaftlichen und technischen Leistungen, die die Verantwortlichen in unserer Energiewirtschaft seit Jahrzehnten erbracht haben und weiterhin erbringen. Ich kann verstehen, daß ein nur energiewirtschaftlich und technisch orientierter Mensch Begeisterung empfindet ob der Tatsache, daß kaum ein anderer Energieträger als eben Uran über eine derartige Energiedichte verfügt... Sie machen alles, was erlaubt ist, das technisch Machbare und das Erlaubte versuchen sie, in ihre Planungen miteinzubeziehen. Ich verstehe die Position, aber ich muß eben sagen: Das ist ein eindimensionales Denken, dessen sich leider der Politiker nicht befleißigen kann. Der Politiker ist dafür da und dazu aufgerufen, die Dinge multidimensional zu sehen oder, um es mit einem deutschen Wort auszudrücken, die Dinge ganzheitlich zu betrachten. Und an den Anfang dieser Betrachtungsweise möchte ich die These stellen, daß es einfach falsch ist, die Atomenergie lediglich als eine energiewirtschaftliche Frage zu betrachten. Es verbirgt sich in ihr eine sehr ernste andere Frage, nämlich die Frage: Dürfen wir Menschen heute das alles auch wirklich machen, was zu machen wir fähig sind?«

Damit ist auch schon die Perspektive angerissen, von der aus die Haltung der FPÖ zur Atomfrage gesehen werden muß

und verstanden werden kann. Das obige Zitat aus 1978 steht ja nicht für den Beginn freiheitlicher Standortbestimmung, sondern beinhaltet bereits eine gerundete Zwischenbilanz aus fünf Jahren einschlägiger Politik, fußend auf dem 1973 – vor dem ersten Ölschock! – intern beschlossenen »Energiekonzept der FPÖ«, dessen Erstellung mir anfänglich gegen meinen Wunsch vom Klub der FPÖ aufgetragen worden war. Davor gab es schon parlamentarische Äußerungen, welche das Einpendeln der FPÖ auf eine – grob vereinfacht ausgedrückt – Anti-Atom-Linie erkennen ließen. Am 27. 4. 1972 gab es eine umfangreiche schriftliche Anfrage der Abgeordneten Scrinzi, Hanreich, Melter, Stix und Genossen zu Zwentendorf. Und am 31. 5. 1972 mußte ich für die freiheitliche Fraktion eine Rede zum Energieanleihegesetz halten, in welcher ich ausführlich unsere schweren Bedenken zum KKW Tullnerfeld vortrug. Wir lehnten damals die Bundeshaftung für die für das KKW gewidmeten Kredite ab.

In der FPÖ wurde die Meinungsbildung zur Atomfrage nie in einer Art Schwarz-Weiß-Manier behandelt. Erstens gab es in der innerparteilichen Diskussion durchaus unterschiedliche Meinungen, bei den Atombefürwortern angeführt von niemand geringerem als Friedrich Peter. Zweitens startete die politische Willensbildung nicht beim Punkt Null, sondern knüpfte an vorgefundene Realitäten an. Eine dieser Realitäten war der Baubeginn in Zwentendorf, eine weitere die Vorbereitungen für St. Pantaleon.

Obleich die FPÖ fürchtete, den Bau des KKW Tullnerfeld nicht mehr aufhalten zu können, machte sie aus ihrer Ablehnung auch dieses Projektes nie ein Hehl. Dabei hatte ich es als offizieller Energiesprecher der FPÖ insoweit leicht, als die innerparteilichen Diskussionen um unsere Energiepolitik in zahlreichen Runden in sämtlichen Führungsgremien und auf Bundesparteitagen mit sehr großen Mehrheiten nicht nur den im Energiekonzept vorgezeichneten Weg immer wieder bestätigten, sondern hinsichtlich der Kernenergienutzung sogar verschärften. Unsere Formel lautete:

Ablehnung der breiten energiewirtschaftlichen Nutzung der Atomkraft beim gegenwärtigen Stand der Technik. Als Beleg mag folgendes Zitat aus meiner Parlamentsrede vom 16. 12. 1977 dienen:

»Die Haltung der Freiheitlichen Partei ist klar und kann in wenigen Sätzen zusammengefaßt werden: Wir haben den Bau des Kernkraftwerkes Tullnerfeld von Anfang an abgelehnt. Wir haben das nicht aus bloßem Neinsagen heraus getan, sondern auf Grund einer fundierten energiepolitischen Haltung, am umfangreichsten dokumentiert

Dr. Gerulf Stix, Jg. 1935, seit 1963 in der FPÖ tätig, Landesparteiobmann der FPÖ-Tirol 1973–1985, Abgeordneter zum Nationalrat 1971–1990, Dritter Präsident des Nationalrates 1983–1990. Gab 1973 mit seinem Energiekonzept den Anstoß zur kritischen Meinungsbildung über die Kernenergie, Energiesprecher der FP-Nationalratsfraktion, federführend bei der Erstellung des 1985 beschlossenen Parteiprogramms der FPÖ.

im Freiheitlichen Energiekonzept 1973. Wir sind in diesem Energiekonzept zu der Auffassung gelangt, daß Österreich es sich leisten kann, die Sackgasse der gegenwärtigen Atomtechnik zu vermeiden. Wir haben daran die Forderung geknüpft: kein Bau von Kernkraftwerken beim heutigen Stand der Atomtechnik. Und diese Linie haben wir Freiheitlichen konsequent alle Jahre bis herauf zum heutigen Tag durchgezogen und werden dabei bleiben.»

Das war fast ein Jahr vor jener entscheidenden Volksabstimmung am 5. November 1978!

Das erste Halbjahr 1978 stand ganz im Zeichen der Debatte um den umfangreichen Bericht der Bundesregierung Dr. Kreisky III zur Kernenergie. Ich erinnere mich noch sehr gut an die vielen tagelangen Sitzungen im damit befaßten Unterausschuß des Handelsausschusses. Zwei Eindrücke, die sich damals in mir festigten, möchte ich erwähnen. Erster Eindruck ganz allgemein: Experten, Sachverständige und angeblich objektive Wissenschaftler geraten erstaunlich rasch, unerwartet hart und bemerkenswert böseartig aneinander, wenn erst die Emotionen hochkommen. Den schlechten Stil im Umgang miteinander, der nach allgemeiner Auffassung typisch für Politiker sei, überboten einige Experten mühelos.

Zweiter Eindruck im besonderen: Bei sehr komplexen Problemstellungen, die mehrere Fachgebiete betreffen, bringt die Anhörung verschiedener Fachleute den Politikern nur wenig Entscheidungshilfe. Teils widersprechen auch hochrangige Fachleute einander, teils knüpfen sie die Gültigkeit ihrer Urteile an eine Vielzahl definierter Bedingungen als Voraussetzung, teils erklären sie sich genau für jenen Punkt als unzuständig, der sich für die Entscheidungsfindung eben als der springende herauskristallisiert. Sobald eine Problemstellung ausgesprochen kontroversiell ist und mehrere Fachgebiete berührt, wird der Politiker von den Sachverständigen in Summe in seiner Entscheidungssuche de facto allein gelassen. Jedenfalls ziehe ich aus meiner Erfahrung von 18 Jahren Abgeordnetentätigkeit den persönlichen Schluß, daß die Aufgabe des Politikers, für die Gesellschaft maßgebliche Entscheidungen treffen zu müssen, nicht durch die Einholung noch so vieler Sachverständigengutachten gelöst werden kann. Letztlich müssen die berufenen politischen Instanzen eigenverantwortlich entscheiden.

Am 28. 6. 1978 ging die dramatische Debatte um die Erlaubnis für die Inbetriebnahme des KKW Tullnerfeld (später vereinfachend: Zwentendorf) über die Bühne des Nationalrats. Ein entsprechender Gesetzesantrag der sozialistischen Fraktion lag vor, dazu der Antrag, dieses Gesetz einer Volksabstimmung zu unterwerfen. Dem Ganzen war jene weitausholende politische Operation Dr. Kreiskys vorausgegangen, bezüglich der Entscheidung über Zwentendorf den Ball von der Bundesregierung weg und

zum Parlament hinzuspielen. Kreisky hatte die Gesamtlage so eingeschätzt, daß eine Pro-Entscheidung der Bundesregierung die Sozialisten bei der nächsten Wahl die Mehrheit kosten würde. Auch die Verlagerung der Verantwortung auf das Parlament war ihm von dem Zeitpunkt an zu riskant, als sich abzeichnete, daß keine der beiden Oppositionsparteien bereit war, für Zwentendorf zu stimmen. Für die FPÖ war diese Haltung seit vielen Jahren vorgegeben, bei der ÖVP handelte es sich zweifellos um einen Akt politischer Kindesweglegung, denn die Entscheidung, das Projekt Zwentendorf in Angriff zu nehmen, war bekanntlich unter der Regierung Dr. Klaus getroffen worden. So wurde die Verantwortung weitergewälzt und die erste Volksabstimmung in der Zweiten Republik anvisiert. Die denkwürdige Volksabstimmung vom 5. 11. 1978 hat die energiepolitische Landschaft Österreichs gewaltig verändert. Die extrem knappe, doch absolute Mehrheit der Nein-Stimmen löste Jubel bei den Atomgegnern aus, die sich damals auch schon außerparlamentarisch artikuliert hatten.

Die Quintessenz unserer ablehnenden Haltung findet sich in folgendem Zitat aus einer späteren Parlamentsrede vom 15. 12. 1978:

»Ich sage noch einmal: Die ganze friedliche Kernnutzungsenergie bewegt sich in eine gigantische technologische Sackgasse hinein. Es ist eine große Chance für Österreich, am Beginn einer solchen Sackgasse, beim ersten Schritt, den es in eine solche Sackgasse gemacht hat, bereits abgestoppt zu werden. Ich glaube, Österreich wird nach einigen Jahren im Rückblick erkennen, daß es ein Glück war, lediglich den empfindlichen Preis von 8 Milliarden Schilling dafür bezahlt zu haben, bezahlt zu haben für die Chance, nicht in die Sackgasse hineinzugeraten. Ich nehme an, daß unser immerhin empfindlicher Preis, unser Lehrgeld von 8 Milliarden Schilling, in Wahrheit noch ein recht glimpflicher Preis ist. Ich glaube, es wird sich herausstellen, daß ein solcher Preis gering ist im Vergleich zu jenen Preisen, die die anderen Industrieländer werden bezahlen müssen, die viel, viel tiefer in diese technologische Sackgasse hineingeraten sind, wenn sie eines Tages erkennen müssen, und der Tag ist nicht mehr fern, daß es sich in der Tat um eine Sackgasse handelt.«

Nachdem nun der Souverän entschieden hatte, wengleich nur knapp, stellte sich die Kompetenzfrage gänzlich anders dar als vordem. In Zukunft würde es keiner Regierung und keinem Parlament mehr politisch möglich sein, um diese oder eine neu zu bewirkende Volksabstimmung anderswie herumzukommen. Das hatte auch die Regierungspartei erkannt und legte in der Folge sehr rasch den Entwurf für ein Atomsperrgesetz vor. In den darüber geführten Ausschlußverhandlungen griffen die Sozialisten meinen vom ÖVP-Sprecher zunächst bekämpften, dann aber ebenfalls akzeptierten Vorschlag auf, in den Ausschlußbericht fol-

gendes hineinzunehmen: »*Weiters ist der Ausschluß der Auffassung, daß eine allfällige Aufhebung dieses Gesetzes einer Volksabstimmung zu unterziehen wäre.*«

Rund ein Jahr später, am 5. 12. 1979 verhandelte der Nationalrat jenen vom Abgeordneten Dr. Heinz Fischer und Genossen eingebrachten und dann mit den Stimmen aller drei Parteien beschlossenen Entschließungsantrag, demzufolge eine Abänderung des Atomsperrgesetzes künftig nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit erfolgen soll, selbstverständlich mit anschließender Volksabstimmung darüber.

Im Jahr 1980 gerieten die Dinge durch ein von der E-Wirtschaft indirekt inszeniertes Pro-Zwentendorf-Volksbegehren wieder in Bewegung. Dazu äußerte ich als Energiesprecher am 19. 6. 1980 im Parlament:

»*Nun gibt es Bestrebungen in Richtung einer neuerlichen Volksabstimmung. Ich habe in dieser Frage durchaus eine »gespaltene Seele«, je nachdem, ob ich sie als Energiepolitiker oder als Demokrat betrachte. Als Demokrat muß ich jedermann in einer Demokratie zubilligen, daß er den Versuch unternimmt, mit einer Meinung, mit der er einmal abgeblitzt ist, bei einer anderen Gelegenheit vielleicht doch noch durchzukommen ... Ich konzediere das als Demokrat. In der Sache bedauere ich diese Bestrebungen ... In der Sache wäre die Frage aufzuwerfen, ob es denn neue Tatsachen zur Kernenergie und im speziellen Fall zu Zwentendorf gibt, die es rechtfertigen würden, dem Volk die Frage neuerlich vorzulegen. Da muß ich aus meiner Kenntnis der Dinge sagen: Es gibt keinerlei neue Tatsachen zur Kernenergie allgemein. Es gibt keinerlei neue Erkenntnisse bezüglich Zwentendorf.*«

Für die Behandlung des bei ihm eingelangten Volksbegehrens setzte der Nationalrat einen Unterausschuß des Handelsausschusses ein, dem ich für die FPÖ angehörte. Die Beratungen gingen schleppend voran. Als ob ein stillschweigendes Einvernehmen zwischen den Parteien bestanden hätte, gelangte der Ausschuß zu keinem Abschluß. Mit dem Auslaufen der Gesetzgebungsperiode »starb« das Volksbegehren wie jede andere noch unerledigte Materie in jedem anderen Ausschuß auch.

Die Konstellation der politischen Kräfte nach den Nationalratswahlen vom April 1983 führte erstmals in der Zweiten Republik zur Bildung einer kleinen Koalition. In der von dieser getragenen Bundesregierung ressortiert die Energiepolitik zum freiheitlich besetzten Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie unter Vizekanzler Dr. Steger. Er nahm die Erstellung eines neuen Energiekonzeptes so zeitgerecht in Angriff, daß es genau, dem seinerzeitigen Gesetzesauftrag entsprechend, im Spätherbst 1984 dem Nationalrat und der Öffentlichkeit als Bericht der Bundesregierung vorgelegt werden konnte. Tatsächlich

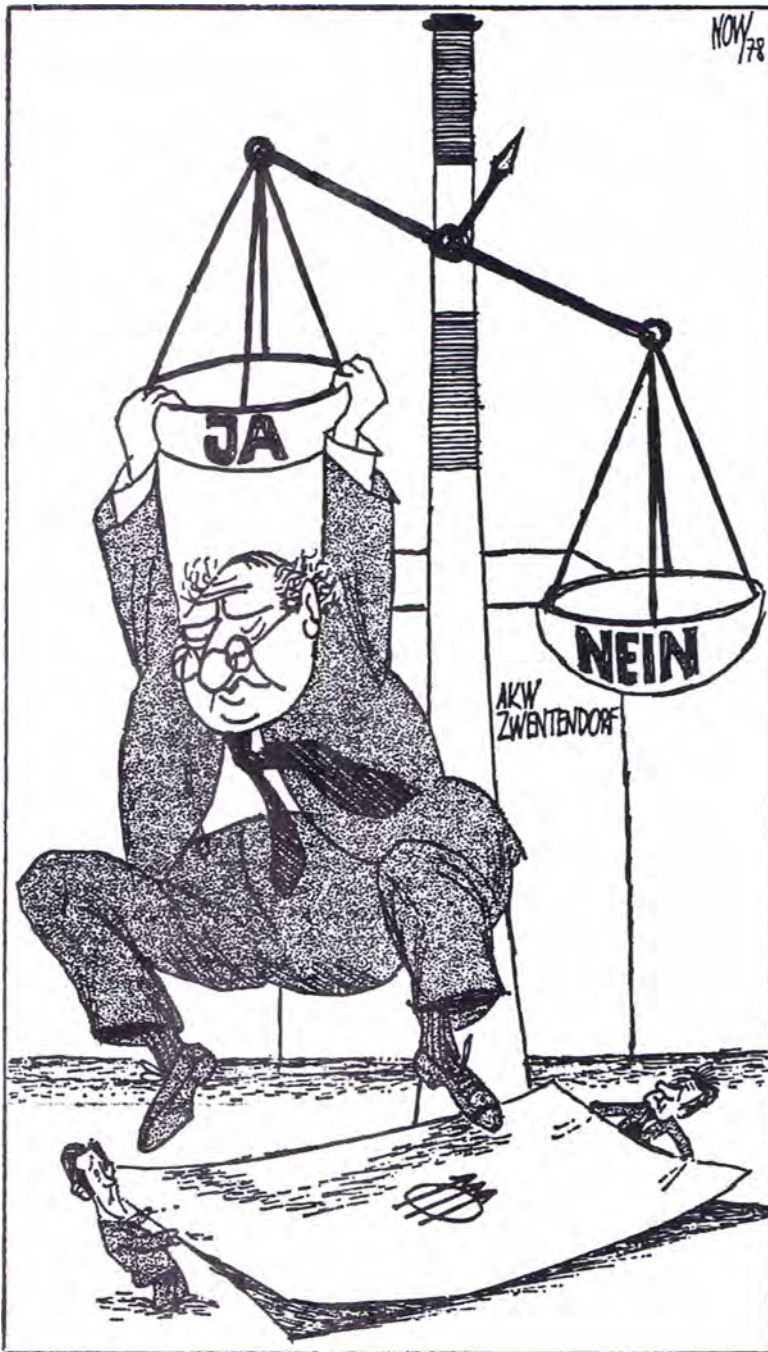
handelt es sich dabei um einen Energiebericht und ein Energiekonzept, was in Aufbau, Gliederung und Darlegung für jedermann nachprüfbar zum Ausdruck kommt. Völlig wertneutral, d.h. ohne Berücksichtigung der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, wurde auch der theoretisch mögliche Einsatz von Zwentendorf sowie weiterer KKW simuliert. Das Ergebnis fiel mager aus: »*Dies bedeutet, daß der Bau weiterer Kernkraftwerke in Österreich unter den gegebenen Umständen nichts zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung beitragen würde, daß aber die Inbetriebnahme von Zwentendorf unter den vorstehend dargelegten Annahmen kostenmäßig vorteilhaft wäre.*«

Was die rechtliche und politische Seite des Problems Zwentendorf betrifft, verweist die Bundesregierung in ihrem Energiekonzept auf die Willensbekundung des Nationalrates: Änderung des Sperrgesetzes mit Zwei-Drittel-Mehrheit, neuerlich Volksabstimmung. Sie lädt das Parlament ein, die ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen neu zu bewerten und gegebenenfalls »eine Volksabstimmung besonderer Art« abzuhalten. »*Sollte die parlamentarische Erörterung jedoch bis zum 31. 3. 1985 keine formelle Beschlußfassung erbracht haben, wird die Bundesregierung gegen die bestmögliche Verwertung der Kernkraftwerksanlage durch den Eigentümer, die Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld Ges. m. b. H., keinen Einwand erheben.*« (vgl. Energiebericht 1984, Seite 116).

Damit war der durch die Volksabstimmung 1978 sowie die nachfolgenden Beschlüsse des Nationalrates eingetretenen Rechtslage in einwandfreier Weise Rechnung getragen.

Zur Behandlung des Energiekonzeptes 1984 wurde wiederum ein Unterausschuß des Handelsausschusses eingesetzt. Obwohl seit Antritt der Koalitionsregierung nicht mehr offizieller Energiesprecher meiner Fraktion, wurde ich als Vertreter der FPÖ in diesen Unterausschuß entsandt. In vier Sitzungen, die in einer an Pokerspiel erinnernden Atmosphäre abliefen, kam es zu keiner Einigung, so daß der Bericht in der abschließenden Sitzung des Handelsausschusses nur mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen wurde. Dem Antrag auf neuerliche Volksabstimmung konnten wir nicht beitreten, weil nach Auffassung der FPÖ die gefragte Entscheidung bereits durch die Volksabstimmung 1978 gefallen war. Wir respektierten aber den Wunsch des Koalitionspartners, die Beschlußfassung über eine neuerliche Volksabstimmung frei von Klubzwang durchzuführen.

Schon bei den abschließenden Abstimmungen im Handelsausschuß fand dieser SP-Antrag keine Mehrheit, weil außer unserer wie oben begründeten Nicht-Unterstützung auch die ÖVP nicht bereit war, die Türe für eine neuerliche Volksabstimmung aufzumachen. So kam es dann aus dieser festgefahrenen Position zu der großen Energiedebatte am 21. 3. 1985. Wer sich einen um-



*Aller Kraftaufwand Kreiskys konnte das Nein zu Zwentendorf nicht aufhalten.
(Karikatur: Josef Novy in der »Neuen Freien Zeitung«)*

ner Aufhebung des Sperrgesetzes und zu keiner Volksabstimmung kommen werde. Damit war es innerhalb der Fallfrist 31. 3. 1985 der GKT anheimgestellt, die urgierte Entscheidung zu treffen. Die GKT-Generalversammlung entschied am 27. 3. 1985 für eine stille Liquidation und für die Vergabe eines Auftrages zur Prüfung einer bestmöglichen Verwertung. Spätere Vorstöße für eine neuerliche Volksabstimmung im Wege des Bundesrates scheiterten.

So hatte die FPÖ nicht nur als kleine Oppositionspartei durch ebenso fundierte wie harnäckige Kritik im Parlament wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung der österreichischen Energiepolitik genommen. Die FPÖ war auch als kleiner Partner in der Regierungskoalition mit den Sozialisten trotz deren massiven Druckes ihrer Linie treu geblieben. Diese fand ihre zeitgemäße Formulierung schließlich im Salzburger Programm der FPÖ vom Juni 1985. Die darin wiederholte Ablehnung der »Nutzung der Atomkraft auf Basis der Kernspaltung beim gegenwärtigen Stand der Technik« wurde nach heftiger Diskussion über Einwände seitens einiger Befürworter von 80 Prozent der Parteitagdelegierten bekräftigt.

Ein knappes Jahr später kam es zur Katastrophe im sowjetischen Kernkraftwerk in Tschernobyl. Die Erfahrungen mit deren Auswirkungen bewirkten einen schockartigen Lernprozeß in der öffentlichen Meinung. Dieses Deus-ex-machina-Ereignis machte den endgültigen Strich durch die Rechnung jener Kernenergie-Betreiber, die sich von einer auf die kleine Koalition folgenden großen Koalition eine Revision des Atomsperrgesetzes erhofft hatten.

Zur Abrundung sei noch daran erinnert, daß die Energiepolitik der FPÖ sich keineswegs in der negativen Haltung zur Atomkraft erschöpfte, sondern parallel dazu positiv alternative Wege für eine neue Energiepolitik aufzeigte. Die FPÖ war die erste Partei in Österreich, die u. a. die »Nutzung der Sonnenenergie« zu einem Thema im Nationalrat machte und damit die Tür öffnete für eine der großen Zukunftsperspektiven in der Energieversorgung.

fassenden Überblick über sämtliche Aspekte der Pro- und Kontra-Argumentation verschaffen will, kann ihn aus der Lektüre des Stenographischen Protokolls dieser 85. Sitzung des Nationalrates in seiner XVI. Gesetzgebungsperiode gewinnen. Möge dann jedermann selbst beurteilen, wo und wie Sachentscheidungen oder Parteitaktik jeweils in den Vordergrund gerückt wurden. Wie dem auch sei, am Ende dieses Parlamentstages stand fest, daß es zu kei-

Meine Damen und Herren!
Jubiläumsfeierlichkeiten haben es nun einmal an sich, einen Rückblick zu wagen, auf das, was man in Gemeinsamkeit durch eine längere Zeitspanne als Ziel verfolgt hat.

Dies zu tun, entspricht sicherlich nicht dem Bedürfnis, sich als politische Gesinnungsgemeinschaft in satter Selbstzufriedenheit zu sonnen, sondern soll vielmehr Gelegenheit zur kritischen Besinnung sein.

Als jungem Menschen aber, der im wahrsten Sinne des Wortes keine Vergangenheit hat, wird man mir es sicherlich nicht übel nehmen, wenn ich meine Gedanken nicht im Sinne dieser Rückbesinnung anstelle, sondern das tue, was als eine Funktion der Jugend gelten kann:

Nämlich den Versuch zu unternehmen, einige Gedanken darüber zu wagen, welchen Standort die Jungfreiheitlichen der Freiheitlichen Partei im politisch-geistigen Gefüge unseres Landes künftighin zuordnen und welche Erwartungen sie in die politische Praxis der FPÖ setzen.

Solange die Menschen Geschichte machen, waren sie jedenfalls mit dem Problem konfrontiert, die bestmögliche Form für das Zusammenleben einer Vielheit von Menschen zu finden. Die Vielzahl der dem menschlichen Denken entsprungenen Modelle, vom antiken Staat der Tugend bis zum utopischen Konzept von der Überwindung des bürgerlichen Staates bei Marx, stellten und stellen aber letztlich alle keine befriedigende Lösungsmöglichkeit dar. Die Ursache hierfür ist auch nur unschwer aufzufinden.

Denn jedes gesellschaftspolitische Modell muß notwendigerweise dort Schiffbruch erleiden, wo nicht der Mensch als Maßstab der Gemeinschaftsform, sondern ein abstraktes System ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse und Strebungen des konkreten Menschen zur alleinigen Entscheidungsgrundlage gemacht wird.

Auch für uns hat sich an dieser grundsätzlichen Problemstellung nichts geändert. Ja, ich glaube sogar, die Gefahr ist noch größer geworden, daß wir Menschen infolge des berauschten Fortschrittes von Wissenschaft und Technik unsere Entscheidungen in dem Bewußtsein treffen, alles sei letztlich machbar!

Daß wir dabei eine zutiefst inhumane Haltung uns selbst, dem konkreten Menschen gegenüber einnehmen, steht auf einem anderen Blatt.

Die Geschichte liefert auch dafür den Beweis der Richtigkeit der Behauptung.

Denn die Geschichte der Menschheit ist nicht nur die des Kampfes um die Freiheit, sondern auch jene des leichtfertigen Infragestellens dieses wertvollen Gutes.

Gleichsam wie eine Wellenbewegung vollzieht sich die Eringung und der Verlust menschlicher Freiheit. War das Ergebnis der Revolutionen Mitte des 19. Jh.s der freiheitliche Rechtsstaat mit seinen unverbrüchlichen Unabhängigkeitsgarantien für den einzelnen, so befinden wir uns gegenwärtig auf dem besten Wege dazu, uns einem neuerlichen absoluten Staat hinzugeben, in dem ebenso »alles für das Volk, aber nichts durch das Volk möglich ist!«

Wir erleben es doch täglich in der politischen Wirklichkeit, wie gewitzigte Sophisten, jene Schar von Epigonen historischer erstarrter Ideologien also, eine reiche Ernte einzubringen vermögen, indem sie demagogisch zum Tausch von Freiheit gegen die allumfassende staatliche Vorsorge ermuntern!

Und dieses Ziel soll über ein verändertes Bewußtsein zielstrebig erreicht werden, indem die Sprache zum gefügigen Instrument der Manipulation mißbraucht wird.

Das, was Karl Steinbuch als »semantischen Betrug« anprangert, bedeutet nämlich nichts anderes, als den traditionellen Wortsinne aufzuheben und ihn durch einen neuen, der politischen Zielsetzung entsprechenden Inhalt zu ersetzen.

Aus marxistisch wird dann kritisch, aus marktwirtschaftlich wird kapitalistisch. Die Freiheit wird zur Zügellosigkeit erklärt, das Schlagwort der Lebensqualität aber gleichsam mit dem persönlichen Glück identifiziert. Das ist die beste Form, ein Volk die Knechtschaft lieben zu lehren.

Hier wird freiheitliche Politik als Alternative anzusetzen haben, um wirklichkeitsfremde Ideologien zu demaskieren.

Hier werden wir anzusetzen haben, um jene Widersprüche aufzuklären, in die die Menschen sich leichtgläubig verstricken. Denn die gefährliche Hingabe an die Ideologie beginnt dort, wo,

wie es der Philosoph Madariaga charakterisiert, die Menschen beginnen, mit dem Herzen zu denken und mit dem Geist zu fühlen!

Oder wollen wir uns weiter der Einsicht verschließen, daß gerade der Begriff der Lebensqualität auf das kollektive, das organisierte Glück abzielt? Die Freiheit zur Lebensgestaltung und besonders das persönliche Glück, so wage ich dennoch zu behaupten, sind doch noch immer höchstpersönliche Angelegenheiten, die sich der Mensch nicht leichtfertig entreißen lassen sollte.

Dr. Jörg Haider, Jahrgang 1950, seit 1964 im Ring Freiheitlicher Jugend tätig, von 1970 bis 1974 dessen Bundesobmann, Bundesjugendreferent der FPÖ, 1976 Landespartei sekretär der FPÖ-Kärnten, 1979–1983 Abgeordneter zum Nationalrat, Sozialsprecher der Fraktion, Bundessozialreferent. 1983 als Landesrat Mitglied der Landesregierung für Kärnten, Landesparteiobmann der FPÖ-Kärnten, seit 1986 Bundesparteiobmann der FPÖ. Seit 1989 Kärntner Landeshauptmann.

Was ist es also, was die geistige Basis der freiheitlichen Bewegung aus unserer Sicht darstellt? Zwischen den Konservativen, die sich dem status quo verpflichtet fühlen und den blinden Fortschrittsgläubigen, für die der Fortschritt um seiner selbst willen schon zum Götzen geworden ist, kann es nur eine geistige Grundposition für uns geben: Die Rückbesinnung auf das, was Ziel und Zweck allen politischen Handelns ist. – Auf den konkreten Menschen, als eine sinnvolle Einheit von Geist und Körper.

Dies ist die entscheidende und verdienstvolle Basis, die unserem politischen Handeln im freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik vorgezeichnet ist. Wir wollen den Menschen so sehen wie er ist, verschieden und vielgestalt in seinem Lebensvollzug und wehren uns entschieden gegen jede Doktrin, welche den Menschen gleichsam zum Zubehör eines utopischen

Gesellschaftsmodells degradieren will. Aus diesem Grunde lassen wir uns auch nicht in unserem politischen Handeln die Alternative stellen, die da lautet: soziale Sicherheit oder Freiheit!

Dies ist nichts anderes als ein primitiver ideologischer Tuschenspielertrick, weil die Antwort nicht ein »entweder – oder« sein kann, sondern nur ein »sowohl als auch«!

Denn was das Brot für den Körper, ist die Freiheit für den Geist. Also jene Nahrung, die in ihrer Existenz den Menschen vom Tier als ein in instinktiven Reaktionen verhaftetes Wesen abhebt.

Unser politisches Handeln muß daher von einem charakteristischen Wirklichkeitssinn getragen sein, der es uns ermöglicht, der Selbstherrlichkeit totaler Gesellschaftssysteme jene Gemeinschaftsformen gegenüberzustellen, die dem Anspruch des konkreten Menschen gerecht werden.

Vornehmlich wird es die Bildungspolitik sein, wo die freiheitliche Alternative Platz greifen muß. Wir wollen nicht, wie es Olof Palme als schwedisches Bildungsziel umrissen hat, den »sozial angepaßten Menschen«, sondern den sozial bewußten Menschen, der sich auf der Basis eines ausgeprägten Geschichtsbewußtseins in kritischer Erkenntnis freiwillig zu den für das Zusammenleben der Menschen notwendigen Bedingungen findet!

Die politische Auseinandersetzung wird also zwischen den utopischen Ideologien einerseits und der auf einem realistischen Menschenbegriff beruhenden Gemeinschaftspolitik stattfinden.



Von frühester Jugend an in der FPÖ tätig: Jörg Haider. (Pressefoto Fritz Kern)

Sicherlich mag es verlockend sein, sein eigenes politisches Wollen in die verbrauchten Kategorien von links und rechts einzuordnen.

Aber ich wage die Behauptung, daß es für den Freiheitlichen der falsche, ja geradezu unmögliche Weg wäre, sich einem zweifelhaften Klischee zuzuordnen, um fortan die eingenommene Position um der Position willen zu verteidigen!

Wir brauchen uns weder als Linke anprangern zu lassen, weil wir die Probleme unserer Gesellschaft vorurteilsfrei und schonungslos aufzeigen und korrigieren wollen, noch aber lassen wir uns als Rechte abqualifizieren, weil etwa die Ordnung zum geistigen Bestandteil unseres politischen Wirkens zählt. Denn unsere Ordnung weist einen Rückbezug zur Freiheit auf, womit für demagogische Verunglimpfung kein Platz mehr bleibt.

Wir Freiheitlichen haben vielmehr als aktives, neuerungsbewußtes Element, das die Erfahrung zu werten versteht, die Funktion geistiger Arbeiter im politischen Kräftefeld unserer Gesellschaft. Ein Stillstehen ist uns daher nicht gestattet, weil unser Ziel, »Der Mensch in Freiheit«, eine täglich neu zu lösende Aufgabe ist, die nicht auf ausgetretenen Pfaden erreichbar ist.

Denn die Wirklichkeit läßt sich nicht in großangelegten Programmen festschreiben, sie will vielmehr erkannt sein.

Für uns steht daher nicht die Wahrheit am Anfang, wie dies bei den doktrinären Ideologien der Fall ist, für uns steht sie am En-

de eines fortschreitenden Prozesses der Erkenntnis! Hierin halten wir es mit Salvador de Madariaga: »Bevor Du Dich dem Dogma unterwirfst, wage den Irrtum und suche die Wahrheit!«

Sicherlich, meine Damen und Herren, kein leichter Weg, aber ein realistischer, weil das Ziel der Freiheit dem Menschen unverrückbar vorgegeben.

Ein Ziel, das wir nie aus den Augen verlieren dürfen, ja, gar nicht können, weil wir seiner Verwirklichung bedürfen, wollen wir unserem Anspruch als selbstbewusste Menschen gerecht werden. Ein Ziel, auf das unser Schiff Kurs nehmen kann, ohne sich der Gefahr auszusetzen, mit der weltfremde Ideologien konfrontiert sind, an den Klippen der Wirklichkeit zu zerschellen, die man in blinder Faszination für eine abstrakte Idee leicht zu übersehen geneigt ist.

Diese Gedanken bringen die Jungfreiheitlichen in die Diskussion über unseren zukünftigen Weg ein, verbunden mit den besten Glückwünschen und einem herzlichen Dankeschön all jenen Gesinnungsfreunden der älteren Generation, die für uns Jugendliche diese freiheitliche Gemeinschaft so vorbildlich geführt haben.

Glück auf in eine erfolgreiche Zukunft!

Jörg Haider
in seiner Rede zum Festakt
»25 Jahre freiheitliche Politik«
am 6. April 1974 in der Wiener Hofburg



KURIER-Karikatur: Rudolf Angerer

**25 Jahre ist er alt geworden ...
aber wächst nicht!!?!**

Für diese Witzerei eines Karikaturisten (Rudolf Angerer, am 7. April 1974 im »Kurier«) lieferte die FPÖ 1991 bei ihren 35-Jahr-Feiern keinen Vorwand mehr.

ANDERS ALS DIE ANDEREN

von Alexander Götz

Eine politische Partei ist in jeder Hinsicht ein Kompromiß auf der Suche nach einem gemeinsamen Nenner politisch Denkender. Der immer wieder unternommene Versuch, ihr einen überhöhten Stellenwert – gegenüber dem einzelnen Mitglied – zuzuordnen, stößt bei mir auf keine Gegenliebe. Darum ist auch irgendein Zeitabschnitt des Bestehens einer politischen Gruppierung in meinen Augen kaum ein Anlaß, Feste zu feiern. Die einzige Rechtfertigung dafür liegt in einer einigermaßen vollständigen Auflistung der Ereignisse. Darauf angesprochen, ob ich dennoch einen Beitrag – zumindest für die Zeit meiner Obmannschaft – liefern könnte, habe ich deshalb ja gesagt.

Rückblickend neigt man dazu, Formulierungen zu wählen, die dem tatsächlichen Geschehen in der Zwischenzeit angepaßt sind. Um dieser Schwäche zu entgehen – sie träfe mich wie jeden anderen auch – werde ich, soweit es die Vergangenheit betrifft, zwar »Götz-Zitate« liefern, aber eben solche aus der damaligen Zeit. Daß dies aus meiner persönlichen Sicht und Beurteilung geschieht, ist für den, der mich kennt, nicht überraschend.

Was ich wollte.

Grob vereinfachend gab es für die FPÖ von ihrer Gründung an die Möglichkeit, entweder irgendeine Beteiligungsform an den bestehenden Macht- und Einflußstrukturen zu suchen oder einen grundlegenden Wandel dieser Strukturen als politisches Ziel anzusehen. Friedrich Peter hat als Langzeitobmann den ersten Weg beschritten – ich wollte den zweiten gehen. Schwerpunkte der Veränderung und des Wandels habe ich schon Jahre vor dem Parteitag in Oberlaa, der mich 1978 zum Obmann wählte, ebenso formuliert wie in der damaligen Antrittsrede. So etwa in der »Ordnung 70«, die ich namens der Steiermark dem Ischler Parteitag 1968 als Antrag unterbreitet habe. Damals habe ich als einen der Gründe für die Erstarrung in Staat und Gesellschaft die Freiheitsbeschränkung angeführt: »Trotz aller verfassungsmäßigen Versprechungen und Garantien ist die Möglichkeit zur spontanen Nutzung der Freiheit weitgehend genommen. Die Organisation des Bestehenden ist so lückenlos, daß das Funktionieren der ›Vorkaueinrichtungen‹ unserer Gesellschaft stets gewährleistet ist. Im politischen Bereich durch die anonymen Parteien, im wirtschaftlichen Bereich durch die ebenso anonymen Kammer- und Wirtschaftsapparate, im künstlerischen Bereich durch die kleine Gruppe jener, die sich selbst privilegiert haben und im wissenschaftlichen Bereich durch den Verwal-

tungsmoloch der Bildungsstätten.« Der damalige Antrag enthielt eine Reihe von Forderungen, die auch heute noch durchaus aktuell sind, wie Demokratisierung der Kammern, Gewerkschaften etc. Beschränkung der Wiederwählbarkeit von Politikern, Demokratisierung der Verwaltung, wesentliche Verstärkung des Persönlichkeitswahlrechtes und ganz besonders die außenpolitische Forderung zum Engagement Österreichs im Donauraum, in Südost-Europa. Einen neuerlichen Vorstoß zu grundlegenden Änderungen der österreichischen Machtstrukturen habe ich 1973 in einem Artikel in der Presse »Markierungen auf dem Weg ins Freie« vorgenommen. Ich gebe gerne zu, daß ich mich dieser Tage beim Lesen dieses Artikels gefreut habe – sogar ein wenig stolz war, Formulierungen gefunden zu haben, die ziemlich deutlich machen, was ich mir unter freiheitlicher Politik vorstelle.

Ich zitiere daraus die 9 Hauptpunkte – in Klammer jeweils eine Minifassung des Inhaltes:

1. **Der Staat ist nicht Eigentum der Parteien, die Bürger sind nicht ihre Machtunterworfenen.** (Lösung existenzieller Abhängigkeiten von parteipolitischem Wohlwollen.)
2. **Soziale Sicherheit darf nicht auf Kosten persönlicher Freiheit gehen.** (Leistungswille und individuelle Verantwortung dürfen nicht durch das »Leben zum Nulltarif« verunmöglicht werden.)
3. **Demokratische Fluktuation verhindert politische Feudalgemeinschaften.** (Stärkere Fluktuation in allen öffentlichen Funktionen, Einschränkung der Ämterkumulierung sollen Führungskräfte aus allen Teilen der Bevölkerung motivieren, politische Verantwortung zu übernehmen.)
4. **Der Riegel gegen Machtmißbrauch heißt breite Information.** (Ein Appell gegen Monopole in den Bereichen aller Medien.)
5. **Von Bildungsreform läßt sich nur reden, wenn man das Bildungsziel beim Namen nennt.** (Die Breite angebotener Bildungs- und Ausbildungswege muß der Rolle und Würde des Menschen in der freien Gesellschaft entsprechen.)
6. **Eine freie Gesellschaft lebt von Bereitschaft zu Veränderung und Wettbewerb.** (Mobilität im Beruf, Leistungsanreiz und Förderung des Leistungswillens sind unverzichtbar.)
7. **Ohne Übernahme von Pflichten gibt es auch keine Rechte.** (Eine Addition von Egoismen reicht als »Staatsidee« nicht aus.)

Dipl.-Ing. DDr. Dr. h.c. Alexander Götz, Jg. 1928, seit ihrer Gründung in der FPÖ tätig, ab 1958 Grazer Gemeinderat, Stadtrat, 1964–1973 dritter Bürgermeister-Stellvertreter, 1973–1983 – für zwei Amtsperioden – Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz. 1970–1978 Bundesparteiobermannstellvertreter, 1978–1979 Bundesparteiobermann der FPÖ. Abgeordneter zum Nationalrat 1979. Seit 1983 Präsident der Grazer Messe International

8. Die Wegwerfgesellschaft muß durch eine Gesellschaft sozialen Zusammenhalts abgelöst werden. (Ein Appell an die persönliche, soziale Verantwortung jedes einzelnen Mitbürgers, die sich nicht durch bürokratische Erledigung verschiedenster Institutionen ersetzen läßt.)
9. Statt verschmierter Gegensätze wieder geistig klare Fronten. (Das Ringen um den Sinn politischen Tuns ebenso wie um die Erkennbarkeit unterschiedlicher Standpunkte verschiedener politischer Gruppierungen.)

Diese Ziele vor Augen, wollte ich freiheitliche Politik machen. Für interne Querelen fehlte mir Zeit und Lust.

Was ich erreichte – bzw. auch nicht

Diese Feststellungen sind eigentlich von allen anderen zu treffen – zuletzt von mir. Trotzdem: Ein paar Fakten aus meiner Sicht! Jahrelang war die FPÖ eine Reservetrumpfkarte in der Hand Bruno Kreiskys. Die uns von einer breiten Öffentlichkeit einzig zugebilligte, mögliche politische Rolle bestand darin, als Mehrheitsbeschaffer für die SPÖ tätig zu werden. Die Position, im »Westentaschl des Bundeskanzlers« zu stecken, habe ich nach meiner Kontroverse mit Kreisky sehr rasch und gründlich verändert. Damit war es 1978 erstmals möglich, das Interesse an der FPÖ bei rund 20 % der Wählerschaft zu wecken. Das bedeutete nicht, daß sich das auch im Wahlverhalten in dieser Größenordnung niedergeschlagen hat. Erreicht habe ich aber, daß für einen großen Wählerkreis erstmals die Überlegung im Raum stand, die FPÖ zu wählen.



»Attackieren statt arrangieren« war die Losung 1978 am Beginn der Obmannschaft Alexander Götz'. Als erster bekam sie Bruno Kreisky zu spüren. (Karikatur: Dieter Zehentmayr, »Neue Vorarlberger Tageszeitung«)

Damit, wie ich meine, wurde eine Verkrustung von Jahrzehnten aufgebrochen. Nicht erreicht habe ich dagegen, die Einheitlichkeit des Vorgehens aller wichtigen Mitarbeiter, um bei dieser Ausgangslage auch die möglichen Erfolge zu erzielen. Meine Erfahrungen in der Steiermark haben (damals!) nicht den geringsten Zweifel aufkommen lassen, daß auch bei mehrheitlichen Entscheidungen die in der Minderheit gebliebenen voll und loyal hinter den Beschlüssen stehen. Meine Vorstellung, daß dies in Wien beim Bundesvorstand auch so sei, war falsch. In einer Ausgabe der »politischen Briefe« sind die tatsächlichen Vorgänge dieser Zeit ziemlich exakt wiedergegeben. Meine Versuche, in zwei Klausurtagungen und mit dem von der »AZ« so bezeichneten »Geheimpapier« geschlossenes und loyales Vorgehen aller verantwortlichen Mitarbeiter zu erreichen, scheiterten. Das zitierte »Geheimpapier« war jenes, das die bekannte Alternative: »Attackieren statt arrangieren« enthält, außerdem die Forderung, die FPÖ auch Nichtmitgliedern zu öffnen und Personal- und Finanzhoheit für alle Parteibereiche dem Bundesparteiohmann bzw. dem Finanzausschuß zuzuordnen.

Als dann von einigen Vorstandsmitgliedern laufend vertrauliche Informationen an die Presse gegeben wurden und es zu einer Sonderfrequenz in den einschlägigen Wiener Kaffeehäusern kam, während ich landauf landab Veranstaltungen absolvierte, wurde mir dies zu dumm. Abgesehen von einer Reihe eher kindischer Eitelkeiten lag der wahre Grund dieser Entwicklung im politischen Wunschbild jener, die irgendeinmal unbedingt eine Regierungsbeteiligung mit der SPÖ suchten und meinten, daß damit ein politischer Durchbruch zu erzielen sei. Ich war vom Scheitern eines solchen Weges überzeugt, den mein Vorgänger wollte und den mein Nachfolger dann auch eingeschlagen hat. Ihm ist es übrigens mit dem »Beinahe-Bankrott« der Partei in überzeugender Weise gelungen, meine Auffassung zu bestätigen – was allerdings sicher nicht seine Absicht war.

Der Meinung, daß ein Obmann Vorstandsbeschlüsse zu transportieren hat, auch wenn sie allesamt seiner Überzeugung widersprechen, konnte ich nicht beitreten, da ich nicht einen Tag meiner politischen Tätigkeit bereit war, mich für eine Entwicklung einzusetzen, die ich für falsch halte. Nationalratsmandat und bald darauf Obmannschaft habe ich daher zurückgelegt. Der Grund, daß ein Parteiohmann im Nationalrat vertreten sein muß, hat dabei keine Rolle gespielt. Damals wie heute bin ich der Auffassung, daß es dafür keine Notwendigkeit gibt. Die dürftige Forderung, er müsse täglich am Sitz der Bundesregierung Stellungnahmen abgeben, halte ich für falsch, weil es überflüssig ist, überall den »Senf« dazuzugeben. Weniger ist hier, wie auch in anderen Bereichen, sicherlich mehr.

Was ich erhoffe

Die gigantischen politischen Umwälzungen der letzten 20 Monate in Europa mußten und müssen zu ganz neuen Perspektiven der gesamten politischen Landschaft führen. Es ist fast ein Paradoxon, daß in Österreich noch Machtstrukturen erhalten geblieben sind, die jenen in den Ostblockländern wie ein Ei dem anderen gleichen. Es ist für mich allerdings nur eine Frage der (hoffentlich kurzen) Zeit, bis in einem Nachziehverfahren auch jene Bereiche bei uns demokratisiert werden, die sich bisher durch pseudodemokratische Organisationsformen diesem Veränderungsprozeß entzogen haben. Hand in Hand mit dieser Entwicklung vollziehen sich im wirtschaftlichen Bereich jene Änderungen, die durch den terminisierten europäischen Binnenmarkt, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Folgen des Golfkrieges ausgelöst wurden. Im politischen Bereich sind starke nationalistische Reibungsflächen vorhanden, die ihre Gefährlichkeit nur dort verlieren können, wo die Bedeutung von Staatsgrenzen, die dafür fast eine Herausforderung sind, in den Hintergrund tritt. Wie immer spiegelt Kunst und Kultur – vielleicht am deutlichsten – den Umbruch der europäischen Gesellschaft.

Vor diesem Szenario und mit dem Wissen um die eigene Geschichte bedeutet dies für eine fortschrittliche, aufgeschlossene, europäische – also freiheitliche – Partei, Wortführer und Wegbereiter einer Konföderation der Donaustaaten zu sein. Richtiger gesagt, von Regionen im Donaauraum, die derzeitige Staatsgrenzen ebenso unterschreiten wie überschreiten können. Da diese Regionen der Volksgruppen mit den wirtschaftlichen Regionen nicht deckungsgleich sein werden, bedarf es neuer, mehrschichtiger politischer Kooperationstechniken. Die Kenntnis des Möglichen und die Grenze des Machbaren werden bestimmend sein.

Vor etwas mehr als 12 Jahren habe ich in zahllosen Reden darauf hingewiesen, daß man aus Ergebnissen von Meinungsumfragen kein politisches Arbeitsprogramm machen kann. Der wesentlich höhere Informationsstand und der hoffentlich vorhandene Blick für größere Zusammenhänge zwingt den Politiker, wenn er den Namen verdient, das Notwendige zu tun, was fast immer nicht dem Tageswunsch einer Mehrheit entsprechen wird. Vielleicht ist es dem Starrsinn des älter Gewordenen zuzuschreiben, daß er die damals geäußerte Überzeugung unverändert auch heute für richtig hält.

DIE CHANCE ZU EINEM NEUEN ANFANG

von Horst Schender

Etwas mehr als ein Jahr nach seiner Wahl zum FPÖ-Bundesparteiobmann in Wien-Oberlaa hinterließ Alexander Götz am 1. Dezember 1980 im Salzburger Kongreßhaus eine ratlose Bundesparteileitung in düsterer Stimmung: Dr. Götz teilte am frühen Morgen dem Parteipräsidium und anschließend der Bundesparteileitung knapp und unwiderruflich mit, daß er als Bundesparteiobmann zurücktrete und daß er mich für die Funktion eines geschäftsführenden Bundesparteiobmannes bis zu einem außerordentlichen Bundesparteitag vorschlage. Diesem Knalleffekt gingen dramatische Entwicklungen in der FPÖ-Führung voraus.

Die mit großem Optimismus erwartete Nationalratswahl am 6. Mai 1979 brachte zwar für die FPÖ den Gewinn eines (11.) Mandates, doch baute die SPÖ ihre absolute Mehrheit gleichzeitig um zwei Mandate aus, die ÖVP verlor somit drei Mandate. Alexander Götz, dem die Sozialisten im Wahlkampf unterstellt hatten, Vizekanzler eines ÖVP-Kanzlers Dr. Josef Taus werden zu wollen (»Taus und Götz – nein danke«), war nun nicht nur Bürgermeister von Graz, sondern auch noch Bundesparteiobmann der FPÖ und nomineller Klubobmann der Nationalratsfraktion (geschäftsführender blieb Friedrich Peter).

Diese Ballung von Funktionen allein barg schon viel Brisanz in sich und löste parteiinterne Kritik aus. Die von manchen in der Führung unverhohlen zur Schau getragene Enttäuschung über das Wahlergebnis, die zunehmende Kritik am Führungsmanagement und an der Oppositionsstrategie sorgten zusätzlich für Spannung innerhalb der Führung der Partei. Die Aufbruchstimmung der ersten Monate war schnell verflogen. Das Arbeiterkammerwahlergebnis vom 10. und 11. Mai war ernüchternd – neun von 29 FPÖ-Mandaten oder ein Drittel der Stimmen gingen verloren. Das löste endgültig den Stimmungsumschwung aus. Unstimmigkeiten in der Führung gehörten von da an zum Sitzungsalltag in den Gremien. Die Herbstwahlen in mehreren Bundesländern brachten dementsprechend keine Trendumkehr sondern eher mäßige Ergebnisse. Mit dem Verblässen des Götz-Effektes ging auch ein Schwinden der Autorität von Dr. Götz als Parteiobmann einher, der Grundkonsens als wichtigste Arbeitsvoraussetzung für eine Parteiführung bestand nicht mehr.

Die Führungsprobleme wurden im Herbst 1979 nicht mehr überwiegend in den Parteigremien sondern immer häufiger über die Medien ausgetragen, Indiskretion war leider an der Tagesordnung. Die immer unversöhnlicher aufeinanderprallen-

den Gegensätze in der Parteiführung provozierten eine ausweglose Situation. Wahrscheinlich war der Rückzug von Dr. Götz nach Graz der einzig mögliche Ausweg, da er zu einem Verzicht auf die Bürgermeisterfunktion zugunsten der Bundesaufgaben offenbar nicht bereit war.

Kurt Piringer schreibt in seiner »Geschichte der Freiheitlichen« richtig: »Es hatte sich nicht um eine Krise der Partei, sondern ... um eine Krise der Führung gehandelt«, und Hans Zeilinger beschrieb in der NFZ treffend das Verhältnis zwischen Partei und Alexander Götz mit einer »unglücklichen Liebe«, die nur etwas mehr als ein Jahr dauerte.

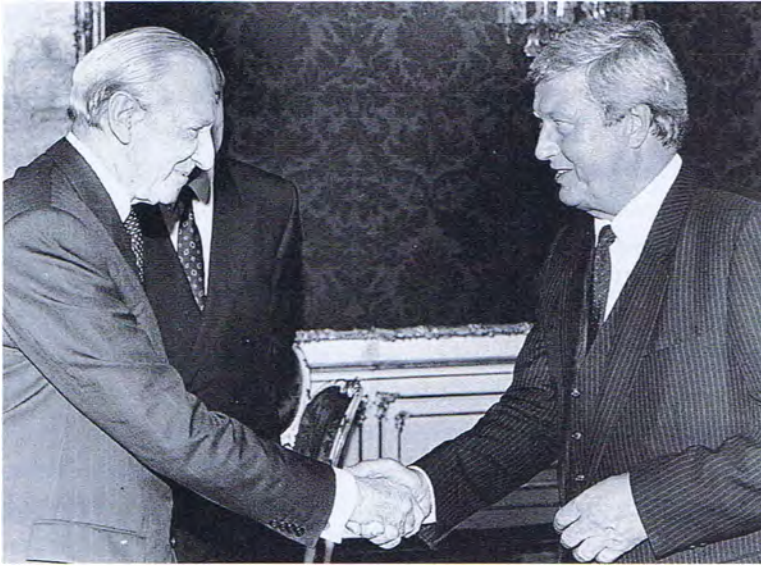
In dieser krisenhaften Situation fiel mir die nicht gerade leichte Aufgabe zu, nach dem Götz-Rücktritt ein Auseinanderbrechen der zerstrittenen Partei zu verhindern und nach einer Beruhigungsphase die ordnungsgemäße Wahl eines neuen Bundesparteiobmannes vorzubereiten.

Dr. Götz hat mich möglicherweise für diese heikle Rolle vorgeschlagen (ohne mich vorher gefragt zu haben), weil ich als Landesparteiobmann der mitgliederstärksten Landesgruppe seit 1972 im Bundesparteivorstand stets bemüht war, bei parteiinternen Spannungen ausgleichend und vermittelnd zu wirken. Mir war aus langjähriger Erfahrung ja bekannt, daß auf unsere Mitglieder und Funktionäre nichts deprimierender und demotivierender wirkt als parteiinterne Streiterei und Personaldiskussionen über die Medien. Als Bundesorganisationsreferent seit 1977 war ich auch bestens informiert über die Stimmung in den Landesgruppen. Mit diesen Erfahrungen ausgestattet, bemühte ich mich gerade in diesen Jahren der parteiinternen Spannungen um eine möglichst konfliktfreie Bewältigung der Gegensätze.

Gleich in den ersten Sitzungen von Bundesparteileitung und Bundesparteivorstand nach dem 1. Dezember 1979 unter meinem Vorsitz stellte ich klar, daß ich selbst für die Funktion des Bundesparteiobmannes nicht zur Verfügung stünde, da ich meine Aufgabe vorwiegend in der Oberösterreichischen Landespolitik

und im Organisationsreferat sah. Mein Appell an die Führungsfunktionäre, die Parteiobmannsuche mit möglichst wenig Medienbeteiligung und möglichst ruhig und emotionsfrei abzuwickeln, fand allgemeine Zustimmung und wurde auch im wesentlichen befolgt. Ich führte in der Folge möglichst viele Sondierungsgespräche mit den Landesparteiobmännern und den in Frage kommenden Obmannkandidaten. Diesen vorbereitenden Kontakten bereitete allerdings eine Mehrheitsent-

Horst Schender, Jg. 1938, 1972–1989 Landesparteiobmann der FPÖ-Oberösterreich, 1979/1980 in der Zeit des Überganges von der Obmannschaft Götz' zur Obmannschaft Stegers geschäftsführender Bundesparteiobmann, langjähriger Bundesorganisationsreferent und Wahlkampfleiter; Abgeordneter zum oberösterreichischen Landtag und Klubobmann der FP-Landtagsfraktion 1973–1989. Seit 1989 Volksanwalt.



1989 in der Hofburg: Horst Schender wird von Bundespräsident Waldheim angelobt.
(Foto: HOPI-FOTO)

scheidung (12 : 5) des Bundesparteivorstandes am 16. Dezember 1979 ein jähes Ende, mit der eine Empfehlung an den außerordentlichen Bundesparteitag über die Person des künftigen Parteiobmannes schon in dieser Sitzung erzwungen wurde. Mein Kompromißvorschlag einer Übergangslösung mit Dr. Gredler fand keine Zustimmung. Die geheime Abstimmung erfolgte dann zwischen Dr. Steger, der 10 Stimmen erreichte und Dr. Waldemar Steiner (4 Stimmen; 3 Stimmen waren ungültig).

Damit war Dr. Norbert Steger offizieller Kandidat des Bundesparteivorstandes für den a. o. Bundesparteitag in Linz am 2. März 1980. Es galt nun, diesen Wahlvorschlag in den Landesgruppen zu begründen und Dr. Steger den Delegierten in Landeskongressen vorzustellen. Obwohl es bei diesen Delegiertenversammlungen oft recht turbulente Diskussionen gab, drang doch wenig über Unstimmigkeiten in die Öffentlichkeit. Wesentlich spannungsgeladener wurden die Diskussionen erst, als am 1. Februar mit Dr. Harald Ofner ein neuer Bewerber auftrat. Er wurde offiziell vom Landesparteiobermann der Steiermark Ing. Klaus Turek vorgeschlagen und unter anderem von Dr. Götz, Dr. Steiner, Dr. Stix und Dr. Gugerbauer unterstützt. Wie schwierig die Gratwanderung vor diesem Linzer Parteitag war, zeigt demgegenüber ein Blick auf die Liste der Befürworter der Kandidatur Dr. Stegers: für ihn sprachen sich u. a. Klubobmann Peter, Volksanwalt Zeillinger, Dr. Broesigke, Klaus Mahnert, Dr. Kandutsch und Dr. Jörg Haider aus.

Ich selbst hatte einerseits die Entscheidung des Bundesparteivorstandes als offiziellen Wahlvorschlag nach außen zu vertreten, andererseits mußte ich für den Gegenkandidaten eine größt-

mögliche Fairness und Chancengerechtigkeit sicherstellen. Im Februar reisten beide Kandidaten getrennt durch die Bundesländer, und beide konnten vor dem gleichen Personenkreis ihre Vorstellungen präsentieren und mit den Delegierten diskutieren. Die Diskussion war oft hart, aber meist fair und diszipliniert. Vor allem fand sie überwiegend parteiintern statt. Die Medien wurden vor allem von Gruppierungen im politischen Vorfeld mit Resolutionen pro und contra »versorgt«, was zwar für Unruhe sorgte aber verkraftbar war.

Beim Bundesparteitag am 2. März 1980 im Linzer Brucknerhaus herrschte knisternde Spannung. Ich konnte beiden Bewerbern um die höchste Funktion in der Partei bestätigen, daß sie sich in der Vorbereitungsphase fair gegenüber dem Konkurrenten verhalten hatten. Die Delegierten verfügten nach den zahlreichen Delegiertenkonferenzen mit beiden Kandidaten und nach einer umfassenden Information durch Presse, Rundfunk und Fernsehen über ein breites Informationsspektrum. Die Debatte über die beiden Bewerber hatte bereits in aller Breite stattgefunden, ich konnte also an die Delegierten appellieren, alle jene zu enttäuschen, die sich eine wilde Diskussionsschlacht erhofften. Ich konnte außerdem berichten, daß sich beide Kandidaten verpflichtet hätten, im Falle der Abstimmungsniederlage das Ergebnis zu akzeptieren und den Sieger ohne Vorbehalt und mit Loyalität zu unterstützen. Diese Zusicherung konnte ich auch für mich, die Landesparteiobermänner und die gesamte Parteiführung abgeben. Ich appellierte vor allem auch an die Disziplin der Delegierten angesichts der am 18. Mai bevorstehenden Bundespräsidentenwahl, bei der Dr. Willfried Gredler gegen den amtierenden Bundespräsidenten Dr. Kirchschräger antrat. Der Beschluß zur Kandidatur stammte noch aus der Götz-Ära, die Chancen Dr. Gredlers waren durch die Führungs-Krise nicht gerade rosig.

Die Delegierten verzichteten daraufhin in weiser Selbstbeschränkung auf jede Diskussion und stimmten ab: 55 % für Dr. Steger, 45 % für Dr. Ofner. Eine Kampfwahl wurde mit Fairneß beendet; Harald Ofner war der erste Gratulant.

Nach jahrelangen Personaldiskussionen, nach Götz-Euphorie und darauffolgendem Katzenjammer, nach drei Wintermonate langem Interregnum hatte die Partei die Chance zu einem neuen Anfang...

DIE SOZIAL-LIBERALE REGIERUNG

von Norbert Steger

*»Die Vergangenheit vergessen erzeugt die Wirkung, der wir heute begegnen: Den Rückfall des Menschen in die Barbarei.«
(Ortega y Gasset)*

Vorwort

13 Jahre sozialistische Alleinregierung haben Österreich und das Wählerbewußtsein nachhaltig geprägt. Als die absolute Mehrheit der SPÖ nach drei vorangegangenen erfolglosen Versuchen endlich gebrochen werden konnte, gab es kaum fundierte Analysen, warum dies 1983 möglich geworden war. Der Rahmen meiner Überlegungen reicht nicht aus, um alle Aspekte erschöpfend zu beleuchten. Fest steht aber, daß seit der Wahl 1970 mit unterschiedlichen Parolen von der FPÖ versucht worden war, in jedem Wahlkampf den Eindruck einer Koalitionsabsprache SPÖ/FPÖ nicht festigen zu lassen. Mit dem negativen Erfolg, daß Dr. Kreisky mit dem »Bürgerblock-Gespenst« dreimal die absolute Mehrheit ausbauen konnte. Zuletzt 1979, als Dr. Götz sich als der bessere bürgerliche Spitzenkandidat präsentierte.

Der Wahlkampf 1983 wurde daher von mir bewußt anders angelegt: »Keine rote Allmacht – liberale Unterstützung für Kurs Kreiskys«. Daher ein sachlicher Wahlkampf ohne Frontalattacken auf die Vaterfigur des damaligen Bundeskanzlers.

Diese Grundlinie des Wahlkampfes war in allen Führungsgremien ohne nennenswerten Widerspruch von mir berichtet worden. Manche Funktionäre nützten trotzdem den Wahlkampf, um sich gegen den wenig geliebten Liberalen aus Wien durch öffentlichen Widerspruch zu profilieren. Besonders auffällig wurde dies bei der »Gasteiner Erklärung«: »Eine Koalition mit Kreisky ist möglich«. Ich möchte auch dazu bewußt keine persönlichen Anmerkungen machen. Lediglich das Faktum sei festgestellt, daß der größte Teil des FPÖ-Präsidiums in dieser zentralen Frage der Wahlkampfführung öffentlich dem eigenen Spitzenkandidaten widersprach. Sicher hat dies den hohen »Blutverlust« bei der Nationalratswahl 1983 verstärkt. Das Ergebnis insgesamt war trotzdem mit Mandatsglück nicht unerfreulich: Trendumkehr bei der SPÖ und minus fünf Mandate, daher keine absolute Mehrheit mehr. Eine neue SPÖ-Alleinregierung war zum ersten Mal seit 1970 unmöglich! Alle Wählerstromanalysen zeigten: Die FPÖ

hatte mindestens zwei Mandate direkt von der SPÖ geholt, selbst aber an die ÖVP und an die Nichtwähler Stimmen verloren. Aber der Weg zur Regierungsbildung war erstmals in der Geschichte für die FPÖ frei!

Ich halte bewußt das Positive der ersten FPÖ-Regierungsbeteiligung in den folgenden Zeilen fest. Aber nicht deswegen, weil mich etwa meine persönliche Rolle blind für Mißerfolge macht, sondern deswegen, weil das Herausstreichen des Negativen jenen Kräften aus SPÖ, ÖVP und FPÖ überlassen werden soll, die auch in Zukunft eine Regierungsbeteiligung der FPÖ verhindern wollen. Und dafür gibt es wahrlich genug Lobbies. Denn: Politische Pseudolösungen wie

- Ernennung von Proporzdirektoren in der E-Wirtschaft,
- Scheinprivatisierungen wie die des Verkehrsbüros oder die der Banken,
- Atomenergiebekämpfung durch meinen Amtsnachfolger im HGI (Handelsministerium), der zeit seines Lebens Atombefürworter war, sind für Berufsfunktionäre in den österreichischen Großparteien der bequemere Weg als mühevoll Systemänderungen gegen jeweils eine große Oppositionspartei. In der FPÖ sollten daher langsam auch die engsten Mitarbeiter des Bundesparteiobmanns Dr. Haider begreifen, daß die Abwertung der FPÖ-Arbeit in der sozial-liberalen Regierung von 1983 – 1987 vor allem dazu dient, keine positive Stimmung für eine allfällige zukünftige »kleine Koalition« mit der SPÖ oder der ÖVP aufkommen zu lassen.

Vorgeschichte

Der erfahrene Politiker und FPÖ-Langzeitobmann Friedrich Peter hatte am Beginn der siebziger Jahre erkannt, daß nur eine gewisse Kooperation mit der SPÖ das Herausführen der FPÖ aus dem »Naziack« ermöglichen würde. Denn aus politstrategischen Gründen sollte die FPÖ vor jeder Regierungsbildung von Anhängern der großen Koalition dort hineingeredet werden. Erfahrene freiheitliche Politiker vom intellektuellen Range eines Tassilo Broesigke, Gustav Zeillinger, Klaus Mahner, Willi Kindl, Werner Melter, Walter Leitner oder Robert Bösch gaben Friedrich Peter trotz mancher Auffassungsunterschiede in seiner Hauptstrategie recht:

Die FPÖ muß zu beiden anderen großen Parteien gute Gesprächskontakte haben und aktionsfähig sein! Durch seine eigenen Verhandlungserfahrungen war

Dr. Norbert Steger, Jg. 1944, 1965 Vorsitzender des Ringes Freiheitlicher Studenten, 1971 Gründungsmitglied des Atterseekreises, 1972 Bezirksparteiobmann der FPÖ-Hernals, 1977–1987 Landesparteiobmann der Wiener FPÖ, 1978–1980 Bundesparteiobmannstellvertreter, 1981–1986 Bundesparteiobmann der FPÖ, 1979–1986 Abgeordneter zum Nationalrat, 1980 Vorsitzender des AKH-Untersuchungsausschusses, 1983–1987 Vizekanzler und Handelsminister.

Friedrich Peter überzeugt: Eine erstmalige freiheitliche Regierungsbeteiligung konnte nur mit den Sozialisten gelingen, weil

- der historische Freispruch von der NS-Vergangenheit von Links kommen mußte,
- eine bürgerliche Regierung gegen Druck von der Straße nicht überleben könnte,
- der programmatische Weg der FPÖ zum Liberalismus nur in einer sozial-liberalen Partnerschaft zu festigen war,
- die Reform der Kammererstarrung nur über Links möglich wäre, da dies automatisch eine Stärkung der Gewerkschaften bedeutet,
- echte Reformpolitik in der Kulturpolitik, Gesellschafts-, Umwelt- und Energiepolitik gegen konservative Kirchen- und Wirtschaftsvertreter eher möglich scheint.

Daneben war auch bedeutend, daß Friedrich Peter in seinem politischen Leben zu oft Wortbrüche bürgerlicher Politiker erlebt hatte. Und »last but not least« war Bruno Kreisky bereit, der FPÖ ein neues Wahlrecht zuzugestehen – von der ÖVP mehrfach zugesagt aber nie eingelöst.

Umso mehr muß es Friedrich Peter getroffen haben, daß die von ihm persönlich in der Partei so geförderte liberal-intellektuelle Jugend konsequent auf einen neuen Bundesparteiohmann hinarbeitete und ihn selbst ablösen wollte. Wir damals jungen Nachwuchspolitiker unterstützten Dr. Götz und merkten erst viel später, daß damit eine Regierungsbildung mit der SPÖ unmöglich geworden war und daß wir unbewußt den Kräften in der SPÖ in die Hände gearbeitet hatten, die uns Freiheitliche im rechten Eck isolieren wollten. Ich selbst habe damals – so wie andere strategisch unerfahrene Freiheitliche – an die »Erneuerung der Partei von der Spitze aus« geglaubt und erst ein Jahr später bemerkt, daß die Partei nach Links total aktionsunfähig geworden war.

Erst mit dem Wahlergebnis 1979 begann der Umdenkprozeß: Der wertkonservative Kurs von Dr. Götz war der beste Garant für die absolute Mehrheit der SPÖ, solange Kreisky Spitzenkandidat bleiben sollte!

Mit dem überraschenden Rückzug von Götz nach Graz wollten die älteren Parteistrategen wie Peter, Broesigke, Mahnert und Bösch diese Gefahr der Gesprächsunfähigkeit mit der SPÖ kein zweitesmal herbeiführen lassen. Sie drückten ohne vorherige Absprache mit mir meine Nominierung als Parteichef der FPÖ im Parteivorstand im Dezember 1979 durch: Noch wenige Tage vorher hatte Horst Schender zu mir gemeint, ich sei nicht mehrheitsfähig, wenn auch vielleicht der »G'scheiteste« in der Führung. Er hielt mich für einen Mann, der Anhänger und Gegner in verschiedene Lager treibt. Er hatte recht und ich gab ihm auch damals

recht. Ich hielt mich selbst für wenig geeignet für diese Funktion. Nicht zuletzt deswegen, weil ich die FPÖ in den Bundesländern schon kennengelernt hatte: Ein urban-intellektueller Liberaler – wie dies Dr. Ofner später, um mich zu verhindern, treffend formuliert hatte – ist kein geeigneter Obmann für eine im Kern noch immer deutschnationale Partei. Dies war mir allerdings damals weniger bewußt als heute.

Offensichtlich wollten die erfahrenen Parteigranden mit mir als Obmann ihr altes strategisches Konzept zur Erlangung der Regierungsfähigkeit – und dies konnte damals realistisch nur mit der SPÖ gelingen – wieder fortsetzen. Daß dies so rasch nach dem Rückzug von Herrn Götz als dem Liebling bürgerlicher Wähler und dem von vielen Parteifunktionären geliebten Chef auf Dauer mich gerade bei diesen Menschen schädigen mußte, bedachte niemand ausreichend – auch ich nicht.

Mehr als uns allen lieb sein konnte, nützte die ÖVP den Seelenzustand der FPÖ-Funktionäre, um

- vom Taus-Rücktritt und eigenen Turbulenzen abzulenken,
- mir die Punze SPÖ-Freund und Karrierist umzuhängen,
- FPÖ-Streitigkeiten anzufachen und breitzutreten.

Anfang März 1980 wurde ich trotzdem mit knapp 55% in Linz gewählt, als ungeliebter Kandidat »des Establishments«. Der innerparteiliche »Wahlkampf« zwischen Dr. Ofner und mir entzweite die Funktionäre so, daß jedesmal ein kleiner Anlaß genügte, um alte Gegensätze sichtbar zu machen und Wunden aufzureißen, obwohl Harald Ofner und ich dies gar nicht wünschten.

Beruhigung trat erst ein, als ich den Vorsitz im AKH-Untersuchungsausschuß medienwirksam nützen konnte. Umso heftiger begannen die Angriffe neu – auch aus den eigenen Reihen – als nach Abschluß der Ausschubarbeit Hannes Androsch zum Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein (CABV) gewählt worden war. Denn damit zeichnete sich erstmals unter meiner Führung eine Möglichkeit einer SPÖ-FPÖ-Regierungszusammenarbeit ab. Wenn bis dahin die Vertrauenssache nur Peter-Kreisky heißen konnte, so wurde damals gegen stärksten Mediendruck (oder gerade deswegen) das Vertrauensverhältnis zwischen dem Präsidenten des ÖGB, Anton Benya, und mir als FPÖ-Obmann aufbereitet. Der stets gegenüber der FPÖ mißtrauische ÖGB wurde durch seinen Obmann überzeugt, daß man mit dieser neuen FPÖ auch schwierige Themen gegen härtesten Widerstand lösen könnte.

Ab diesem Zeitpunkt hieß die Vertrauensachse Kreisky-Benya – Peter-Steger. Die war mit Peters Hilfe tragfähig genug für die schwierigen Verhandlungen 1983. Letztendlich erlitt ich aber mit der Wahl von Dr. Androsch zum Generaldirektor nach meiner Obmannkür im Streit die zweite große Imageschramme.

Seit 1979 gab es in der FPÖ vier junge Nationalratsabgeordnete, die besonders eng befreundet wurden, nachdem Robert Bösch mit Walter Ebenberger als Gastgeber drei – Haider, Grabher-Meyer und mich – in Innsbruck zusammengebracht und zur Kooperation für die echte Parteierneuerung aufgefordert hatte. Frischenschlager wurde später integriert. Langfristig sollte Haider Klubobmann und Grabher-Meyer Generalsekretär, Frischenschlager Chef der Parteiakademie werden. Meine Obmannschaft wurde erst später unter uns fixiert.

Die Nationalratswahlen 1983 – von der Kontroll- zur Veränderungspartei

Zur Vorbereitung dieses Wahlkampfes und einer allfälligen Regierungsverhandlung wurde nach dem Vorbild der FDP von mir die Konferenz »Liberale Marktwirtschaft« gegründet. Unsere Hauptkonfrontation mit der SPÖ mußte die Wirtschafts- und Steuerpolitik werden.

Mit dieser Konferenz und ihren fast zwei Dutzend Arbeitskreisen sollte die Fachkompetenz der FPÖ erweitert und die Öffnung der Partei zu unabhängigen Persönlichkeiten der Wirtschaft eingeleitet werden. Namen wie etwa Dkfm. Georg J. E. Mautner-Markhof, Mag. Helmut Peter, Dr. Helmut Krünes, Dr. Peter Kaprall, Dr. Herbert-Alois Kraus, Dr. Gerhard Kratky, Dr. Hans-Jörg Tengg, Dr. Karl Sevelda oder Dr. Johannes Strohmayer zeigen, daß dies gelungen ist.

Die insgesamt rund 1500 Mitarbeiter waren ein tragfähiges intellektuelles und personelles Gerippe für eine spätere Regierungsbeteiligung. Viele haben erst durch diese Fachkonferenzen den Weg zur konkreten Politik gefunden.

Der Wahlkampf wurde hart gegen das sozialistische Programm, moderater gegen die Partei und ohne persönliche Attacken gegen die »Vaterfigur« des damaligen Bundeskanzlers geführt. Alle Wählerstromanalysen bewiesen: Das Bürgerblockgespenst der siebziger Jahre hatte seinen Schrecken verloren, wir konnten rund zwei Mandate direkt von der SPÖ gewinnen. Mit Recht durften unsere Wähler erwarten, daß wir ernsthafte Regierungsverhandlungen mit der SPÖ führen wollten. Manche meinen noch heute, dies sei viel zu ehrlich von uns im Wahlkampf angekündigt worden. Manche Wähler hätten deswegen der ÖVP unter Alois Mock ihre Stimme gegeben. Ich wollte aber diese Ehrlichkeit im Wahlkampf, um direkter und ohne Eiertänze das Regierungsziel anstreben zu können. Zu sehr hatte ich als negatives Beispiel die Parteierklärung von 1970 vor Augen: »Kein roter Bundeskanzler – kein schwarzes Österreich«. Denn diese Erklärung und das Verhalten der ÖVP hatten 13 Jahre rote Alleinregierung gebracht!

Tatsächlich war aber auch mir zunächst unklar, ob Kreisky noch Kanzler bleiben wolle und ob nach seinem Abgang Großkoalitionäre in SPÖ und ÖVP nicht ein neues Bündnis bilden würden.

Noch am Wahlabend gab es die erste längere Besprechung zwischen Dr. Kreisky, Dr. Heinz Fischer, Grabher-Meyer und mir. Erleichtert wurde dies, weil durch das Nichterscheinen des ÖVP-Spitzenkandidaten Dr. Mock der Fernsehauftritt von uns allen verzögert wurde. Mock hatte interne Siegesfeiern in der ÖVP-Zentrale, wir verhandelten informell über die weitere Vorgangsweise! Als Mock endlich kam, war zumindest der denkbare Zeitplan für die weitere Vorgangsweise zwischen Kreisky und mir klar. Und ich war ganz sicher, daß Dr. Kreisky wirklich eine sozial-liberale Koalition schaffen wollte. Er glaubte an die neue liberale Führung der FPÖ. Er sagte sogar: »Einigen in der SPÖ wird es ganz gut tun, daß die Freiheitlichen in Hinkunft nicht zulassen werden, wenn sie weitermachen wollen wie zuletzt.«

Inhaltlich lag die Arbeit erst vor uns: Zwei sehr unterschiedliche Wahlprogramme mußten so verhandelt werden, daß ein einheitliches Regieren möglich werden sollte. Später erst habe ich erfahren, mit welchem Einsatz Friedrich Peter und sein engster Mitarbeiter, Mario Erschen, bemüht waren, alle Stolpersteine für eine Regierungsbildung SPÖ/FPÖ wegzuräumen. Ohne diese Vorarbeit wäre alles vielleicht nicht zustande gekommen. Unser Klubobmann Peter hat aber vor allem sein persönliches Ansehen in der SPÖ in die Waagschale geworfen, um das Vertrauen in meine Paktfähigkeit zu stärken. Schon deswegen konnte eine Nachfolge in der Funktion des Klubobmannes erst ernsthaft nach einem selbstgewählten Abgang Friedrich Peters herbeigeführt werden. – Ich wollte mit der FPÖ in die Regierung eintreten, um

- mehr Sozialismus in Österreich zu verhindern,
- die Verunsicherung der Wirtschaft zu beseitigen (»Mallorca-Paket«),
- gegen Proporz- und Kammernversteinerung diesen demokratischen Ausnahmezustand beenden und Österreich demokratisch durchlüften!

Nach 13 Jahren sozialistischer Alleinregierung und nach 38 Jahren schwarz-roter Machtaufteilung wollten wir Verhandlungen führen, um durch uns dieses Strickmuster der Machtkartelle zu durchbrechen und erstmals den Regierungseintritt der Freiheitlichen zu erreichen.

Was haben wir inhaltlich als Ausgangslage vorgefunden?

- wachsende Arbeitslosigkeit,
- Wirtschaftspessimismus,
- explodierende Staatsverschuldung,

- drohende Umweltkatastrophen,
- Glaube an Atomkraft als Problemlöser,
- Spaltung Europas in zwei Blöcke.

Meine inhaltlichen Zielvorgaben waren daher:

1. FPÖ-Regierungsbeteiligung sichern.
2. Durch Regierungsstabilität Machtstrukturen aufbrechen.
3. Freiheitlichen und Unabhängigen endlich gleiche Rechte sichern.
4. Staatsfinanzen sanieren.
5. Wirtschaft Hoffnung geben.
6. Umwelt durch neue Finanzierungen reparieren (Fonds).
7. Atomenergie in Österreich und Mitteleuropa verhindern.
8. Europäische Zweiteilung überwinden (dritter Weg zwischen USA und UdSSR).

Weichenstellung

Am 25. April 1983 tagte das Präsidium, am 26. April 1983 wurde das Wahlergebnis mit seinen Ursachen und Wirkungen zwei Tage nach der Wahl bereits breit diskutiert. Alle Mitglieder des Bundespartei Vorstandes stimmten darin überein, daß formell mit SPÖ und ÖVP Gespräche aufgenommen werden sollten. Pointiert war die Wortmeldung von Dr. Stix, dem späteren Dritten Präsidenten des Nationalrates, der im Vorstand sagte: »Gesamtösterreichisch gibt es zwei Wege, mit denen die FPÖ zugrunde gehen könnte:

1. Wenn es zu einer großen Koalition kommt und wir weitere vier Jahre in Opposition sind,
2. mit einer kleinen Koalition, wenn wir in dieser versagen.« Dr. Haider meinte in derselben Sitzung: »Sollte die große Koalition kommen, dann gibt es für die FPÖ geringe Überlebenschancen. Es muß daher rasch verhandelt werden.«

Ins Verhandlungsteam wurden außer mir Klubobmann Peter, Generalsekretär Grabher-Meyer und Organisationsreferent Schender einhellig bei einer Stimmenthaltung aus Kärnten nominiert. Dem Team wurde zusätzlich zu den generellen Verhandlungszielen als Schwerpunkte zur Durchsetzung mitgegeben:

- kein Atomkraftwerk in Österreich (Respektierung der Abstimmung),
- Verstaatlichtenreform (Zerschlagung des Proporz nach Dr. Geist),
- verschärfte Korruptionsbekämpfungsbestimmungen,
- Verhinderung des SPÖ-Steuererhöhungspaketes (Mallorca-Paket),
- Privilegienabbau, Beseitigung der Steuerfreiheit für Politiker.

Personelle Forderungen wurden damals noch nicht offen diskutiert.

Schon im ersten Verhandlungsgespräch unter vier Augen mit Dr. Kreisky, der für die SPÖ noch als Verhandlungsführer fungierte, wurden von ihm meine Hoffnungen zerstört, unter seiner Kanzlerschaft eine Koalition mit der FPÖ bilden zu können. Er erklärte unmißverständlich: »Mit meinen schweren Krankheiten kann ich nicht im Amt bleiben. Ich fühle mich nicht in der Lage, unter den erschwerten Bedingungen einer Koalition persönlich weiter zu regieren.«

Kreisky wollte nur die Verhandlungen zu Ende bringen und dann alles dem neuen Bundeskanzler Dr. Sinowatz, den er ohne Umschweife designiert hatte, übergeben, um seine Nierentransplantation vorzubereiten. Dies war meine erste große Enttäuschung. Denn ich war damals überzeugt: Mit Kreisky als Bundeskanzler wäre es für mich leichter gewesen, mich hinter seinem »breiten« Rücken aufzubauen und langsam das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen.

Jedenfalls war Kreisky in einer starken Verhandlungsposition. Er war vom Bundespräsidenten als Vorsitzender der stärksten Partei formell mit »Erkundungs- und Sondierungsgesprächen zur Bildung einer mehrheitsfähigen Regierung beauftragt« worden und er verhandelte, ohne für sich persönlich etwas erreichen zu wollen. Mir war sofort klar, daß nach der dominanten Persönlichkeit Kreiskys jedes Kabinett nach ihm in der Öffentlichkeit ein gewisses Gefühl eines Führungsvakuums auslösen würde und daß wir alle an ihm gemessen würden. Denn wenn in seiner Spätphase auch sehr viel über ihn an Stammtischen geschimpft wurde, er war die »Vaterfigur« der österreichischen Bevölkerung, und einen anderen Kanzler konnten sich damals die wenigsten vorstellen.

So fürchtete ich, die Nachfolgephase könnte gleichzeitig eine Übergangsperiode zur nächsten dominanten Persönlichkeit bei den Wählern sein. Diese Gefahr trat unter Sinowatz auch tatsächlich ein.

Regierungsverhandlungen

Am 30. April 1983 faßte die Bundesparteileitung der FPÖ – ein Gremium mit rund 100 Sitzungsteilnehmern – nach meinem Zwischenbericht einstimmig folgenden Beschluß:

»Der Bundespräsident hat Dr. Bruno Kreisky mit Erkundungs- und Sondierungsgesprächen zur Bildung einer mehrheitsfähigen Regierung beauftragt. Im Zuge dieser Beauftragung hat nunmehr die Sozialistische Partei die Freiheitliche Partei zu Parteienverhandlungen eingeladen, um zu klären, ob die neue Regierung von diesen beiden Parteien gebildet werden kann. Die Bundesparteileitung ermächtigt das vom Bundespartei Vorstand eingesetzte Verhandlungskomitee, diesbezügliche Verhandlungen zu führen mit dem Ziel, dabei ein Höchstmaß freiheitlicher Vorstel-

lungen und Grundsätze durchzusetzen und das Ergebnis dem Parteivorstand (!) zur Entscheidung vorzulegen. Sollten diese Verhandlungen mit der SPÖ zu keinen positiven Ergebnissen führen, sind die Gespräche mit der ÖVP in Verhandlungen überzuleiten.«

Folgende Fakten führten zu diesem klaren Auftrag, zunächst nur mit der SPÖ zu verhandeln und zum Blankobeschluß, das Ergebnis lediglich dem – wesentlich kleineren – Bundespartei-vorstand zur Beurteilung vorzulegen:

- Zum ersten Mal seit ihrem Bestand konnte die Partei echte Regierungsverhandlungen führen.
- Die SPÖ hatte in ihrem Präsidium über Vorschlag Kreiskys einstimmig beschlossen, keineswegs in Opposition zu gehen.
- Mit Mehrheit hatte die SPÖ beschlossen, zunächst nur mit der FPÖ echte Regierungsverhandlungen zu führen.
- Schon am Tag nach der Wahl hatte Dr. Mock als ÖVP-Obmann in einem Sondierungsgespräch in seinem Parlamentsbüro in Anwesenheit des FPÖ-Generalsekretärs gesagt: »Selbst wenn ich eine ÖVP-FPÖ-Koalition wollte, ich würde die Abstimmung in meiner Partei verlieren. Ich habe die Ennslinie in meiner Partei. Die Landesgruppen östlich davon, auch die Steirer, würden einer derartigen Regierung nie zustimmen.«
- Dr. Graff hatte die FPÖ öffentlich zur Braut der zweiten Wahl gemacht als er griffig formulierte: »Wenn uns Kreisky die Rothaarige nicht gibt, dann nehmen wir eben die Blauäugige.«
- Großkoalitionäre wie Minister Dallinger und Präsident Sallinger arbeiteten nach dem alten Strickmuster im Hintergrund massiv auf eine Neuauflage der »großen Koalition« hin. Ein rasches Verhandlungsergebnis war nötig, der Abschluß eilte!

Verhandlungsinhalte

Bedeutungsvoll war, daß auch Kreisky einen raschen Verhandlungsabschluß wollte. Er fürchtete, nach seiner definitiven Erklärung nicht mehr Kanzler werden zu wollen, rasch an Einfluß zu verlieren. Seine negativen Erfahrungen mit der 1966 auslaufenden Koalition hatten ihn überzeugt, ein derartiges Regierungsmodell in Österreich nicht für demokratiegerecht zu halten. Deswegen kam uns Kreisky inhaltlich in fast allen Fragen weitestgehend entgegen. So sagte er zum Beispiel: »Ein Atomkraftwerk können wir der FPÖ nicht zumuten, wenn wir mit ihr regieren wollen. Zwentendorf wird wohl endgültig tot sein, wenn es diese Regierung gibt.« Und er sagte dies mit Wehmut, denn er glaubte an die Nützlichkeit der Atomkraft für die Energiepolitik und für die Wirtschaftsentwicklung. Kreisky war erfahren genug, um zu verstehen, daß vor allem der Stärkere dem Kleineren bei einer Zusammenarbeit Lebensraum sichern und Erfolge lassen müßte! Und wir waren so unerfahren und naiv zu glauben, es sei das Wichtigste, sich



»Es ist alles sehr kompliziert!«
Dem massiven Druck des sozialistischen Koalitionspartners zum Trotz ließ sich Vizekanzler Steger und die FPÖ-Regierungsmannschaft 1983–1986 nicht auf Atomkurs bringen.
(Karikatur: Ironimus, in der »Wochenpresse«)

inhaltlich für die Bürger Österreichs durchzusetzen und vergaßen, daß es in der Politik heißen muß: Tu Gutes und rede darüber. Das Begriffspaar Sein und Schein löst bei jedem Gebildeten aus, den Anschein nicht wichtig zu nehmen, weil das wahre Sein wesentlicher ist. Wer als Politiker im Jahrhundert der Schauspieler so denkt und fühlt, muß scheitern! Vor allem dann, wenn die meisten Nachfolger in der SPÖ keinen Augenblick daran dachten, irgendeinen sichtbaren Erfolg der Verhandlungen freiwillig der FPÖ zu überlassen. Und beim Verkauf war die sonst sehr geschwächte SPÖ immer noch wesentlich stärker als die junge FPÖ.

Zwischen der Erteilung des Verhandlungsmandates an das Verhandlungsteam durch FPÖ-Organen am 30. April 1983 und der einstimmigen Annahme des Ergebnisses am 18. Mai 1983 gelang es tatsächlich, viele FPÖ-Programmpunkte in den Koalitionspakt hineinzuverhandeln. Die Federführung für schriftliche Formulierungen lag bei den beiden Klubobmännern der Nationalratsfraktionen. Dies war auf SPÖ-Seite Dr. Heinz Fischer, der eine herausragende Formulierungsgabe besitzt. Er erwarb sich rasch unser Vertrauen, weil er zu den Ausnahmereisenden unter Politikern zählt, dessen zuletzt gegebenes Wort immer Gültigkeit besitzt. Außerdem war es immer vergnüglich, mit einem Mann seines breiten Wissens irgendeine politische Frage ernsthaft diskutieren zu können.

In unseren Reihen lag die Führung für Erstellung schriftlicher Verhandlungsunterlagen und von Formulierungsvorschlägen für den Koalitionspakt bei Klubobmann Peter, der sich vor allem auf sein gutes Klubsekretariat und ganz besonders auf Mario Erschen verlassen konnte. Nicht zuletzt wegen dieser Verlässlichkeit sollte Herr Erschen später Geschäftsführer der Partei werden. Ich wollte eine intellektuelle Größe an den Schaltstellen des Apparates.

Als Beispiele für inhaltliche Durchsetzungskompetenz mögen folgende Begriffe dienen, die im Koalitionspakt stehen:

- Budgetstabilisierung als Ziel,
- Einheit des industriellen Sektors (keine Bevorzugung der ÖLAG),
- Förderungsaktionen für die Klein- und Mittelbetriebe,
- Umweltschutz als neue Zielvorgabe (Umweltfonds gegründet),
- Absage an Zwentendorf,
- Abschaffung von Doppelabfertigungen für Politiker,
- erstmals volle Besteuerung von Politikereinkommen,
- Rückzahlung der Bereicherung bei nachgewiesener Korruption.

Personalentscheidungen

Die ersten Gespräche über Personalfragen führte ich zunächst mit Dr. Kreisky allein. Später gab es Vieraugengespräche mit Dr. Sinowatz. Wir wollten erreichen: Dritten Parlamentspräsidenten, Vizekanzler, Wirtschaftsressort, Kultur- oder Außenministerium und das Justizministerium. Außerdem wollten wir eine Verankerung bei der Geldpolitik (Nationalbank) und mit einem Staatssekretär im Finanzministerium. Sonstige Regierungspositionen – etwa weitere Staatssekretäre – hatten wir intern nicht diskutiert. Ein Ausbau unserer personellen Möglichkeiten im ORF sollte von Friedrich Peter direkt mit Gerd Bacher besprochen werden.

Die SPÖ wollte keinen Vizekanzler an die FPÖ abtreten («Es geht doch nicht, daß der Bundeskanzler von einem Nichtsozialisten vertreten wird»). Außerdem nur zwei Ministerien (Handel und Justiz), aber drei Staatssekretariate. Als es keine echten Fortschritte bei den Positionsverhandlungen gab, übergab der damalige Bundeskanzler die Federführung dieser Gespräche bereits an Dr. Sinowatz, mit dem ich dann mehrfach zusammentraf, um mit ihm allein einen Kompromiß zu finden. Sinowatz war von allem Anfang an sehr konziliant. Ich kann ihm nur das beste Zeugnis ausstellen, was Geradlinigkeit und Kompromißbereitschaft betrifft. Er war einer der wenigen in der SPÖ-Regierungsmannschaft, der immerhin mehrfach versuchte, auch unseren Lebensraum zu sichern. Da er aber selbst innerparteilich in den ersten Jahren immer wieder in Frage gestellt wurde, mußte er manchmal unnötig den harten Mann spielen, der er nicht ist. Dadurch bekam

er ein ganz falsches Image. Die Chance zum »Volkskanzler« nach dem Vorbild Raabs verspielte er dadurch.

In den Plenarverhandlungen sagte Kreisky: »Die FPÖ darf im Verhältnis zu ihrer Wählerstärke nicht zu viele Positionen haben.« Damals wollte ich diese Meinung nicht gelten lassen. Heute glaube ich, die Wähler empfanden unsere relative Stärke beim Aushandeln von Positionen letztendlich tatsächlich als ungerecht. Eine Partei mit knapp fünf Prozent der Wähler hat eben nicht unbedingt den glaubhaften Anspruch auf die Position des Vizekanzlers. Und viele Mitglieder haben gerade dieses Positionsverhandeln später zur Hauptangriffslinie auf die eigene Parteiführung gemacht, so als wäre nur um eigene »Sesseln« gerauft worden. Sie verstanden nicht, daß politische Umsetzung in einem Ministerium ungleich stärker möglich ist als im Parlament.

Bis zuletzt verlangte ich von Dr. Sinowatz in unseren vertraulichen Gesprächen nach dem Vorbild der FDP den Dritten Parlamentspräsidenten (für Friedrich Peter), die Position des Vizekanzlers, drei Ministerien (Handel und Justiz schienen immer mehr fix, ein drittes wollte mein Gesprächspartner bis zuletzt nicht zugestehen), und nachdem die Anzahl von SPÖ-Seite vorgeschlagen worden war, drei Staatssekretäre (Soziales für Dr. Haider, Finanzen für Dr. Kaprall von der Industriellenvereinigung und Agrar für Ing. Rainer-Mente aus Kärnten – ich war damals überzeugt, daß wir nur in Kärnten die ÖVP-Bauern zurückdrängen könnten).

Nachdem der Koalitionspakt inhaltlich weitgehend fertig war, fehlte nur die Einigung in der Steuerfrage und die Personalentscheidungen. Bewußt wurden dann die Positionsfragen vorübergehend zurückgestellt, um erst den Steuerkompromiß zu finden.

Die Quellensteuer auf Sparguthaben

Zwei Versprechen waren von uns ohne Wenn und Aber im Wahlkampf abgegeben worden: 1. keine Besteuerung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes, 2. keine Sparbuchsteuer für Zinseneinnahmen.

Das Trio Kreisky-Benya-Salcher hatte im Wahlkampf so viele Probleme mit dem als Mallorca-Paket bekannten Thema, daß offensichtlich die sonst feststellbare Flexibilität der SPÖ überhaupt nicht gegeben war. Benya: »Wer da nicht ein Packel mitträgt, kann nicht regieren.« Unsere Experten Dr. Stix und Dkfm. Bauer brachten aus der sogenannten Expertenrunde den Kompromißvorschlag:

- Die FPÖ gewinnt beim 13. und 14. Gehalt, das bleibt steuerfrei;
- die SPÖ »gewinnt« beim Sparbuch, statt 20% Steuer 10% der Zinsen!

Von allen Verhandlern zögerten Grabher-Meyer und ich am längsten. Wir fürchteten, daß uns von der Wählerschaft auch ein Kompromiß nicht verziehen werden würde. Der Zeitungsherausgeber Hans Dichand hatte mich ausdrücklich gewarnt. Er kündigte an, daß dieses Thema für die Kronzeitung bei einer Regierungsbildung das wichtigste Beurteilungskriterium sein werde. So war es dann auch. Jörg Haider brachte schließlich im Parteivorstand die Skeptiker – und auch mich – in dieser Frage zum Schweigen, als er nach dem Bericht über den neuesten Kompromißvorschlag (statt 20% Steuer vom Zinsertrag nur 7,5%) sagte: »Wir haben uns eben nicht zur Gänze aber überwiegend durchgesetzt!« Erst später wußte ich – dies war meine dritte und stärkste Image-delle.

Verhandlungsabschluß

Nach der Zustimmung der FPÖ zum Steuerkompromiß machte ich einen letzten Anlauf, die SPÖ informell zu überzeugen, daß diese neue Steuer eine Art »Bleiweste« zum Start der Regierung sein würde. Der damalige Generaldirektor der CABV, Dr. Androsch, hatte mir versprochen, er werde Präsident Benya umstimmen, ich solle mit dem designierten Bundeskanzler Dr. Sinowatz nochmals sprechen, und der könne dann bei Benya Rückfrage halten. Heute weiß ich: Dies war eine weitere Facette der Auseinandersetzung Kreisky-Androsch. Und ein weiteres Mal standen wir unschuldig zwischen den Fronten. Jedenfalls nützte auch dieser Versuch nichts. Die SPÖ blieb bei ihrer starren Haltung.

Es wurde ein neues Verhandlungsplenum angesetzt. Letztendlich sollte es dann schon das letzte sein. In dieser Runde wiederholte Kreisky als Vorsitzender sämtliche inhaltlichen Einigungen und berichtete vom Zweiergespräch Sinowatz-Steger mit den Personalvorschlägen. Er stimmte erstmals der Anzahl von Regierungsmitgliedern der FPÖ zu, die ich immer verlangt hatte, wollte aber als drittes Ressort die Landesverteidigung abtreten. In Anwesenheit des Betroffenen sagte er: »Da sitzt doch Herr Schender, der wirklich so ausschaut, wie sich jeder von uns einen Landesverteidigungsminister vorstellen kann.« Schender lehnte nicht ab, wodurch ich selbst keine Erklärung abgeben konnte. Denn Schender war damals Obmann der FPÖ-Oberösterreich, die seit Friedrich Peter mit allen ihren Wünschen sehr ernst genommen wurde. Es schmeichelt halt doch, wenn man ernsthaft als Ministerkandidat im Gespräch ist. Heute glaube ich, daß Kreisky und Peter dies vorabgesprochen hatten, um auch das letzte Koalitionshindernis zu beseitigen.

Jedenfalls gingen wir mit dem erklärten Ziel beider Delegationen auseinander, nunmehr in den Parteien das Verhandlungsergebnis zur Kenntnis zu bringen und dort die Personal-

nominierungen durchzuführen. Erst nach der Sitzung sagte Horst Schender, daß er keineswegs nach Wien gehen werde. Da war es aber zu spät, um nochmals die Frage Kulturministerium (das wäre eigentlich mein Wunschministerium gewesen) oder Außenamt aufzurollen. Wir waren auf unsere Ressorts fixiert.

Die nächste Kampagne traf uns mit unerwarteter Heftigkeit und war bereits ein Vorgeschmack dessen, was uns medial bis zu meiner Abwahl im September 1986 erwarten sollte: Friedrich Peter sollte wegen seiner Kriegsvorgangeneit trotz unserer Vereinbarungen und des Parteibeschlusses nicht Dritter Präsident des Nationalrats werden. Noch heute verstehe ich nicht, daß die FPÖ, die ohnmächtig zusehen mußte, wie der Lebensraum des Politikers Friedrich Peter zerstört wurde, keine adäquate Form der Danksagung für die jahrzehntelange Arbeit Peters gefunden hat. Keiner hätte es so verdient wie er. Denn ohne seine Standfestigkeit gäbe es die FPÖ wahrscheinlich nicht mehr!

Am Tage vor der formellen Abstimmung der Namen der neuen Regierungsmitglieder holte ich die Zustimmung aller Kandidaten mündlich ein. Jeder wurde vorher von mir gefragt, ob er bereit sei, Staatssekretär zu werden. Denn ich war überzeugt, nur wer bereit ist, auf der zweiten Ebene mitzuarbeiten, kann auch auf Dauer in einer Gruppe ohne allzu großen Egoismus Aushängeschild als Minister sein. Haider hatte bereits abgelehnt, Staatssekretär im Sozialministerium zu werden, da wurde die Idee eines Umweltstaatssekretariates geboren. Mein Kandidat dafür hieß Norbert Gugerbauer. Er stimmte zu. Durch Haiders Abgang nach Kärnten wurde in der letzten Präsidiumssitzung einigens umgestellt. So entstand die endgültige freiheitliche Regierungsmannschaft:

Vizekanzler und Handelsminister Steger,
Justizminister Ofner,
Verteidigungsminister Frischenschlager,
Staatssekretäre Bauer, Murer, Ferrari-Brunnenfeld.

Die einstimmige Annahme des Verhandlungsergebnisses durch den Parteivorstand am 18. Mai 1983 führte zur ersten Angelobung einer Regierung mit FPÖ-Ministern durch den Bundespräsidenten am 24. Mai 1983. Mit einigen Änderungen bei den SPÖ-Regierungsmitgliedern blieb diese SPÖ-FPÖ-Regierung bis 21. Jänner 1987 im Amt. Ab Juni 1986 unter dem neuen Bundeskanzler Dr. Vranitzky.

Die sozial-liberale Regierung

Vom ersten Tag an hatte diese Regierung starken medialen Gegenwind. Hauptangriffspunkte waren die Garantien dieser sozial-liberalen Regierung. Was Friedrich Peter seit 1970 bei jeder Wahl zu

spüren bekommen hatte, nämlich persönliche Angriffe bis zum Versuch der Existenzvernichtung, richtete sich nun gegen die FPÖ-Minister und gegen den Bundeskanzler Sinowatz, ganz besonders aber gegen mich. Ohne jede Wehleidigkeit stelle ich aus Gründen der historischen Wahrheit fest, daß mein ganzes Leben und das meiner Vorfahren durchleuchtet wurde, um irgendwelche Angriffspunkte zu finden. Mein Telefon wurde abgehört (angeblich zu meinem Schutz), in meinen Stammlokalen waren ständig Provokateure und Fotografen anzutreffen. Offensichtlich wollte man die Zerstörung der rot-schwarzen Machtstrukturen, die auch die SPÖ-Alleinregierung überstanden hatten, mit allen Mitteln verhindern.

Trotzdem gab es schöne Anfangserfolge:

- Frischenschlager agierte als jugendlicher Heeresminister mit unkonventionellen Ideen;
 - Ofner arbeitete das Erbe Dr. Brodas auf;
 - ich selbst versuchte als »Anwalt für die Wirtschaft« die Kammerbürokratie zurückzudrängen und mit der Parole »Wasserkraft statt Atomkraft« für eine neue Energiepolitik zu werben.
- Und vor allem: Die Regierung hatte insgesamt bei allen Umfragen beider Regierungsparteien bis Dezember 1984 immer eine Mehrheit bei allfälligen Parlamentswahlen zu erwarten. Sinowatz schien echte Chancen zu besitzen, ein echter Volkskanzler wie Julius Raab zu werden. Ich selbst versuchte mich mit intellektuellen Kontrastthemen aufzubauen und wurde schrittweise als Handelsminister auch bei meinen Gegnern anerkannt.

Sacharbeit der Regierung – konkrete Themen

1. Von der FPÖ durchgesetzt, aber der Gesamtregierung zugeschriebene Erfolge:
 - 13./14. Gehalt bleiben steuerfrei,
 - Steuererleichterungen für die Wirtschaft (Erhöhung der Steuerfreigrenzen, Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer, Verringerung der Gewerbeertragsbesteuerung),
 - Umweltschutzinitiativen (Gründung des Umweltfonds, Einführung der Katalysatorpflicht für Pkw, Schadstoffbegrenzung bei der Industrie).
2. Von FPÖ durchgesetzt, aber SPÖ versuchte, Regierungslinie zu unterlaufen:
 - kein Atomkraftwerk, SPÖ versucht neue Parlamentsabstimmung zur Erwirkung einer Volksabstimmung.
 - Kraftwerk Hainburg vorher ökologisch zu begutachten, aber Donaukraftwerke starten Bau ohne Gutachten abzuwarten – SPÖ stoppt Bau nach Verhandlungen mit Grünen, statt mit FPÖ zu verhandeln, und bringt Grüne ins Parlament;
 - Verstaatlichtenreform: Konzernregelung, Verlustbringer zu

schließen; aber SPÖ verhandelt hinter unserem Rücken weiterhin mit ÖVP, gibt echte Ziffern nicht an unseren Staatssekretär Bauer bekannt;

- Partebuchwirtschaft abgeschafft, aber SPÖ macht in Banken und Verstaatlichter weiterhin Proporzernennungen gemeinsam mit der ÖVP.
3. FPÖ schafft Problembewußtsein, SPÖ verhindert echte Reformen:
 - Ladenöffnungsliberalisierung, SPÖ verlangt Anklage gegen Landeshauptmann Haslauer und macht daraus Regierungsfrage.
 - Pensionsrechtsreform: SPÖ stellt das Reformkonzept nach Parteivorstandssitzung allein den Medien vor.
 - Dampfkesselmission (Herabsetzung der Schadstoffwerte, die zulässig sind) SPÖ gibt Änderungen ohne Anwesenheit des zuständigen Handelsministers bekannt.

Alle diese Beispiele zeigen, daß die Mehrheit der SPÖ-Funktionäre keine echte Koalitions gesinnung zeigte. Die ersten zwei Jahre, weil sie selbst an die Wiedererringung der absoluten Mehrheit nach einer neuerlichen Nationalratswahl und an eine neue SPÖ-Alleinregierung glaubte. Deswegen sollte auch von diesen SPÖ-Spitzenleuten nicht zugelassen werden, daß liberale Wähler in der FPÖ heimisch werden. Nach zwei Jahren gemeinsamer Regierung, spätestens aber nach dem VOEST-Intertrading-Noricum-Skandal, arbeiteten dieselben Funktionäre auf eine neuerliche große Koalition mit der ÖVP hin. Generalsekretär Grabher-Meyer meinte deswegen: »Die SPÖ hat uns als gläserne Krücke mißbraucht. Wenn man so eine gläserne Krücke fallen läßt, dann zerbricht sie.«

Ich selbst meine: Mit mehr Verständnis für die Notwendigkeiten der Imagebildung der FPÖ-Führung und ohne SPÖ-Skandale könnte diese Regierung (natürlich mit geänderter personeller Zusammensetzung) noch heute im Amt sein. Denn das sozialdemokratische und das liberale Lager zusammen müßten soziologisch, noch dazu in einer historischen Phase, in der überall in Europa liberale Revolutionen stattfinden, in Österreich immer mehrheitsfähig sein. Insofern hat die SPÖ den möglichen liberalen Partner selbst ruiniert!

Gründe für das Scheitern der sozial-liberalen Regierung

Wenn es auch unbestreitbare Erfolge dieser Regierung etwa in der Wirtschafts- oder Außenhandelspolitik von 1983 bis Jänner 1987 gegeben hat, so kann man die Ursachen für das Scheitern dieser Regierung trotzdem kurz zusammenfassen, wobei ich es jedem Leser selbst überlasse zu beurteilen, welche dieser Gründe objektiv

nicht zu verhindern waren und welche Ursache durch die damalige Führung der FPÖ und daher ganz besonders durch mich zu verantworten war.

1. Die SPÖ war 1983 »abgewählt«, auch wenn sie noch immer relativ stärkste Partei war. FPÖ erschien vielen daher als »Lebensverlängerer« (»Steigbügelhalter«).
2. Kreisky führte 13 Jahre eine Alleinregierung, seine Nachfolger (Sinowatz und Fischer nehme ich bewußt aus) waren nicht gewohnt und wollten nicht auf einen kleineren Partner Rücksicht nehmen.
3. Teile der SPÖ glaubten an eine neuerliche absolute Mehrheit nach einer nächsten Wahl, andere wollten die Koalition SPÖ-ÖVP – so wie die Mehrheit der Journalisten.
4. Der Kreisky-Androsch-Kampf hatte tiefe Gräben in der SPÖ hinterlassen. Bis zum Abgang Salchers als Finanzminister tobte dieser Kampf in der SPÖ weiter, die Führungsstrukturen waren nicht ausreichend klar.
5. Dr. Sinowatz wurde trotz menschlicher Größe und herausragender ehrlicher Partnerschaft auf Dauer als Kreisky-Ersatz weder in der Partei noch bei den Wählern akzeptiert.
6. Die FPÖ war in ihrer Geschichte immer Opposition, nie Regierungspartei. Das Wesen des Regierungskompromisses ist den Funktionären fremd.
7. Nach der Generation Friedrich Peters gab es durch den frühen Abgang von Götz ein großes personelles Vakuum. Für die neue Führung kam die Regierungschance vier Jahre zu früh, die Verankerung und das Vertrauen der Bundesländermitglieder war noch nicht gefestigt.
8. Die Vorbereitungs- und Regierungskompromisse (Androsch-Wahl in die CABV, Sparbuchsteuer, Ladenöffnung am 8. Dezember) brachten mir als Obmann Imageeinbrüche, die emotional nicht verkraftet wurden. Die Unterstützung für die Parteispitze war nur rational für die Regierungsbeteiligung, nicht emotional, das erleichterte Attacken!



Chef der Regierungsfraktion 1983–1987: Vizekanzler und Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Norbert Steger. (HOPI-FOTO)

9. Ich war als urban-intellektueller Liberaler nur in einer Ausnahmesituation (nach dem Abgang von Götz) als Parteiobmann akzeptiert. Die emotionale Zustimmung der Partei fehlte.
10. Die ÖVP benutzte radikal alle Themen, um Regierung und Parteiführung zu zertrümmern (Reder, Atomenergie, Wein, VOEST-Intertrading, Noricum, Ladenschluß) auch dann, wenn es Österreich schadete und die FPÖ schuldlos war. Die SPÖ gab keinen medialen Flankenschutz, sie gab manchmal Regierungserfolge der FPÖ in Hintergrundgesprächen als eigene Erfolge aus und beteiligte sich an Abwertungen von FPÖ-Regierungskollegen. Letztendlich war die Mehrheitschance für die Regierung als Ganzes erst durch zwei Themen verspielt, für die wir Freiheitlichen nichts konnten:
 - VOEST-Intertrading-Debakel ab Dezember 1985
 - Bundespräsidentenwahl 1986 und Attacken auf Dr. Waldheim.Und damit war auch meine Mehrheitschance auf einem Parteitag nicht mehr gegeben. Ob mit Dr. Vranitzky und einem neuen FPÖ-Vizekanzler ein Wahlerfolg bis April 1987 sicherzustellen gewesen wäre, muß für immer Spekulation bleiben. Ich war jedenfalls vor dem Parteitag 1986 zu solch einer Lösung unter Aufgabe meiner Regierungsfunktion bereit. Die Haßausbrüche auf dem Parteitag haben mich überrascht und aktionsunfähig gemacht. Wer täglich in der Spitzenpolitik auf dem Prüfstand steht und böswilligen Verleumdungen ausgesetzt ist, braucht, um die Kraft zum Weitermachen zu haben, wenigstens das Gefühl, von den eigenen Mitstreitern verstanden und verteidigt zu werden. Alles weitere war nur mehr Nachspiel mit teilweise dissonanten Tönen.

Der Bundeskanzler kündigte die Koalition auf und bat mich, bis zum Zusammentreten einer neuen Regierung im Amt zu bleiben, um keine Verfassungskrise zuzulassen. Dem fügte ich mich, weil die FPÖ ihr Verlangen nach meinem sofortigen Rücktritt fallengelassen hatte.

Ausblick

Was bleibt der FPÖ und Österreich als dauerhaftes Ergebnis dieser Ära?

1. Die erste und bisher einzige FPÖ-Regierungsbeteiligung. Damit sind alle demokratischen Koalitionsbildungen – gesprächsbereite Führungen auf allen Seiten vorausgesetzt – und daher auch eine ÖVP-FPÖ-Regierung in Hinkunft möglich!
2. Die endgültige Verhinderung der Atomkraft in Österreich. Die damals von wenig vorausschauenden Politikern und Journalisten verlachten Versuche der FPÖ-Spitze, über dieses Thema auch mit den Nachbarländern zu verhandeln und Abkommen zu treffen, haben viele Epigonen gefunden!
3. Wer regiert, kann nicht gegen Österreich sein. Es ist daher nicht mehr möglich, der FPÖ eine Anti-Österreich-»Nazi-Punzierung« zu verpassen!
4. Die Koalition wurde nicht bei Wahlen abgewählt. Dadurch kann sehr bald – wenn die Wähler dies wünschen – wieder eine SPÖ-FPÖ-Regierung entstehen!
5. Für viele Themen hat die FPÖ als Vorreiter gewirkt und ein neues Problembewußtsein geschaffen, manchmal für andere Politiker, für Journalisten und Wähler möglicherweise noch zu früh: Liberale Marktwirtschaft, Mittelstandspolitik, Privatisierung, Privilegienabbau, Kampf der Parteibuchwirtschaft, neue Energiepolitik, Atombekämpfung und liberale Ladenöffnung mögen als Beispiele dienen.
6. Kein FPÖ-Regierungsmitglied ist in einen Skandal persönlich hineingezogen worden. Die Anständigkeit der damaligen FPÖ-Minister ist ein Mosaikstein bei den heutigen Erfolgen der FPÖ.
7. Ein modernes liberales Parteiprogramm, inhaltlich vorausblickend bis ins nächste Jahrtausend!

Unfertig zurückbleiben mußte manches wie etwa: Handelskammerwahlrecht, Verstaatlichtenreform, Gewerbeordnung, Kartellrecht, Ladenöffnung oder Kammerreform, Genossenschaftsrecht, Agrarpolitik. In all diesen Fragen und anderen mehr braucht Österreich einen neuen liberalen Geist zur Reform. Kann dies durch die Allmacht der Sozialpartner auf Regierungsebene gelingen?

Was brauchen wir?

- Mehr Stabilität oder mehr Reformgeist?
- Mehr Parteimacht oder mehr freie Entfaltungsmöglichkeit?
- Mehr Kraft des Faktischen oder Hirn zur Erneuerung?

Die sozial-liberale Regierung stand erst am Anfang ihrer Erneuerungspolitik. Die Wende zum Konservativen, die seitdem stattgefunden hat, könnte auch die Wende zur Herrschaft der Mittelmäßigkeit bedeuten. Ich hoffe jedenfalls, daß Liberale nicht für lange Zeit ohnmächtig bleiben. Und das nächste Mal sollte die Angst vor dem Scheitern nicht als »self-fulfilling-prophetic« vorhanden sein.



»Gefährdete Statik« (Karikatur: Ironimus, in der »Presse«)

FREIHEIT HEISST RÜCKGRAT, NICHT UNTERWERFUNG

von Jörg Haider (1991)

Die Freiheitliche Partei Österreichs unterschied sich vom Tage ihrer Gründung am 7. April 1956 an von den regierenden Altparteien in erster Linie dadurch, daß sie nicht durch eine Lizenzerteilung der Besatzungsmächte von 1945 entstanden ist. Sie war nach der endgültigen Befreiung Österreichs durch den Staatsvertrag von 1955 die erste demokratische Bildung, die aus dem Volke entstanden ist. Dies mag auch der Grund dafür sein, daß ohne den Beitrag der Freiheitlichen die Ausformung des Rechtsstaates und eine Festigung der Demokratie in der 2. Republik nicht wirklich möglich gewesen wäre.

Die geistigen Traditionen, in denen sich die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft bis zum heutigen Tag befindet, knüpfen an jene des nationalliberalen Lagers des 19. Jahrhunderts sowie der nationalliberalen Bewegung der 1. Republik an. Gerade diese Traditionen begründen aber einen bemerkenswerten Dualismus dieser freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft: Einerseits war das nationalliberale Lager immer kritisch und fundamental auf eine Erneuerung des politischen Systems orientiert. Andererseits erfüllte und erfüllt es zugleich die Aufgabe einer stabilisierenden Kraft, einer staatstragenden Gruppierung eben, im Rahmen des jeweils gegebenen politischen Systems.

Die Träger der Bürgerlichen Revolution von 1848, die für Grund- und Freiheitsrechte und für verfassungsmäßige Zustände eintraten, waren ebenso die Ahnen der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft, wie der spätere deutschliberale Ministerpräsident Schmerling oder Wiens Bürgermeister Cajetan Felder. Die Ausrufung der 1. Republik durch den Großdeutschen Franz Dinghofer, die Verdienste des nationalliberalen Lagers um den Parlamentarismus und die Demokratie in der 1. Republik, all dies sind Traditionen, auf die sich unsere Gesinnungsgemeinschaft berufen kann. Von der etablierten Geschichtsschreibung wird all dies häufig nur zu gerne verschwiegen. Beispielsweise daß es der nationalliberale Abgeordnete Prof. Hermann Foppa war, der im Jahre 1934 Dollfuß und seine Mitstreiter in einem dramatischen Appell im Parlament als letzter Redner für die Rückkehr zur demokratischen Verfassung gewinnen wollte.

Tatsächlich ist die Verbundenheit der Menschen dieses Dritten Lagers mit dem Schicksal Österreichs weit tiefer verwurzelt als es unsere politischen Gegner wahrhaben wollen. In unserem Lager stand und steht man für Österreich. Daher war es umso tragischer, daß nach 1945 diesem Lager für viele Jahre die Existenzberechtigung

verweigert wurde. Tragisch war auch das Scheitern des so hoffnungsvoll angetretenen Verbandes der Unabhängigen. Wie so oft in der wechselvollen Geschichte des Dritten Lagers waren es interne Konflikte, die den gemeinsamen Erfolg zunichte machten. Doch aus dem Dunkel des politischen Niedergangs entstand die heutige FPÖ. Die Geburtsstunde der Freiheitlichen Partei war geprägt von bitteren Erfahrungen und neuer Hoffnung, endlich wieder eine lebensfähige politische Heimat für das nationalliberale Lager gefunden zu haben. Dem Gründungsparteiobmann Anton Reinhaller und den Männern der ersten Stunde, Broesigke, van Tongel, Zeillinger, Kandutsch, Kindl, Gredler, Peter und Hirschall, aber auch den Kärntnern Reinhold Huber und Willi Kaufmann, gebührt unser aller Dank. Auch heute haben wir allen Grund, auf diese Gründergeneration der FPÖ stolz zu sein. Ausgerechnet jene Männer und Frauen, die von der Propaganda der Altparteien brutal als »Nazis und Faschisten« diffamiert wurden, waren es, die der Demokratie und dem Rechtsstaat in Österreich eine konkrete Chance gegeben haben.

Tatsächlich gibt es keinen Grund, das Bild dieser Gründergeneration im Schatten der Vergangenheit verschwinden zu lassen. Sie schuf mit der FPÖ nämlich eine neue demokratische Kraft, die zum Stachel im Faulbett des Proporzstaates und der Herrschaft der Sozialpartner werden sollte. Erst durch die Existenz der FPÖ wurde die österreichische Demokratie mit Leben erfüllt. SPÖ und ÖVP hatten ja nahezu perfekt alle politischen und öffentlichen Macht- und Einflußbereiche untereinander aufgeteilt. Sie schufen damit ein für die Bürger unerträgliches Proporz- und Parteibuchsystem mit all den negativen Auswirkungen des Parteienfilzes, der Ämterpatronage, bis hin zum Funktionärshochmut. Die »Schacherdemokratie«, von der der Philosoph Friedrich August von Hayek gesprochen hat, war Realität geworden. Bereits früh konnten die Freiheitlichen demokratiepolitische Signale setzen. Auch die eta-

blierte Geschichtsschreibung kommt nicht daran vorbei, daß es die FPÖ war, die den amtlichen Stimmzettel durchsetzte; daß sie es war, die für ein gerechtes und ausgewogenes Wahlrecht eintrat und daß sie als erste politische Kraft die direkte Demokratie in der Verfassung verankern wollten: Volksbegehren statt Meinungsumfrage. Die Freiheitlichen waren es auch, die den Gedanken der betrieblichen Partnerschaft in die Diskussion gebracht haben und als erste parlamentarisch für die europäische Integration aktiv wurden. Nicht zu vergessen die Leistungen auf dem

Dr. Jörg Haider, Jahrgang 1950, seit 1964 im Ring Freiheitlicher Jugend tätig, von 1970 bis 1974 dessen Bundesobmann, Bundesjugendreferent der FPÖ, 1976 Landesparteisekretär der FPÖ-Kärnten, 1979–1983 Abgeordneter zum Nationalrat, Sozialsprecher der Fraktion, Bundessozialreferent. 1983 als Landesrat Mitglied der Landesregierung für Kärnten, Landesparteiobmann der FPÖ-Kärnten, seit 1986 Bundesparteiobmann der FPÖ. Seit 1989 Kärntner Landeshauptmann.

Gebiet der Kontrolle im Rechnungshof oder bei der Aufdeckung von Skandalen und Korruptionsaffären. Der politische Durchbruch blieb der FPÖ allerdings für lange Jahre versagt. Die regierenden Altparteien versuchten sie ins politische Getto zu verbannen und höchstens gelegentlich als Mehrheitsbeschaffer oder als Druckmittel in Koalitionsverhandlungen zu mißbrauchen. Auch die erste Teilnahme an einer Koalitionsregierung mußte geradezu zwangsläufig scheitern, weil der Ausbruch aus dem politischen Getto durch Anpassung an die politische Konkurrenz nur ins Auge gehen kann. Dies soll nun nicht heißen, die Freiheitlichen würden nicht zur Regierungspartei taugen. Im Gegenteil, schon die Teilnahme an der kleinen Koalition hat gute Ansätze gezeigt, nur die Strategie war allerdings falsch. Die Freiheitlichen dürfen nämlich nur dann Regierungsverantwortung übernehmen, wenn vom ersten Tag an sichergestellt ist, daß die freiheitlichen Markierungen bei den Entscheidungen klar und unmißverständlich den Weg der politischen Erneuerung aufweisen. Für ein Schattendasein als Kleinausgabe von Rot und Schwarz sind wir Freiheitlichen einfach nicht geschaffen. Als stille Gesellschafter im Proporz- und Pfründeschun- gel taugt die FPÖ nicht.

Drei Jahrzehnte nach ihrer Gründung kehrte die FPÖ auf dem Parteitag von Innsbruck im September 1986 zu den Wurzeln ihres politischen Auftrages zurück. Sie hat einen für die Geschichte der liberalen demokratischen Parteien in Europa einzigartigen Siegeszug angetreten. In wenigen Jahren ist ihr der Durchbruch zur Mittelpartei geglückt.

Wir haben den Einzug in alle Landesparlamente geschafft, auch in jenes von Niederösterreich, welches nicht einmal in den Zeiten des VdU erobert werden konnte. Auch den Einzug in den Arbeiterkammertag. In kaum vier Jahren haben wir uns im Bundesrat Fraktionsstärke erkämpft und stellen Mitglieder in den Lan-



Jörg Haider: »Die Freiheitlichen sind Baumeister eines neuen demokratischen Österreichs.« (Foto: HOPI-FOTO)

desregierungen und auch einen Landeshauptmann. Diese neue politische Position der FPÖ ist in keiner Weise das Ergebnis einer politischen Unterwerfung, um bei den Mächtigen mit dabei sein zu dürfen. Sie wurde der FPÖ vielmehr durch den Wählerwillen gegeben. Die Bürger haben es eben satt, gleich Marionetten am Gängelband einer anti-elitären Funktionskaste geführt zu werden. Das Ende der sozialistischen Ära und das Scheitern des

östlichen Realsozialismus haben auch hierzulande eine Abkehr vom totalen Versorgungsstaat eingeleitet. Staatliche Vormundschaft und planerfüllte Mißwirtschaft schrecken ab. Der Staat von morgen ist vielmehr ein Staat von Bürgerrechten und der verantworteten Freiheit. Europaweit ist ein großer Aufbruch aus der »selbstverschuldeten Unmündigkeit« im Gange. Der Ausbruch aus einem vorgegebenen politischen Lager ist für viele Menschen ein schmerzhafter Entscheidungsprozeß. Umso größer ist daher die Verantwortung jener, die so wie wir zu diesem politischen Ausbruch und zu dieser politischen Aufbruchstimmung ermuntern. Enttäuschte Hoffnung und mißbrauchtes Vertrauen sind ein nicht wieder gutzumachender Tiefschlag für die Demokratie.

Die Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 haben die Nachkriegsordnung in Europa aufgebrochen. Auch die innenpolitische Nachkriegsordnung in Österreich ist überwunden. Dazu haben wir Freiheitlichen in den letzten Jahren den wohl entscheidendsten Beitrag geleistet. Damit sind wir aber Baumeister eines neuen demokratischen Österreich. Eine offene Gesellschaft freier Bürger ist als konkrete Vision nähergerückt, weil immer mehr Menschen erkennen, daß es besser ist, in unvollkommener Freiheit zu leben, als in einem System vollkommener Unfreiheit gebunden zu sein.

Es liegt aber noch ein hartes Stück Arbeit vor uns. Die Aussage, wonach Österreich »zunehmend in Gefahr gerät in Europa ein Museum des Parteienstaates zu werden«, (Prof. Heinz Ritschel)

trifft die Situation durchaus. Der freiheitliche Geburtsfehler, der darin besteht, das wir im rot-schwarzen Machtkartell nicht vorgesehen waren, macht uns dazu berufen, diese bedrohliche Entwicklung zu korrigieren. In erster Linie müßten wir die Rolle der politischen Parteien für dieses Land neu definieren: In der Demokratie haben die Parteien den Staat zu tragen, ihn aber nicht zu beherrschen. In der Demokratie haben die Parteien für den Staat zu arbeiten, ihn aber nicht als Beute aufzuteilen. In der Demokratie haben die Parteien die Bürger zu ermuntern, aber nicht unter Kuratel zu setzen.

Unsere Chance liegt darin, auch in Zukunft offen und risikobewußt die Meinungsführerschaft in den wesentlichen Fragen der politischen Erneuerung zu übernehmen. Dies ist uns bereits beim Privilegienabbau gelungen, wir haben dem Selbstbedienungsgedanken der Funktionäre einen ordentlichen Riegel vorgeschoben. Dies ist uns auch in der Ausländerfrage, im Bereich der Neutralitätsdiskussion, aber auch bei der Reform des Sozialstaates sichtbar gelungen. Mit der These des Freistaates haben wir überdies klar gemacht, daß wir auch bei der Diskussion um Föderalismus und Regionalismus einiges zu sagen haben. Wir wollen ein demokratisches und nicht zentralistisches Europa, in dem das Heimatrecht und die Selbstbestimmung im eigenen Land im Mittelpunkt steht.

Auch in einer weiteren Kernfrage freiheitlicher Politik, nämlich in unserem Kampf gegen den Kammer- und Verbände-
staat, dürfen wir nicht locker lassen. Das Zwangskammernsystem stellt so etwas wie eine »trojanische Kavallerie« gegen die österreichische Demokratie dar. Der heutige Kammerstaat ist aus der Ordnung des Rechts in die Willkür der politischen Machtentfaltung abgeglitten und stellt eine latente Bedrohung der Wirkungsweise unseres parlamentarischen Verfassungsgefüges dar. Eine offene Gesellschaft in einem freien Europa verträgt sich nicht mehr mit der Existenz von Kammermonstern, deren Existenz auf Zwang und nicht auf der freien Entscheidung seiner Mitglieder beruht.

Nach 35 Jahren freiheitlichen Kampfes sind wir heute in der Lage, das zu ernten, was die Gründergeneration gesät hat. Die Idee der Freiheit setzt sich in ganz Europa und damit auch in unserem Lande immer stärker durch. Und unsere Freiheit heißt Rückgrat, heißt nicht Unterwerfung. So gesehen lagen wir im Jahre 1986, als wir in der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft das Ruder herumrissen, nicht im proklamierten Zeitgeist der Meinungsmacher. Nun hat sich der Wind allerdings gedreht, er bläst den ideologischen Geisterreitern ins Gesicht. Seit der politischen Erneuerung in Innsbruck 1986 haben wir nicht nur die Altparteien herausgefordert, wir sind vielmehr auch eine Bürgerbewegung geworden,

in der die Wiedergeburt des Idealismus stattgefunden hat. Dieser Idealismus ist die stärkste Waffe gegen Verlogenheit, Korruption und gegen einen allzu materialistischen Zeitgeist. Die FPÖ hat ihre Wähler nach 1986 nicht ausgetauscht, sondern vielmehr ihren Kurs in einer Art und Weise korrigiert, daß politisch heimatlos gewordene Bürger wiedergewonnen werden konnten und der idealistischen Jugend unser Österreich zu einem persönlichen Anliegen gemacht wurde.

Die FPÖ hat sich nicht um eine Diskussion ihrer Grundwerte herumgedrückt. Wir haben unzweideutig Stellung bezogen, damit Politik hierzulande nicht zu einer bestmöglichen Organisation materieller Interessen verkümmert.

Dabei gilt es, den Menschen in diesem Lande darauf aufmerksam zu machen, daß das einzelne Individuum nicht nur um unsere physische Gesundheit besorgt sein darf, sondern auch um die moralische Verfassung unserer Gesellschaft. Er muß die Gefahr der Verödung unserer Empfindsamkeit, die Gefahr des Verlustes des Gefühls und den schleichenden Verfall von Verantwortung und Gemeinschaftsgefühl erkennen können. Er muß die moralische Pflicht bejahen, unseren Kindern eine menschliche und lebenswerte Heimat zu sichern. Wirkliche Freiheit kann der Mensch nämlich nur erleben, wenn er auch feste Wurzeln in seiner Heimat hat. Ein verantwortlicher Umgang mit dieser Freiheit setzt aber auch die Kenntnis des Wertes der uns anvertrauten Heimat voraus. Der Mensch ist ja nicht nur ein einzelhaftes Wesen. Der freie Bürger ist in seinem Volkstum eingebettet, aus dem er seine kulturelle Kraft schöpft. Gerade deshalb war es für uns alle heilsam und verdienstvoll zugleich, im Jahre 1988 einmal eine offene Auseinandersetzung über unser nationales Bekenntnis geführt zu haben. Am Ende dieser Diskussion haben jene das Schweigen gelernt, die gerne den Stab über uns gebrochen hätten. Und die allzu Anpassungswilligen in den eigenen Reihen mußten sehen, daß Zivilcourage in sensiblen Fragen von uns zwingend gefordert ist. Gerade eine Rückschau auf die 35-jährige Geschichte der Freiheitlichen Partei läßt uns erkennen, daß diese Zivilcourage, der Mut vor den Mächtigen, wohl die primäre politische Verhaltensweise der Gründergeneration war. Dieser Mut muß uns auch heute noch befähigen, sowohl die historische Wahrheit zu suchen als auch die eigene Situation unbefangen und kritisch zu betrachten.

Daher kann das Jubiläumsfest unserer Gesinnungsgemeinschaft nicht Anlaß sein, in Selbstzufriedenheit zurückzublicken. Ein Jubiläum – gerade in der Stunde des Erfolges – muß vielmehr Anlaß dafür sein, neue Gewißheiten zu gewinnen und neue Kraft für die Zukunft zu schöpfen. Denn es ist notwendig, daß die freiheitliche Bewegung für dieses wunderbare Land in Zukunft noch mehr Verantwortung trägt als bisher.

TEIL 2

*Liberal, national,
freiheitlich
1848–1991
im Urteil von
Wissenschaft
und Publizistik*

GLÜCKWUNSCH DES BUNDESPRÄSIDENTEN

Ansprache von Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim aus Anlaß des 35-Jahr-Jubiläums der Freiheitlichen Partei Österreichs, am Sonntag, dem 7. April 1991, in der Wiener Hofburg.

Ich möchte Ihnen zunächst für die freundliche Einladung danken, die Feier zum 35jährigen Bestehen der Freiheitlichen Partei Österreichs mit Ihnen gemeinsam zu begehen. Ich habe diese Einladung gerne angenommen und freue mich, hier mit Ihnen zu sein. Ich folge damit einer guten Tradition, haben doch schon meine Amtsvorgänger zu wiederholten Malen an Festakten und Jubiläen politischer Parteien unserer Republik, darunter auch der Freiheitlichen Partei, teilgenommen. Um damit – wie mein unmittelbarer Vorgänger Dr. Rudolf Kirchschläger in seiner Ansprache bei der 25-Jahr-Feier der Freiheitlichen Partei nachdrücklich betonte – »den Wert einer auf demokratischer Basis gebildeten Partei für die Existenz unserer Demokratie zu unterstreichen und zu bekräftigen.«

Meine Damen und Herren!

Gerade in einer Zeit, in der Zeichen einer gewissen Politikverdrossenheit nicht abzuleugnen sind und in der Politiker und Parteien zum Objekt einer oft auch leichtfertigen Kritik werden, gehören die ständigen Kontakte mit den politischen Parteien zu einer wichtigen Aufgabe des Bundespräsidenten. Er signalisiert damit, daß die Parteien ein unverzichtbares Fundament unserer Republik sind und daß sie für das Funktionieren einer pluralistischen parlamentarischen Demokratie unerlässlich sind und bleiben.

Die Freiheitliche Partei, die nun schon auf eine 35jährige Geschichte zurückblicken kann, hat bewiesen, daß sie diesen Staat, dieses aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges wiedererstandene und 1955 frei und unabhängig gewordene Österreich bejaht, und sie hat an der Weiterentwicklung der pluralistischen Demokratie aktiv mitgewirkt. Sie hat damit, wie auch die anderen demokratischen Parteien, ihr Staatsbewußtsein unter Beweis gestellt.

So hat die Freiheitliche Partei in ihrem Grundsatzprogramm von 1957 ein klares Bekenntnis zur Eigenstaatlichkeit Österreichs abgelegt und dieses bei der Feier aus Anlaß des 30jährigen Bestehens unserer Republik erneuert.

Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich die Gelegenheit dieser Feierstunde benützen, um einige grundsätzliche Überlegungen über die Rolle der Parteien in unserem Staat anzustellen. Wenn wir in die Anfänge der Zweiten Republik zurückblicken, so erkennen wir, daß die Wiedererrichtung eines selbständigen Österreich durch eine gemeinsame Proklamation der politischen Parteien erfolgte – Parteien, die damals zwar politische Realität waren, denen aber noch die verfassungsrechtliche Legalität fehlte. In einer einmaligen historischen Konstellation schufen sie damit die Voraussetzungen für ein pluralistisch-demokratisches Österreich.

Ich betone dies heute, weil es mir wichtig erscheint, noch einmal eindringlich zu unterstreichen, welche zentrale und lebenswichtige Rolle die Parteien bei der Wiedererrichtung unserer Demokratie gespielt haben. Eine Rolle, die sie – unter veränderten äußeren Bedingungen und bei neuen Zielvorgaben – bis auf den heutigen Tag ausüben. Dies hervorzuheben ist umso notwendiger, als das Wort »Parteienstaat« in den letzten Jahren eine so negative Klangfärbung bekommen hat – so, als wären Parteien ein notwendiges Übel der Demokratie, das man in Kauf zu nehmen habe, weil noch nichts Besseres »erfunden« wurde.

Als Bundespräsident möchte ich mit allem Nachdruck festhalten, daß die Parteien in einem demokratischen Staatswesen bei der politischen Willensbildung des Volkes, also dem eigentlichen Souverän dieser Republik, hervorragend mitwirken – und zwar als das legitimierte Instrumentarium der Bürger, die über die Parteien ganz wesentlich ihre Wünsche und Vorstellungen artikulieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Zusammenbruch der autoritären Regime in Osteuropa, die unter anderem auch dadurch charakterisiert waren, daß sie verknöchert und in vielfacher Hinsicht unbeweglich waren, hat auch uns Österreichern, die wir seit Jahrzehnten unsere Demokratie ausformen und praktizieren konnten, direkt und indirekt eine sehr wichtige Lehre erteilt, nämlich: Eine funktionierende Demokratie braucht den Mut zur Veränderung, braucht die Fähigkeit, neue Ideen und Denkanstöße aufzunehmen, sie braucht den Willen, sich mit gärenden gesellschaftlichen Prozessen ernsthaft auseinanderzusetzen und politisch rechtzeitig darauf zu reagieren. Sie braucht aber auch die Bereitschaft, das Bestehende selbstkritisch zu überprüfen.

In diesem Sinne wird man sich fragen müssen, ob das Wirkungsfeld, das sich die politischen Parteien selbst zugeordnet haben, nicht gelegentlich etwas zu großzügig bemessen ist. Und ob der Einfluß der Parteien in so vielen Bereichen der Gesellschaft noch zeitgemäß ist. Immer wieder muß klargestellt werden, daß

Politiker nicht den Parteien und der medialen Optik verpflichtet sind, sondern dem Volk. Und nie darf der Staat zum Besitz von Parteien werden. Niemand wird leugnen, daß in Österreich – wie auch in anderen Ländern – bedeutende gesellschaftliche Entwicklungen in Gang gekommen sind, die auch die Parteien vor neue Aufgaben stellen, etwa im Umweltbereich, in der Alten- und Krankenfürsorge, in der Energie- und Verkehrspolitik, um nur einige Beispiele zu nennen. Wir sind mit Fragen konfrontiert, denen wir noch vor wenigen Jahren zu wenig Bedeutung beigemessen haben, die heute aber eine ganz zentrale Rolle spielen.

Noch etwas scheint mir in diesem Zusammenhang wichtig: Unsere Republik verträgt sicherlich ein Mehr an direkter Demokratie. Der Bürger ist heute – trotz aller so oft zitierten Politikmüdigkeit – informierter, mündiger und damit also letztlich »politischer« geworden. Daher glaube ich, daß dem Ausbau des Persönlichkeitswahlrechts große Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Daher meine ich auch, daß die Instrumente der direkten Demokratie mehr genützt werden könnten. Repräsentative und direkte Demokratie, richtig verstanden und praktiziert, ergänzen sich ja beide sehr sinnvoll und nützen damit dem Gemeinwesen, unserer Republik Österreich, für deren Wohlergehen und Bestand die Parteien und Bürger gemeinsam Sorge zu tragen haben.

Lassen Sie mich schließlich noch einmal auf das zurückkommen, was ich eingangs erwähnt habe – auf das Bekenntnis der Freiheitlichen Partei zu Österreich. Im Grundsatzprogramm von 1957 haben sich Ihre damaligen Vertreter nicht nur für diese Republik, sondern auch für den engen Zusammenschluß der freien Völker und Staaten Europas auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und Selbstbestimmung ausgesprochen. Diese Vision eines geeinten und demokratischen Europa scheint – trotz mancher Rückschläge und Enttäuschungen, die noch vor uns liegen mögen – greifbarer und realistischer denn je.

Österreich hat sich seit der Erreichung seiner vollen Unabhängigkeit – über Jahrzehnte einer ideologischen und politischen Teilung Europas hinweg – immer als ein Staat mit europäischer Funktion begriffen. Das darf mit dem Ende der Teilung nicht aufhören. Österreichs europäische Rolle entfaltet sich heute nur in anderen Rahmenbedingungen, sieht sich neu gestellten Aufgaben gegenüber und gewinnt größere Dimensionen. Das Bekenntnis zu Österreich wird in diesem entstehenden gemeinsamen Europa keineswegs gegenstandslos. Wenn dieses neue Europa Sinn und Bestand haben soll, dann muß es ein Europa der »Vielfalt«, ein Europa der verschiedenartigen Vaterländer und Regionen sein. Ohne das aktive Engagement der politischen Parteien wird dieses Ziel aber kaum erreichbar sein. Darin sehe ich für die politischen Parteien eine der großen Herausforderungen der Zukunft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Von Hans Kelsen, dem Vater unserer Verfassung, stammt das Wort, die Demokratie müsse »notwendigerweise und unvermeidlich ein Parteienstaat« sein. Der Bestand von mehreren, sich voneinander in grundsätzlichen Fragen unterscheidenden und auch voneinander unabhängigen politischen Parteien ist also eine unverzichtbare Notwendigkeit für das Wohl Österreichs und seiner Bürger. In diesem Sinne entbiete ich der Freiheitlichen Partei Österreichs zu ihrem 35jährigen Bestandsjubiläum meine aufrichtigen Glückwünsche.

INTERNATIONALISMUS EIN GEBOT DER STUNDE

Liberales Gedanken zum Zustand der Welt,
von Urs Schoettli, Geschäftsführender Vizepräsident
der Liberalen Internationale (Madrid)

Es gehört zu den Standardformeln jeder anständigen politischen Rede, die Interdependenz der Welt zu beschwören. Mehr denn je ist es heute zutreffend, auf die grenzüberschreitenden Probleme und Herausforderungen einzugehen, die alle Menschen, wo immer sie leben, betreffen. Wie alle anderen politischen Familien ist auch die weltweite Gemeinschaft der Liberalen aufgerufen, sich schwergewichtig mit internationalen Fragen zu befassen. Innenpolitik läßt sich heute beim besten Willen nicht mehr exklusiv hinter nationalen Grenzwällen betreiben.

Internationale Herausforderungen wie die Einigung Europas, der Aufbruch Ost- und Zentraleuropas, die Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern, die Weltwirtschaft und globale Umweltkrisen scheinen auf den ersten Blick parteipolitisch wertneutral zu sein. Die Frage stellt sich, ob es einen spezifisch liberalen Weg geben kann, ja geben muß, auf dem diese Probleme anzugehen sind. Nachstehend sollen dazu einige Gedanken formuliert werden.

Die europäische Einigung

Der Krieg am Persischen Golf hat die These jener, die nach dem Zusammenbruch des Ostblocks die Geschichte an ihrem Ende wählten, gründlich über den Haufen geworfen. Solange es Menschen gibt, wird es Geschichte geben. Eine andere Frage ist es, ob diese Menschen sich auch der Geschichte bewußt sind. Die Notwendigkeit, die Geschichte stets im politischen Bewußtsein zu halten, ist von ganz besonderer Bedeutung für den Prozeß der europäischen Einigung.

Das 20. Jahrhundert, das demnächst zu Ende geht, war in ganz außergewöhnlichem Maße ein Jahrhundert der europäischen Selbstzerstörung. Zwei Weltkriege und der kalte Krieg haben unserem Kontinent und seinen Völkern unbeschreibliches Leid zugefügt. Daß wir dennoch dieses haß- und zerstörungsträchtige Jahrhundert in einer Stimmung der Zuversicht zu Ende führen können, liegt am großen Werk der durch die westeuropäische Einigung zustande gebrachten Versöhnung zwischen den Völkern. Viele möchten die Europäische Gemeinschaft auf die Rolle einer

Freihandelszone, eines Wirtschaftsclubs reduziert sehen. Dies ist und kann nicht die Position der Liberalen sein. Für sie war der Prozeß der europäischen Einigung von Anfang an schwergewichtig politisch, aufbauend auf der historischen Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland. Als es um die Frage der Integration Portugals, Spaniens und Griechenlands nach dem Fall der dortigen Diktaturen ging, haben sich die Liberalen entschlossen hinter die Süderweiterung der EG gestellt. Die Entwicklung hat ihnen recht gegeben. Die Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft hat in Spanien, Portugal und Griechenland die Demokratie entscheidend gestärkt. Es ist vor diesem Hintergrund nur folgerichtig, daß nach dem Fall der kommunistischen Diktaturen in Ost- und Zentraleuropa die Liberalen auch an vorderster Front für die Osterweiterung der Europäischen Gemeinschaft kämpfen. Die Menschen in Ost- und Zentraleuropa müssen in dieser schwierigen Zeit des Umbruchs eine klare Zusicherung dafür haben, daß ihr Platz in einem vereinigten Europa sein wird.

Der Aufbruch in Ost- und Zentraleuropa

1989, zweihundert Jahre nach der Erklärung der Menschenrechte am Ausgang der Französischen Revolution, ist das Jahr des Triumphes für den modernen Liberalismus. Scheinbar unüberwindliche Bastionen des Totalitarismus sind gefallen, der eiserne Vorhang, der Europas Kulturen, Europas Menschen und Europas Wirtschaft über vier Jahrzehnte hinweg in barbarischer Weise zerteilt hat, ist gefallen.

Nach marxistischer Auslegung verläuft die Geschichte in eindimensionaler Richtung, vom Feudalismus über den Liberalismus und die Sozialdemokratie schließlich zum Kommunismus. Liberale haben diese dogmatische Weltsicht stets abgelehnt und den Geschichtsverlauf als einen Prozeß betrachtet, der in keinen prädestinierten Bahnen verläuft, sondern von einem steten Wechsel der Dinge geprägt wird. Doch die Verhältnisse im realen Sozialismus waren, wie wir nun nach dem Fall der Mauer erkennen, noch viel schlimmer, als dies selbst scharfe Kommunismuskritiker im Westen anzutönen wagten.

In Tat und Wahrheit war der reale Sozialismus, der seit dem Ende des zweiten Weltkriegs Ost- und Zentraleuropa und seit 1917 die Sowjetunion gefangen hielt, eine direkte Fortsetzung des Feudalismus, also ein Rückschritt hinter die Errungenschaften des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus. An die Stelle der Allmacht der Feudalherren war die Allmacht der Bürokraten, an die Stelle der fürstlichen Autokratie die Nomenklatura getreten.

Der Liberalismus läßt sich seinem Wesen gemäß mit vielen Inhalten füllen. Es gibt keinen Modell-Liberalismus, keine liberale Modellpartei, wie dies beim Kommunismus der Fall ist. Eines

steht indessen fest: Zur unaufgebbaren Grundlage des Liberalismus gehören die Prinzipien der Gewaltenteilung und der Machtkontrolle. Der Liberale ist sich bewußt, daß jeder, der in einem Staatswesen Macht unkontrolliert ausüben kann, diese mißbraucht. Neben dem Nationalsozialismus und rechtslastigen Diktaturen liefert der kommunistische Totalitarismus im 20. Jahrhundert dafür die eindrucksvollsten Beispiele.

Im Zentrum des liberalen Engagements in den jungen Demokratien Ost- und Zentraleuropas muß deshalb der Kampf für die Institutionalisierung der Gewaltenteilung und der Machtkontrolle stehen. Dieser Kampf kann seiner Natur nach nie beendet sein. Seine wichtigsten Instrumente sind der Rechtsstaat, die konsequente Machtteilung zwischen Exekutive, Legislative und Rechtssprechung, die Presse- und Meinungsäußerungsfreiheit, der Föderalismus und der stete Ausbau einer »civic society«, einer im eigentlichen Sinne bürgerlichen Gesellschaft.

Industriestaaten und Entwicklungsländer

Die Erkenntnis, daß eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der industrialisierten Welt und den Entwicklungsländern eine unverzichtbare Voraussetzung für den zwischenstaatlichen und interkulturellen Frieden ist, wird kaum noch bestritten. Viele meinen jedoch, diesem Bedürfnis sei durch Kredite und technische Entwicklungshilfe Rechnung getragen. Die in der Tat wenig erfreuliche Bilanz von mehreren Jahrzehnten Entwicklungszusammenarbeit beweist indessen das Gegenteil.

Die meisten Länder der sogenannten »Dritten Welt« haben vor drei oder mehr Jahrzehnten die Unabhängigkeit errungen. Während es in der ersten Zeit durchaus angehen konnte, die herrschenden Mißstände schwergewichtig dem Erbe des Kolonialismus zuzuschreiben, kann dieses Argument inzwischen nicht mehr so ganz überzeugen. Der desolate Zustand, in dem sich heute eine Mehrheit der Entwicklungsländer befindet, ist vor allem eine Folge inkompetenter, korrupter und selbstsüchtiger Eliten in diesen Ländern.

Geschickt den Ost-West-Konflikt ausnützend und sich mit allerlei progressiven Versatzstücken wie »Blockfreiheit« und Sozialismus schmückend, haben es die Eliten vieler Entwicklungsländer verstanden, eine Politik der Selbstbereicherung zu betreiben, die das, was die Kolonialherren als Ausbeutung betrieben, häufig um ein Vielfaches übertrifft. Zu denken ist nicht nur an die Milliarden Guthaben von Drittwelt-Despoten bei ausländischen Banken, sondern auch an die Verwendung knapper Mittel für nutzlose Prestigeprojekte, nationale Fluggesellschaften, großartige Flughafen- und Konferenzgebäude, aufwendige Diplomatie etc. Während sich die in der letzten Pariser Mode gekleideten Delegationschefs

der Entwicklungsländer im UNO-Glaspalast in New York mit Angriffen gegen den »westlichen Imperialismus« zu übertreffen suchen, fällt unter den Tisch, daß in Wahrheit die Abwesenheit von Demokratie in der »Dritten Welt« die Hauptursache für die sich vertiefende Misere ist. Auch in den westlichen Industriestaaten haben viele Gutgläubige in Kirchen, Redaktionsstuben und Hörsälen diesen Eiertanz um die wahren Verantwortlichkeiten mitgemacht.

Marxisten und Rechtsdiktaturen in der »Dritten Welt« pflegen die Abwesenheit von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit damit zu rechtfertigen, daß für Menschen, die in extremer Armut zu leben gezwungen sind, die Demokratie ein Luxus sei. Hinter dieser Haltung verbirgt sich die Doppelmoral, derzufolge es bei den Menschen- und Bürgerrechten zwei verschiedene Maßstäbe gibt, einen für die glücklicheren Bürger der Industriestaaten, einen anderen für die Bewohner der Entwicklungsländer.

Aus liberaler Sicht ist diese Haltung inakzeptabel. Zum einen wird hier übersehen, daß auch in den heutigen Industriestaaten die Hinwendung zur Demokratie dem wirtschaftlichen Aufschwung lange vorausging. Die USA waren zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung im vollen Sinne des Wortes ein Entwicklungsland, und der moderne Schweizerische Bundesstaat wurde 1848 gegründet, als die Mehrheit der Bevölkerung in großer Armut lebte. Zum zweiten werden jene, welche die Entwicklungsländer als für die Demokratie nicht reif betrachten, durch die Entwicklungen in der »Dritten Welt« selbst widerlegt.

Ein schlagendes Beispiel dafür ist die Presse- und Meinungsäußerungsfreiheit. Im Verlaufe des »großen Sprungs nach vorne« sind in der Volksrepublik China schätzungsweise 20 Millionen Menschen verhungert, ohne daß die Welt etwas davon erfuhr. Auch in Indien gab es insbesondere in den sechziger und siebziger Jahren Hungersnöte, doch war jeweils schon bei den ersten Opfern die nationale Presse mobilisiert, und wurde auf die Politiker und Bürokraten Druck ausgeübt, die Mißstände zu beheben. Tatsache ist, daß seit dem Ende des zweiten Weltkriegs in Indien viel weniger Menschen des Hungers gestorben sind als in China, obschon das chinesische »Modell« versprochen hatte, die Armut zu beseitigen. Was als Erbe des Maoismus bleibt, ist, daß er bei der Zerstörung der Freiheit, nicht jedoch beim Schaffen von Wohlstand erfolgreich war. Noch steht der Beweis aus, daß beispielsweise durch die Beseitigung der Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit auch nur ein zusätzlicher Sack Reis produziert wird – vielmehr scheint das Gegenteil der Fall zu sein, Sklaverei konsolidiert ökonomische Rückständigkeit. Daraus folgt als Grundprinzip für eine liberale Entwicklungspolitik, daß politische und wirtschaftliche Entwicklung in gleichem Maße zu fördern sind.

Entwicklungsprojekte sind so auszugestalten, daß sie der Förderung von Rechtsstaatlichkeit und der Heranbildung von politisch verantwortlichen Eliten dienen. Und bei Handelspräferenzen und zinsgünstigen Krediten sollten die Industriestaaten eine deutliche Bevorzugung der Demokratien oder der sich un-
zweideutig auf dem Weg in die Demokratie befindlichen Länder in der »Dritten Welt« manifest werden lassen. Es muß sich auch in der »Dritten Welt« wirtschaftlich auszahlen, demokratische Rechtsstaatlichkeit zu verwirklichen und Menschen- und Bürgerrechte zu respektieren.

Weltwirtschaft

Noch stärker ausgeprägt als die politische Interdependenz ist die ökonomische Interdependenz der modernen Welt. Kein Land kann in der Isolation existieren, und für eine rasch wachsende Mehrheit der Menschen hat ein funktionierendes Welthandels- und Weltwirtschaftssystem einen direkten Einfluß auf den persönlichen Lebensstandard. Das Zusammenwachsen der verschiedenen Wirtschaftsregionen der Welt wird aber auch daraus ersichtlich, daß es heute keine Inseln des Wohlstands mehr geben kann. Die modernen Massenkommunikations- und -verkehrsmittel ermöglichen Bevölkerungsverschiebungen von präzedenzlosen Ausmaßen, durch welche die politische und soziale Stabilität insbesondere der Nachbarländer direkt bedroht werden, man denke an die »Boat People« in Indochina oder an die Auswanderung aus der Sowjetunion, Rumänien und anderen ehemaligen Ostblockländern Richtung Westen.

In den siebziger und achtziger Jahren war auf internationalen Foren die Forderung nach einer »neuen Weltwirtschaftsordnung« allgegenwärtig. Vom liberalen Standpunkt aus war dieses von sozialistischer Staatsgläubigkeit getragene Vorhaben von vornherein zum Scheitern verurteilt. Staatsinterventionismus und zentralistische Planung, die, wie das Erbe des Kommunismus in Ost- und Zentraleuropa beweist, auf nationaler Ebene kläglich versagt haben, können noch viel weniger im internationalen Rahmen Erfolge zeitigen. Regionale Zusammenschlüsse wie die Europäische Gemeinschaft oder die südostasiatische ASEAN tragen entscheidend zur politischen und wirtschaftlichen Stabilität der beteiligten Länder bei und helfen, den Frieden zu sichern. Ähnliche Bemühungen wie der zentralamerikanische Markt, der Gulf Cooperation Council, die südasiatische Organisation für regionale Zusammenarbeit SAARC und die Kollaboration zwischen den Maghreb-Staaten verdienen Unterstützung. Wichtig ist indessen, daß solche Zusammenschlüsse nicht zu neuen Handelshemmnissen in der Form von Zöllen oder Staatssubventionen führen, wie dies derzeit bei der Agrarpolitik der EG besonders augenfällig ist.

Ein optimal freier Welthandel muß das Hauptziel jeden liberalen Beitrags zur Weltwirtschaft sein. Handelsrestriktionen ziehen den Wohlstand aller Menschen in Mitleidenschaft, gerade auch jener, die sich durch Handelshemmnisse zu schützen suchen. In einzelnen Fällen mag es länger dauern, bis die Negativfolgen von Handelsbeschränkungen voll durchschlagen, zu vermeiden sind sie in keinem Fall. Der möglichst ungehinderte Austausch von Gütern und Wettbewerb bei Dienstleistungen sowie der freie Kapitalverkehr sind die Grundlagen einer allgemeinen Wohlstandsvermehrung. Davon profitieren nicht nur die reichen Nationen, sondern auch die Entwicklungsländer. Dort haben in den letzten Jahren führende Ökonomen das Schlagwort der »self-sufficiency« (Selbstversorgung) durch den Slogan »trade not aid« (Handel statt Entwicklungshilfe) ersetzt. In der Tat wäre vielen Entwicklungsländer durch eine konsequente Handelsliberalisierung seitens der Industrienationen mehr geholfen als durch vielfach in ökonomisch zweifelhaften Prestigeprojekten sich erschöpfende Entwicklungshilfe.

Globale Umweltkrisen

Wenn es noch der Argumente bedürfte, die Notwendigkeit des Engagements in internationaler Politik zu erklären, so ließen sie sich wohl am eindrucklichsten aus dem ökologischen Bereich gewinnen. Umweltzerstörung macht weder vor nationalen noch gar kontinentalen Grenzen halt. Die rücksichtslose Abholzung von tropischen Regenwäldern, die Zerstörung von Agrarland durch Übernutzung, die Verschmutzung von Meeren und Flüssen, der Bau unsicherer Kernkraftwerke, die Vernichtung der Ozonschicht und die zu saurem Regen führende Luftverschmutzung betreffen uns alle in mehr oder minder direkter Form.

Nicht nur Wohlstand, auch extreme Armut gefährdet und zerstört die Umwelt. In vielen Drittweltländern ist die rapide Zerstörung der Pflanzendecke eine Folge der Überbevölkerung und der unablässig wachsenden Masse der auf oder unter der Armutsgrenze Dahinvegetierenden. Auch die »grüne Revolution«, die in vielen Teilen Asiens für beträchtliche Produktionssteigerungen gesorgt und dadurch Massenhungernöte weitgehend überwunden hat, trägt zum stets nachteiliger werdenden Verhältnis zwischen Mensch und Natur bei. Böden werden um kurzfristiger Profitmaximierung willen sowie durch unsachgemäße Behandlung ausgelaugt, Grundwasserspiegel durch exzessive Wasserentnahme abgesenkt, und der Druck auf knapper werdende Ressourcen wird durch wachsende Populationen verstärkt.

Auf der anderen Seite ist der Tatsache Rechnung zu tragen, daß, gerade wenn es um Umweltbelastung geht, das Gesetz der großen Zahl durchaus nicht nur die »Dritte Welt« betrifft. Der

Durchschnittseuropäer, der Durchschnittsösterreicher, verbraucht rund sechzigmal mehr Rohstoffe und Energie als der Durchschnittsindier, mit anderen Worten, Österreich hat mit Bezug auf Energie- und Rohstoffverbrauch eine Bevölkerung, die rund 550 Millionen Indern entspricht, bei einer Landfläche, die kaum drei Prozent des Territoriums der Indischen Union ausmacht! Die Frage, welches Land übervölkert ist, sieht, wenn man den Parameter des Energie- und Rohstoffverbrauchs bezieht, plötzlich nicht mehr so eindeutig aus.

Offensichtlich kann Österreich wie die anderen Industriestaaten seinen hohen Lebensstandard nur durch die massive Einfuhr von Energie und Rohstoffen aufrecht erhalten. Und dies führt zur zentralen Problematik der Nord-Süd-Beziehungen, die in wachsendem Maß auch in die Umweltdebatte einfließt. Es ist offensichtlich, daß die Erde einen Rohstoff- und Energieverbrauch ihrer gesamten Bevölkerung auf dem derzeitigen Niveau der Industriestaaten nicht lange verkraften könnte. Andererseits ist es politisch und schon gar vom liberalen Standpunkt aus nicht möglich, zu verfügen, daß die große Mehrheit der Menschen auf alle Zeiten hinaus ihren Lebensstandard auf einem vorindustriellen Niveau einfriert, während eine kleine Minderheit eine immer energie- und rohstoffintensivere Lebenshaltung führt. Auch vor dem Hintergrund, daß die Erde erst seit wenigen Generationen – in ihrer Evolution ein verschwindend kleiner Augenblick – eine Gesamtbevölkerung von mehr als einer Milliarde Menschen und darunter hunderte von Millionen mit einem präzedenzlosen Konsumniveau beherbergt, drängt sich die Frage der ökologischen Verträglichkeit immer stärker ins Zentrum der machtpolitischen Auseinandersetzungen.

Denn daran kann kein Zweifel herrschen: Das Überleben unseres Planeten ist ein elementarer Bestandteil des globalen Verteilungskampfes, der bereits im Gange ist und bei wachsender Übervölkerung an Intensität zunehmen wird. Ein aufschlußreicher Fingerzeig auf das, was zu erwarten steht, ist die Auseinandersetzung um die Verwendung von Gasen, welche die Ozonschicht zerstören. China und Indien mit ihren Konsumentenheeren, bei denen bereits ein Zuwachs von bloß ein Prozent numerisch der Gesamtbevölkerung Österreichs entspricht, wollen sich beispielsweise bei der Massenproduktion von Kühlschränken unter Verwendung von ozongefährdenden Substanzen nicht einschränken lassen. Ihre Argumentation: Es waren die Industriestaaten, welche die bisher gravierendsten Ozonzerstörungen bewirkt haben; es kann nicht an Indien und China liegen, für deren Fehler zur Rechenschaft gezogen zu werden und genau zu dem Zeitpunkt, da eine breite Mittelschicht sich endlich einen Kühlschrank leisten kann, zu Produktionsverfahren verpflichtet zu werden, die eben

dieses Konsumgut preislich wieder auch der Verfügbarkeit der großen Massen entfernen.

Die Zeiten, da sich der Bürger in Goethes Faust nicht um das, was in der fernen Türkei geschah, zu kümmern brauchte, sind längst vorbei. Heute ist die Auseinandersetzung mit den internationalen Dimensionen der politischen und ökonomischen Probleme, die im nationalstaatlichen Raum anstehen, Bürgerpflicht, sei es aus Idealismus und Solidarität, sei es aus Pragmatismus und Selbsterhaltungstrieb. Kommunismus und Sozialismus haben den Internationalismus traditionell als Instrument des Klassenkampfes gesehen. Der Liberalismus steht demgegenüber zu einem Internationalismus, der in einer ohnehin konflikträchtigen Welt die Friktionen nicht steigert, sondern auf der Basis von Vernunft, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit eine Weltordnung schafft, die, so das Minimalziel, unseren Planeten auch für künftige Generationen bewohnbar erhält.

ÖSTERREICH IN DEN VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA

von Fritz Fliszar, geschäftsführendes Mitglied des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Europa hat durch die von vielen unverhoffte Auflösung des Eisernen Vorhangs und die fortschreitende Demokratisierung und Liberalisierung des östlichen Mitteleuropas immense Impulse bekommen. An der Schwelle des Übergangs zum gemeinsamen Binnenmarkt drängen ehemalige COMECON- und Warschauer Pakt-Staaten um eine Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft. Die westeuropäische Vision der Vereinigten Staaten von Europa dehnt sich auf den Osten aus.

Das Drängen unserer östlichen Nachbarn ist verständlich. Sie wollen sich wieder der europäischen Geschichte, europäischer Tradition anschließen, von denen sie künstlich abgekappt waren. Sie wollen zu Recht nicht nur an unserer Freiheit, sondern auch an unserem Wohlstand teilhaben. Die Europäische Gemeinschaft kann diese Staaten am wirksamsten unterstützen. Die *European Bank for Reconstruction and Development* in London, die in Kürze ihre Arbeit mit einem Grundkapital von 10 Milliarden Ecu aufnehmen wird, stellt nur Teil des Möglichen und des Notwendigen dar. Größte Anstrengung ist notwendig. Ressourcen müssen im großen Umfang zur Verfügung gestellt werden – eine Herausforderung für die Europäische Gemeinschaft. In diesem Augenblick, in einer Zeit verstärkter Anstrengungen zur inneren Integration und äußerer Herausforderung, möchten weitere europäische Staaten, die traditionell dem Westen zuzuordnen sind, der Europäischen Gemeinschaft beitreten, darunter auch Österreich.

Dabei kann man m. E. zu Recht fragen, warum man sich nicht früher darum gekümmert hat? Diese Frage ist aber an die österreichischen Proporzparteien zu richten. Die FPÖ hingegen war in Österreich die erste Partei, die das Ziel der Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft als logische Folge ihres Bekenntnisses zur Europäischen Einigung aufgenommen hat. Es handelt sich hier nicht um ein verspätetes Bekenntnis, wie bei den beiden Proporzparteien, ein Bekenntnis zu einem Zeitpunkt, als jedem denkenden politischen Menschen klar war, daß das Nachkriegseuropa nicht das Europa der ersten vierzig Nachkriegsjahre sein würde. Die FPÖ hat sich *nicht* erst dann opportunistisch gewendet, als zweifelsfrei klar war, daß man nicht nur auf das falsche Pferd gesetzt hat, sondern daß dieses Pferd ein Phantom war. In den späten achtziger Jahren hatte die österreichische Regierung noch keine klaren europapolitischen Vorstellungen, außer daß – wie ÖVP-Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock noch Oktober 1987 betonte – eine EG-Vollmitgliedschaft für Österreich nicht aktuell sei.

Stattdessen wurde noch damals »Mitteleuropa« als eine mögliche, wenn auch schwammige Alternative diskutiert. Die Mitteleuropadiskussion, wie sie von einigen prominenten österreichischen Politikern und Publizisten, u. a. dem ehemaligen

ÖVP-Vizebürgermeister von Wien, Erhard Busek, geprägt wurde, und an der sich die FPÖ aus gutem Grund wenig beteiligt hat, wirft ein Schlaglicht auf die isolierte Gedankenwelt eines einflußreichen Teils des Establishments. Ziel war, irgendwie ein Mitteleuropa zu rekonstruieren, das kein Land des damaligen Westens, kein Land diesseits des eisernen Vorhangs außer Österreich umfassen sollte. Dies war Folge einer Mischung aus Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse – im Osten dachte man nicht spezifisch an Österreich, sondern allgemein an Freiheit und Wohlstand –, Mißachtung harter wirtschaftlicher Realitäten und Habsburg-Nostalgie, dem Wunsch nach verlorener Größe. Wie Lothar Höbelt 1987 in diesem Zusammenhang treffend in der Zeitschrift *Freie Argumente* formulierte, »Österreich auf breiter Front in den Dienst des Austausches zwischen den beiden getrennten Teilen Europas zu stellen ... wird nur möglich sein, wenn wir unsere Bindungen nach beiden Seiten intensivieren. Auch für unsere Partner im Osten haben ihre Beziehungen zu uns umso mehr Wert, wenn wir auch im anderen Teil Europas fest verankert sind. Was man von uns erwartet ist eine Beförderung der Annäherung, nicht Neutralismus«. Heute, nach dem Kollaps des Kommunismus und dem Streben unserer unmittelbaren östlichen Nachbarn nach einer EG-Mitgliedschaft, ist diese Beobachtung aktueller denn je.

Das Bekenntnis zu Europa, einer Zukunft im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses, geht in die Frühgeschichte der FPÖ zurück. Diese Zukunft sollte von Österreich, so die Vorstellung der FPÖ, mitgestaltet werden. Diese Mitgestaltung durch Österreich, so muß man leider sagen, findet auch heute noch nicht statt. In den späten fünfziger Jahren, schon bei ihrer Gründung, war die FPÖ *die österreichische Europapartei*. SPÖ und ÖVP hingegen sahen im europäischen Einigungsprozeß eine Gefahr für die Neutralität; die EWG wurde von vielen Sozialisten mit der NATO gleichgesetzt; von der ÖVP als Gefahr für die Bauern gesehen. Einige einflußreiche Persönlichkeiten, darunter auch der damalige Bundeskanzler Julius Raab, der zunächst nicht einmal den Beitritt Österreichs zum Europarat zulassen wollte, sahen in einer Mitgliedschaft sogar die Gefahr des Verlusts der Chancen im Osthandel. Welche Chancen, verglichen mit denen im Westen, möchte man fragen?

Die Entscheidung der FPÖ für Europa war eine Mischung aus *Realitätssinn und Vision*. Die Europaidee war für die FPÖ nie ein bloßer Ausdruck wirtschaftlichen Pragmatismus, obwohl auch ein solcher Pragmatismus Österreich eher gedient als geschadet hätte. Die Erkenntnis, die heute noch gilt, ist, daß die wichtigsten Partner Österreichs in seiner westlichen Nachbarschaft liegen. Nur auf dieser Grundlage *wird Österreich für seine östlichen Nachbarn wichtig*. Aber es lag eben auch eine Vision zugrunde, die der Verei-

nigung Europas gut täte – die eines dezentralen Gebildes, eines liberalen Gebildes freiheitlicher und freier Staaten. Und noch mehr: die eines Netzwerks autonomer, organischer und traditionsbewußter Regionen.

Im Gegensatz zu den diffusen außenpolitischen Vorstellungen der Proporzparteien, die an handfesten innenpolitischen und vor allem materiellen Interessen geknüpft waren, hatte die FPÖ eine Konzeption, die durch ihre Klarheit hervorstach. Stets war für sie die Europapolitik *erste Priorität der Außenpolitik*. Wie LAbg. Horst Schender 1982 in einem Interview der Zeitschrift *Freie Argumente* antwortete: *»...auf Westeuropa, sind in unmittelbarer Zukunft auch die Chancen für ein vereinigtes Europa beschränkt. Der Weg dahin führt über die europäische Gemeinschaft ... Europapolitik ist für uns das Zentralthema der Außenpolitik schlechthin. Wobei wir die EG als ersten, wesentlichen und konkreten Schritt zum vereinten Europa sehen ... Die EFTA war für uns von Anfang an eine Totgeburt«*. Die Teilhabe an Europa und seiner Mitgestaltung bedeutete die *Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft*.

Diese Mitgliedschaft wurde verstanden als Mitgliedschaft in einer Wertegemeinschaft westlicher Staaten, die im Gegensatz zum Osten, ihre Freiheit aufrechterhielten und verteidigten, d. h. die Mitgliedschaft bedeutete nicht nur Teilhabe an den wirtschaftlichen Vorzügen einer Mitgliedschaft. Wie Abg. Dr. Friedhelm Frischenschlager kürzlich sagte: *»...nicht nur aus wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen treten wir für ein geeintes Europa ein, sondern auch, weil dieses Europa den politischen Überlebensgaranten der Freiheit darstellt...«*.

Die wirtschaftsrechtlichen Konsequenzen der Mitgliedschaft würden aber zudem auch die Zerstörung des durch das österreichische Proporzsystem verursachten volkswirtschaftlichen Schlendrians bedeuten, von dem so viele rote und schwarze Politiker profitieren. Sicher ist dies mit ein Grund für ihr europapolitisches Zögern.

Auch dieser Aspekt ist für die FPÖ wichtig, wie sie in ihrer EG-Broschüre *Österreich und die EG* 1989 argumentiert:

»Wir Freiheitlichen erwarten, daß ein Beitritt zu der EG das gesamte österreichische System zur Öffnung und zu weitreichenden Reformen zwingt. Dabei geht es um die Bedeutung von Wettbewerb, Markt und Demokratie. Durch die Eingriffe von roten und schwarzen Interessengruppen ist in Österreich der wirtschaftliche Wettbewerb immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden. Unser Staat verfügt nicht nur über ein Glücksspiel- und ein Salzmonopol, sondern leistet sich auch bei Branntwein und Tabak Monopole. Es gibt ein Zucker-, wie ein Zementkartell. Unter Genossenschaftsverbänden, am Treibstoffmarkt oder in der Versicherungswirtschaft wird Wettbewerb weithin ausgespart. Die rotschwarze Bundesregierung verteidigt das

Fernmeldemonopol und schützt die verstaatlichte Industrie gegen unliebsame Konkurrenz. Dieses System wirkt sich zum Nachteil der Konsumenten aus, welche für die Leistungen der jeweiligen Wirtschaftsbereiche internationale Höchstpreise bezahlen müssen. Der durch einen EG-Beitritt erzwungene Wettbewerb würde erhebliche Preisnachlässe herbeiführen«.

Von den Proporzparteien wurde der Neutralitätsvorbehalt als Grund gegen den Beitritt vorgegeben, ohne daß die österreichische Neutralität im Hinblick auf eine Mitgliedschaft weder von Seiten des österreichischen Staates noch von der Europäischen Gemeinschaft ernstlich geprüft und Gegenstand von Verhandlungen wurde, wie 1988 der damalige Dritte Präsident des Nationalrates, Gerulf Stix, betonte. Nur durch Verhandlungen wird die Substanz, um die es hier geht, zu erkennen sein. Hier ist die Frage auch angebracht, was Neutralität bedeutet, wenn sogar namhafte Politiker in Ländern des östlichen Mitteleuropas darüber nachsinnen, ob sie nicht eine NATO-Mitgliedschaft anstreben sollten, oder wenn solche Länder Mitgliedsanträge an die EG stellen, ohne Neutralitätsvorbehalt?

Sehen wir uns die wichtigsten Meilensteine der Europapolitik der FPÖ an:

Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre kritisierte die FPÖ im Nationalrat aufs Heftigste den Beitritt Österreichs zur Europäischen Freihandelszone, die der damalige Klubobmann Dr. Willfried Gredler als kurzichtig und für Österreich schädlich betrachtete. Schon damals war die EG wichtigster Handelspartner Österreichs und die EFTA nicht mehr als ein kleiner zusätzlicher Markt. Noch wichtiger, und auch hier hatte Gredler aus heutiger Sicht Recht behalten, war die innere wirtschaftliche Dynamik, die der EG innewohnte. Ende 1959 stellte die FPÖ einen Antrag im Nationalrat auf Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft; im nächsten Jahr auf Kündigung des Übereinkommens zur Errichtung der EFTA für den Fall, daß es »nicht gelingen sollte, den Brückenschlag in Form vertragsmäßiger Beziehungen der EFTA zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) herzustellen«. 1961 forderte die FPÖ wieder, da es diesbezüglich weiterhin keine Fortschritte gab, die Kündigung der Mitgliedschaft in der EFTA. Heute werden über Zweidrittel des österreichischen Außenhandels mit der EG abgewickelt, nur knapp 10 Prozent mit Ländern der EFTA, deren wichtigstes Mitglied Großbritannien schon frühzeitig die Konsequenzen zog und dieser Assoziierung zugunsten der EG den Rücken kehrte. Die EG ist überragender Handelspartner geblieben, diese Position ist sogar ausgebaut worden, Österreich hat in der EG jedoch keine Mitsprache.

Die FPÖ hat sich nie von dieser Position losgelöst. Wie Friedhelm Frischenschlager vor nicht zu langer Zeit betonte,

bleibt die FPÖ – »die einzige Partei, die sich seit 1959 für einen Beitritt Österreichs zur EG eindeutig ausgesprochen hat und unentwegt dafür eingetreten ist«. Auch in diesem Zusammenhang ist der am 27. November 1987 von der FPÖ eingebrachten Entschließungsantrag im Nationalrat zu sehen, »...zum frühestmöglichen Zeitpunkt Verhandlungen mit der EG mit dem Ziel des Beitritts Österreichs aufzunehmen«.

In alter FPÖ-Tradition ist ebenfalls die heutige Position der Partei im Hinblick auf eine EG-Mitgliedschaft zu betrachten, wenn Bundesparteiobmann Dr. Jörg Haider seine Haltung hinsichtlich eines österreichischen Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) so begründet: Die kollektiven Verhandlungen zwischen EFTA und EG würden die *direkten Beitrittsverhandlungen Österreichs verzögern. Die EG gewinne Zeit, da mögliche Beitrittskandidaten in den Vorraum des EWR verbannt werden können.* Man müsse sich auch bewußt sein, daß es maßgebliche Kräfte im Bereich der österreichischen Sozialpartnerschaft und Monopole gäbe, die ein massives Interesse am EWR hätten, um einen Vollbeitritt zur EG möglichst lange zu verhindern, um sich ihre geschützten Machtbereiche erhalten zu können. Nach heutigem Stand gäbe es keine Steuerharmonisierung, keine Abschaffung der Monopole und Kartelle und keinen freien Warenverkehr, d. h. daß die zentralen Punkte für Österreichs Teilnahme am Binnenmarkt nicht erfüllt seien, dafür aber die Verpflichtung, zukünftig alle EG-Gesetze zur Anwendung zu bringen, ohne die geringste Möglichkeit zur Mitgestaltung zu haben, so der FPÖ-Bundesparteiobmann. *Der FPÖ geht es um die Vollmitgliedschaft und nicht um weitere halbherzige Zwischenlösungen.* Wie auch Frischenschlager kürzlich betonte: »Die FPÖ sieht keine andere Möglichkeit, am EG-Binnenmarkt teilzunehmen, als durch eine Vollmitgliedschaft«.

Die diesbezügliche politische Praxis der FPÖ war programmatisch untermauert – auch schon vor 35 Jahren. Das *konkrete* Europabekennnis war, wie wir sehen werden, immer Teil des Freiheitsbekenntnisses und von ihm unzertrennbar. Und Freiheit war das Bekenntnis des Westens und der FPÖ zum Westen. Sie war für die FPÖ außenpolitischer Leitwert. Im ersten Programm trat die FPÖ bereits für einen »engen Zusammenschluß der freien Völker und Staaten Europas auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und Selbstbestimmung« ein. Im Salzburger Bekenntnis 1964 gewinnt dieses Bild scharfe Konturen. Im Zuge der Auseinandersetzungen über die österreichische Außenpolitik war für die Freiheitlichen klar, daß dieser Zusammenschluß durch die damalige EWG repräsentiert war: »Im Zusammenwirken von nationalem und europäischem Denken erkennt die Freiheitliche Partei Österreichs die beste Garantie für ein Europa, das in seiner *kraftvollen*

Vielfalt zum sicheren Hort seiner Völker wird. Wir sehen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft den wirkungsvollsten Ansatz zu einer solchen Entwicklung und treten daher nicht nur aus wirtschaftlichen Erwägungen für die Teilnahme Österreichs an der EWG ein«. Im Ischler Parteiprogramm aus dem Jahre 1968 wird das Ziel der FPÖ-Europapolitik als »die Schaffung eines Europäischen Bundesstaates *unter Wahrung der Eigenart seiner Völker*« definiert. »Dieses Ziel ist durch eine gesamteuropäische Wirtschafts-, Währungs-, Sozial- und Wissenschaftspolitik sowie durch den Aufbau eines gemeinsamen Sicherheitssystems im Rahmen einer selbstständigen europäischen Außenpolitik zu verwirklichen. In der ersten Stufe dieser Politik sind die Teilnahme Österreichs an der EWG und anderen europäischen Gemeinschaften und die Ratifizierung der europäischen Konventionen unerlässlich«. In seiner Entschließung zur Europapolitik aus dem Jahre 1972 wird die Verbindung Freiheit und Europaidee auf die Formel gebracht: »Die europäische Idee ist schlechthin mit jener der Freiheit gleichzusetzen«.

In dieser Entschließung wird auch explizit die Neutralität Österreichs der Freiheit untergeordnet: »Wir bekennen uns zu einem selbstständigen und vereinten Europa nicht im Sinne eines wehrlosen Neutralismus zwischen West und Ost, sondern als eine selbstständige Kraft, die der Freiheit, dem Frieden und der Völkerverständigung aus geschichtlichem Herkommen und geistiger Haltung verpflichtet ist«.

Neutralität ist für die FPÖ nie ein allerhöchster Wert gewesen, sondern sie diente der Freiheit. Auch dies ist eine Besonderheit der FPÖ in der österreichischen politischen Landschaft. 1959 erklärte Klubobmann Gredler: »*Wo die Grenzen unserer Neutralität liegen, hat niemand anderer als wir souveränen Österreicher zu bestimmen*« und unterstrich so seine Meinung zur Neutralität als Hindernis zum EWG-Beitritt.

Wenn die FPÖ später dennoch die Wichtigkeit der Neutralität betonte, war diese Neutralität sicherheitspolitisch zu sehen, in einer Situation der militärischen Konfrontation zwischen Ost und West. In einer Nationalratsdebatte Ende 1988 betonte Friedhelm Frischenschlager »*Wir reden dauernd von der immerwährenden Neutralität, von ihrem Spannungsverhältnis zur Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, wir kehren dabei unter den Teppich, daß diese immerwährende Neutralität im Kern sehr viel mit der militärischen Sicherheit zu tun hat*«. Mit der Auflösung des Warschauer Pakts müssen sich meiner Auffassung nach sowohl die EG als auch Österreich fragen, wenn dem so ist, was diese Neutralität heutzutage in Europa noch bedeutet.

Wenn aber die FPÖ noch so vorsichtig versucht, diese Frage zu stellen, wird sie heftigst von den Großparteien kritisiert. Viel

wichtiger scheint heutzutage das Problem eines ständigen Antichambrieren Österreichs in Brüssel ohne wirkliches Mitspracherecht zu sein. *Neutralität steht heute in einem problematischen Spannungsverhältnis zur Souveränität.* Abg. Dr. Norbert Gugerbauer betonte im Nationalrat Ende 1987: *»Nur wenn wir in Brüssel am Tisch sitzen, nur wenn wir unsere Interessen einbringen können, nur wenn wir unsere Vorstellungen dort formulieren und argumentieren können, wird unsere Souveränität in einem gewissen Ausmaß respektiert, was gegenwärtig nicht der Fall ist.«*

An anderer Stelle habe ich schon von einer Europavision gesprochen, und diese Vision ist bereits an einigen Stellen angedeutet worden. Das Europabekennnis der FPÖ beschränkte sich nicht auf eine EG, die lediglich eine Auswahl westeuropäischer Länder umfassen sollte. Sehen wir uns das Wahlprogramm 1970 an, in dem sogar von einem Bundesstaat Europa gesprochen wird – für alle Staaten Europas. Damals klang diese Vision vielleicht etwas utopisch, heute nicht mehr. Die Realität hat uns eingeholt. Damals formulierte die FPÖ: *»Heute scheint die Neutralität noch Schutz zu gewähren. Dauernde Sicherheit bietet morgen nur Europa.«* Sie trat für ein offenes Europa ein, *nach Ost und West*, für eine Europawährung, Freizügigkeit in Europa, ein Europaparlament und ein Europäisches Volksgruppenrecht. *»Von allen bestehenden wirtschaftlichen Zusammenschlüssen bietet lediglich die EWG einen europäischen Anfang.«* Auf dem Bundesparteitag 1976 wurde im gleichen Sinne festgestellt: daß die Bemühungen um die wirtschaftliche Einigung Westeuropas nur Teil einer umfassenden europäischen Integrationspolitik sein können.

In ihrem neuesten Programm aus dem Jahr 1985 heißt es hierzu: *»Wir wenden uns gegen die Tendenz der EG, sich mit Europa gleichzusetzen, wiewohl die Entwicklung mit weiteren Beitritten anderer Länder in zunehmenden Maße dorthin zu gehen scheint. Hierin kann eine Gefahr für Länder wie Österreich liegen, die zwar durch die politischen Maßnahmen der EG mitbetroffen sind, aber an deren Entscheidungen nicht mitwirken können. Im Streben nach einer größtmöglichen Teilnahme unseres Landes an der Europäischen Integration halten wir auch eine Mitgliedschaft Österreichs in der EG – selbstverständlich unter dem Neutralitätsvorbehalt – für möglich und notwendig.«* Der EG-Beitritt war für die FPÖ immer nur das Mittel zur Erreichung eines größeren Ziels.

Letztens sollten wir nicht vergessen, daß der *Freiheitsgedanke für Liberale und Freiheitliche nicht nur nach Europa führt, sondern dieses Europa auch prägen soll.* Hier sehen wir Liberale im Ausland in der FPÖ unseren Verbündeten, wenn wir darauf bestehen, daß dieses Europa ein pluralistisches und föderales Europa sein soll, in dem die Integrität der Regionen und das Eigenleben seiner

Volksgruppen garantiert werden sollen. Die Resolution zur Europa- und Außenpolitik des Bundesparteitages 1976 konstatierte, daß der *»Zusammenschluß der europäischen Staaten ... die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips voraussetzt.«* *»Die Erhaltung und Entwicklung wirtschaftlich gesunder Regionalräume, eine Beschränkung der zentralen Bürokratie auf das Notwendigste und die Sicherung des föderalistischen Aufbaues bilden entscheidende Voraussetzungen für die Stabilität des vereinten Europas und sind in allen Verhandlungen vorrangig zu berücksichtigen.«* Kürzlich im September 1990 während des Kongresses *»Volksgruppen in Europa«* in Kärnten, beschwor Bundesparteibobmann Dr. Jörg Haider die Vision eines Europas der Völker und Regionen, eines Europas, in dem jeder sich zu Hause fühlen kann:

»...Europa ist heute in einem Wandel begriffen, den viele nicht zu hoffen gewagt haben, den die meisten nicht erwartet haben. Die scharfen ideologischen Trennlinien sind plötzlich aufgelöst, es ist die militärische und ideologische Konfrontation relativiert worden. Es gibt eine echte Chance, daß dieses Europa aus eigener Kraft und durch eigenes diplomatisches Geschick zu einer dauerhaften Friedensordnung kommt. Das kann ohne die Einbindung und die dauerhafte Absicherung aller Volksgruppen nicht gewährleistet werden. Das ideologische Korsett, das durch Jahrzehnte hindurch dieses Europa charakterisiert hat, ist gesprengt. Der Versuch, in einem Hegemoniebereich so etwas wie einen sowjetischen Einheitsmenschen zu produzieren, ist kläglich gescheitert. Wir sollten uns aber auch davor hüten, den Versuch zu machen, einen Typus eines Eurokapitalisten zu schaffen, der ebenfalls einen Einheitsmensch mit gleichem Wesen und gleichen Verhaltensweisen, mit gleichen Bedürfnissen, mit synonymem Kleidung, mit gleichen Lebensstandards darstellt. Europa lebt davon, daß es eine bunte Vielfalt von Volkstümern und Volksgruppen gibt, die eben keine Uniformität auch in einer zukünftigen neuen Ordnung gestatten ... diese Vielfalt der Volkstümer, die Vielfalt der Begabungen und die Vielfalt des kulturellen Seins (ist) auch dauerhaft zu garantieren und zu erhalten – auf der Grundlage eines europäischen Volksgruppenrechts, auf der Grundlage aber auch eines neuen Selbstverständnisses im Umgang mit Volksgruppen, unabhängig von ihrer zahlenmäßigen Stärke...«

Wir Österreicher bemühen uns um eine Vollmitgliedschaft im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Wir sind uns aber bewusst, daß diese Europäische Gemeinschaft, wenn sie sich vergrößern soll, wenn sie auch ehemalige Staaten des Ostblocks erfassen soll, nicht mit dem zentralistischen Zuschnitt der Brüsseler Hochbürokratie überleben können. Und es wird ein Europa der Regionen sein müssen, in dem die einzelnen Regionen und autonomen Gebiete dieses Europas auch ein stärkeres föderalistisches Mitspracherecht anmelden dürfen, dort wo es darum geht, die kulturelle Identität zu sichern, die wirt-

schaftliche Autonomie zu bewahren und die Kooperation der Regionen gegenüber zentralistischer Bevormundung durchzusetzen. Ein zartes Pflänzchen, das seine Wurzeln in den verschiedenen Regionen Europas hat, ist eben die Volksgruppenpolitik».

Heute sprechen viele in der Bundesrepublik Deutschland von den Vorzügen Berlins als einer Hauptstadt, die geographisch dem Osten nahe ist und vielleicht auch deshalb eine wichtige Rolle im Aufbauprozess seiner Nachbarn spielen kann. Dies gilt – geographisch – im viel größeren Maße für Wien, das eine noch bessere Mittellage genießt und heute noch Sitz vieler Osthandelsunternehmen ist. Warschau liegt etwas näher an Berlin als an Wien, dies stimmt aber nicht für fast alle anderen Metropolen des östlichen Mitteleuropas: Budapest, Preßburg, Prag, Agram, Ljubljana. Um diese Position als eine potentielle wirtschaftliche Drehscheibe auszubauen, darf Österreich nicht länger Zuschauer im Prozeß der wirtschaftlichen Integration Europas bleiben.

Ein im Rahmen der EG erweitertes Europa ohne Österreich wäre absurd – aber in diese Richtung steuern Politiker, die nicht erkannt haben, daß die EG heute mehr ist als einen Zollverein oder eine bloße Wirtschaftsvereinigung. Wir befinden uns in einer Situation, in der Europa die fristgemäße Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes ansteuert und einen erfolgreichen parallelen Abschluß der Regierungskonferenzen zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur politischen Union anpeilt, in deren Rahmen auch eine gemeinschaftliche Außen- und Sicherheitspolitik möglich sein kann. Die CSFR, Ungarn und Polen beabsichtigen eine EG-Mitgliedschaft, ohne daß Vorbehalte bezüglich der politischen Dimension der Mitgliedschaft bisher offiziell geäußert wurden. Ein österreichischer Mitgliedschaftsantrag muß, um realistisch zu sein und Erfolg zu haben, die bereits heute gemachten Fortschritte der inneren Integration, die nicht nur wirtschaftlicher Art sind, als Fakten akzeptieren.

Ich meine, wenn die Freiheitliche Partei gegen die großen Parteien antritt, tut sie dies für ein modernes und fortschrittliches Österreich, ein Österreich, das problemlos innerhalb von Europa konkurrieren kann, das sich nicht gegen allfällige Reformen abschottet und unzeitgemäße Strukturen aufrechterhält. Wie wir in der Bundesrepublik Deutschland manchmal erfahren haben, mußten wir verschiedenes tun, um die EG voranzubringen, vor allem lieb gewordene Relikte aus der Vergangenheit aufgeben. Wir in der FDP waren natürlich froh, daß dies geschah, da dies doch letztlich im Interesse jedes Einzelnen geschieht. In diesem Zusammenhang weise ich beispielhaft auf das angefangene Zurückschneiden des Postmonopols im Bereich der Telekommunikation oder auf die kommende Konkurrenz auf dem Versicherungsmarkt, die uns der gemeinsame Binnenmarkt bescheren wird. Konkur-

renz fördert Leistung, und die Leistung der Unternehmer unserer Gesellschaft kommt dem Konsumenten zugute, sei es durch billigere Güter und bessere Dienstleistungen, sei es durch bessere Qualität. Konkurrenz und Leistung waren immer schon, wie für die FDP, zentrale Aspekte des Programms der FPÖ.

Die EG ist auch ein guter Garant dafür, daß verschiedene Reformen, die immer mehr Österreicher als notwendig erachten – deshalb auch das sensationelle Wahlergebnis der FPÖ bei den letzten Nationalratswahlen –, tatsächlich kommen. Die FPÖ ist ihrerseits Garant dafür, daß im europäischen Konzert der Nationen eine zusätzliche Stimme gegen einen EG-Zentralismus gewonnen wird. Natürlich muß Souveränität aufgegeben werden, aber nicht um den Preis der eigenen Identität.

Am Ende möchte ich noch eines, auch im Sinne unserer europäischen Partnerländer, klarstellen. Die EG hat ihren langen Weg nicht ohne Probleme, hartes Ringen und Aufopferung liebgeordneter Schutzmechanismen allerlei Art zurückgelegt. Dies gilt für die Bundesrepublik Deutschland genauso wie für England, Dänemark oder Italien. Heute stehen wir vor dem nächsten Quantensprung, dem gemeinsamen Binnenmarkt zum 1. Januar 1993. Die Gemeinschaft ist heute schon eine politische Gemeinschaft, wie die regelmäßigen Ministertreffen oder die Europäische Politische Zusammenarbeit verdeutlichen. Ein Beitritt *ohne* Verpflichtung *zur politischen Zusammenarbeit* ist illusorisch, da die Mitglieder einen status quo ante durch den Beitrittswunsch eines nicht EG-Staates nicht akzeptieren würden. Wie die oft zu unrecht belächelte, gut funktionierende europäische politische Zusammenarbeit demonstriert, ist die Europäische Gemeinschaft kein neutrales Gebilde. Hier sehen viele in Österreich ein Problem, aber man sollte auch die Frage stellen, welche Erklärungen im Rahmen der EG hätte Österreich prinzipiell nicht unterstützen können?

Je mehr die EG sich weiterentwickelt, desto weniger kann sie sich politischen Verantwortung auf internationaler Ebene entziehen. Die Europäische Gemeinschaft ist, wie die FPÖ früh erkannt hat, eine freiheitliche Wertegemeinschaft. Welchen vorzeigbaren Grund könnte es für Österreich geben, ihr nicht anzugehören?

VON DER LAGERPARTEI ZUR MITTELPARTEI

von Max Riedlsperger

Eine historisch-wissenschaftliche Untersuchung der Entwicklung der FPÖ von einer »Partei der Ehemaligen« zu einer Mittelpartei, deren Bundesparteiobmann jetzt Landeshauptmann von Kärnten ist und ein durchaus ernst zu nehmender Bundeskanzlerkandidat werden könnte, ist innerhalb des gesetzten Rahmens dieses bescheidenen Beitrages nicht durchführbar. Ein Abriss dieser Geschichte ist in dem von mir verfaßten Kapitel »FPÖ: Liberal oder Nazi?« des von F. Parkinson herausgegebenen Buches *Conquering the Past: Austrian Nazism Yesterday and Today*. Detroit, 1988, S. 257–278 erschienen. Der Titel ist sicher »drastisch«, wie der Buchkritiker des »Standards« ihn bezeichnete, er wurde vom Herausgeber aber nicht nur deshalb gewählt, weil sich Anspielungen auf den Nationalsozialismus in Österreich gut verkaufen, sondern auch weil die Frage historisch genauso gerechtfertigt wie für die heutige Politik irrelevant ist. Eine Lösung dieses Paradoxons ist in einer Analyse der österreichischen Lagerpolitik zu suchen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß der Kreis, der sich vor 35 Jahren um Anton Reinthaller bildete, zum größten Teil aus ehemaligen Nationalsozialisten und Frontkämpfern bestand. Auch viele von den »Jungliberalen« der Erneuerungszeit der siebziger Jahre, inklusive dem jetzigen Bundesparteiobmann, kamen aus nationalsozialistischen Familien. Als Amerikaner österreichischer Abstammung begann ich mich für die Geschichte des Dritten Lagers in Österreich zu interessieren, da ich verstehen wollte, warum viele Verwandte meines Vaters, selber bereits in den USA geboren, Nationalsozialisten wurden. Was ich allmählich zu verstehen begann, war die Bedeutung des nationalfreihheitlichen Gedankengutes für sie so gut wie auch für die meisten FPÖ-Mitbegründer. Sie wollten nicht im Sinne des imperialistischen Krieges und Massenmordes Nazis werden, sondern glaubten nicht an die Lebensfähigkeit des österreichischen Kleinstaates nach 1919 und wollten den Anschluß an Deutschland.

Dieses Gedankengut war nach dem Krieg so diskreditiert, daß es unvorstellbar schien, daß wieder eine national-freiheitliche Partei entstehen könnte. Die Eliten des christlich-konservativen und des sozial-demokratischen Lagers zogen die Konsequenzen aus den Lehren der Zwischenkriegszeit und gingen daran, die Zweite Republik auf Zusammenarbeit und Proporz aufzubauen.

Wie in anderen spät modernisierten Gesellschaften fehlte Österreich die notwendige soziale, politische und religiöse Homogenität, um eine reife, »zentrifugale Demokratie« zu bilden. Die Anhänger der einen Partei hatten so wenig Vertrauen zu den Eliten der anderen Partei, daß eine Einparteienregierung vielen als Anlaß zum Bürgerkrieg erschien. In dieser vertikal integrierten Gesellschaft überbrückte der Proporzstaat die Kluft zwischen den noch

sehr heterogenen Lagern. Das demokratisch gewählte Parlament war eine Fassade vor den geschlossenen Türen der Koalitionsausschüsse, in denen die Eliten regierten. In diesem klassischen Beispiel einer »zentrifugalen Demokratie«, betrieben die Parteien Lagerpolitik während der Wahlkämpfe, zogen sich danach aber wieder in die Sicherheit einer großen Koalition zurück.

Aus der Geborgenheit dieser Situation, richteten sie ihre Abneigung gegen das dritte, national-freiheitliche Lager, welches die meisten Nationalsozialisten hervorgebracht hatte. Da der Deutschnationalismus nicht mehr hoffähig war, wären wohl die meisten Nationalfreihheitlichen in den zwei Großparteien aufgegangen, wenn die Koalitionsparteien eine Politik der Konkordanz anstatt eine der »zentrifugalen Demokratie« betrieben hätten. Durch eine ungeschickte Behandlung des Entnazifizierungsproblems sammelte sich jedoch ein neues, drittes Lager, bestehend aus minderbelasteten Nazis, unbelasteten national-freiheitlichen Bürgern und Bauern, aus Volksdeutschen und Heimkehrern. Diese Elemente bildeten kein Lager im klassischen Sinn, sondern formten eher ein Sammelbecken, geeinigt nur durch die gemeinsame Ablehnung des damaligen Systems. Durch die Volksbefragungen seines österreichischen Forschungsinstitutes im Jahre 1946 entdeckte Dr. Herbert Kraus sie als ein »fluktuierendes Stimmkapital,« neben den Lagerparteien worauf »...eine neue politische Kraft ... frei von Lagermentalität« entstehen könnte. Der VdU, den er auf diesen Elementen begründete, war zur Zeit seines ersten Wahlkampfes im Jahre 1949 keine Lagerpartei. Hätten die Parteien der großen Koalitionsparteien die Abegordneten des VdU's in den Proporz einbezogen, so hätten sich auch diese das »zentrifugal-demokratische« Verhalten angeeignet.

Stattdessen wurde der VdU als eine Wiederkehr des alten deutschnationalen und nationalsozialistischen Geistes verteufelt und in das politische Getto am rechten Rand des Parlaments verbannt. Der Möglichkeit, seine Reformforderungen zu verwirklichen, beraubt, verlor der VdU viele seiner Anhänger, die letzten Endes die Gunst einer regierenden Partei brauchten. Er wurde von seinem deutschnationalen Flügel übernommen, der versuchte, ihm zu einer deutschnationalen Lagerpartei umzugestalten. Der VdU war bereits so geschwächt, daß es zum Zusammenschluß mit der vom ehemaligen nationalsozialistischen Landwirtschaftsminister des Anschlußkabinetts Anton Reinthaller gegründeten Freiheitspartei kam. Aus dieser Verschmelzung entstand vor 35 Jahren die FPÖ, die in dieser Festschrift gewürdigt wird.

Im Gegensatz zu der Partei, die Dr. Kraus aufbauen wollte, war die junge FPÖ von Anfang an eine vergangenheitsorientierte Gruppierung, die ihre politische Heimat innerhalb eines wiederbelebten deutschnationalen Lagers sah. Eine Partei ist aber nicht,

was ihre Mitglieder und Wähler gewesen waren, sondern was sie und ihre Anhänger sind und sein werden und welche Politik sie vertritt. Reinhaller war Landbündler und als Mitglied des Anschlußkabinetts einer der »Größen des NS-Regimes«, wie Herbert Kraus ihn in seiner bitteren Austrittserklärung beschrieb. Er hatte dem gemäßigten Flügel der österreichischen NSDAP angehört und wollte mit der neuen FP zwar seine alten Parteigenossen rehabilitieren, nicht jedoch das NS-Programm. Reinhallers Nachfolger, Friedrich Peter, war zwar auch deutschnational gesinnt und noch darüber hinaus durch seine freiwillige Zugehörigkeit zur Waffen-SS belastet. Trotzdem muß man im Rückblick Friedrich Peter als ideal geeignet ansehen, um diese neue Partei zusammenzuschweißen und hoffähig zu machen. Als ehemaliger SS-Mann sprach er die Frontgeneration und die Reste des dritten Lagers an, als Pragmatiker erkannte er aber bald, daß das nationale Denken der Vergangenheit angehörte und daß die Zukunft in der Weiterentwicklung des Liberalismus im Sinn von Kraus und Reimann läge. Trotz des Bekenntnisses zum sozialdarwinisch bedingten ethnologischen Volksbegriff der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft beanspruchte die FP die Erbschaft des Kampfes um »...die Idee der Freiheit und die nationale Einheit ihres Volkes« der Revolution von 1848, »im Salzburger Bekenntnis, 1964« und betonte in immer höherem Maß durch das »Ischler Programm«, das »Freiheitliche Manifest«, die Arbeit des Atterseer Kreises, des Freiheitlichen Bildungswerkes und schließlich durch das neue Salzburger Programm von 1985 den verlorenen Liberalismus des dritten Lagers.

Friedrich Peter hoffte, wie zu ihrer Zeit auch Kraus und Reimann, daß seine Partei »das Zünglein an der Waage« eines echten parlamentarischen Systems werden könnte. Trotz dieser neuen ideologischen Ausrichtung wurde die FP weiterhin in der Lagerpolitik der Koalitionsparteien als eine neue NSDAP verteuftelt, gleichzeitig wurde ihr aber auch heimlich der Hof gemacht, um im Falle der Notwendigkeit einer kleinen Koalition gerüstet zu sein. Die SPÖ begann als erste – zuerst während der Affäre *Otto von Habsburg* und dann zur Zeit der Minderheitsregierung Bruno Kreiskys 1970/1971 – in aller Öffentlichkeit »zentrifugal-demokratisch« zu handeln.

Die österreichische Gesellschaft begann zu dieser Zeit jedoch bereits, diese Phase der demokratischen Entwicklung auf dem Wege zur »Konkordanzdemokratie« zu überwinden. Das Spannungsfeld aus sozialen Grundsätzen, religiösen und nationalen Konflikten, welches die drei Lager ursprünglich hatte entstehen lassen, war unter dem Einfluß der Sozialpartnerschaft und steigendem Wohlstand verschwunden. Im Jahre 1966 fürchtete das Volk eine neue Auflage des Bürgerkrieges so wenig, daß es der

ÖVP eine Alleinregierung ermöglichte und ab 1970 der SPÖ Bruno Kreiskys. Meinungsumfragen in den Jahren 1968 und 1973 zeigten, was Herbert Kraus schon vor 20 Jahren ahnte; nämlich, daß es neben den lagerbewußten Stammwählern der Großparteien Wechselwähler gab, die zwischen den Parteien wandern könnten. Dreizehn Jahre lang verdankte Bundeskanzler Kreisky seine Macht diesen Stimmen. Als Folge der weitgehenden Politikverdrossenheit wurden diese Wechselwähler seit dem Anfang der achtziger Jahre mobil.

Die Zahl der Stammwähler ist heute kaum höher als die der Parteienmitglieder und alle Parteien versuchen, für die Gesamtheit der Bevölkerung zu sprechen. Weltanschauungen und Parteiprogramme verlieren ständig an Interesse für die immer mehr abgelenkten, »post-modernen« Wähler, während Skandale, aktuelle Politik und vor allem Persönlichkeiten an Bedeutung gewinnen, wie der Vorzugsstimmenwahlkampf des Bundeskanzlers bei der letzten Nationalratswahl zeigte. Es ist aber die FPÖ, die durch den Umbruch des Parteiensystems am meisten gewonnen und vielleicht noch zu gewinnen hat. Erstens hat sie im Vergleich zu den »Altparteien« kaum lagerbewußte Exklusivwähler und als die profilierteste Oppositionspartei die besten Chancen, Proteststimmen anzulocken. Zweitens hat sie mit ihrem Bundesparteiobmann den interessantesten Politiker anzubieten. Der Versuch der Koalitionsparteien und der Medien, ihn als einen »Sohn Hitlers« zu bezeichnen, ging daneben. Als Landeshauptmann Kärntens und Obmann einer Mittelpartei muß er ernstgenommen werden. Haider hat nicht nur die Gabe, sich selber gut zu verkaufen, sondern auch das Talent, die Scheinheiligkeit des »Establishments« an den Pranger zu stellen. Seine Äußerung, daß die Schaffung der österreichischen Nation eine ideologische Mißgeburt gewesen sei, war keine Abwendung von der Idee der Unabhängigkeit des österreichischen Staates oder gar eine Propagierung einer Vereinigung mit Deutschland, sondern sollte wohl vor allem eine Diskussion über die Begriffe »Staatsnation« und »ethnischer Nation« auslösen. Ähnlichen Zwecken diente wohl auch seine Münchner Erklärung zu Staatsvertrag und Neutralität. Nach der Meinung der Großparteien und der Mehrheit der Medien, außer der »Krone« hätte er diese heiligen Kühe der österreichischen Nation nicht anrühren dürfen. Wochen danach aber machte der österreichische Wähler die FPÖ zu einer Mittelpartei. Ob sie in diese Rolle hineinwächst, wird die Zukunft erweisen. Der Wettbewerb um die Wählergunst findet aber nun in der freien Atmosphäre einer Konkordanzdemokratie statt und nicht in einem durch Lagerdenken fragmentierten Proporzstaat, wie vor 35 Jahren, als die FPÖ gegründet wurde.

Das Problem der Freiheit

Im Parteiprogramm der FPÖ wird betont, daß man die Freiheit vor jeder Form von Unterdrückung schützen müsse. Die FPÖ beruft sich also, wie auch ihr Name andeutet, auf eine Tradition, die eng mit dem Begriff der Freiheit verknüpft ist. Allerdings ist dieser Begriff ein häufig mißbrauchter, und er tritt in vielerlei Gestalt an uns heran. Gewaltregime weisen auf die Freiheit hin, um andere Regime und Ideologien zu bekämpfen. Und es ist nicht Freiheit, wenn wirtschaftlich Mächtige wirtschaftlich Schwache beseitigen und zu dominieren trachten. Diese treten viel eher als Mißachter der Freiheit auf. Im Parteiprogramm der FPÖ scheint ein Problem zu bestehen, wenn man neben dem Postulat der Freiheit das der Leistung – ein calvinistisches Prinzip – betont, denn beide können zueinander in Widerspruch treten, wenn jemand eine von ihm verlangte oder erhoffte Leistung nicht erbringen kann oder auch nicht will. Die Leistung als ein am modernen Arbeitsethos, an Gewinn und Wohlstand orientiertes Idealbild, ist der natürliche Gegensatz zum Begriff der Freiheit (muß es aber nicht immer sein).

Leistungsbesessenheit kann zum Dilemma des freien Menschen werden. Es zahlt sich aus, einige ketzerische Gedanken zum Postulat der Freiheit einzubringen, denn schließlich ist es ein Lösungswort der aufständischen Studenten des Jahres 1848. Und gerade auf diese Tradition, so scheint es mir, beruft sich zumindest indirekt die FPÖ.

Ich meine nun, daß dieser Freiheitsbegriff der Studenten ein wesentlich weiterer ist, als man ihn sehen will, daß er einer ist, der die offenen Herzen klingen läßt.

Vagantische Freiheit – Paracelsus und Ulrich von Hutten

Das Dilemma des Calvinismus

Das Freiheitsideal der Studenten geht weit in das Mittelalter zurück, es erinnert an die Gründung der ersten, auf arabische Gelehrsamkeit zurückgehenden Universitäten. Charakteristisch für diese war ein herumziehendes, nach Gelehrsamkeit strebendes, aber auch Wein und die Liebe schätzendes Studententum, dessen wilde Vertreter die Vaganten waren.

In einem Reich, dem Reich Friedrich Barbarossas und Heinrichs VI, das keine Grenzen kannte, zogen sie umher, sie, die ersten Weltbürger, und in ihren Liedern feierten sie ein Freisein von kirchlichen und sozialen Zwängen. Das Mittelalter zeigte sich als eine stets herumziehende Gesellschaft, und an den Universitäten entwickelte sich ein freier und sozialkritischer Geist, der bis in die Jetztzeit weitergetragen wird. In den Vagantenliedern wird er deutlich. So heißt es in einem Lied aus dem 13. Jahrhundert, in

dem die Bestechlichkeit der Gerichte und die Niedertracht der Reichen angeprangert wird:

Nummus ubi predicat,
labitur iustitia,
et causam, que claudicat,
rectam facit curia,
pauperem diiudicat
veniens pecunia.
sic diiudicatur,
a quo nihil datur;
iure sic privatur,
si nil offeratur.

*Wo der Mammon kühnlich blinkt,
kann Gerechtigkeit nicht sein
und die Sache, welche hinkt,
renkt der Richter wieder ein,
Arme er ins Kittchen bringt,
tritt das teure Geld herein.
Also wird entschieden,
wer nichts hat gemieden;
es gibt keinen Frieden
ohne Gold hinieden.*

Und in einem Trinklied wird der freie Geist beschworen:

Ordo noster prohibet semper matutinas,
sed statim, cum surgimus, querimus propinas;
illuc ferri facimus vinum et gallinas...

*Unserm Orden sind nun mal Metten ganz zuwider,
nach dem Aufstehn lassen wir uns im Wirtshaus nieder,
hegen da bei Huhn und Wein herrliche Gefühle...*

Das Freiheitsstreben der Vaganten, welches sich schlußendlich gegen den Kleinmut kirchlicher und weltlicher Institutionen richtet, findet sich auch bei dem großen Theophrastus Bombastus Paracelsus von Hohenheim, einem Mann, dem die Schulmedizin zuwider war und der deren Schriften in Basel öffentlich verbrannt hat. Paracelsus meinte, man könne beim fahrenden Volk und den alten Frauen mehr lernen als an der Universität. Als Freigeist sympathisierte Paracelsus mit den aufständischen Bauern, die den Salzburger Erzbischof belagerten. Paracelsus, hier zeigt sich seine vagantische Tradition, starb 1541 bei einer Wirtshausschlägerei in Salzburg. Geistig verwandt mit ihm war der frühe Humanist Ulrich von Hutten, der für die Freiheit des Menschen zur Feder griff. Er kämpfte gegen die Vorherrschaft des Papstes, also gegen die römische Geistesknechtschaft, und er zog, ganz im Sinne des Vagantentums von Köln nach Rostock, von Wien nach Pavia und zurück. Er starb im Alter von 35 Jahren 1523 an Syphilis in Zürich. Zwingli schrieb über ihn: »Er hinterließ nichts von Wert, Bücher hatte er keine, Hausrat auch nicht – außer einer Feder.« Beim Wartburgfest 1817 gedachten die deutschen Studenten auch Ulrich von Hutten, er war zu ihrem Vorbild geworden.

Allerdings im 16. Jahrhundert beginnt eine Geistesrichtung, die sich schließlich auf das freiheitsliebende herumziehende

Volk fatal auswirken sollte, nämlich der Calvinismus. Nach diesem ist nur der Mensch gottgefällig, der auch echte Arbeit erbringt. Die Arbeit und Leistung beginnen zum Idol des Europäers zu werden. In den nächsten Jahrhunderten zeigt sich dies darin, daß das fahrende Volk und die herumziehenden Studenten verfolgt, verjagt und degradiert werden.

Der freie Geist der Aufklärung, Revolution und Studenten – Heinrich Heine

Aber dennoch hält sich der alte Geist, zumindest an den Universitäten, an denen gerade Ulrich von Hutten einen neuen Geist eingepflanzt hat, nämlich die Vorstellung, daß durch Wissenschaft der Mensch Freiheit erreichen könne. Es galt, den freien Menschen heranzuziehen, fernab von jedwedem kleinbürgerlichen Geist. Es waren daher auch die Universitäten, die das Denken der Aufklärung übernahmen, die im Sinne Kants vom Mündigsein des Menschen gegenüber Kirche und Monarchie überzeugt waren und die so zum Kampf gegen Fürstenwillkür antraten. Der Begriff der Nation, der nun hier im Zuge der französischen Revolution auftritt, besagt nichts anderes, als die Gemeinschaft der freien Bürger, die sich gegen die Bevormundung durch die Aristokratie stellt und die Freiheit von ideologischen Zwängen für sich in Anspruch nimmt. Und das Freiheitspostulat wurde zum Gründungsauftrag der Burschenschaft vom 10. Juni 1815, als die Studenten gelobten: »Wir, die wir stets nach innerer Freiheit streben wollen, werden das Unrecht jedes Menschen, die Freiheit, mit Schutz und Trutz gegen jeden Angriff verteidigen...« Es ist ein unklarer romantischer Freiheitsbegriff, der hier deutlich wird, aber er ist ein feuriger, ganz im Stile der Ideen der französischen Revolution, an der man sich ausrichtet. So pflanzten die Studenten in Jena den Freiheitsbaum der Jakobiner und in Wien sangen die aufständischen Studenten 1848 die Marseillaise. Außerdem bewahrten die Studenten in der Aula der Wiener Universität in diesem Sturmjahr eine »heilige« Trikolore, die man extra aus Paris nach Wien gebracht hatte.

Die Intelligenz Deutschlands stand unter dem Bann der französischen Revolution. Schiller wurde ob seines freien Geistes sogar zum französischen Ehrenbürger ernannt.

Und Heinrich Heine dichtete:

*»Bang hat der Pfaff sich in die Kirch' verkrochen,
Der Herrschling zittert auf dem morschen Thrönlein...
Sei deines Namens wert, für wahre Freiheit
Und freie Wahrheit kämpft mit deutschem Sinne...«*

Und an einer anderen Stelle schreibt Heine: *»Deutschland ist jetzt frei; kein Pfaff vermag mehr die deutschen Geister einzukerkern; kein*

adeliger Herrschling vermag mehr die deutschen Leiber zur Fron zu peitschen, und deshalb soll auch die deutsche Muse wieder ein freies, blühendes, unaffektiertes Mädchen sein...«

Hier zeigt sich ein weltbürgerlicher Humanismus, der vor allem von den Studenten weitergeführt und erkämpft wird. Über die Freiheit der Nation, die man gegen die Fürsten erkämpfen will, soll die Freiheit des Individuums gesichert werden. Und in diesem Sinn heißt es in der Verfassungsurkunde der Burschenschaft: »Das Verhältnis der Mitglieder untereinander ist vollkommen gleich ... Alle Unterschiede der Geburt fallen gänzlich weg.« Die Jugend war mobilisiert und das nationale Jena bezeichnete man im deutschen Ausland als »Jakobinernest«.

Der deutsche Einheitsgedanke verband sich somit mit den Ideen von Republik und Demokratie, durch die man die Freiheit gewahrt sehen wollte, aber auch sich für den Degradierten und Ausgebeuteten einzusetzen bemühte. So verlangten die Gießener »schwarzen Burschenschafter« eine nach französischem Revolutionsmuster gebildete Republik mit Volksvertretung und gewähltem Staatsoberhaupt. Zu diesen Burschenschaftern gehörten die Brüder Follen. In einem Lied von Karl Follen, in dem er sich für die Odenwalder Bauern einsetzte, heißt es:

*»Brüder, so kann's nicht gehn!
Laßt uns zusammen stehn!
Duldet's nicht mehr!
Freiheit, dein Baum fällt ab.
Jeder am Bettelstab,
beißt bald ins Hungergrab.
Volk ans Gewehr!«*

Es ist übrigens interessant, daß Follen nach den USA flüchtete, wo er die Sklaverei vehement angriff, als in Widerspruch zu den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit stehend. Für die damaligen Studenten war der Freiheitsbegriff unteilbar geworden, er bezog sich nicht nur auf die Deutschen, sondern auch auf die Polen, Griechen und alle anderen.

Der übernationale Freiheitsbegriff von 1848

Deutlich wird dieser übernationale Freiheitsbegriff auch während der Revolution 1848 in Wien. Als die Studenten am 13. März zum Landhaus kamen, wo die niederösterreichischen Landstände tagten, hielt der aus Budapest stammende jüdische Medizinstudent Adolf Fischhof eine feurige Rede, in der er Presse-, Rede-, Lern-, Lehr- und Glaubensfreiheit forderte. Die Studenten stürmen den Sitzungssaal, und es kommt zum Tumult, der sich schnell in Wien herumspricht. Die notleidenden Arbeiter strömen aus den Vor-

städten in die Stadt. Man fordert den Rücktritt Metternichs. Die Menschen toben, das kaiserliche Militär rückt gegen das Landhaus vor. Die Studenten lassen sich nicht einschüchtern. Um ein Uhr Mittag beginnt das Militär, in die Menge zu schießen. Es kommt zu den ersten Toten. Der erste Gefallene ist ein Jude, es ist der Techniker Spitzer. Am 17. März findet die große Leichenfeier für die 15 Gefallenen statt. Sie beginnt mit einem um 9 Uhr in der Universitätskirche abgehaltenen Dankamte für die Errungenschaften der letzten Tage. Anton Füster, der Kaplan der Akademischen Legion, zu der sich die Studenten vereinigt hatten, wurde gebeten, den Leichenkondukt zu führen.

Die Leichen der Märzgefallenen bahrt man im Allgemeinen Krankenhaus auf. Im vordersten Sarg liegt die Leiche des jüdischen Technikers Karl Heinrich Spitzer, des ersten Gefallenen.

Nach der Feier in der Universitätskirche marschieren die Studenten durch das Spalier Tausender Wiener zum Spital. Als Füster eintrifft, sieht er etwas, das ihn sehr bewegt. Er wird später darüber schreiben: *»Als wir vor die Kapelle im Allgemeinen Krankenhaus kamen, erblickte ich den Oberrabbiner Mannheimer und den Kirchensänger Sulzer in ihrem Ornate in der Ferne, bei den Särgen der gefallenen Juden, in einer gewissen Bescheidenheit stehen, die mich tief rührte«*. Darauf läßt Füster die »beiden Ehrenmänner« ein, an der Feier teilzunehmen. Mit Verwunderung und Freude sieht das herumstehende Volk auf die geistliche Gesellschaft. Denn es ist etwas Einmaliges, daß ein jüdischer und ein katholischer Priester ihre Funktion gemeinsam ausüben. Der Leichenzug zum Schmelzer Friedhof ist imposant. Viele Menschen begleiten den Kondukt, schwarz-rot-goldene Fahnen werden getragen, bürgerliche Kavallerie, die Akademische Legion und Musiker ziehen hinaus.

Auf dem Friedhof werden die 15 Säрге gemeinschaftlich in eine große Grube gesenkt. Nach dem Programm soll nun Füster die erste Leichenrede halten. Doch er besinnt sich und tritt dieses Ehrenrecht, um die Intoleranz zu bekämpfen und die Staatskirche zu beschämen, dem Oberrabbiner Mannheimer ab. Die Rede Mannheimers ist bemerkenswert revolutionär, sie versucht, die alten Barrieren der Religion im Namen der Freiheit zu überwinden. Mannheimer spricht u. a.: *»So bete ich für sie (die jüdischen Gefallenen) und ihre christlichen Brüder, denn sie sind uns alle, und sind meinem Herzen einer wie der andere wert und teuer, es sind Menschenseelen geschaffen in Deinem Ebenbilde, und Gleichnisse, die Deinen Namen geheiligt auf Erden: So bete ich für sie mit aller Kraft meiner Seele um eine lichte Himmelsstätte in Deinem Gottesreiche. Es sei mir noch ein Wort gegönnt an meine christlichen Brüder. Ihr habt gewollt, daß die toten Juden da mit Euch ruhen, in einer Erde! Vergönnt nun aber auch denen, die den gleichen Kampf gekämpft und*

den schwereren, daß sie mit Euch leben auf einer Erde, frei und unbekümmert wie Ihr ... Ihr seid die freien Männer! Gott weiß es: Keiner unter Euch fühlt es inniger und wärmer, wieviel die Errungenschaft der hingeshiedenen Tage gilt, nehmet auch uns auf als freie Männer und Gottes Segen über Euch! Ich segne Euch alle, die Tausenden nah und fern im Namen Gottes, des Allmächtigen! Amen!«

Diese Rede des Oberrabbiners Mannheimer ist vielleicht eine der schönsten Reden dieser Zeit und überhaupt. In ihr drückt sich jener weite Freiheitsbegriff aus, der voll der Menschlichkeit ist und auf den später sich auch die deutsch-freiheitlichen Studenten beziehen werden.

Und diesem Freiheitsbegriff, wie er von den Studenten, wenn auch nicht klar, formuliert wird, entspricht auch, daß man Radetzky, der 1848 den Krieg Österreichs gegen die italienischen Aufständischen führte, offen angriff. Einen üblen Krieg führte Radetzky da gegen Oberitalien. Es waren allein die Wiener Studenten, die diesen Feldherrn kritisierten. So hieß es im »Studenten-Courier« vom 31. Juli 1848: *»Wir legen Protest ein gegen die Fortsetzung des schmählichen Kampfes der Finsternis gegen das Licht, des Absolutismus gegen die Freiheit, dieses von der österreichischen Aristokratie, nicht von den österreichischen Völkern gegen Italien geführten Krieges ... das deutsche Volk in Wien hat die Freiheit mit seinem Blute erkämpft und wäre der Freiheit unwürdig, wenn es ein anderes Volk, welches dasselbe anstrebt, bekriegen wollte ... es kann daher konsequent eine fremde Nation nicht knechten wollen ... Von unserem Reichstage, als dem Ausdruck des Volkes, müssen wir erwarten, daß die Menschenschlächtereie in Italien eingestellt und die Unabhängigkeit Italiens anerkannt werde...«*.

Das sind schöne Worte, mit denen die Studenten sich für die Freiheit anderer Kulturen und Völker einsetzten. Aus Sympathie mit den aufständischen Italienern trugen die Studenten des Jahres 1848 den Calabreser, den Hut der calabrischen Republikaner.

Die Revolution 1848 wurde blutig niedergeschlagen, und edle Leute, wie Robert Blum und Messenhauser, fielen unter den Schüssen der Exekutionskommandos. Die Freiheit war für den Moment besiegt, aber sie loderte in den Köpfen vor allem der Studenten weiter.

Vagantischer Geist bei Hoffmann von Fallersleben, Lenau u. a.

Der Freiheitsbegriff, der hier als ein weltbürgerlicher sich darstellte, ist wohl ein schwärmerischer und nicht eindeutig umrissener, aber er will den Menschen von Zwängen befreien und ihn zum Herren über sich selbst machen. Und genau dieses Postulat steht in der Tradition der revolutionären Romantik, der Zeit vor der großen Revolution.

Es ist konsequent, daß gerade in der Romantik und ihrer Weiterführung bis heute man sich auf die Freiheit im Sinne der alten Vaganten, von denen ich ausgegangen bin, beruft.

Durch Rückgriff auf diese freien herumziehenden Leute versuchte man, die starren Zwänge von Kirche und Politik zu überwinden.

In den Liedern der Zeit wird diese Absicht deutlich. So ist der Dichter des Deutschlandliedes, Hoffmann von Fallersleben, in seinen Liedern ein wahrer Nachfahre alten Vagantentums. Von ihm stammen nicht nur die schönen Kinderlieder »Ein Männlein steht im Walde« und »Kuckuck«, sondern auch eine Reihe von Wanderliedern. So heißt es in einem:

*»Die Wiese, es laubt der Wald
Die Welt gefällt mir wieder;
Der junge Wein ist worden alt
Und fort ist Most und Zider.«*

Und schließlich hatte Hoffmann von Fallersleben große Sympathie für das fahrende Volk, die Spitzbuben und Herumtreiber. Im Weimarschen Jahrbuch 1854 bringt er ein Vokabular der Gaunersprache, und er dichtet in dieser:

*»Keris her! Jetzt laßt uns schwadern
Um den Funkert in der Schwärz!
Keris ströme durch die Adern
Und voll Keris sei das Herz!«*

*(»Wein her, jetzt laßt uns zechen
Um das Feuer in der Nacht!
Wein ströme durch die Adern
und voll Wein sei das Herz!«)*

Vagantischer Geist lodert auch in Nikolaus Lenau, dem Freiheitsdichter vor 1848, der in seinem Epos über die Albigenser gegen die Geistesknechtschaft auftritt. Kühne Worte stehen am Schluß:

*»Das Licht vom Himmel läßt sich nicht versprengen,
Noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen
Mit Purpurmänteln oder dunklen Kutten;
Den Albigensern folgen die Hussiten
Und zahlen blutig heim, was jene litten;
Nach Hus und Ziska kommen Luther, Hutten,
Die dreißig Jahre, die Cevennenstreiter,
Die Stürmer der Bastille, und so weiter.«*

Für Lenau ist die Freiheit demnach ständig zu erobern und derjenige glücklich, der sich von Zwängen befreit hat, eben wie »die drei Zigeuner«, deren Vagantentum Lenau lobt:

*»Drei Zigeuner fand ich einmal
Liegen an einer Weide...
Hielt der eine für sich allein
In den Händen die Fiedel,
Spielte, umglüht vom Abendschein,
Sich ein feuriges Liedel.
Hielt der zweite die Pfeif im Mund,
blickte nach dem Rauche,
Froh, als ob er vom Erdenrund
Nichts zum Glücke mehr brauche.
Und der dritte behaglich schlief,
Und sein Zimbal am Baum hing...
An den Kleidern trugen die drei
Löcher und bunte Flicker,
Aber sie boten trotzig frei
Spott den Erdengeschicken.
Dreifach haben sie mir gezeigt,
Wenn das Leben uns nachtet,
Wie man 's verraucht, verschläft, vergeigt
Und es dreimal verachtet.«*

Lenau deutet hier schwärmerisch die Freiheit von gesellschaftlichen Zwängen an, die ihren Wert hat und die dem Menschen ein stolzes Glück verspricht.

Auf vagantische Freiheit beruft sich auch der Dichter Viktor Scheffel, von dem unter anderem das »Wohlauf die Luft geht frisch und rein« stammt, und ebenso Ottokar Kernstock, wenn er dichtet: »Vale Universitas. Bursa und Taberne! Blumen dringen durch das Gras, und uns lockt die Ferne. Zwar faßt unser fahrend Gut leicht ein winzig Tüchlein, doch was schadt's? Was not uns tut schafft das Zaubersprüchlein: Sumus de vagantium ordine laudando, petimus viaticum porro properando. (Wir sind vom zu lobenden Orden der Vaganten, wir bitten um eine Wegzehrung und eilen fort)...«.

Die Freiheit als Unfaßbares und Bedingung des offenen Herzens

Bei all diesen Dichtern findet sich ein schwärmerischer Freiheitsbegriff, der sehr wohl auch politischen Gehalt hat, wenn er sich gegen politische und soziale Zwänge wendet. Allerdings ist er nicht genau umrissen. Freiheit bleibt etwas Unstetes, was auch gar nicht genau definiert werden soll. Jedoch klingt dieser Freiheitsbegriff, der in Weitherzigkeit sich auch auf andere Menschen

bezieht, noch weiter nach. So bei den deutsch-freiheitlichen Studenten der Zwischenkriegszeit, für die jeder Chauvinismus und Degradierungen von Menschen fremder Kulturen abzulehnen waren. In einem ihrer Grundsätze um 1920 ist daher u. a. zu lesen: *»Wir sind deutsch-freiheitlich im Gegensatz zu den Deutschradikalen (starrer, engherziger, unduldsamer Haß gegen alles Fremde, Voreingenommenheit und Unterdrückung alles Fremdsprachigen und Fremdkonfessionellen) ... Stellung zur Sozialdemokratie: Anerkennung alles dessen, was sozial und demokratisch, fortschrittlich und kulturfördernd ist.«* In diesen Gedanken drückt sich ein weiter Humanismus aus, aber auch der alte Traum von der Freiheit des Geistes, wie sie sich die revolutionären und humanistischen Studenten, aber auch die Dichter der Romantik, vorgestellt hatten.

Und es waren gerade jüdische Studenten, die durchaus in der Tradition von Heinrich Heine sich eine Welt der Freiheit in einem freien republikanischen Deutschland erhofft hatten.

Der Freiheitsbegriff, wie er hier angedeutet, aber nicht definiert wurde, hat also eine lange Tradition und geht im Wesentlichen auch auf das bunte Leben der alten Vaganten zurück. Ihre Geisteshaltung wird weitergeführt bis in dieses Jahrhundert, von all' denen, die ehrlich mit einem weiten Herzen all den politischen Richtungen und Geistesströmen widersprechen, die den Menschen Zwängen aussetzen, ihn demütigen und ihn degradieren wollen. Daher ist einem wahren freiheitlichen Geist nationalistisches, rassistisches und ähnliches Gedankengut fremd.

Daß Freiheit nicht klar zu bestimmen ist, kann nachteilig sein, überhaupt wenn Potentaten sich des Freiheitsbegriffes für ihre üblen Aktionen bedienen, um Menschen zu erniedrigen. Aber dennoch hat dieses schimmrige wolkige Feld, das die Freiheit um-

gibt, ihren Zauber. Freiheit kann nicht in Worten gefaßt oder in Parteiprogrammen verewigt werden, sie kann nur geahnt werden. Und dies tut Schiller in seinem »Lied an die Freude«, das ursprünglich »Lied an die Freiheit« hieß, in dem er sich auf die alte vagantische Trinkkultur bezieht:

*»Brüder fliegt von euren Sitzen,
Wenn der volle Römer (!) kreist;
laßt den Schaum zum Himmel spritzen:
dieses Glas dem guten Geist!
Wahrheit gegen Freund und Feind.
Männerstolz (!) vor Königsthronen...
Rettung von Tyrannenketten (!)
Großmut auch dem Bösewicht,
Hoffnung auf den Sterbebetten.
Gnade auf dem Hochgericht!
Auch die Toten sollen leben!
Brüder trinkt und stimmt ein:
Allen Sündern soll vergeben
und die Hölle nicht mehr sein!«*

Und wenn es diese Hölle, die der Mensch für den Menschen schafft, nicht mehr gibt, dann kann auch Freiheit im Sinne der Vaganten, Ulrich von Huttens, des großen Arztes Paracelsus und der Studenten von 1848, die Radetzky ob seiner »Menschenschlächtereie« in Oberitalien verachteten, vielleicht Wirklichkeit werden. Sie bedarf eines offenen Herzens, eines Großmuts und der Freude, wie sie Schiller, der Ehrenbürger des revolutionären Frankreichs, sieht.

REGIERUNGSFÄHIGKEIT FÜR DIE III. REPUBLIK

von Herbert Krejci, Generalsekretär der Vereinigung Österreichischer Industrieller

Vorbemerkung: Der Verfasser des folgenden Beitrages ist bekannt dafür, daß er sich seit langem für die Große Koalition einsetzt(e). Er legt aber Wert darauf, stets – von kurzen Verstimmungen abgesehen – die staatspolitische Notwendigkeit der Anerkennung eines historisch gewachsenen »dritten Lagers« betont zu haben. Er möchte auch nicht für einen politischen Toren gehalten werden, der die schon manifesten oder sich erst in Konturen abzeichnenden grundlegenden Änderungen der politischen Landschaft in Österreich nicht zur Kenntnis nimmt.

35 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs sollten nicht nur Anlaß zu historischen Betrachtungen, sondern vor allem für Zukunftsüberlegungen sein. Die letzteren werden wesentlich von folgenden Daten bestimmt: Die österreichische politische Szene ist endgültig mit den Wahlen 1986 in eine Bewegung geraten, die niemand mehr übersehen kann. Seitdem hat nicht nur die FPÖ ihren Stimmenanteil spektakulär erhöht, es ist auch eine neue Gruppierung, die Grünen, auf den Plan getreten, die beiden großen Parteien sind von inneren, zum Teil nur mühsam überdeckten Konvulsionen gezeichnet, die KPÖ ringt um ein neues Selbstverständnis, es besteht durchaus auch die Möglichkeit, daß – so wie in anderen demokratischen Staaten – sich aus Absplitterungen und Zerfallserscheinungen der »großen« Parteien neue Gruppen bilden. Alles, damit auch der Wähler, ist mobiler geworden, »Sicherheit ist nirgends«, wie das ein österreichischer Dichter einmal formuliert hat. Die zitierte Bewegung in der politischen Szene erfahren auch andere Institutionen, vornehmlich die Sozialpartnerschaft und die diese tragenden Verbände, vor allem jene mit Pflichtmitgliedschaft.

Überschattet und gefördert werden diese Entwicklungen zum einen durch die »Vierte Gewalt«, die unkontrollierte Macht der Massenmedien, zum anderen durch das Streben zum gemeinsamen Markt in Europa, zugleich aber zu einem Europa der Regionen. Labilität und Unsicherheit bestimmen vor allem das Geschehen in den früheren Volksdemokratien und in der Sowjetunion, auch daran kann Österreich nicht teilnahmslos vorbeigehen.

Die FPÖ hat nun ihren festen Platz in der österreichischen Innenpolitik eingenommen, es ist anzunehmen, daß ihr bei den kommenden regionalen Wahlgängen neuerlich Gewinne zufallen werden, woran sich Überlegungen über Konsequenzen für die Politik im Bund anschließen könnten, ja müßten. Die Koalition, deren Notwendigkeit angesichts der erwähnten Unsicherheiten aus persönlicher Sicht nicht angezweifelt werden soll, ist unter nicht günstigen Vorzeichen angetreten, sie hat mit der Erstellung des Budgets 1991 kein überzeugendes Zeichen ihrer Stärke und Zu-

kunftsorientierung gegeben, sie ist vor allem durch die Desintegrationserscheinungen innerhalb des kleineren Partners in ihrer Handlungsfähigkeit betroffen. Der größere Partner wieder demonstriert nach außen mehr Stärke und Geschlossenheit, als nach jüngsten Vorgängen gerechtfertigt wäre, dies alles überdeckt durch das ungebrochene Prestige des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden.

In weiten Kreisen der Bevölkerung regt sich wachsendes Unbehagen über die politischen Zustände, die Protesthaltung – ob begründet oder nur oberflächlich motiviert – nimmt zu, politische Frustration paart sich mit dem Willen nach Veränderung und politischer Aktivität. Der Wähler ist, wie gesagt, beweglicher geworden, die Trennlinien bei Wahlen gehen durch die Familien, man wählt nicht mehr aus Tradition oder »Angst« vor dem Vater oder Ehepartner.

Dies alles ist der FPÖ zugutegekommen, sie hat dank einer charismatischen Führungspersönlichkeit daraus ihre Erfolge abgeleitet, der österreichische »Zeitgeist« (siehe oben) kommt ihr keineswegs unverdient zugute.

In diesem Zusammenhang ein klares, notwendiges Wort: Es ist ebenso frivol wie dumm, die FPÖ deswegen in die »nationalsozialistische« oder »faschistische« Ecke drängen zu wollen. »Lernen Sie Geschichte, Herr Redakteur«, möchte man Bruno Kreisky zitieren, wenn es um die Verbohrtheit und Voreingenommenheit so manchen Politikern und Publizisten hierzulande geht. Selbst wenn der vielgeschundene Begriff »national« herangezogen wird, muß füglich darauf hingewiesen werden, daß das mit »nationalsozialistisch« sehr wenig zu tun hatte und hat. Und was das »Liberale« betrifft, so möge endlich einer diesen Begriff klären. Das meiste, was sich heutzutage unter »liberal« tarnt, hat mit dem Liberalen im echten Verständnis nichts zu tun. Hier rächen sich auch die einseitige Durchdringung des Faches Zeitgeschichte ebenso wie der geringe Bildungs- und Informationsstand vieler Meinungsbildner. Darum täte die FPÖ sehr gut daran, sich mehr und intensiver der geistigen Auseinandersetzung nicht nur reagierend, sondern offensiv und fundiert zu stellen.

Ansätze hierfür sind dankenswerterweise vorhanden. Politische Arbeit bedarf nämlich auch der geistigen Grundlegung, sie bedarf vor allem der publizistischen Aufbereitung, diese nicht nur auf das Tagesgeschehen hin orientiert.

Wir sind also – die einleitenden Bemerkungen haben es hinlänglich gezeigt – auf dem Weg in die III. Republik, beziehungsweise wir stehen schon in ihr. Das stellt auch an die FPÖ neue Anforderungen. Die wichtigste heißt: regierungsfähig werden. Was ist damit gemeint? Vom Negativen her betrachtet: So wie 1983, bei der Bildung der Kleinen Koalition, darf es nicht mehr

zugehen! Ein sachlich unvorbereitetes Team mit erheblichen Kompetenzschwierigkeiten wird Regierungspartner und erfüllt seine Aufgaben schlecht bis hin zur Lächerlichkeit. Man erspare uns signifikante Beispiele.

Und noch einmal ein Rückgriff auf die FPÖ-Geschichte. Der in den sechziger und siebziger Jahren zahlenmäßig kleine Parlamentsklub bewies, daß auch geringe Quantität in höchste Qualität umschlagen kann: Ergebnis starker, eigenständiger Persönlichkeiten und vor allem eines ungeheuren Fleißes, eines stupenden Arbeitspensums und vieler sehr originärer Vorschläge, dies alles ohne die heute gegebene Infrastruktur. Namen wie Peter Gredler, Van Tongel, Broesigke, Kandutsch mögen hier stellvertretend genannt werden. Das kann der Verfasser aus eigener Kenntnis bezeugen. Erinnert sei etwa auch an die sehr guten Relationen, die der legendäre Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Dr. Fetzer, zu diesen Persönlichkeiten unterhielt, der, obwohl dem Kreise um Heinrich Brüning entstammend, als gelernter Österreicher den Jüngeren immer einschärfte: »Es wird immer ein ›drittes Lager‹ in Österreich geben.« Dem Verfasser steht es nicht zu, das gegenwärtige Parlamentsteam der FPÖ auf diese Dimension hin zu untersuchen, er will das Gesagte positiv gewertet wissen: als Ermunterung zu intensiver Sacharbeit, zur Erstellung von Problemlösungen für die dringenden Fragen der Republik, immer gestützt auf Grundlagenarbeit, nicht nur auf geschickte Präsentation.

Das gilt in hohem Maße für den Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, auch und gerade im Hinblick auf die Integration Europas, die schon in den fünfziger Jahren in der FPÖ ihre motorische Kraft hatte. Gruppierungen, die eine »nationale« Komponente haben, neigen leider immer dazu, das Ökonomische, aus welchen Motiven immer, für gering zu achten. Angesichts des beklagenswerten Abbaues an Wirtschaftskompetenz der Österreichischen Volkspartei eröffnet sich hier für die FPÖ ein weites Feld, das allerdings nur mit Sachkunde bestellt werden kann. Das Land schreitet geradezu nach neuen Lösungsansätzen für viele Probleme, wobei klar zwischen utopischen Visionen und phantasievollen, aber realistischen Wegen zu unterscheiden ist. Der Wähler hat darauf ein Anrecht, er will und muß wissen, a) was die Partei zu diesem oder jenem Thema zu sagen hat, und b) welche Person dieses Thema »trägt«, damit also Schattenkabinettsmitglied ist. In einem Satz: Die Freiheitliche Partei muß, ohne Charme und Reiz einer Opposition (noch dazu einer sehr wortgewaltigen und vitalen) zu verlieren, demonstrieren, daß sie ein ernstzunehmender staatspolitischer Faktor ist und diese Rolle auch wahrnehmen will. Das vielzitierte »Humankapital« hierfür ist vorhanden, es sollte im Interesse dieser »III. Republik« so intensiv wie möglich genutzt werden!

POLITIK MIT REFORMATORISCHEM ZUG

von Viktor Reimann

Fünfunddreißig Jahre mögen in einer so schnellebigen Zeit, wie es die gegenwärtige ist, für eine Partei geringfügig erscheinen, doch gingen in dieser Zeitspanne weltpolitische Umwälzungen vor sich, die noch vor einigen Jahren mit dem Wort »undenkbar« abgetan worden wären. Die europäischen Oststaaten, vom US-Präsidenten Roosevelt und vom britischen Premierminister Churchill als Dankesopfer dem sowjetischen Diktator Stalin dargebracht, erhielten vom Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow ihre Selbständigkeit zurück, ein Ereignis, das zwar vom Golfkrieg eine Zeit lang überschattet wurde, doch bald wieder das Hauptinteresse auf unserem Kontinent beanspruchen wird.

Als »undenkbar« wäre vor Jahren auch die Ansicht bezeichnet worden, daß es ab 1991 nur mehr eine Supermacht in der Welt gibt, die USA, während sich die Sowjetunion mit dem Rang einer Großmacht begnügen muß, falls sie nicht gar in einen Bürgerkrieg gerät und als Reich zerfällt. Hingegen könnte das Vereinte Europa die zweite politische Großmacht der Zukunft und neben Japan zur wirtschaftlichen Supermacht werden.

Wenn weltweit politische Überraschungen, man möchte fast sagen, politische Wunder geschehen, dann setzt es kaum noch in Erstaunen, daß auch innenpolitische Wandlungen vor sich gehen, die noch vor Jahren niemand für möglich gehalten hätte. 34 Jahre nach ihrer Gründung ist aus der Kleinpartei FPÖ eine Mittelpartei geworden, die ihren Mandatsstand innerhalb von fünf Jahren verdreifacht hat, während die ÖVP die Bezeichnung Großpartei gerade noch mit Mühe aufrecht erhalten konnte. Der Hinweis mag etwas vermessen erscheinen, doch drängt er sich auf: Die Veränderungen in der Weltpolitik haben in Österreich eine Parallele: Die SPÖ bleibt unbestritten Großpartei, die ÖVP könnte leicht zur Mittelpartei herabsinken, während die FPÖ Chancen hat, noch höher aufzusteigen und die ÖVP von der zweiten Stelle zu verdrängen. Darüber besteht offensichtlich kein Zweifel, daß der fortgesetzte Aufstieg der FPÖ ein ebenso unerwartetes Ereignis ist, wie es die Geschehnisse in Europa seit 1989 sind.

Die dritte Kraft in Österreich begann 1949 mit der Gründung des VdU, dessen erstes Auftreten bei den Nationalratswahlen im gleichen Jahr zu einem großen Erfolg führte. Dieser war umso höher einzuschätzen, als die sowjetische Besatzungsmacht gemeinsam mit den Kommunisten im Osten Österreichs jede Wahlwerbung für die neue Partei verhinderten. Auch das außergewöhnlich gute Abschneiden des VdU bei den folgenden Wahlen in den Landeshauptstädten und in den Großbetrieben konnte als Sensation gewertet werden.

Diese Erfolge verspielte die Partei wegen der Zwigigkeiten innerhalb der eigenen Reihen. Sie brachen zwischen den Anhängern des liberalen und nationalen Flügels aus und führten letztlich

zur Auflösung des VdU. Ein großer Teil der führenden Funktionäre des VdU trat jedoch der FPÖ bei, so daß ein klagloser Übergang zustande kam. Der Verlust von acht Mandaten bei ihrem ersten Auftreten gegenüber der Nationalratswahl von 1953, als noch der VdU kandidierte, mochte auch daran liegen, daß man das nationale Element überschätzt hatte, was durch die Wahl Dipl.-Ing. Anton Reinthallers zum Parteiohmann, an dessen persönlicher Ehrenhaftigkeit kein Zweifel bestand, dessen hohe Parteifunktionen im Dritten Reich aber doch zu sehr an eine düstere Vergangenheit erinnerten, noch verstärkt wurde. Darunter litt die Partei nahezu 30 Jahre und zitterte bis zur Wahlreform unter Kreisky bei jeder Nationalratswahl um ihr Verbleiben im Parlament.

Dabei hatten die Parteiohänner, Friedrich Peter und Norbert Steger, das liberale Element bewußt gefördert, ohne daß sich dies stimmenmäßig ausgewirkt hätte. Die Lage änderte sich erst, als Jörg Haider die Obmannschaft antrat. Es wirkt fast wie ein Wunder, wenn man bedenkt, unter welchen Umständen seine Wahl zum Parteiohmann vor sich ging, als der Parteitag in Innsbruck im Herbst 1986 einen politischen Sturm entfachte, so daß es für einen Augenblick aussah, als fegte er die Partei von der politischen Schaubühne. Aber gerade das Gegenteil trat ein. Die Partei wuchs trotz erbitterter Angriffe von Seiten der in- und ausländischen Massenmedien.

Das Hauptverdienst für diesen Aufstieg gebührt dem neugewählten Parteiohmann, der außergewöhnliche politische Führungsqualitäten entwickelte und nach Kreisky's Abgang aus der Politik der einzige österreichische Politiker ist, der über Charisma verfügt. Der Zwist zwischen national und liberal, der soviel Schaden in der Entwicklung der dritten Kraft angerichtet hatte, besitzt keine oder nur geringe Bedeutung mehr, obwohl er auf dem umstrittenen Parteitag in Innsbruck so wichtig erschien. Es gibt zwar noch immer Töne, die an Vergangenes erinnern, doch sie gehen unter, weil sich die Partei mit ihrer alle anderen Probleme zur Seite drängenden Stellungnahme zu den aktuellen Problemen profiliert, nicht aber mit dem Redeschwall um die Vergangenheit, die sowieso nicht mehr ungeschehen gemacht werden kann.

Haiders Politik hat einen reformatorischen Zug. Er läuft gegen das Unzeitgemäße in der Politik Sturm, weshalb er auch die beiden Großparteien »alte« Parteien nennt, die Angst vor durchgreifenden Reformen haben, weil sie durch diese ihre Privilegien gefährdet sehen. Abgesehen von den Anfangszeiten des VdU hat die dritte Kraft in Österreich nie mehr so konsequent die Sünden der Großparteien angeprangert wie die FPÖ unter Haider. Dieser spricht von einer Zeit der Wende. Was nicht mehr dem Zeitverständnis entspricht, gehört weg. Es mutet geradezu peinlich an,

wenn so heftig gegen die Privilegienwirtschaft der hinweggefegten kommunistischen Regime zu Felde gezogen wird, unsere Regierungspolitiker aber ihre eigenen Privilegien wie zähnefletschende Hunde ihre Futterschüsseln verteidigen. Kreisky, der wie kein anderer Politiker in Österreich ein Gefühl dafür besaß, was der Bevölkerung zugemutet werden kann, erfand die Parolen von der »Transparenz« und »Durchflutung aller Institutionen mit Demokratie«. Er täuscht sich aber in der Reformfähigkeit seiner Partei, was mit Zureden nicht gelang, muß nun im harten Kampf erzwungen werden.

Gibt es Gefahren für den weiteren Aufstieg der FPÖ?

Eine scheint mir zu sein, daß die Aufbruchstimmung erlahmen könnte. Der Österreicher hat einen Hang zur Resignation. Auch müßte das Verständnis zwischen Haider und der Partei demokratischer werden. Das aber kann nur geschehen, wenn Haider mehr profilierte Persönlichkeiten heranzieht, und nicht, wie es öfter den Anschein hat, abstößt oder auf ein Nebengeleise abschiebt. Ferner darf die Gefahr der Grünen nicht unterschätzt werden. Sie besitzen zwar keinen Haider, haben aber einige kluge Köpfe und entwickeln einen ungewöhnlichen Fleiß. Außerdem erfreuen sie sich der Gunst des ORF, wo sie offensichtlich bei einigen Redakteuren als künftige Partner der SPÖ betrachtet werden. Eine Koalition von Sozialisten und Grünen liegt im Bereich der Möglichkeiten.

Eine Schwäche Haiders ist, daß er in Kärnten residiert, das ist, wenn nicht gerade in Jugoslawien ein Bürgerkrieg ausbricht, weit weg vom politischen Geschehen. Darunter litt schon der VdU am Anfang seiner Tätigkeit, als die Parteizentrale in Salzburg war. Dabei wurde Salzburg damals während der Besatzungszeit als heimliche Hauptstadt Österreichs gewertet, und nicht wenige spekulierten eine zeitlang, daß es zu einer Aufteilung Österreichs kommen könnte. Weil nun Haider wegen seiner Position als Kärntner Landeshauptmann in der nächsten Zeit voraussichtlich nicht in Wien residieren kann, müßte er in der Bundeshauptstadt eine Art zweite Zentrale errichten, mit einem hochrangigen Stellvertreter, wofür Heide Schmidt aus mehreren Gründen die geeignete Kandidatin zu sein scheint. Als Obfrau der FPÖ würde sie eine ausgezeichnete Ergänzung zu Haider bilden, besitzt sie doch ein offenes Wesen, Charme, Klugheit und verbale Sicherheit; Pluspunkte, über die nur wenige Politiker in unserem Land verfügen.

Mit dem erfahrenen Klubobmann Dr. Gugerbauer zur Seite, könnte sie in der Bundeshauptstadt ein parteipolitisches Leistungszentrum aufbauen.

An ihrem nächsten großen Parteiubiläum könnte, wenn die Sterne so günstig bleiben, die FPÖ die Geschehnisse unseres Landes als Regierungspartner lenken. Dann dürfte sich die Welt

noch um Etliches verändert haben, und in Österreich wird *die* Partei das größte politische Gewicht besitzen, die sich als die reformfreudigste erwiesen hat.

(Im Ueberreuter-Verlag erschien ein neues Buch von Viktor Reimann »Ungewöhnliche Gespräche« mit Portraits von Heinrich von Srbik, Emil Jannings, Roman Scholz und Jörg Haider sowie letzte Gespräche mit Bruno Kreisky.)

DAS »DRITTE LAGER« IN DER ERSTEN REPUBLIK

von Walter B. Simon

*»Der Historiker ist kein Richter sondern ein Zeuge.«
(Herbert Butterfield)*

Im Schatten der dramatischen Konflikte, an welchen die Demokratie in der Erste Republik Österreich gescheitert ist, wird die konstruktive Zusammenarbeit demokratischer Politiker oft übersehen. Diese war nämlich undramatisch. Ohne diese Zusammenarbeit hätte die Demokratie jedoch nicht vierzehn Jahre lang funktioniert. Dabei ist auch die Grundlage geschaffen worden, auf der die Zweite Republik aufgebaut worden ist.

Es obliegt uns nicht, Urteile über die Politiker zu fällen, deren ideologische Verwirrung zum Zusammenbruch der Demokratie beigetragen hatten. Alle Urteile hat die Geschichte gefällt. Es waren harte Urteile, und wir haben diesen nichts hinzuzufügen. Relevant für das politische Verständnis ist jedoch die Einsicht, daß die Politiker damals überaus schwierige Entscheidungen in Krisen treffen mußten, für die es keine Präzedenzfälle gab. Daher haben sich viele Politiker aller drei Lager an Ideologien orientiert, die sich als Irrlichter erwiesen haben, die in den Abgrund führten. Gemeinsam war diesen Ideologien das völlig wirklichkeitsfremde Ziel einer völlig konfliktfreien perfekten Gesellschaft, in der sich die Demokratie erübrigt. Umso mehr obliegt es uns, die Politiker der ersten Republik zu würdigen, deren Zusammenarbeit die neu gegründete Republik aus dem Chaos nach dem Ersten Weltkrieg geführt hat. Dabei war es u. a. eine anerkennenswerte und ungenügend gewürdigte Leistung, daß Österreich anarcho-bolschewistische Revolutionen erspart geblieben sind, welche an Österreichs Grenzen in Bayern und Ungarn viel Unheil angerichtet haben. Es war eine anerkennenswerte Leistung demokratisch gesinnter Politiker aller drei Lager, daß die Demokratie unter besonders ungünstigen Umständen vierzehn Jahre lang funktionsfähig geblieben ist. Diese Zusammenarbeit politischer Gegner im Schatten großer Spannungen und bedroht von sporadisch ausbrechender politisch motivierter Gewalt sollte auch künftigen Politikern als Vorbild und Beispiel dienen, wenn diese in Zeiten von rasantem gesellschaftlichem Wandel Entscheidungen treffen müssen, für die es keine Präzedenzfälle geben wird. Sie sollten dann dem Versuch widerstehen, sich an unverwirklichbaren ideologischen Zielen zu orientieren.

Zur Bewahrung der Demokratie haben auch Politiker des Dritten oder nationalliberalen Lagers einen wesentlichen Beitrag geleistet, der Anerkennung verdient. Deren Verdienste werden übersehen, weil nach dem Durchbruch der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Hitlers in Deutschland diese Partei auch in Österreich im Jahr 1932 zu einer Massenpartei geworden ist.

Sie wurde damit zur Partei des Dritten oder nationalen Lagers in Österreich. Dabei ist anzuerkennen, daß noch im Winter 1933, ein Jahr nach Hitlers Machtübernahme in Deutschland und bis zum endgültigen Zusammenbruch der Demokratie in Österreich sich eine beachtliche Anzahl von Politikern des national-liberalen Lagers weiterhin zu den schwarz-rot-goldenen Farben der zu dieser Zeit nicht mehr existierenden deutschen Republik bekannten. Zwar erreichte das Dritte Lager seinen Höhepunkt in der Wählergunst in den epochalen Wahlerfolgen von Hitlers NSDAP im Jahr 1932, doch ging dies darauf zurück, daß damals auch zahlreiche Wähler der beiden anderen Lager zu ihr übergingen. Bis zum Jahr 1933 waren nämlich alle Österreicher – mit Ausnahme der Monarchisten – für den Anschluß gewesen. Dabei betrachteten übrigens auch manche Monarchisten die gegen den ausdrücklichen Willen der großen Mehrheit der Österreicher aufgezwungene Souveränität als eine unbillige Verletzung des Prinzips des »Selbstbestimmungsrechts der Völker«, welches die Siegermächte als ihr Kriegsziel deklariert hatten. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland bekannten sich weiterhin die meisten Anhänger des »roten« wie des »schwarzen« Lagers als Deutsche und deklarierten ihren Wunsch nach einem Anschluß für die Zeit nach dem Fall der nationalsozialistischen Diktatur.

Da es von 1933 bis 1945 weder Wahlen, noch zuverlässige Meinungsumfragen in Österreich gegeben hat, steht es jedermann frei, nach Gutdünken abzuschätzen, wieviele Österreicher tatsächlich den Anschluß befürworteten. Man kann mit Sicherheit annehmen, daß es mehr als die 20% waren, die bereits im Jahr 1932 für die NSDAP gestimmt hatten. Die 99% »Ja«-Stimmen für den Anschluß bei der Volksabstimmung vom 10. April 1938 beruhten jedenfalls auf einem anmaßenden Schwindel, welcher für totalitäre Regime charakteristisch ist. Zahlreiche Anhänger der beiden großen traditionellen politischen Lager sind nämlich ihren Prinzipien treu geblieben und lehnten das Regime ab. Das gilt auch für die Anhänger des Dritten Lagers, deren Überzeugungen von ihrer national-liberalen Tradition geprägt worden waren.

Liberalismus und Nationalismus entstanden zusammen im Sog der zunehmenden Alphabetisierung, welche für eine Literatur in den Volkssprachen den Anstoß gab. Damit entwickelte sich die nationale Identität und ein eigenständiges nationales Bewußtsein, mit dem das aufsteigende Bürgertum den übernationalen Adel und die übernationalen Dynastien konfrontierte. Dabei entwickelte sich im Sinne Herders vorerst ein Nationalismus, der das eigene kulturelle Erbe pflegte und gleichzeitig die Achtung vor dem kulturellem Erbe anderer Völker förderte. Diese Einstellung beruhte auf Einsicht, daß jede Kultur ihren eigenen Wert hat, der

über schöpferische interkulturelle Kontakte die Kultur anderer Völker bereichert und von ihnen bereichert wird. Verwurzt ist diese Einsicht im stoischen Prinzip »nichts Menschliches ist mir fremd«, zu dem sich mit Goethe alle Klassiker der großen deutschen Literatur bekannten. Diesem aufgeklärten und humanistischen liberalen Nationalismus steht der nationale Chauvinismus gegenüber, dem in seiner Kulturlosigkeit nichts Fremdes menschlich ist.

Der für den Liberalismus charakteristische Fortschrittsglaube ist oft nicht imstande, Belastungen zu bewältigen. Dadurch kann Toleranz, die in einem wirklichkeitsfremden Optimismus verwurzelt ist, in einen intoleranten Pessimismus umschlagen. Die politische Mäßigung der Liberalen beruht daher allzu häufig nicht auf gesinnungsfester Überzeugung, sondern auf einer behaglichen Bequemlichkeit. Folglich vermeiden manche Liberale entweder ernste Konflikte oder sie werden selber militante und intolerante Extremisten. Daher hat der Liberalismus in Konfrontation mit den politischen Aspekten der Mehrsprachigkeit zumeist kläglich versagt. Die Frage des Sprachgebrauchs in der Verwaltung, der Gerichtsbarkeit und in den Medien führt nämlich weltweit zu Konflikten, die schwer zu lösen sind, da hier Maßnahmen die Aussichten im Berufsleben entscheidend bestimmen.

Bei wirtschaftlichen Interessengegensätzen erleichtert die Berechenbarkeit von Konfliktkosten die Einigung auf Kompromisse. Bei religiösen Gegensätzen spielt religiöse Toleranz eine entscheidende Rolle.

Mit der zunehmenden Bedeutung der Sprache in Wort und Schrift im Berufsleben werden dagegen weltweit die diesbezüglichen Konflikte immer heftiger. Bei den sogenannten »nationalen Konflikten« geht es fast immer um Regelungen des Gebrauchs der Sprache. Seit einiger Zeit werden diese Konflikte als »ethnische Konflikte« bezeichnet, was jedoch zu deren Lösung nichts beiträgt. Ursprünglich waren die Universitäten Hochburgen des Liberalismus. Da aber Akademiker in ihren Berufsaussichten von den Bestimmungen abhängen, welche den Gebrauch der Sprache im Bildungswesen, in der Verwaltung und in den Medien bestimmen, werden dabei aus anfänglich weltoffenen Liberalen nicht selten intolerante nationale Chauvinisten. Daher scheiterten nicht nur die Donaumonarchie, sondern noch mehr deren Nachfolgestaaten an dieser sogenannten »nationalen Frage«. Gescheitert ist an dieser Frage vor allem der Liberalismus.

Im Dritten Lager entwickelte sich eine besonders weite ideologische Fächerung. An einem Ende dieses weiten Spektrums wurde und wird weiterhin ein weltoffener kosmopolitischer Liberalismus im Sinne der deutschen Klassiker gepflegt. Am anderen Ende dieses Spektrums entstand ein militanter intoleranter

nationaler Chauvinismus, der schließlich im Nationalsozialismus mündete. Zwischen diesen beiden Extremen ist ein gemäßigter Nationalismus entstanden, der sich mit der blauen Blume der Romantik identifizierte und dem daher die blaue Kornblume als Symbol diente. Diesem gemäßigtem Nationalismus war es bestimmt, als das Dritte Lager in der Ersten Republik eine bedeutende konstruktive, politische Rolle zu spielen, die derzeit nicht ausreichend gewürdigt wird. Das hängt u. a. aber nicht ausschließlich damit zusammen, daß die seinerzeitige Anschlußbereitschaft der großen Mehrheit der Österreicher verdrängt wird. Die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten aller drei politischen Lager hatten nämlich beschlossen, daß »Deutsch-Österreich« ein Teil von Deutschland werden sollte. Diese Entscheidung der gewählten Vertreter Österreichs ist jedoch im Staatsvertrag von St. Germain von den Siegermächten außer Kraft gesetzt worden. Damit wurde die Erste Republik Österreich der einzige Staat in der Weltgeschichte, der gegen den ausdrücklichen Willen seiner Bürger »souverän« und unabhängig wurde.

Die aufgezwungene Souveränität hat wesentlich zur politischen Polarisierung in Österreich beigetragen. Die Österreicher fügten sich mehr oder weniger unwillig dem Diktat der Siegermächte, aber sie gaben die Loyalität, welche Bürger normalerweise ihrem Land geben, ihren Parteien. Diese hatten ihre eigenen Hymnen, ihre eigenen Fahnen und sogar ihre eigenen militärischen Formationen. Daher waren die Anhänger der drei Lager unterschiedlichen politischen Zielen verbunden. Im »schwarzen« oder klerikal-konservativen Lager war trotz der bereitwilligen Zustimmung zum Anschluß an Deutschland eine Nostalgie nach der guten alten Zeit in der Donaumonarchie vorherrschend. Am rechten Flügel dieses Lagers setzte sich zunehmend die Philosophie von Othmar Spann durch, welche letzten Endes im autoritären Regime der Jahre 1933–1938 zum Tragen kam. Für die Sozialdemokraten war der von ihnen befürwortete Anschluß an Deutschland ein Schritt in die Richtung der weltweiten klassenlosen Gesellschaft im Sinne von Karl Marx. Sowohl in der von den Marxisten angestrebten »Basisdemokratie« wie in dem von Spann erträumten autoritären Ständestaat erübrigt sich natürlich die »bürgerliche« oder parlamentarische Demokratie.

Die im Parlament vertretenen »nationalen« Parteien, die Großdeutsche Volkspartei und der Landbund, trugen trotz ihrer Vorbehalte gegen die aufgezwungene Eigenstaatlichkeit zur Erhaltung der Demokratie wesentlich bei. Vom Dezember 1920, als die Sozialdemokratie in die Opposition ging, bis zum Frühjahr 1932 nahmen die nationalen Parteien an Regierungskoalitionen mit einer kurzen Unterbrechung (im Herbst 1930) teil. Im Frühjahr 1932 ging die Großdeutsche Volkspartei in die Opposition. Zu

dieser Zeit ging ein großer Teil ihrer Wähler zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Adolf Hitlers; diese war in Österreich wie zwei Jahre vorher in Deutschland von einer unscheinbaren Randpartei zu einer Massenpartei geworden. Der damals rasch aufsteigenden Partei Hitlers in Österreich gelang es, auch Wähler der beiden großen Parteien der anderen Lager anzuziehen. Dabei ist vielleicht bemerkenswert, daß sowohl die Sozialdemokratische Partei als auch die Christlich-Soziale Partei ihre Wähler in ihren Hochburgen unvermindert halten konnten, aber dort große Verluste erlitten, wo sie schon immer schwach gewesen waren.

Die Person von Dr. Johannes Schober verdient in der Geschichte der Ersten Republik Österreich besondere Aufmerksamkeit:

Als Polizeipräsident von Wien war er von der lauterer Beamtentradition der Donaumonarchie geprägt worden. Diese ist gerade in den zuvor besonders unzufriedenen Kronländern nach deren Zerfall besonders gewürdigt worden. Als Politiker und als Staatsmann wirkte er in der besten Tradition eines liberalen Nationalismus, dessen Wurzeln in der Blütezeit der deutschen Klassik verankert sind. Zum Unterschied von den meisten anderen österreichischen Politikern der ersten Republik wurde Schober überhaupt nicht von unverwirklichbaren perfektionistischen Zielen beeinflusst, welche im Gegensatz zur notwendigerweise unperfekten Demokratie stehen. Schobers politische Mäßigung beruhte ganz und gar nicht – wie dies bei vielen gemäßigten Politikern allzu häufig der Fall ist – auf Bequemlichkeit und Anpassungswillen, sondern auf Überzeugung.

Als Polizeipräsident setzte Dr. Schober am 15. Juli 1927 bewaffnete Polizei gegen einen gewalttätigen gesetzlosen Mob ein. Dabei war es nicht Schobers Schuld, daß die auf derartige Aktionen völlig unvorbereiteten Polizisten durchdrehten und zu weit gingen (die Verantwortung liegt hier zur Gänze bei einem völlig verantwortungslosem Journalismus, welcher den Aufruhr unbedenklich provoziert hatte).

Mäßigung motivierte Schobers Vorgehen als Bundeskanzler gegen deklarierte faschistische Rechtsradikale, die ihn anfänglich auf Grund seiner konsequenten Haltung als Polizeipräsident als den »starken Mann« einschätzten, von dem primitive Rechtsextremisten weltweit träumen (in diesem Zusammenhang wäre zu erwähnen, daß drei Jahrzehnte später Rechtsradikale in Frankreich in ihrem Bedürfnis nach einem starken Führer auf General de Gaulle setzten, der sie gleichfalls auf das Bitterste enttäuschte).

Eine Leistung von besonderer Tragweite war die Verfassungsreform von 1929, welche Schober als Bundeskanzler unter besonders schwierigen Umständen im Schatten einer bedrohli-

chen Bürgerkriegsgefahr in Zusammenarbeit mit Politikern aller damals im Parlament vertretenen Parteien zustande gebracht hat. Hier zeigte Schober, wie ein demokratischer Politiker in Krisen seinen demokratischen Gegnern näher steht als den Extremisten des eigenen Lagers.

Die Verfassungsreform von 1929 war ein epochaler Erfolg der demokratischen Kräfte aller drei Lager und ein bleibendes Denkmal für den damaligen Bundeskanzler Schober, dessen Initiative diese Zusammenarbeit eingeleitet hatte. »Ein bleibendes Denkmal«, denn die Verfassung von 1929 ist seit 1945 neuerlich die Verfassung der Republik.

Als Außenminister wurde Dr. Schober Vorkämpfer der europäischen Gemeinschaft, als er im Frühjahr 1931 Verhandlungen zur Gründung einer Zollunion mit Deutschland einleitete.

Dies war nicht als erster Schritt zu einem Anschluß gedacht, sondern als Vorstufe zu einer europäischen Zollunion, in welcher alle Staaten willkommen gewesen wären. Die Folgen der damaligen weltweiten Wirtschaftskrise, welche übrigens in vieler Hinsicht manche Theorien und Vorhersagen von Karl Marx bestätigten, sind damals durch eine engstirnige und kurzsichtige Zollpolitik zusätzlich verschärft worden. Dennoch erhoben Frankreich und dessen Bundesgenossen Einspruch und riefen den Internationalen Gerichtshof in Den Haag an. Dieser entschied mit acht gegen sieben Stimmen, daß die vorgeschlagene Zollunion zwar nicht gegen die Friedensverträge des Jahres 1919 verstoße, aber im Widerspruch zum »Genfer Protokoll« von 1922 stehe, unter welchem das zu dieser Zeit völlig bankrotte Österreich Sanierungskredite erhalten hatte.

Damit war die letzte Gelegenheit für eine friedliche und einverständliche Revision des Diktatfriedens von Paris ebenso endgültig vertan wie die Gelegenheit zur Milderung der Weltwirtschaftskrise durch Abbau der Schutzzölle. Die Österreicher aller politischen Lager empfanden diese Einschränkung ihres Selbstbestimmungsrechts in Zollfragen begreiflicherweise als eine unbillige Demütigung. Man kann mit Sicherheit annehmen, daß diese neuerliche Einschränkung von Österreichs staatlicher Souveränität den Nationalsozialisten in Österreich weiteren Auftrieb gab. Dieser zeigte sich dann am 24. April 1932 bei Landtags- und Gemeinderatswahlen in Wien, Niederösterreich, Salzburg, der Steiermark und Kärnten.

Es wäre angezeigt, Schober für sein Konzept der Zollunion heute in Straßburg zu ehren. Er käme auch für eine posthume Verleihung der Coudenhove-Kalergi-Auszeichnung wegen seiner Verdienste um die Schaffung eines vereinten Europas in Betracht. In diesem Zusammenhang wäre auch zu würdigen, daß Schober als Polizeipräsident von Wien in einem von ihm einberufenen in-

ternationalen Polizeikongreß die Anregung zur Gründung von Interpol gegeben hat, welche seitdem im Kampf gegen internationale Kriminalität ständig an Bedeutung gewinnt.

Die Geschichte hat Schobers weltoffenen kosmopolitischen nationalen Liberalismus überrollt und zur Seite geschoben, aber dessen Prinzipien bestätigt und gerechtfertigt. Diese Prinzipien sollten, zusammen mit der Person Schobers, nicht in Vergessenheit geraten.

Neben der Person Dr. Schobers verdient auch der Landbund gewürdigt zu werden. Dieser wird derzeit in den Lehrbüchern für Zeitgeschichte kaum erwähnt und von Historikern zumeist überhaupt ignoriert. Zu Unrecht: Denn unter allen im Parlament vertretenen Parteien konnte der Landbund am ehesten beanspruchen, ohne jegliche ideologische Vorbehalte auf dem Boden der Demokratie zu stehen. Zum Unterschied von der Großdeutschen Volkspartei hat der Landbund seine Identität bei Wahlen nicht aufgegeben, während die Großdeutsche Volkspartei öfter mit der Christlich-Sozialen Partei bisweilen gemeinsam auf Einheitslisten kandidierte. Im Jahr 1932 gingen neun Zehntel der Wähler der Großdeutschen Volkspartei, gefolgt von einem großen Teil der Parteiführung, zu den Nationalsozialisten über, während die Verluste des Landbundes an die NSDAP mit denen der beiden großen Parteien vergleichbar blieben.

»Der Landbund für Österreich« ging aus der 1920 gegründeten Deutschösterreichischen Bauernpartei hervor. Die Basis des Landbundes war die protestantische Bauernschaft, seine Hochburgen die Landgemeinden mit protestantischen Mehrheiten in Burgenland, Kärnten, der Steiermark und Oberösterreich. In diesen vier Bundesländern gelang es dem Landbund, auch Anhänger unter der katholischen Bauernschaft anzuziehen, da er in der Vertretung landwirtschaftlicher Interessen nicht auf städtische Wähler Rücksicht nehmen mußte.

Auf Bundesebene arbeitete der Landbund auf das engste mit der Christlichsozialen Partei zusammen und stellte in Koalitionsregierungen häufig den Vizekanzler und den Innenminister. Im Burgenland kam es zu einer häufig übersehenen rot-grünen Koalition zwischen dem Landbund und den Sozialdemokraten, mit dem Landbundführer Dr. Alfred Walheim als Landeshauptmann. Hier vereinte nämlich die Sozialdemokratie mit dem Landbund Fragen des Schulwesens und des Eherechts.

Hier ging es den beiden antiklerikalen Parteien darum, die 1869 im kaiserlichen Teil der Donaumonarchie beschlossenen liberalen Gesetze und Maßnahmen durchzusetzen, welche in dem vorher ungarischen Burgenland nicht gegolten hatten. In dieser Frage stimmten auch im Parlament die antiklerikalen Sozialdemokraten zusammen mit den gleichfalls antiklerikalen nationalen

Parteien. Das beeinträchtigte jedoch nicht die Koalition der beiden nationalen Parteien mit den Christlichsozialen auf Bundesebene.

Nach den chaotischen Unruhen in Wien am 15. Juli 1927 unterstützte der Landbund eine Zeit lang die Heimwehren. An diesem Tag war in Wien der Justizpalast in Flammen aufgegangen, und einige Polizeistationen waren angegriffen worden. Als sich die Heimwehren offen als Faschisten deklarierten, wandte sich der Landbund wie auch die Großdeutsche Volkspartei zusammen mit Dr. Schober von den Heimwehren ab.

Nach Hitlers Machtübernahme in Deutschland bekräftigten die meisten Führer des Landbundes ihr Bekenntnis zur Demokratie und erklärten sich für einen Anschluß an Deutschland für die Zeit nach dem Fall der Diktatur. Während die Großdeutsche Volkspartei im Frühjahr 1932 in die Opposition gegangen war, blieb der Landbund an der Regierung bis zum Herbst 1933 beteiligt. Aus Protest gegen den autoritären Kurs der Regierung Dollfuß legte der Landbundführer Franz Winkler am 17. März 1933 sein Amt als Vizekanzler nieder mit der Begründung:

»Ich wünsche es mit aller Gründlichkeit auszusprechen, daß die von mir geleitete Bewegung nicht den Nationalsozialismus bekämpft, um dem Austrofaschismus den Weg zu ebnen.«

Damit trat der Landbund aus der Regierung aus. Vorher hatte der Landeshauptmann des Burgenlandes, Dr. Alfred Walheim, im Landtag in Eisenstadt erklärt, daß er die autoritären Notverordnungen der Regierung ausschließlich zur Bewältigung einer vorübergehenden Krise akzeptiere. Zusammen mit den meisten anderen Führern des Landbunds bekannte sich auch Walheim weiterhin zu den Farben der damals nicht mehr existierenden deutschen Republik. Der weiterhin erwünschte Anschluß wurde auf die Zeit nach dem Fall der Diktatur in Deutschland verschoben.

Nachdem die Regierung den Boden der Legalität mit der oktroyierten Verfassung vom 1. Mai 1934 endgültig verlassen hatte, schritt der Landbund am 18. Mai 1934 zur Selbstauflösung.

Der Beitrag des Landbundes zur Erhaltung und dem Ausbau der Demokratie in der Ersten Republik verdient besondere Anerkennung. In seiner Landespolitik wie in seiner Bundespolitik hat der Landbund beispielgebend gezeigt, wie man wirksame Interessenvertretung mit prinzipientreuer demokratischer Politik verbindet.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland setzte auch in Österreich die NSDAP auf Übernahme der Macht. Die Regierung Dollfuß war jedoch nicht zu Konzessionen bereit, welche eine solche Machtübernahme in

Österreich ermöglicht hätte. Hier diente das Schicksal der Parteifreunde der österreichischen Christlichsozialen Partei in Deutschland, vor allem das der Führer der Bayerischen Volkspartei, als Warnung.

Daraufhin setzten die Nationalsozialisten auf Destabilisierung des Regimes in Österreich durch wirtschaftliche Sanktionen seitens Deutschlands und auf Terrorakte. Eine »Tausend-Mark-Sperre« für deutsche Touristen und die Terrorakte schädigten die österreichische Wirtschaft, aber die Regierung gab nicht nach.

Am 19. Juni 1933 wurde in Österreich die NSDAP und die ihr angeschlossenen Verbände nach einem mörderischen Terroranschlag verboten. Die Regierung ging aus der Konfrontation gestärkt hervor. Die blinden Terrorakte stießen auch Sympathisanten der NSDAP ab. Unter anderem brach der prominente Wiener Nationalsozialist Dr. Walter Riehl, welcher die Partei im Landtag und im Wiener Gemeinderat vertreten hatte, deswegen mit seiner Partei.

Es ist nicht möglich abzuschätzen, wie viele Österreicher in den Jahren unter der autoritären Diktatur tatsächlich mit dem Nationalsozialismus sympathisierten. Dieser erhielt jedoch eine weitverzweigte Organisation im Untergrund.

Nach dem Bürgerkrieg vom Feber 1934 erhielt die NSDAP Zulauf sowohl seitens verbitterter Sozialisten wie auch von Mitgliedern der Exekutive, welche der Regierung ihren Einsatz im Bürgerkrieg übel genommen hatten. Ebenso stärkte den Nationalsozialismus in dieser Zeit die Arbeitslosigkeit, die vor allem unter Akademikern besonders verhängnisvoll war. Die konservative monetaristische Wirtschaftspolitik verschärfte diese Situation zusätzlich. Die verbotene Partei überstand dadurch auch den mißlungenen Aufstandsversuch vom 25. Juli 1934.

Anfänglich war das faschistische Italien als Garant für Österreichs Unabhängigkeit aufgetreten. Im Juli 1934 hatte Mussolinis Auftreten auf der Seite der Regierung in Wien das nationalsozialistische Deutschland von einer Unterstützung des Aufstandes abgeschreckt. Als sich Hitler und Mussolini näher kamen, schien dies anfänglich die Situation in Österreich zu stabilisieren, doch sollte sich dies in dem Maß ändern, in dem Hitler zum Stärkeren in dieser Partnerschaft wurde. Das Abkommen vom 12. Juli 1936 zwischen den Regierungen in Wien und Berlin durchlöchernte das Verbot der NSDAP in Österreich. Etliche deutsche Zeitungen, vornehmlich unter ihnen die Essener Nationalzeitung, waren dann in Österreich erhältlich. Außerdem entstanden in Österreich zahlreiche nur oberflächlich getarnte »nationale« Verbände, vor allem Turnvereine, die vom Deutschen Reich großzügig subventioniert wurden. Der zunehmende Spielraum der getarnten Verbände bereitete die Entwicklungen im Feber und März 1938 vor, die

zum Anschluß führten. Die Einstellung der Österreicher zum Anschluß im Frühjahr 1938 läßt sich kaum abschätzen. Die Anhänger der vormals illegalen Partei waren natürlich begeistert, und ihr Jubel riß viele mit. Viele waren auch erleichtert, daß der Anschluß ohne Blutvergießen durchgeführt worden war. Man kann annehmen, daß die Zahl der nationalsozialistischen Wähler bedeutend über die 20% gestiegen war, welche diese Partei im April 1932 erreicht hatte. Sie erreichte aber bestimmt nicht annähernd die 99%, welche das Regime bei der Volksabstimmung vom 10. April 1938 für sich beanspruchte.

Unter dem Nationalsozialismus waren die Österreicher besonders weitgehend gespalten. Sie waren in der nationalistischen Führung und unter den Schergen des Regimes überproportional vertreten, aber auch im Widerstand gegen das Regime. Dabei ist bemerkenswert, daß an diesem Widerstand auch Österreicher beteiligt waren, welche unter der autoritären Diktatur des Ständestaates der damals illegalen NSDAP verbunden gewesen waren. Unter diesen waren u. a. rebellierende Wehrmachtsoffiziere, welche sich in Wien am 20. Juli 1944 im Aufstand gegen das Regime kurzfristig durchgesetzt hatten.

Manches spricht dafür, daß vor allem die Nationalsozialisten, die unter dem autoritären Regime illegal tätig gewesen waren, dann unter Hitler mit dem Widerstand sympathisierten. Bei diesen spielte eine prinzipielle Abneigung gegen Willkür und Machtmißbrauch wahrscheinlich eine große Rolle.

Man erwähnt mit Recht häufig die seinerzeitige »schwarzrote Bruderschaft der Lagerstraße von Dachau«. Diese Verständigung zwischen seinerzeitigen Bürgerkriegsfeinden hat wesentlich zur Zusammenarbeit beigetragen, welche den Aufbau der Zweiten Republik ermöglicht hat.

Kaum erwähnt wird jedoch die Kameradschaft zwischen illegalen Sozialisten und Kommunisten einerseits und illegalen Nationalsozialisten andererseits in den Gefängnissen und im Anhaltelager von Wöllersdorf unter der autoritären »schwarzen« Diktatur. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß diese Kameradschaft keine »rassischen« Barrieren kannte. Es sind keine Fälle bekannt, in denen inhaftierte Nationalsozialisten jüdische Mithäftlinge schikaniert hätten, obwohl sie dazu reichlich Gelegenheit hatten.

Die Regierung Schuschnigg hatte, was übrigens auch anerkannt werden sollte, die von Mussolini und Hitler erzwungene Amnestie illegaler inhaftierter Nationalsozialisten auch auf die »Roten« ausgedehnt – dazu gehörte schon Mut.

Viele der amnestierten Juden flüchteten sofort nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus ins Ausland, war ihnen doch klar, daß sie in ihrer Heimat keine Zukunft hatten. Eine

große Zahl von ihnen zog es jedoch vor, ihre Auswanderung sorgfältig vorzubereiten. Aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen mit ihren nationalsozialistischen Zellenkameraden fühlten sie sich nicht unmittelbar bedroht.

Das sollte ihnen teuer zu stehen kommen, denn sehr bald nach der NS-Machtübernahme in Österreich wurden alle Juden, welche unter dem autoritären Regime als Kommunisten oder Sozialisten in Haft gewesen waren, neuerlich verhaftet. Dabei war ihre seinerzeitige Haft unter dem autoritären Regime der einzige Verhaftungsgrund. Einige dieser Juden, welche vorerst gezögert hatten, wurden noch rechtzeitig von früheren nationalsozialistischen Zellenkollegen gewarnt. Dem nationalsozialistischen Bürgermeister von Wien, Neubacher, gelang es, einen früheren Mithäftling, einen sozialistischen Juden, frei zu bekommen. Von den anderen überlebten nur wenige.

Diese Fakten werden von Historikern zumeist überhaupt ignoriert. Die meisten wünschen klare und einfache Geschichtsbilder und vermeiden Widersprüchlichkeiten. Gerade solche Widersprüchlichkeiten können jedoch aufschlußreich sein. Wer jedoch klare und eindeutige Bilder wünscht, mit allem Guten auf der einen Seite und allem Bösen auf der anderen, sollte sich auf Grimms Märchen beschränken und Geschichte sowie Politik anderen überlassen.

UNTERGANG DER WELT DURCH BLAUE MAGIE

von Günther Nenning

Holen wir Atem, es ist noch nicht der Gipfel...

(Karl Kraus, Untergang der Welt durch schwarze Magie, S. 264)

Das österreichische Establishment hat ein gestörtes Verhältnis zur FPÖ, und sie zu ihm. In seltener Übereinstimmung nehmen daran alle politischen Lager teil, die gesamte politische Klasse und die Intelligentsia, die Publizistik und die Wissenschaft, nur nicht die Notare, Zahn- und Tierärzte.

Die Ursache ist watscheneinfach: Verbindungslinien, krumm oder grad, von der FPÖ zum Nazifaschismus. Richtig ist daran sowenig oder soviel: Was immer die FPÖ heute ist, ihr historischer Stammbaum wurzelt in schwarzweißroter Erde. Ihr hundertjähriger Mutterboden ist »national«, genauer »deutschnational«. Und die Deutschnationalen wurden zumeist Nazis. Nicht alle. Gar nicht so wenige Deutschnationale gehörten zu den ersten Opfern Hitlers (Edgar Jung und seinesgleichen). Mein erster Chefredakteur, Heinrich Ritter von Paller, war ein Deutschnationaler, in Graz natürlich, und kam auch noch aus Kärnten. Er war nie ein Nazi geworden, wohl aber ein guter Sozialdemokrat.

Jörg Haider spricht gern von Altparteien. Da hat er völlig recht. Auch die FPÖ ist eine Altpartei. Ihre Ahnenreihe reicht, über die Vorgängerparteien WdU und VdU, direkt zurück ins »nationale Lager« in der Ersten Republik und am Ende der Monarchie.

Verblüffend ist die Kontinuität in der österreichischen Parteiengeschichte. Haiders FPÖ hat jetzt auf Erfolgskurs nicht mehr und nicht weniger als ziemlich genau jene Prozentsätze, die das »nationale Lager« in den letzten Wahlgängen der Dreißigerjahre hatte. Als ob es Faschismus und Weltkrieg nicht gegeben hätte. Alle Parteien sind Altparteien. Partei ist ein altmodisches Möbel aus dem vorigen Jahrhundert, heute nur noch wählerferne Wahlmaschine, Manipulations- und Machtkrokodil, in dessen Eingeweiden Fraktionchen und Persönchen um Sesselchen raufen. Diese Kriterien treffen Rot-, Schwarz-, Blau- und Grünparteien.

Auch neue Parteien sind alte Parteien.

Eine Partei ist eine Partei ist eine Partei.

Seit meinen Büchern »Grenzenlos deutsch« und »Die Nation kommt wieder« grassiert in der FPÖ die Nenningitis. Warum rede und schreibe ich im Dunstkreis der FPÖ? Seit 1945 werden die »Ehemaligen«, angebliche oder wirkliche, unter Verschluss gehalten. Das ist schlecht für die Demokratie. Es ist eine Art umgekehrter Rassismus, Ausgrenzung ist immer intellektuelle Schwäche und Feigheit. Ich will unsere Demokratie mutig und stark.

Das Problem ist kein theoretisches. Von Wahlergebnis zu Wahlergebnis zerbröselt die alte große Zweier-Koalition. Wir kriegen ein zweigipfliges bürgerliches Lager und eine Dreieinhalbparteien-Landschaft. Im bürgerlichen Lager – gespalten vom sozialdemokratischen Innenminister Helmer, der 1949 eine zweite, rechtere bürgerliche Partei zur Wahl ließ – fällt die ÖVP, steigt die FPÖ. Kreisky, schau oba, *dein* Konzept!

Möglicherweise kommt es zur Auswechslung der bürgerlichen Führungspartei. Ich halte das nicht für den Weltuntergang. Vielleicht ist es ein belebender Schock für die Parteileichname. Jedenfalls ist es für mich Anreiz zum Gespräch, Streitbar, freundlich-demokratisch und möglichst wenig arrogant.

IV. Auf geht's. Die FPÖ soll mit dem Unsinn aufhören, daß die österreichische Nation eine Mißgeburt sei. Ich sehe keinen Gegensatz in der Zugehörigkeit zur deutschen und zur österreichischen Nation.

Die Nation ist eine russische Puppe.

In der Nation ist eine Nation ist eine Nation.

Und jede Puppe ist eine komplette Puppe. Die Österreicher sind Deutsche, aber Österreich ist nicht Anhängsel Deutschlands, sondern eine komplette, in Jahrhunderten herangewachsene Nation, mit einer wunderbaren Überfülle sonstiger historischer Bestandteile. Die Geschichte der Nation ist die Geschichte einer Mischkulanz.

Weil die Nation aus Nationen besteht, halte ich Haiders Gerede vom »Freistaat« Kärnten für hervorragend kontraproduktiv, gemessen am altmodischen, starren Nationalstaat. Statt des phantasielosen bürokratischen Zentralstaates soll es ein Bündel von ungehorsamen »Freistaaten« geben, Föderalstaaten, Bundesländer in einem Länderbund – bunt verschiedene Nationen in der Nation. Im übrigen soll die FPÖ den Mut zu ihrer Herkunft haben. Sie soll sich die nationale Idee nicht madig machen lassen. Gerade in der österreichischen und deutschen Geistesgeschichte ist Nation nicht identisch mit Zentralstaat, sondern mit bunter, Streitbarer, versöhnlicher Nachbarschaft von Kulturen, Sprachen, Geschichten unter einem inter-nationalen Dach.

An seiner historischen Wurzel – in den Freiheitskriegen 1805 ff., in der bürgerlichen Revolution 1848 – ist das Nationale mit dem Demokratischen identisch. Die spätere Spaltung: hie nationales, hie demokratisches Lager – war das typisch österreichische, typisch deutsche Verhängnis für beide: fürs National- wie fürs Demokratiegefühl.

Die beiden wieder unter einen Hut zu bringen – eine nützliche Aufgabe für die FPÖ. Nützliche Aufgaben sind meist heikel.

V Halt, was ist mit dem Liberalen? Ach, das hohe F in der FPÖ, so hoch, daß es keiner derwischt! Was ist liberal an dieser Partei? War's der intelligente Knecht des noch intelligenteren Kreisky? War's gar der von diesem bezauberte Ex-SS-Offizier? Ist's der Krampus Haider, mit größerer Nase als die Mitpolitiker?

Überhaupt Kärnten – da überläuft's jeden fortschrittlichen Geist! Nichts ist deutscher als die Kärntner, weil sie alle Slovenen sind, außer Haider, der ist aus Oberösterreich.

Der sehr ernsthafte Wunsch, den Liberalismus in Österreich wiederzubeleben – kann er vorangebracht werden durch die gegenwärtige FPÖ? Sie hätte hier eine Aufgabe, und er sieht sie wohl auch. Der unheilige Paulus, der allen alles sein will, den Nationalen national, den Liberalen liberal, den Jungen jung, den Protestwählern Populist.

Wenn die anderen, sittlich erlaubten Parteien Wähler fangen, ist es nichts als demokratisch. Wenn Haider Wähler fängt, ist es nichts als populistisch. Zwischen dem griechischen und lateinischen Fremdwort liegt ein Abgrund.

Statt Wortspiel Bierernst:

Liberal – heißt ökonomisch: staatsfreie Wirtschaft mit Lust am Schutz der Schwächeren aller Art, Menschen und Natur.

Liberal – heißt politisch: die Lust an den demokratischen Grundrechten für alle, In- und insbesondere Ausländer. Demokratie heißt immer: mehr Demokratie.

Liberal – heißt kulturell: Lust am Freien, Offenen, Weiten: kärntnerische und slovenische, österreichische und deutsche, mitteleuropäische und gesamteuropäische und weltbürgerliche Nation. Das erst ist die Liberalität des Nationalen.

Oje, dann wäre die FPÖ auch noch eine LPÖ und NPÖ.

AUTORENVERZEICHNIS

Dr. Kurt Waldheim, Jg. 1918, seit 1945 im Diplomatischen Dienst, 1968–1970 Außenminister, 1972–1981 Generalsekretär der Vereinten Nationen, seit 1986 Bundespräsident der Republik Österreich.

Urs Schoettli, Jg. 1948, 1978–1983 Generalsekretär der Liberalen Internationale mit Sitz in London, seit 1983 Geschäftsführender Vizepräsident der Liberalen Internationale. 1983–1990 Südasiakorrespondent der »Neuen Zürcher Zeitung« mit Sitz in New Delhi, seit 1990 Projektleiter Spanien der Friedrich-Naumann-Stiftung mit Sitz in Madrid.

Dr. Fritz Fliszar, Jg. 1941, Bundestagsassistent bei Walter Scheel bis 1972, Leiter des Büros des Staatsministers Karl Moersch im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland 1972–1974, seit 1974 stellvertretender Bundesgeschäftsführer der F.D.P., seit 1991 Vorsitzender der Geschäftsführung und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Friedrich Naumann-Stiftung.

Dr. Max E. Riedlsperger, Professor und Chairman an der California Polytechnic State University »CalPoly«, History Department, geborener Amerikaner österreichischer Abstammung, veröffentlichte 1978 in englischer Sprache das Buch »The Lingering Shadow of Nazism: The Austrian Independent Party Movement Since 1945«. Derzeit arbeitet Professor Riedlsperger an einem Werk über die Geschichte der FPÖ von 1956 bis zur Gegenwart.

Dr. Roland Girtler, Jg. 1941, Kulturwissenschaftler, 1972–1973 Universitätsassistent am Institut für Soziologie der Universität Wien, 1973–1975 Assistent und Lehrbeauftragter an der Universität München, 1979 Universitätsdozent für Soziologie an der Universität Wien, 1988 außerordentlicher Professor. Zahlreiche sozialsoziologische und sozialpsychologische Veröffentlichungen. Leidenschaftlicher Sportler, speziell als Radfahrer, Kletterer und Bergsteiger.

Prof. Herbert Krejci, Jg. 1922, 1956 in die Vereinigung Österreichischer Industrieller eingetreten, 1961 Leiter der Presseabteilung, seit 1979 Generalsekretär der Vereinigung Österreichischer Industrieller.

Dr. Viktor Reimann, Jg. 1915, 1940–1945 als politisch Verfolgter in Haft, 1945 stellvertretender Chefredakteur der »Salzburger Nachrichten«, Mitbegründer des VdU, 1956–1960 Pressechef der Bundestheater, 1972 als Redakteur der »Neuen Kronen-Zeitung« Ressortleiter der Kultur und Kolumnist. Autor zahlreicher Bücher, u. a. »Die Dritte Kraft in Österreich«. Neuerscheinung 1991: »Fünf ungewöhnliche Gespräche« (Kreisky, Jannings, Scholz, Srbik, Haider), Verlag Carl Ueberreuter, Wien.

Univ.-Prof. Walter B. Simon, Jg. 1918, geboren in einer jüdischen Familie in Wien-Döbling, emigrierte 1938 über Irland in die USA. Doktorat an der Columbia-University in New York 1957 mit Dissertation über »The Political Parties of Austria«. Seine Publikationen über österreichische Politik führten 1972 zu seiner Rückkehr nach Wien als Professor für Soziologie an der Universität Wien. Emeritiert 1984.

DDr. Günther Nennung, Jg. 1921, Journalist, 1948–1958 stellvertretender Chefredakteur der »Neuen Zeit« Graz, 1965 Herausgeber und Chefredakteur des »Neuen Forums«, Mitarbeiter der Zeitschrift »profil«. Langjähriger Vorsitzender der Sektion Journalisten im ÖGB, zahlreiche Bücher und Publikationen.

BILDTEIL

*Illustration
und Chronik
zur
Parteigeschichte
1956–1991*



Nach langen Geburtswehen trat die FPÖ auf ihrem Gründungsparteitag am 7. April 1956 im Hotel »Weißer Hahn«, Wien-Josefstadt, offiziell ins politische Leben. Von diesem Gründungsakt, der in äußerst bescheidenem Rahmen stattfand, existiert nur noch dieses Bilddokument. In der Bildmitte Dr. Tassilo Broesigke, damals Landesparteiobmann der FPÖ Wien. (Foto: NFZ-Archiv)

Obmannschaft Anton Reinthallers 1956–1958

7. April 1956: Anton Reinthaller wird auf dem Gründungsparteitag der FPÖ in Wien mit 117 von 124 Stimmen zum Bundesparteiobmann gewählt. **13. Mai 1956:** Bei der ersten Nationalratswahl, zu der sie antritt, erringt die FPÖ sechs Mandate im Nationalrat (283.749 Stimmen, 7%). **16. Juni 1956:** In der konstituierenden Sitzung des neugewählten Nationalrates nimmt die FPÖ Plätze in der Mitte des Sitzungssaals ein. **12. Februar 1957:** ÖVP und FPÖ beschließen, Univ.-Prof. Wolfgang Denk gemeinsam als Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl aufzustellen. ÖVP sagt der FPÖ Wahlrechtsreform zu. **5. Mai 1957:** Bei der Wahl des Bundespräsidenten



*FPÖ-Führungstrio 1956: Heinrich Zechmann, Anton Reinthaller, Willfried Gredler.
(Foto aus Viktor Reimanns »Die Dritte Kraft«)*



Der Händedruck Anton Reinthallers und Max Stendebachs besiegelte die Einigung zwischen Freiheitspartei und VdU. (Foto aus Viktor Reimanns »Die Dritte Kraft«).



Männer der ersten Stunde wie die Verfassungsrechtler Dr. Emil van Tongel und Dr. Helfried Pfeifer prägten von Anfang an den Kurs in Richtung Reform des Rechtsstaates und der Demokratie. (Foto: NFZ-Archiv)

siegt Adolf Schärf über Wolfgang Denk. Die ÖVP hält keine der vor der Wahl mit der FPÖ getroffenen Vereinbarungen ein. **2. Juni 1957:** 2. Ordentlicher Bundesparteitag in Klagenfurt beschließt Kurzprogramm der FPÖ. **20. November 1957:** Nach der großen Protestversammlung der Südtiroler auf Schloß Sigmundskron fordert die FPÖ Anrufung der UNO in der Südtirolfrage. **6. März 1958:** Anton Reinthaller stirbt in seiner Heimatgemeinde Mettmach nach schwerer Krankheit.



FDP-Mitbegründer Thomas Dehler 1964 als Gast auf dem FPÖ Bundesparteitag (links Jörg Kandutsch, rechts Willfried Gredler). (Foto: NFZ-Archiv)



»Zugpferde« in der 1966 nur aus sechs Mann bestehenden FP-Nationalratsfraktion: Emil van Tongel, Gustav Zeillinger, dahinter Otto Scrinzi. (Foto: NFZ-Archiv)



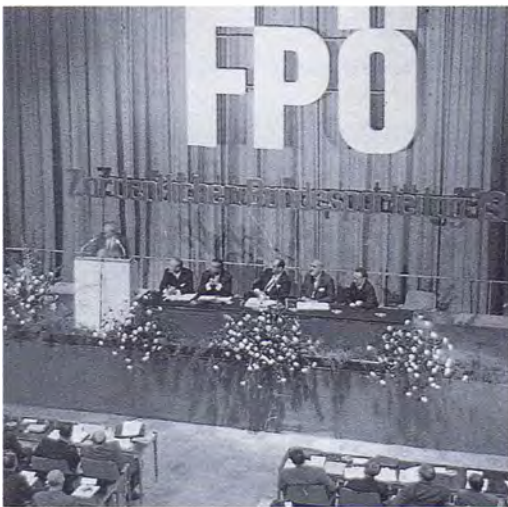
Fritz Stüber und Fritz Ursin (links neben Helfried Pfeifer, Hans Richard Bogner und Friedrich Peter) gingen 1956 eigene Wege mit der von ihnen gegründeten FSÖ, später in DNAP umbenannt. (Foto: NFZ-Archiv)

Obmannschaft Friedrich Peters, 1958–1978

13. September 1958: Auf dem 3. Ordentlichen Bundesparteitag in Salzburg wird Friedrich Peter mit 207 von 224 Stimmen zum Bundesparteiohmann gewählt. Parteitag beschließt »Richtlinien freiheitlicher Politik«. **10. Mai 1959:** Bei der Nationalratswahl holt die FPÖ von sechs auf acht Mandate auf (336.110 Stimmen, 8%). **25. Oktober 1959:** In Wien erringt die FPÖ bei der Gemeinderatswahl vier Mandate (1954 war der VdU aus dem Wiener Gemeinderat hinausgewählt worden). **23. März 1960:** Nationalrat beschließt gegen die Stimmen der FPÖ Beitritt zur EFTA, zur sogenannten »Kleinen Freihandelszone«. FPÖ-Antrag auf Verhandlungen Österreichs mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG, später EG) wird von ÖVP und SPÖ abgelehnt. **6. Juli 1960:** Der Nationalrat beschließt



Wahlnacht 1970: Gewinner Kreisky, Verlierer Klaus, dazwischen Friedrich Peter. (Voravafoto)



Bundesparteitag 1964 in Salzburg: »Salzburger Bekenntnis« stellte die Weichen zur Programmpartei. (Foto: NFZ-Archiv)



Die FPÖ-Nationalratsfraktion 1962 in Berlin, ein Jahr nach Errichtung der Mauer. (Foto: NFZ-Archiv)

das vom VdU bereits 1952 geforderte Landwirtschaftsgesetz. **12. November 1960:** Die UNO nimmt die von Österreich eingebrachte Südtirolresolution an, in der Italien zu Verhandlungen mit Österreich über das Südtirolproblem aufgefordert wird. **7. März 1961:** Der Nationalrat beschließt die Einführung der vom VdU schon 1952 geforderten parlamentarischen Fragestunde. **Sommer 1962:** In Gesprächen zwischen ÖVP und FPÖ (Bundeskanzler Gorbach, Bundesparteiobmann Friedrich Peter) wird eine gemeinsame Regierung von ÖVP und FPÖ nach der Nationalratswahl im Herbst 1962 erörtert. Gorbach bildet trotzdem 1963 wieder eine Regierung mit der SPÖ. **8. Juni 1963:** FPÖ-Entschließungsantrag zur Habsburg-Frage (Einreise Ottos) wird von der FPÖ und SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP beschlossen. Ein zweites Mal wird die ÖVP ebenfalls in der Causa Habsburg am 4. Juli von SPÖ und FPÖ überstimmt.



»Neuling«, wie hier Albert Schmidt, hatten es 1971 nicht leicht, sich neben den altbewährten FP-Parlamentariern durchzusetzen. Unten im Bild: Othmar Meißl. (Foto: Fritz Kern)

Plakat 1969: Erwin Hirnschall als Hoffnungsträger der FPÖ. (Foto: NFZ-Archiv)



10. Juli 1963: Nationalrat beschließt die vom VdU bereits 1949 geforderten Ausführungsgesetze zur Durchführung von Volksbegehren. **3. April 1964:** Jörg Kandutsch wird vom Nationalrat zum Präsidenten des Rechnungshofes gewählt (mit 121 von 137 abgegebenen Stimmen). **14. Juni 1964:** Der 7. Ordentliche Bundesparteitag beschließt das »Salzburger Bekenntnis«, in dem sich die FPÖ erstmals auf die von der Revolution 1848 ausgehende national-liberale Tradition beruft. **16. Juli 1964:** Vereinbarung zwischen SPÖ und FPÖ, eine Reform der Nationalratswahlordnung – notfalls durch KampfAbstimmung – bis spätestens 18. November 1964 im Nationalrat zu beschließen. **17. September 1964:** FPÖ-Wehrsprecher Abg. Wilhelm Kindl legt ein Konzept zur Heeresreform vor. Es enthält u. a. die Verkürzung der Wehrdienstzeit auf sechs Monate. **12. Oktober 1964:** Das Rundfunkvolksbegehren der unabhängigen Zeitungen, zu



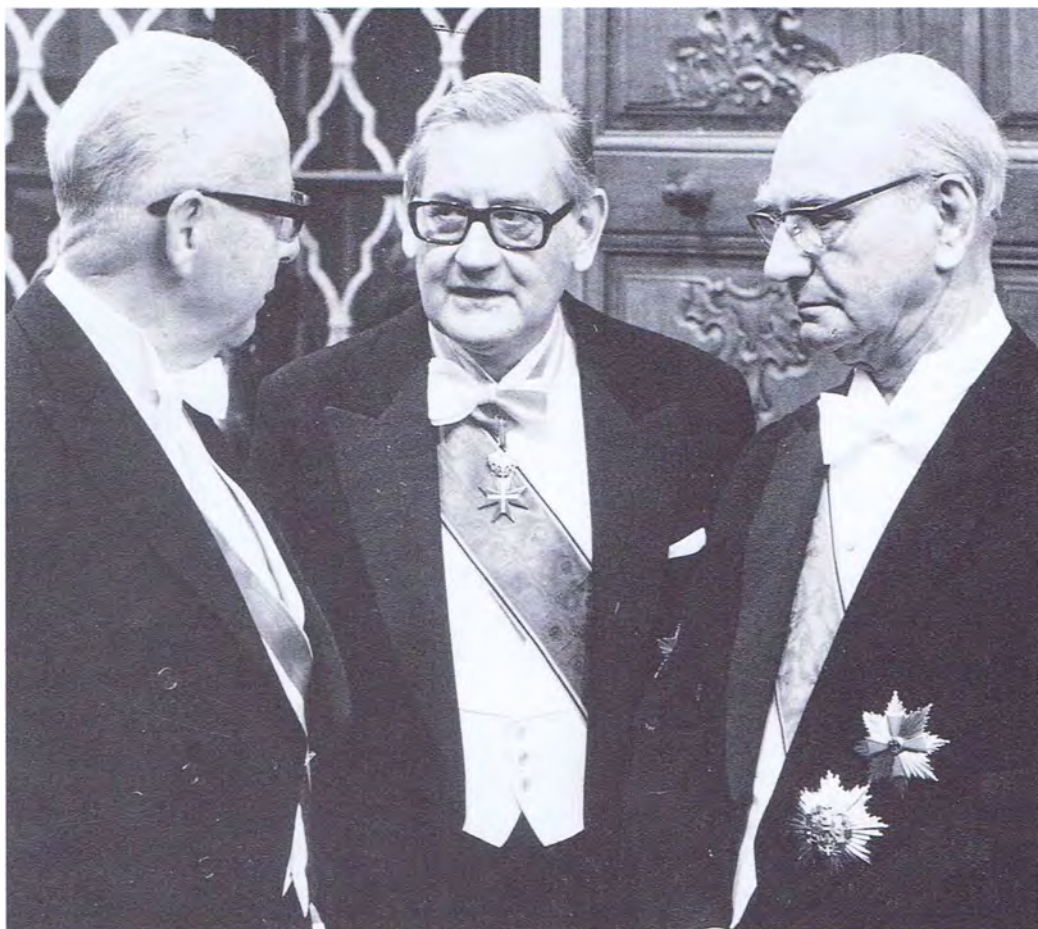
Die Zehnmannfraktion der FPÖ 1971 (von links nach rechts – 1. Reihe): Georg Hanreich, Helmuth Josseck, Gustav Zeillinger, Friedrich Peter, Othmar Meißl, Otto Scrinzi. (2. Reihe): Gerulf Stix, Albert Schmidt, Werner Melter, Tassilo Broesigke. (Foto: NFZ-Archiv)

Als fachmännischer Berater war Jörg Kandutsch (Rechnungshofpräsident 1964–1980) stets gern gesehener Gast im FPÖ-Nationalratsklub. (Foto: Fritz Kern)

Josef Klaus, Friedrich Peter 1968 auf der Welser Messe. (Foto: Oskar Prokosch)



dessen Unterstützung die FPÖ aufgerufen hat, erreicht 833.389 Unterschriften. **3. November 1964:** Franz Olah wird aus der SPÖ ausgeschlossen. Die Großkoalitionäre, die in der SPÖ wieder die Oberhand gewinnen, brechen die am 16. Juni 1964 vereinbarte Zusage, gemeinsam mit der FPÖ eine Wahlrechtsreform zu beschließen. **28. April 1965:** Nationalrat beschließt das Pensionsanpassungsgesetz, mit dem die vom VdU bereits 1953 geforderte Pensionsdynamik – jährliche Anpassung der Pensionen an die gestiegenen Lebenshaltungskosten – verwirklicht wird. **6. März 1966:** Die FPÖ fällt bei Nationalratswahlen von acht auf sechs Mandate zurück. **2. Juni 1966:** Die ÖVP – sie stellt seit 20. April mit Josef Klaus als Bundeskanzler die Alleinregierung – stimmt im Nationalrat den FPÖ-Antrag auf Aufhebung der Ruhensbestimmungen im ASVG (§ 94) nieder. **8. Juli 1966:** Die Rundfunkreform, die zum Teil auf dem Volksbegeh-



»Gipfelgespräch« 1973 in Bonn: Die Bundespräsidenten Gustav Heinemann und Franz Jonas, dazwischen Botschafter Willfried Greller. (Foto: NFZ-Archiv)

Wahrzeichen einer neuen Parteiinstitution: Das Haus des Freiheitlichen Bildungswerkes in Baden bei Wien. (Foto: Adria)



FPÖ-Team im Wahleinsatz 1970. (Foto: Bierbaumer)

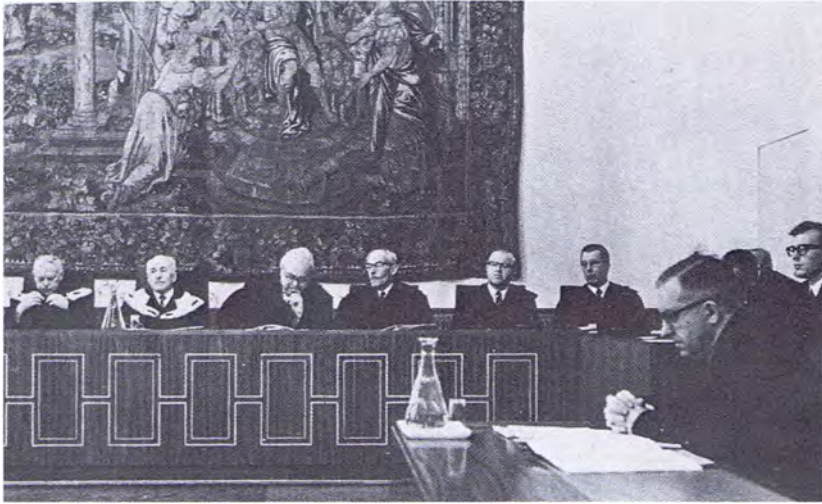


ren der unabhängigen Zeitungen von 1964 fußt, wird von ÖVP und FPÖ im Nationalrat beschlossen. **13. Oktober 1968:** Der 9. ordentliche Parteitag in Bad Ischl beschließt das neue Parteiprogramm der FPÖ. Dieses enthält als erstes Programm einer politischen Partei Forderungen zum Umweltschutz. **23. März 1969:** FPÖ-Erfolg bei den Salzburger Landtagswahlen. Landesrat Walter Leitner erringt als Spitzenkandidat sechs Mandate (bisher vier). **19. Mai 1969:** Das von der FPÖ unterstützte Schulvolksbegehren (gegen Einführung eines 13. Schuljahres) erzielt 340.000 Unterschriften. **11. November 1969:** In der Vorarlberger Arbeiterkammer wird Bertram Jäger (ÖVP) mit den Stimmen der FPÖ zum ersten nichtsozialistischen Arbeiterkammerpräsidenten gewählt. **16. September 1969:** FPÖ lehnt im Parlament Südtirolkompromiß (Paket und Operationskalender) als unzulänglich ab. **16. Jänner 1970:** Mit der Parole »Kein ro-



Händedruck mit weitreichenden Folgen: Als erster anerkannte Bruno Kreisky Friedrich Peter und die FPÖ als politischen Partner. (Foto: Fritz Kern)

ter Bundeskanzler, kein schwarzes Österreich« legt sich die FPÖ für die Nationalratswahl am 1. März 1970 fest: Absage an die Koalition mit der SPÖ, nicht aber mit der ÖVP. **1. März 1970:** Bei der Nationalratswahl fällt die FPÖ von sechs auf fünf Mandate zurück. Das sechste Mandat wird erst bei der Nachwahl am 4. Oktober 1964 zurückgewonnen. **16. Mai 1970:** In Bregenz wird der Sozialist Fritz Mayer mit den Stimmen der FPÖ zum Bürgermeister gewählt. **15. Juni 1970:** Nationalrat beschließt Aufstockung der Witwenpension auf 60 Prozent des Erwerbseinkommens ihres Mannes. FPÖ-Initiative gab dazu den Anstoß. **8. November 1970:** 10. Ordentlicher Bundesparteitag der FPÖ in Baden bei Wien nimmt Bekenntnis der FPÖ zur Neutralität in das Bad Ischler Parteiprogramm auf. **20. November 1970:** SPÖ und FPÖ einigen sich über das Budget 1971, dem die Freiheitlichen ihre Zustimmung erteilen. **26. November**



Dr. Tassilo Broesigke erkämpfte 1970 vor dem Verfassungsgerichtshof mittels Wahlanfechtung das schon verloren geglaubte sechste FPÖ-Nationalratsmandat. (Foto aus Kurt Piringers Buch »Die Geschichte der Freiheitlichen«)

Wahlplakate 1971: Friedrich Peter als Spitzenkandidat der FPÖ. (Foto: Gerhard Weber)



1970: SPÖ und FPÖ beschließen die Wahlrechtsreform, die den Freiheitlichen von den Sozialisten bereits 1964 zugesagt wurde. **23. Jänner 1971:** Unter dem Vorsitz von Friedhelm Frischenschlager konstituiert sich der hauptsächlich aus Jungakademikern bestehende Atterseekreis. **10. Oktober 1971:** Bei der ersten auf der Grundlage des neuen Wahlrechts durchgeführten Nationalratswahl (183 statt 165 Mandate) erringt die FPÖ zehn Mandate. **9. März 1972:** ÖGB-Bundesvorstand beschließt, Wilhelm Kindl als Vertreter der FPÖ in den Bundesvorstand zu kooptieren. **3. Mai 1972:** Abg. Otto Scrinzi legt ein freiheitliches Konzept für Gesundheits- und Umweltpolitik vor. **22. Juli 1972:** Österreich unterzeichnet Verträge mit der Europäischen Gemeinschaft. FPÖ hat den Beitritt Österreichs zur Gemeinschaft bereits 1959 statt des Beitritts zu EFTA gefordert, der 1960 vollzogen wurde. **14. Oktober 1972:** Gründung des



*Friedrich Peter berichtet 1971 über seine Wahlreise durch Österreich.
Der Ring Freiheitlicher Jugend – RFJ-Bundesobmann Jörg Haider, ganz rechts in der ersten Reihe – leistete beim Wahleinsatz Assistenz. (Foto: Fritz Kern)*

FPÖ-Nationalratskandidaten 1971. (Foto: Fritz Kern)

Freiheitlichen Bildungswerkes. Vorsitzender ist Tassilo Broesigke, erster Geschäftsführer Prof. Fritz Wolfram. **6. Jänner 1973:** Das Parteiorgan »Neue Front« erscheint erstmals unter dem neuen Titel »Neue Freie Zeitung« (NFZ). **25. Februar 1973:** Die Grazer FPÖ unter Alexander Götz bricht bei Gemeinderatswahl die absolute Mehrheit der SPÖ. Am 24. April 1973 wird Götz mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ zum Bürgermeister gewählt. **24. April 1973:** Der ÖVP-Kandidat Leopold Guggenberger wird mit den Stimmen der FPÖ zum Bürgermeister von Klagenfurt gewählt. **6. September 1973:** Die erweiterte FPÖ-Bundesparteileitung beschließt in Linz nach anderthalbjähriger Diskussion das Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik. **21. Dezember 1973:** Dr. Gerulf Stix legt das freiheitliche Energiekonzept vor. Für Alternativenergien (Sonnenenergie), gegen Kernkraft beim gegenwärtigen Stand der Technik. **10. März**



Bundeskanzler Kreisky führte auch in der Zeit der SPÖ-Alleinregierung häufig Kontaktgespräche mit der FPÖ-Führung, so auch 1973 anlässlich der Stahlfusion. (Fotos: Fritz Kern)

1974: Die erste Nummer der »Freien Argumente«, des theoretischen Organs der FPÖ, erscheint. **6. April 1974:** In der Wiener Hofburg feiert die FPÖ »25 Jahre freiheitliche Politik in Österreich«, Festredner sind der Historiker Adam Wandruszka, Friedrich Peter und Jörg Haider. **8. November 1974:** In Baden, Marchetstraße 38, wird das freiheitliche Bildungshaus eröffnet. **31. Mai 1975:** RFJ-Bundesjugendführer Jörg Haider (seit 1971) legt einen umfassenden »Jugendplan vor«. **19. Juni 1975:** FPÖ protestiert in parlamentarischer Anfrage gegen geplanten Bau ausländischer Atomkraftwerke in Grenznähe. **17. November 1976:** In Österreich findet im Sinne der bereits vom VdU geforderten Minderheitenermittlung eine »geheime Erhebung der Muttersprache« statt. Mit 86,3 Prozent wird in Kärnten eine sehr hohe Beteiligung erreicht. **16. Dezember 1976:** Die Hauptvollversammlung des Österreichischen Pensionistenringes – er ist



Die Kontakte zwischen FPÖ und F.D.P. wurden in den siebziger Jahren intensiviert: Friedrich Peter im Gespräch mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher. (Foto: Fritz Kern)

Gustav Zeillinger 1953–1977 Nationalratsabgeordneter und von 1977–1983 der erste von der FPÖ nominierte Volksanwalt wurde zu einem der populärsten freiheitlichen Politiker. Hier bei der Feier seines siebzigsten Geburtstages. (HOPI FOTO)



Dachverband der zum Teil bereits seit Jahren bestehenden Seniorenorganisationen der FPÖ in den Bundesländern – hält ihre konstituierende Sitzung ab. Othmar Meißl wird einstimmig zum Obmann gewählt. **11. Mai 1977:** Der langjährige FPÖ-Nationalratsabgeordnete Gustav Zeillinger wird zu Volksanwalt gewählt. **29. Jänner 1978:** Großer Erfolg für Bürgermeister Alexander Götz bei der Grazer Gemeinderatswahl. FPÖ-Fraktion rückt von 9 auf 14 Gemeinderatssitze auf (ÖVP verliert zwei, SPÖ drei Mandate an die FPÖ). **23. Februar 1978:** FPÖ-Bundesparteivorstand nominiert Alexander Götz als Kandidaten für die Wahl zum Bundesparteiohmann auf dem Bundesparteitag im Herbst 1978. **1. März 1978:** Alexander Götz wird von ÖVP und FPÖ für eine zweite Amtsperiode zum Grazer Bürgermeister gewählt. **9. März 1978:** Helmut Krünes wird auf Vorschlag Dr. Götz' bis zum Bundesparteitag im Herbst mit der Auf-



Gutes Einvernehmen kennzeichnete die Beziehung zwischen Alexander Götz und dem Landeshauptmann der Steiermark Josef Krainer sen. (Foto: Stefan Amstüss)

Alexander Götz 1973 am Start: Nach erfolgreicher Gemeinderatswahl wurde er erstmals zum Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz gewählt. (Foto: NFZ-Archiv)



gabe eines Projektanten und Koordinators betraut. **10. Juni 1978:** FPÖ legt sich im Atomausschuß auf ein klares Nein zum Kernkraftwerk Zwentendorf fest.

Obmannschaft Alexander Götz' 1978–1979

120 **30. September 1978:** Alexander Götz wird auf dem 14. Ordentlichen Bundesparteitag in Wien-Oberlaa mit 398 von 416 Stimmen (95,7%) als Nachfolger Friedrich Peters zum Bundesparteiohmann der FPÖ gewählt. Gleichzeitig wählt die Bundesparteileitung Hel-



*Alexander Götz im Gespräch mit Bruno Kreisky und Heinz Fischer.
(Foto: Fritz Kern)*



*In der TV-Diskussion vor der Nationalratswahl 1979 gerieten Kreisky
und Götz hart aneinander. (Foto: Fritz Kern)*



*Auch Walter Scheel und Alexander Götz
pfl egten die Kontakte zwischen FPÖ und
F.D.P. (Foto: Peter Philipp)*

mut Krünes zum Generalsekretär der FPÖ. **5. November 1978:** Volksabstimmung über Zwentendorf: 50,74% stimmen mit Nein gegen, 49,53% mit Ja für die Inbetriebnahme. **12. Dezember 1978:** Zum Atomsperrgesetz setzt FP-Energiesprecher Abg. Dr. Gerulf Stix die Forderung durch, daß eine Gesetzesänderung nur durch eine neue Volksabstimmung möglich sein soll. **6. Mai 1979:** Bei der Nationalratswahl gelingt es der FPÖ, durch Zugewinn eines Mandates (11 statt 10) und durch Steigerung ihrer Stimmenanzahl von 250.000 auf 290.000 (6,06 statt 5,41%) die jahrelange Stagnation zu überwinden. Das Wahlziel, die absolute Mehrheit der SPÖ zu brechen, wird aber verfehlt. **31. August bis 2. September 1979:** Das Freiheitliche Bildungswerk veranstaltet in Kärnten die ersten »Weißensee-Gespräche« der FPÖ. **10. September 1979:** Auf Vorschlag von Bundesparteiohmann DDr. Götz wird Willfried Gredler vom Bundespar-



Bei der Bundespräsidentenwahl 1980 erreichte Willfried Gredler als freiheitlicher Präsidentschaftskandidat (Bild unten links) 760.000 Stimmen, Rudolf Kirchschläger, auf den 79% der Stimmen entfielen, gratuliert (Bild links). (Votavafoto)

Der 15. ordentliche Bundesparteitag 1980 in Linz bestätigt Norbert Steger als neuen Bundesparteiohmann. (HOPI-FOTO)

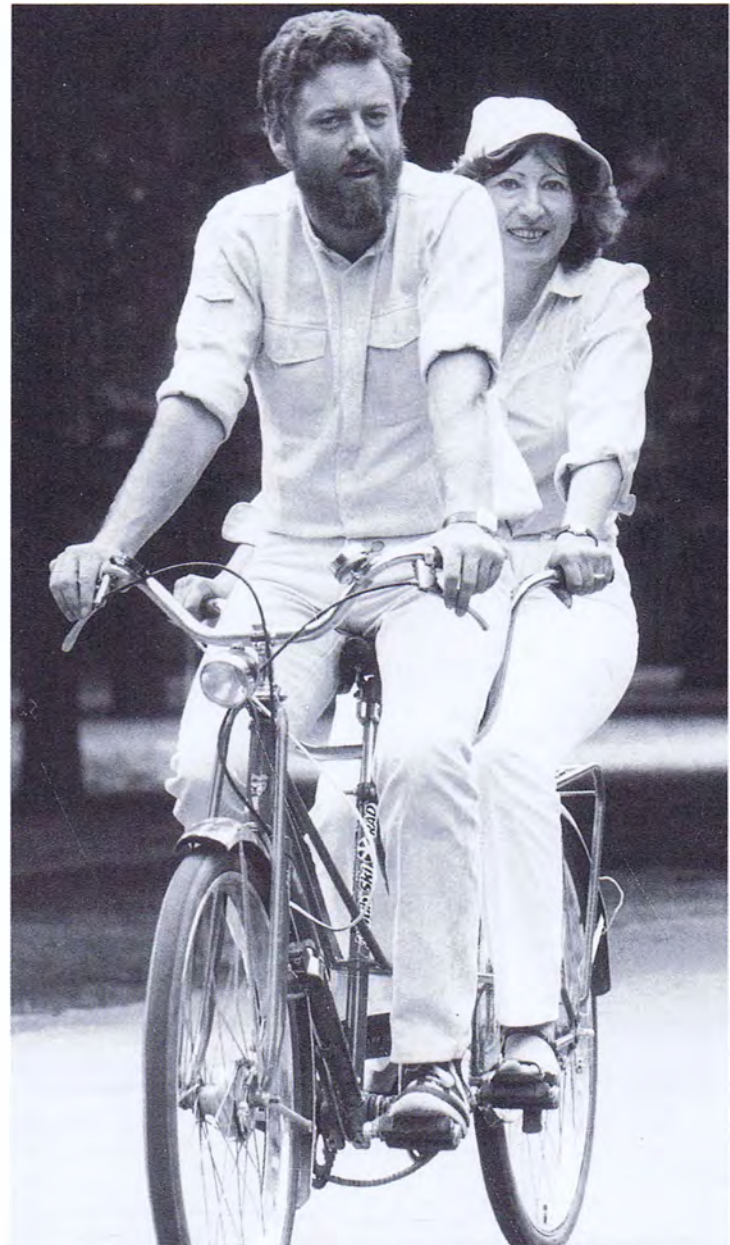


teivorstand als Kandidat für die Bundespräsidentenwahl nominiert. **5. Oktober 1979:** Die FPÖ wird beim Kongreß der Liberalen in Ottawa einstimmig in die Liberale Internationale (LI) aufgenommen. **14. November 1979:** Helmut Krünes tritt wegen Differenzen in der Führungsspitze als Generalsekretär der FPÖ zurück. **1. Dezember 1979:** DDr. Alexander Götz gibt seinen Rücktritt als Bundesparteiohmann der FPÖ bekannt. Horst Schender wird geschäftsführender Bundesparteiohmann.



Wahlkampf 1983: Wiener FPÖ trumpft mit originellen Ideen und erstmals mit einer Frau – Dr. Helene Partik-Pablé – an wählbarer Stelle ihrer Kandidatenliste auf. (Foto: NFZ-Archiv, Karikatur: Ironimus)

»Einstieg in die Politik«



Erfolgstandem Partik-Pablé – Holger Bauer: Beide schafften 1983 den Einzug in den Nationalrat. (Foto: NFZ-Archiv)

Obmannschaft Norbert Stegers 1980–1986

2. März 1980: Auf dem Außerordentlichen Bundesparteitag der FPÖ in Linz wird Norbert Steger mit 55,39% der Stimmen zum Bundesparteiohmann der FPÖ gewählt. Auf seinen Gegenkandidaten Harald Ofner entfallen 44,61% der Stimmen. **20. März 1980:** Im Nationalrat wird der Antrag der FPÖ, der von der Regierung einen umfassenden Bericht über die »Vorgänge beim Bau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses (AKH)« gefordert, einstimmig angenommen. **9. Mai 1980:** Abg. Dr. Norbert Steger wird in der konstituierenden Sitzung des parlamentarischen AKH-Untersuchungsausschusses zum Ausschußvorsitzenden gewählt. **18. Mai 1980:** Bei der



*Händedruck in der Wahlnacht 1983. Es steht 90 SPÖ, 81 ÖVP, 12 FPÖ.
Nach 13 Jahren geht die Ära Kreisky zu Ende. (Votavafoto)*



*TV-Diskussion zwischen Norbert Steger und Alois Mock.
Als Kanzlerkandidat blieb Mock auf der Strecke. (Votavafoto)*

Bundespräsidentenwahl erreicht Präsidentschaftskandidat Dr. Willfried Gredler 751.399 Stimmen (17%), Rudolf Kirchschläger siegt mit 79,9% der Stimmen. **18. Juni 1980:** Dr. Tassilo Broesigke wird als Nachfolger Dr. Jörg Kandutchs zum Rechnungshofpräsidenten gewählt. **21. September 1980:** Norbert Steger wird auf dem 15. Ordentlichen Bundesparteitag in Linz mit 87,8 Prozent der Stimmen als Bundesparteiobmann bestätigt. **5. November 1980:** Jörg Haider lehnt als einziger Abgeordneter im Nationalrat den von ihm als völlig unzureichend bezeichneten Privilegienabbau ab. **Jänner 1981:** Das Wirtschaftsmagazin »trend« wählt die AKH-Untersuchungsrichterin Dr. Helene Partik-Pable zum »Mann des Jahres«. **22. März 1981:** Die von Bundeskanzler Kreisky der FPÖ zugesagte Kommission zur Objektivierung der Postenvergabe im Bereich der verstaatlichten Wirtschaft konstituiert sich. **12. Mai 1981:** Nach mehr als ein-



FPÖ-Kandidaten für die Nationalratswahl 1983. Aus dieser Mannschaft rekrutierte die FPÖ ihre Regierungmitglieder für die rot-blaue Koalition. (HOPI-FOTO)



Die Regierung Sinowatz-Steger wird von Bundespräsident Kirchschräger angelobt. (Votavafoto)

jähriger Tätigkeit legt der AKH-Untersuchungsausschuß einen gemeinsamen Bericht von SPÖ und FPÖ über den AKH-Skandal vor. **16. Mai 1981:** Festakt zum 25jährigen Bestehen der FPÖ im Salzburger Kongreßhaus. Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschräger überbringt der FPÖ in einer Rede seine Glückwünsche. **22. Mai 1981:** Einer der Mitbegründer der FPÖ, Dr. Emil van Tongel (Klubobmann der FPÖ-Nationalratsfraktion (1966–1970), stirbt im 79. Lebensjahr in Wien. **27. November 1981:** Alle Angeklagten im AKH-Prozeß werden schuldig gesprochen. **11. Jänner 1982:** Skandal um die Wohnbaugenossenschaft Ost (WBO) fliegt auf. Verhaftung des ÖVP-Landtagsabgeordneten Ernst Rauchwarter. **17. Jänner 1982:** Nationalrat setzt Ausschuß zur Untersuchung des WBO-Skandals ein. Ausschußvorsitzender: FPÖ-Abgeordneter Dkfm. Holger Bauer. **28. Februar 1982:** Bundesparteiobmann Dr. Norbert Steger startet un-



Ein Markstein in der Geschichte der FPÖ. Nach der Angelobung in der Präsidentschaftskanzlei ist erstmals eine Regierung im Amt, an der die FPÖ beteiligt ist. (Foto: Haslinger und Fuchs)



Justizminister Harald Ofner im Gespräch mit Sektionschef Egmont Foregger, der 1987 als neuer Justizminister Ofners Nachfolger wurde. (HOPI FOTO)

ter der Führung von Georg Mautner Markhof das Projekt »Liberale Marktwirtschaft 90«. **18. Mai 1982:** Volksbegehren gegen den Bau des österreichischen Konferenzzentrums in der Wiener UNO-City erreicht 1,361.562 Unterschriften. **26. Juni 1982:** Abg. Walter Grabher-Meyer wird aus Vorschlag Dr. Stegers von der Bundesparteileitung zum Generalsekretär der FPÖ gewählt. **20. April 1983:** Urteil im WBO-Prozeß: 10 Jahre Haft für den Ex-Landtagsabgeordneten Ernst Rauchwarner. **24. April 1983:** Bei der Nationalratswahl verliert die FPÖ Stimmen (45.037), gewinnt jedoch dank der Wahlarithmetik ein Mandat (von 11 auf 12). Die SPÖ verliert die absolute Mehrheit (90 statt bisher 93 Mandate), über die sie seit 1971 verfügte. **19. Mai 1983:** Dr. Gerulf Stix wird zum Dritten Präsidenten des Nationalrats gewählt. **24. Mai 1983:** Die von SPÖ und FPÖ gebildete Koalitionsregierung Sinowatz-Steger wird von Bundespräsident Rudolf



Die Werbekampagne mit dem »Blauen Bus« vermochte die rot-blaue Koalition in der FP-Wählerschaft nicht populär zu machen. (HOPI FOTO)

Die Feststellung von Bundeskanzler Fred Sinowatz, daß alles sehr kompliziert sei, bewahrheitete sich sehr rasch in der Regierungsarbeit. (Votavafoto)

Kirchschläger angelobt. Die FPÖ stellt mit Norbert Steger den Vizekanzler und Handelsminister, mit Harald Ofner den Justizminister und mit Friedhelm Frischenschlager den Verteidigungsminister. als Staatssekretäre stellt die FPÖ im Finanzministerium Holger Bauer, im Landwirtschaftsministerium Gerulf Murer und im Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz Mario Ferrari-Brunnenfeld.

9. Juni 1983: Jörg Haider wird als Kärntner Landesrat angelobt. **30. September 1984:** Die FPÖ unter Jörg Haider ist einziger Gewinner der Kärntner Landtagswahl. Sie gewinnt mit 16 Prozent der Stimmen zu ihren vier Mandaten ein fünftes dazu. **20. Dezember 1984:** Nach Zusammenstoßen mit Demonstranten in der Stopfenreuter Au wird der Baubeginn am Donaukraftwerk Hainburg abgesagt. Regierung beschließt, das Projekt für ein Jahr aufzuschieben. **1. Februar 1985:** Der Mißtrauensantrag der ÖVP gegen Verteidigungsmini-



Auf dem a. o. Bundesparteitag 1985 in Salzburg beschloß die FPÖ ihr neues Parteiprogramm. (HOPI FOTO)

ster Frischenschlager, der den nach 40 Jahren Gefangenschaft aus Italien heimkehrenden Walter Reder mit Handschlag empfangen hat, wird mit 98 gegen 80 Stimmen abgelehnt. **21. März 1985:** Nach Weigerung der FPÖ-Regierungsfraktion, für die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf einzutreten, wird die Ablehnung einer neuerlichen Volksabstimmung mit 91:90 Stimmen im Nationalrat bestätigt. **1./2. Juni 1985:** In Salzburg wird auf einem Außerordentlichen Bundesparteitag das neue Parteiprogramm der FPÖ einhellig beschlossen. **6. Dezember 1985:** Sondersitzung des Nationalrates wegen Milliardendebakel der VOEST. FPÖ legt 12-Punkte-Programm zur Sanierung vor. **3. April 1986:** Das von den Kärntner Freiheitlichen veranstaltete Volksbegehren für die Existenzsicherung der Bergbauern erreicht 21.425 Unterschriften. **22. April 1986:** Bundesparteivorstand nominiert Helmut Krünes als neuen Verteidigungs-

Vizekanzler Norbert Steger ließ sich trotz massivem Druck kein Ja zu Zwentendorf abringen. (HOPI FOTO)



Sieger von Innsbruck: Im Duell um die Obmannschaft unterlag Norbert Steger 1986 klar Jörg Haider. (HOPI FOTO)



Tankt Kondition im Sport: Jörg Haider mit Hans Krankl. (Foto: Gert Eggenberger)

minister. Friedhelm Frischenschlager wird vom FP-Parlamentsklub als Nachfolger Friedrich Peters zum Klubobmann gewählt. Heftige Kritik an dieser Personalentscheidung in der FPÖ Kärnten und Oberösterreich. **8. Juni 1986:** Im zweiten Wahlgang der Bundespräsidentenwahl wird Kurt Waldheim mit 53,9 Prozent der Stimmen zum Bundespräsidenten gewählt.

Obmannschaft Jörg Haiders, seit 1986

13./14. September 1986: Auf dem 18. Ordentlichen Bundesparteitag in Innsbruck siegt Jörg Haider bei der Wahl des Bundesparteiobmanns mit 57,7% der Stimmen über Norbert Steger (39,2%). die Bundesparteileitung wählt Dr. Norbert Gugerbauer zum neuen Ge-



Der Erfolgskurs Jörg Haider – hier im Gespräch mit Deutschlands Außenminister Hans-Dietrich Genscher – stößt bei der Schwesterpartei F.D.P. auf großes Interesse. (HOPI FOTO)



Massenzustrom überall dort, wo Jörg Haider spricht. (HOPI FOTO)

neralsekretär der FPÖ. **15. September 1986:** Bundeskanzler Vranitzky kündigt die Koalitionsvereinbarungen mit der FPÖ. Die Nationalratswahl wird auf 23. November 1986 vorverlegt. **23. November 1986:** Mit der Verdopplung ihrer Stimmen (von 241.706 auf 472.180, von 4,98% auf 9,73%) erringt die FPÖ bei der Nationalratswahl 18 Mandate (bisher 12). **30. Juni 1987:** Das Volksbegehren der FPÖ gegen Privilegien (vom 22. bis 29. Juni) erreicht 251.461 Unterschriften. **4. Oktober 1987:** Bei der Landtagswahl im Burgenland erringt die seit 1977 im Landtag nicht mehr vertretene FPÖ drei Mandate. **8. November 1987:** Bei den Wiener Landtags-, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen vervierfacht die FPÖ ihre Mandatzahl im Gemeinderat von zwei auf acht. Erstmals stellt die FPÖ mit Rainer Pawkowicz einen Stadtrat (Mitglied der Landesregierung) in Wien. Gleichfalls erstmals erobert die FPÖ mit diesem



*Politische Erneuerung und Privilegenabbau werden unter Jörg Haider's Obmannschaft die zentralen Themen.
(HOPI FOTO)*



Plakat der Wiener FPÖ, das viel zum Erfolg bei der Gemeinderatswahl 1987 beitrug.

Wahlergebnis einen Sitz im Bundesrat, der mir Dr. Heide Schmidt besetzt wird. Die Zahl der FPÖ-Bezirksräte steigt von 30 auf 92. **22. März 1988:** Neuregelung der Kärntner Minderheitenschule (Pädagogenmodell), zu der die Kärntner FPÖ mit ihrem Antrag im Landtag bereits 1984 den Anstoß gegeben haben, wird vom Nationalrat beschlossen. **1./2. Oktober 1988:** Im Rahmen des 19. Ordentlichen Bundesparteitags in Villach wählt die Bundesparteileitung Dr. Heide Schmidt und Mathias Reichhold zu FP-Generalsekretärin und -Generalsekretär. **16. Oktober 1988:** Bei der Landtagswahl in Niederösterreich schafft die FPÖ mit fünf Mandaten den Einzug in den Landtag, in dem weder der VdU noch die FPÖ seit ihrer Gründung jemals vertreten waren. Aufgrund dieser Wahl entsendet neben Wien nun auch Niederösterreich einen FPÖ-Mandatar in den Bundesrat. **17. Oktober 1988:** SPÖ und ÖVP stimmen der Einsetzung



Die Nationalratswahl 1986 legte den Grundstein zum Aufstieg der FPÖ zur Mittelpartei: Vranitzky, Mock, Haider und Meißner-Blau nach der Verkündung des Wahlergebnisses. (HOPI FOTO)

Freiheitliches Erfolgstrio: Jörg Haider, Heide Schmidt und Norbert Gugerbauer. (HOPI FOTO)

Norbert Gugerbauer wird zum Spitzenkandidaten für die Nationalratswahl 1990 gekürt. (HOPI FOTO)



eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Causa Lucona (Udo Proksch) zu, nachdem sie noch am 19. September einen FPÖ-Antrag auf Untersuchung abgelehnt haben. **12. März 1989:** FPÖ-Triumphe bei Landtagswahlen in Kärnten: 11 statt 5 Mandate (zweitstärkste Fraktion vor der ÖVP, die mit 8 Mandaten auf Platz Drei zurückfällt); in Tirol 5 statt 2 Mandate (Einzug in die Landesregierung); und in Salzburg 6 statt 4 Mandate (Wiedereinzug in die Landesregierung). Die drei Bundesländer entsenden je einen FPÖ-Mandatar in den Bundesrat, in dem die FPÖ mit fünf Sitzen Fraktionsstärke erreicht. **20. März 1989:** Norbert Gugerbauer wird als Nachfolger Jörg Haiders einstimmig zum Klubobmann der FP-Nationalratsfraktion gewählt. **30. März 1989:** Jörg Haider wird mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ zum Kärntner Landeshauptmann gewählt. **1. Juli 1989:** Horst Schender löst Helmut Jossek (seit 1983)



Entscheidung in Kärnten 1989: Die Freiheitlichen wurden Zweitstärkste im Land, brachen die rote Mehrheit und stellen mit Jörg Haider den ersten freiheitlichen Landeshauptmann. (HOPI FOTO)



Ein garantiert nicht störungsfreies Verhältnis: Bundeskanzler Vranitzky, Landeshauptmann Jörg Haider. (HOPI FOTO)

als Volksanwalt ab. **12. Juli 1989:** Bei der Arbeiterkammerwahl erhöht die FPÖ ihre Mandatszahl von 13 auf 63. Erstmals entsendet die FPÖ Delegierte in den gesamtösterreichischen Arbeiterkammertag. **24. September 1989:** Bei der Innsbrucker Gemeinderatswahl stockt die FPÖ ihren Mandatsstand von 1 auf 5 auf. FPÖ stellt Vizebürgermeister. **3. Oktober 1989:** Nationalrat beschließt mit den Stimmen der ÖVP, der FPÖ und der Grünen die Einsetzung eines Noricum-Untersuchungsausschusses. Ein FPÖ-Antrag, der diesen Ausschuß forderte, wurde noch am 16. Mai von SPÖ und ÖVP abgelehnt. **8. Oktober 1989:** Bei der Landtagswahl in Vorarlberg verdoppelt die FPÖ ihre Mandatszahl von drei auf sechs. Bei den gleichzeitig im Bundesland Salzburg abgehaltenen Gemeinderatswahlen gewinnt die FPÖ zu ihren 258 Mandaten 86 neue hinzu. **4. Dezember 1989:** Das von der FPÖ veranstaltete Volksbegehren gegen das ORF-Mo-



Vranitzky, Riegler, Haider, Voggenhuber in der TV-Diskussion über das Ergebnis der Nationalratswahl 1990: Die FPÖ schaffte den Durchbruch zur Mittelpartei. (HOPI FOTO)



Jörg Haider mit den Generalsekretären Abg. Walter Meischberger und Abg. Mathias Reichhold. (HOPI FOTO)

nopol erreicht 109.389 Unterschriften. **15. März 1990:** Dr. Siegfried Dillersberger wird als Nachfolger von Dr. Gerulf Stix zum Dritten Präsidenten des Nationalrates gewählt (93 von 160 Stimmen). **25. März 1990:** Bei den Gemeinderatswahlen stockt die FPÖ ihre Mandatszahl in Niederösterreich von 68 auf 362, in der Steiermark von 184 auf 465 auf. **1. April 1990:** Bei den Gemeinderatswahlen in Vorarlberg erreicht die FPÖ mit einem Zugewinn von 40 Mandaten insgesamt 157 Mandate. **25. April 1990:** Aufgrund der Ergebnisse der Handelskammerwahlen wird der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender vor dem Freien Wirtschaftsverband der SPÖ zweitstärkste Fraktion. Insgesamt erreicht der RFW 14,7 Prozent der Stimmen. **18.–20. Mai:** Der 20. Ordentliche Bundesparteitag der FPÖ in Feldkirch wählt Klubobmann Dr. Norbert Gugerbauer zum Spitzenkandidaten der FPÖ für die Nationalratswahl am 7. Oktober. **7. Oktober 1990:** Die FPÖ erzielt bei der Nationalratswahl den Durchbruch zur Mittelpartei: Mit 782.610 Stimmen (16,64%) verdoppelt sie



Seit der Nationalratswahl 1990 ist der Mittelsektor des Nationalratssitzungssaales mit 33 Abgeordneten der FPÖ voll besetzt. (HOPI FOTO)

Im festlichen Rahmen der Wiener Hofburg feierte die FPÖ am 7. April 1991 ihr 35-Jahr-Jubiläum. (HOPI FOTO)

nahezu ihre Stimmen bei der Nationalratswahl 1986 (472.205) und erhöht ihre Mandatszahl von 18 auf 33. **5. November 1990:** In der konstituierenden Sitzung des neugewählten Nationalrates wird Dr. Heide Schmidt zur Dritten Nationalratspräsidentin gewählt. **11. November 1990:** In Wien stirbt der langjährige Präsident des Rechnungshofes (1964–1980) und Mitbegründer der FPÖ Dr. Jörg Kandutsch. **13. November 1990:** Der Kärntner Landtag beschließt einstimmig die Einführung der Direktwahl des Bürgermeisters bei Gemeinderatswahlen. **2. Dezember 1990:** die Bundesparteileitung der FPÖ bestätigt in Salzburg Mathias Reichhold als Generalsekretär. Neu zum Generalsekretär als Nachfolger von Dr. Heide Schmidt wird Walter Meischberger gewählt. **17. Dezember 1990:** Die neue rot-schwarze Koalitionsregierung Vranitzky-Riegler wird angelobt. Jörg Haider bezeichnet die Regierung als »vertane Chance für Österreich«.

ANHANG

*Organisation
und Parteistruktur*

Personenlexikon

DIE BUNDESPARTEITAGE DER FPÖ

1.	Wien	7./8. April 1956	Glaube, Treue, Opferbereitschaft Gründung
2.	Klagenfurt	1./2. Juni 1957	Kurzprogramm
3.	Salzburg	12.–14. September 1958	Richtlinien freiheitlicher Politik Friedrich Peter Bundesparteiobmann
4.	Salzburg	12.–15. November 1959	EntschlieÙung bejaht Neutralität
5.	Graz	15./16. Oktober 1960	EntschlieÙung Assoziation mit EG
6.	Klagenfurt	5./6. Mai 1962	EntschlieÙung zur nationalen Politik
7.	Salzburg	11.–14. Juni 1964	»Salzburger Bekenntnis« Scheel, Dehler, als Gäste
8.	Klagenfurt	21.–23. Oktober 1966	»FPÖ notwendiger denn je«
9.	Bad Ischl	11.–13. Oktober 1968	Neues Parteiprogramm beschlossen
10.	Baden	7./8. November 1970	Neutralitätspassus im Parteiprogramm
11.	Villach	22.–24. Sptember 1972	Beginn der Manifest-Diskussion
12.	Innsbruck	13.–15. September 1974	Jugendfunktionäre verstärkt aktiv
13.	Villach	17.–19. September 1976	Peter: Führungswechsel in 2 Jahren
14.	Wien, Oberlaa	29. September – 1. Oktober 1978	Alexander Götz zum Bundesparteiobmann gewählt
a. o.	Linz	2. März 1980	Norbert Steger Bundesparteiobmann mit 55,39%, Ofner 44,61%
15.	Linz	20./21. September 1980	»Macht braucht Kontrolle«
16.	Salzburg	24.–26. September 1982	»Für Österreich die Freiheitlichen«
17.	Salzburg	14.–16. September 1984	»In der Verantwortung für Österreichs Zukunft die Freiheitlichen«
a. o.	Salzburg	1./2. Juni 1985	»Freiheit gilt uns als höchster Wert« Neues Parteiprogramm beschlossen
18.	Innsbruck	13./14. September 1986	Jörg Haider (57,7%) statt Steger (39,2%) Bundesparteiobmann
19.	Villach	1./2. Oktober 1988	»Villacher Deklaration«
20.	Feldkirch	18.–20. Mai 1990	Norbert Gugerbauer Spitzenkandidat für Nationalratswahl

DIE BUNDESPARTEIOBMÄNNER UND BUNDESPARTEIOBMANNSTELLVERTRETER DER FPÖ

Die Bundesparteiobmänner	Anton Reinthaller 7. April 1956 bis 6. März 1958	Friedrich Peter 13. Sept. 1958 bis 30. Sept. 1978	Alexander Götz 30. Sept. 1978 bis 1. Dez. 1979	Norbert Steger 2. März 1980 bis 14. Sept. 1986	Jörg Haider seit 14. Sept. 1986																														
Die Bundesparteiobmannstellvertreter																																			
Holger Bauer																																			
Tassilo Broesigke																																			
Siegfried Dillersberger																																			
Mario Ferrari-Brunnenfeld																																			
Friedhelm Frischenschlager																																			
Reinhard Gaugg																																			
Alexander Götz																																			
Willfried Gredler																																			
Norbert Gugerbauer																																			
Helmut Haigermoser																																			
Hubert Knaus																																			
Helmut Krünes																																			
Georg Mautner Markhof																																			
Klara Motter																																			
Harald Ofner																																			
Horst Schender																																			
Robert Scheuch																																			
Michael Schmid																																			
Otto Scrinzi																																			
Waldemar Steiner																																			
Max Stendebach																																			
Gerulf Stix																																			
Heinrich Zechmann																																			
Gustav Zeillinger																																			
	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990

DIE GENERALSEKRETÄRE DER FPÖ

Karl Kowarik	1957 – 1960
Helmut Krünes	1978 – 1980
Walter Grabher-Meyer	1982 – 1986
Norbert Gugerbauer	1986 – 1988
Heide Schmidt	1988 – 1990
Mathias Reichhold	seit 1988
Walter Meischberger	seit 1990

DIE BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER DER FPÖ

Hans Richard Bogner	1956 – 1984
Mario Erschen	1984 – 1986
Dr. Gerfried Horner	1986 – 1988
Dipl.-Ing. Harald Göschl	1988 – 1989
Ing. Walter Meischberger	1989 – 1990
Gernot Rumpold	seit 2. Dezember 1990

DIE LANDESPARTEIOBMÄNNER DER FPÖ

Wien	
Tassilo Broesigke	1956 – 1977
Norbert Steger	1977 – 1987
Erwin Hirnschall	seit 1987
Niederösterreich	
Wilhelm Kindl	1956 – 1970
Fritz Rotter le Beau	1970 – 1976
Harald Ofner	1976 – 1989
Josef Hintermayer	seit 1989
Oberösterreich	
Friedrich Peter	1956 – 1972
Horst Schender	1972 – 1989
Norbert Gugerbauer	seit 1989
Salzburg	
Gustav Zeillinger	1956 – 1965
Walter Leitner	1965 – 1975
Waldemar Steiner	1975 – 1982
Sepp Wiesner	1982 – 1985
Friedhelm Frischenschlager	1985 – 1987
Volker Winkler	seit 1987
Tirol	
Anton Schöpfer	1956 – 1957
Otto Gamper	1957 – 1959
Klaus Mahnert	1959 – 1973
Gerulf Stix	1973 – 1985
Hermann Eigentler	1985 – 1988
Siegfried Dillersberger	1988 – 1989
Johannes Lugger	seit 1989
Vorarlberg	
Ernst Seebacher	1956 – 1967
Fritz Franke	1967 – 1972
Hans Sperger	1972 – 1976
Robert Bösch	1976 – 1982
Hans-Dieter Grabher	seit 1982
Kärnten	
Reinhold Huber	1956 – 1965
Hanns Rader	1965
Helmuth Geringer	1965 – 1972
Oscar Huber	1972 – 1975
Mario Ferrari-Brunnenfeld	1975 – 1983
Jörg Haider	seit 1983
Steiermark	
Alexander Götz sen.	1956 – 1963
Jörg Kandutsch	1963 – 1964
Alexander Götz jun.	1964 – 1983
Klaus Turek	1983 – 1985
Ludwig Rader	1985 – 1988
Klaus Turek	1988 – 1989
Michael Schmid	seit 1989
Burgenland	
Emil Neubauer	1956 – 1958
Eduard Nicka	1958
Richard Rezar	1958 – 1978
Hans Bucher	1978 – 1979
Wolfgang Pelikan	1979 – 1983
Paul Schiessler	1983 – 1988
Wolfgang Rauter	seit 1988

DIE REGIERUNGSFRAKTION DER FPÖ (1983–1987)

Norbert Steger: Vizekanzler und Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie

Harald Ofner: Bundesminister für Justiz

Friedhelm Frischenschlager: Bundesminister für Landesverteidigung, abgelöst am 12. Mai 1986 von Helmut Krünes

Holger Bauer: Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen

Mario Ferrari-Brunnenfeld: Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz

Gerulf Murer: Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

DIE KLUBOBMÄNNER DER FPÖ-NATIONALRATSFRAKTION

Willfried Gredler	1956 – 1963
Jörg Kandutsch	1963 – 1964
Emil van Tongel	1964 – 1970
Friedrich Peter	1970 – 1986
Friedhelm Frischenschlager	1986
Jörg Haider	1986 – 1989
Norbert Gugerbauer	seit 1989

Als Dritte Präsidenten des Nationalrates stellte die FPÖ Gerulf Stix (1983–1990), Siegfried Dillersberger (1990), seit 1990 Heide Schmidt.

DIE NATIONALRATSFRAKTIONEN DER FPÖ

1956–1959 (6 Abgeordnete)

Willfried Gredler (Wien), Helfried Pfeifer (Wien), Gustav Zeillinger (Salzburg), Max Stendebach (Kärnten), Heinrich Zechmann (Kärnten), Jörg Kandutsch (Steiermark).

1959–1962 (8 Abgeordnete)

Willfried Gredler (Wien), Emil van Tongel (Wien), Wilhelm Kindl (Niederösterreich), Wilhelm Kos (Oberösterreich), Gustav Zeillinger (Salzburg), Klaus Mahnert (Tirol), Heinrich Zechmann (Kärnten), Jörg Kandutsch (Steiermark). Am 26. Jänner rückte Robert Scheuch für Heinrich Zechmann nach.

1962–1966 (8 Abgeordnete)

Willfried Gredler (Wien), Emil van Tongel (Wien), Wilhelm Kindl (Niederösterreich), Wilhelm Kos (Oberösterreich), Gustav

Zeillinger (Salzburg), Klaus Mahnert (Tirol), Robert Scheuch (Kärnten), Jörg Kandutsch (Steiermark). Am 2. November 1963 rückte Tassilo Broesigke für Willfried Gredler, am 20. April 1964 Othmar Meißl für Jörg Kandutsch nach.

1966–1970 (6 Abgeordnete)

Emil van Tongel (Wien), Friedrich Peter (Oberösterreich), Gustav Zeillinger (Salzburg), Werner Melter (Vorarlberg), Otto Scrinzi (Kärnten), Othmar Meißl (Steiermark).

1970–1971 (6 Abgeordnete)

Tassilo Broesigke (Wien, erst aufgrund der Nachwahl am 4. Oktober 1970), Friedrich Peter (Oberösterreich), Gustav Zeillinger (Salzburg), Werner Melter (Vorarlberg), Otto Scrinzi (Kärnten), Othmar Meißl (Steiermark).

1971–1975 (10 Abgeordnete)

Tassilo Broesigke (Wien), Albert Schmidt (Wien), Georg Hanreich (Niederösterreich), Friedrich Peter (Oberösterreich), Helmuth Jossek (Oberösterreich), Gustav Zeillinger (Salzburg), Gerulf Stix (Tirol), Werner Melter (Vorarlberg), Otto Scrinzi (Kärnten), Othmar Meißl (Steiermark).

1975–1979 (10 Abgeordnete)

Zusammensetzung wie 1971–1975. Friedhelm Frischenschlager rückte am 26. Juni für Gustav Zeillinger nach.

1979–1983 (11 Abgeordnete)

Tassilo Broesigke (Wien), Norbert Steger (Wien), Harald Ofner (Niederösterreich), Friedrich Peter (Oberösterreich), Helmuth Jossek (Oberösterreich), Friedhelm Frischenschlager (Salzburg), Gerulf Stix (Tirol), Walter Grabher-Meyer (Vorarlberg), Jörg Haider (Kärnten), Alexander Götz (Steiermark), Gerulf Murer (Steiermark).

Fritz Probst rückte am 4. Dezember 1979 für Alexander Götz, Holger Bauer am 20. Juni 1980 für Tassilo Broesigke nach.

1983–1986 (12 Abgeordnete)

Bei der Nationalratswahl am 24. April 1983 werden gewählt: Norbert Steger, Holger Bauer, Helene Partik-Pable (Wien); Harald Ofner (Niederösterreich); Friedrich Peter, Helmuth Jossek, Hermann Eigruber (Oberösterreich); Friedhelm Frischenschlager (Salzburg); Gerulf Stix (Tirol); Walter Grabher-Meyer (Vorarlberg), Jörg Haider (Kärnten); Fritz Probst (Steiermark).

Nach dem Mandatsverzicht von fünf mit Regierungsfunktionen betrauten Abgeordneten rückten nach: Josef Hintermayer, Niederösterreich (für Harald Ofner); Helmut Haigermoser, Salzburg (für Friedhelm Frischenschlager); Hilmar Kabas, Wien (für Holger Bauer). Für Jörg Haider, der Kärntner Landesrat wird, rückt Peter Ortner als Kärntner Nationalratsabgeordneter der FPÖ nach, für den zum Volksanwalt gewählten Helmuth Jossek Nor-

bert Gugerbauer (Oberösterreich). Am 18. Oktober 1984 löst Alois Huber (Kärnten) Peter Ortner ab, am 22. April 1986 Friedhelm Frischenschlager Friedrich Peter als Klubobmann.

1986–1990 (18 Abgeordnete)

Bei der Nationalratswahl am 23. November 1986 werden gewählt: Holger Bauer, Helene Partik-Pable (Wien); Harald Ofner, Josef Hintermayer (Niederösterreich); Norbert Gugerbauer, Hermann Eigruber, Karin Praxmarer (Oberösterreich); Friedhelm Frischenschlager, Helmut Haigermoser (Salzburg); Gerulf Stix, Siegfried Dillersberger (Tirol); Klara Motter (Vorarlberg); Jörg Haider, Alois Huber, Herbert Haupt (Kärnten), Fritz Probst, Gerulf Murer, Helmut Krünes (Steiermark).

Am 17. November 1988 rückte Ute Apfelbeck (Steiermark) für Helmut Krünes nach, der als Landtagsabgeordneter in den niederösterreichischen Landtag überwechselt. Nach Jörg Haiders Wahl zum Kärntner Landeshauptmann wird an seiner Stelle im Nationalrat am 9. Juni 1989 der bisherige Kärntner Landtagsabgeordnete Günter Schönhart als Abgeordneter zum Nationalrat angelobt.

Seit 1990: 33 Abgeordnete

Bei der Nationalratswahl am 7. Oktober 1990 werden gewählt: Karl Schweitzer (Burgenland); Sigisbert Dolinschek, Herbert Haupt, Alois Huber, Peter Mitterer, Mathias Reichhold (Kärnten); Bernhard Gratzer, Hans Helmut Moser, Harald Ofner, Peter Rosenstingl, Erich Schreiner (Niederösterreich); Anna Elisabeth Aumayr, Norbert Gugerbauer, Josef Meisinger, Helmut Peter, Karin Praxmarer (Oberösterreich); Hermann Böhacker, Friedhelm Frischenschlager, Helmut Haigermoser (Salzburg); Ute Apfelbeck, Thomas Barmüller, Harald Fischl, Gerulf Murer, Michael Schmid (Steiermark); Edith Haller, Walter Meischberger (Tirol); Klara Motter (Vorarlberg); Holger Bauer, Georg Mautner Markhof, Helene Partik-Pable, Rainer Pawkowicz, Herbert Scheibner, Heide Schmidt (Wien).

DIE BUNDESRATSFRAKTION DER FPÖ (STAND 1991)

Salzburg	Mag. Georg Lakner, Fraktionsvorsitzender
Kärnten	Mathias Krenn
Wien	Mag. John Gudenus
Niederösterreich	Karl Schwab
Tirol	Mag. Gilbert Trattner

DIE BUNDESOBMÄNNER DER RINGES FREIHEITLICHER JUGEND

Erwin Hirnschall	1956 – 1963
Adolf Nessel	1963 – 1964
Waldemar Steiner	1964 – 1969
Ernst Kohlfürst	1969 – 1970
Peter Matern	1970 – 1971
Jörg Haider	1971 – 1975
Wolfgang Fuchs	1975 – 1977
Christian Allesch	1973 – 1980
Hubert Gorbach	1980 – 1985
Alfred Ruhdorfer	1985 – 1988
Alfred Wastell	1988 – 1989
Herbert Scheibner	seit 1989

Dr. Hannes Androsch, Jg. 1938, Nationalratsabgeordneter 1967, Finanzminister 1970-1980, Vizekanzler 1976, Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein 1981-1988. (S. 62, 67, 69)

Gerd Bacher, Jg. 1925, Redakteur bzw. Chefredakteur mehrerer Zeitungen (u. a. »Salzburger Nachrichten«, »Bild Telegraph«, »Kurier«), Generalintendant des ORF 1967-1974, 1978-1986 und seit 1990. (S. 66)

Dkfm. Holger Bauer, Jg. 1942, Abgeordneter zum Wiener Landtag, Gemeinderat der Stadt Wien 1978-1980, Abgeordneter zum Nationalrat 1980-1983 und seit 1986, Staatssekretär im Finanzministerium 1983-1986, seit 1986 Bundesparteioibmannstellvertreter. (S. 25, 66, 67)

Anton Benya, Jg. 1912, stellvertretender Generalsekretär des ÖGB 1956-1959, ÖGB-Vizepräsident 1959-1964, Vorsitzender der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft 1963, ÖGB-Präsident 1964-1987. (S. 62, 66, 67)

Robert Blum, 1807-1848, jüdischer Abstammung, Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, in Wien 1848 als Revolutionär standrechtlich erschossen. (S. 91)

Robert Bösch, 1922-1983, Bürgermeister von Lustenau 1960-1982, Abgeordneter zum Vorarlberger Landtag 1954-1979, Landesparteioibmann der FPÖ Vorarlberg 1976-1982. (S. 61, 62, 63)

Hans Richard Bogner, Jg. 1924, Bundesgeschäftsführer der FPÖ 1956-1984, 1974 Mitglied des ORF-Kuratoriums, 1980 dessen stellvertretender Vorsitzender. (S. 25)

Willy Brandt, Jg. 1913, sozialdemokratischer Politiker, 1957-1966 regierender Bürgermeister von Berlin, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland 1969-1974. (S. 44)

Dr. Christian Broda, 1916-1987, Mitglied des Bundesrates 1957-1959, Abgeordneter zum Nationalrat ab 1959, Justizminister 1960-1966 und 1970-1983. (S. 68)

Dr. Tassilo Broesigke, Jg. 1919, Abgeordneter zum Nationalrat 1963-1980, Experte für Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Initiator zahlreicher Rechtsformen, stellvertretender Klubobmann, federführend bei der Erarbeitung programmatischer Grundlagen. 1973: Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik. Seit 1980 Präsident des Rechnungshofes. (S. 45, 60, 61, 62, 71, 95)

Heinrich Brüning, 1885-1970, deutscher Politiker, 1930-1933 deutscher Reichskanzler. (S. 95)

Dr. Erhard Busek, Jg. 1941, unter der Obmannschaft von Josef Taus 1975-1976 Generalsekretär der ÖVP, Vizebürgermeister von Wien 1978-1987, seit 1989 Wissenschaftsminister. (S. 82)

Fritz Butschek, Jg. 1911, Mitarbeiter Anton Reinthallers 1938-1945 im Reichsnährstand. (S. 26)

Herbert Butterfield, 1900-1979, britischer Historiker. (S. 98)

Dr. Eduard Chaloupka, Sektionschef im Bundeskanzleramt nach 1945 unter den Bundeskanzlern Figl und Raab. (S. 20)

Winston Churchill, 1884-1965, britischer Premierminister 1940-1945. (S. 96)

Alfred Dallinger, 1926-1989, SP-Abgeordneter zum Nationalrat ab 1974, Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten 1974, Vizepräsident des ÖGB 1975, Sozialminister 1980-1989. (S. 65)

Univ.-Prof. Wolfgang Denk, Chirurg, 1957 von ÖVP und FPÖ gemeinsam nominiertes Kandidat für die Bundespräsidentenwahl. Unterlag mit 48,9 % der Stimmen dem sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Adolf Schärf. (S. 26)

Hans Dichand, Jg. 1921, Chefredakteur der »Kleinen Zeitung« in Graz und Kärnten 1949-1954, Chefredakteur des »Wiener Kurier« 1954-1959, seit 1959 Chefredakteur und Herausgeber der »Neuen Kronen-Zeitung«. (S. 67)

Dr. Siegfried Dillersberger, Jg. 1942, Bürgermeister von Kufstein 1974-1987, Tiroler Landtagsabgeordneter 1979-1986, 1986-1990 Nationalratsabgeordneter, zuletzt Dritter Präsident des Nationalrates. (S. 31)

Dr. Franz Dinghofer, 1873-1956, Bürgermeister von Linz 1907-1918, Reichsabgeordneter 1911-1918, rief als einer der drei Präsidenten der provisorischen Nationalversammlung am 12. November 1918 die Republik aus, Vizekanzler im Kabinett Seipel IV 1926-1927, Erster Präsident des Obersten Gerichtshofes 1928. Trat am 2. Mai 1953 anlässlich seines 80. Geburtstages dem VdU (Ortsgruppe Bad Ischl) bei. (S. 71)

Engelbert Dollfuß, 1892-1934, Bundeskanzler 1932-1934, errichtete anstelle der parlamentarischen Demokratie ein autoritäres Regierungssystem (Ständestaat). (S. 71, 101)

Dr. Walter Ebenberger, Jg. 1940, Mitbegründer des Atterseekreises, langjähriger FPÖ-Stadtparteioibmann von Innsbruck, Gemeinderat der Stadt Innsbruck, seit 1989 Abgeordneter zum Tiroler Landtag. (S. 63)

Mario Erschen, Jg. 1938, Leiter des Klubsekretariates der FPÖ-Nationalratsfraktion 1965-1984, Bundesgeschäftsführer der FPÖ 1984-1986. (S. 63, 66)

Cajetan Felder, 1814-1894, Wiens bedeutendster Bürgermeister (1868-1878) der liberalen Ära, stellte die Weichen für die Entwicklung des alten Wien zur modernen Großstadt. (S. 71)

Dr. Mario Ferrari-Brunnenfeld, Jg. 1932, Kärntner Landesrat 1975, Landesparteioibmann der FPÖ-Kärnten 1975-1983, Bundesparteioibmannstellvertreter der FPÖ 1979-1986, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz 1983-1987. (S. 67)

Dr. Franz Curt Fetzer, Jg. 1900, 1961 Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Österreichischer Industrieller, seit 1966 Präsidiumsmitglied. (S. 95)

Dr. Heinz Fischer, Jg. 1938, Abgeordneter zum Nationalrat seit 1971, Wissenschaftsminister 1983-1986, Klubobmann der SP-Nationalratsfraktion 1986-1990 Präsident des Nationalrates. (S. 51, 63, 65, 69)

Adolf Fischhof, 1816-1893, führender Vertreter des österreichischen Liberalismus in der Revolution 1848. (S. 90)

Karl Theodor Christian Follen, 1796-1840, Schriftsteller, Führer des radikalen Flügels der Burschenschaft. (S. 90)

Prof. Hermann Foppa, 1882-1959, Abgeordneter zum Nationalrat der Ersten Republik 1930-1934, Reichsparteioibmann der Großdeutschen Volkspartei 1931, erhob als letzter Redner vor Auflösung des Parlaments flammenden Protest gegen Verfassungsbruch durch Bundeskanzler Dollfuß, Taufpate Jörg Haider. (S. 71)

Dr. Hans Frenzel, 1895-1966, Präsident des Rechnungshofes 1953-1964. (S. 20)

Dr. Friedhelm Frischenschlager, Jg. 1943, Gründungsmitglied des Attersee-Kreises 1971, 1972 Gemeinderat der Stadt Salzburg, Abgeordneter zum Nationalrat 1979-1983 und seit 1986, Bundesminister für Landesverteidigung 1983-1986, Klubobmann der FP-Nationalratsfraktion 1986, Bundesparteiobermannstellvertreter 1984-1988. (S. 25, 63, 67, 68, 83, 84)

Charles de Gaulle, 1890-1970, französischer General, Ministerpräsident 1945-1946, Staatspräsident der V. französischen Republik 1958-1969. (S. 100)

Dipl.-Ing. Dr. Franz Geist, 18 Jahre lang in leitender Funktion deutscher Großkonzerne tätig, 1971-1978 Generaldirektor der ÖIAG. (S. 64)

DDr. Alexander Götz (siehe *Autorenbiographie*, S. 56)

Michail Sergejewitsch Gorbatschow, Jg. 1931, sowjetischer Politiker, 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU, 1988 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet, seit 1990 erster Präsident der Sowjetunion. (S. 96)

Walter Grabher-Meyer, Jg. 1943, seit 1968 in der FPÖ politisch tätig, Arbeiterkammerrat in Vorarlberg 1968-1972, Gemeinderat in Lustenau 1970-1979, Abgeordneter zum Nationalrat 1979-1986, Generalsekretär der FPÖ 1982-1986. (S. 63, 64, 67, 68)

Dr. Michael Graff, Jg. 1937, Sekretär des Bundeskanzlers Dr. Klaus 1966, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP-Justizsprecher) seit 1983, Generalsekretär der ÖVP 1982-1987. (S. 65)

Dr. Willfried Gredler (siehe *Autorenbiographie*, S. 18)

Dr. Norbert Gugerbauer, Jg. 1950, seit 1989 Landesparteiobermann der FPÖ Oberösterreich, seit 1983 Abgeordneter zum Nationalrat, seit 1989 Klubobmann der FPÖ-Nationalratsfraktion, 1986-1988 Generalsekretär der FPÖ, seit 1988 Bundesparteiobermannstellvertreter, 1990 Spitzenkandidat der FPÖ für die Nationalratswahl. (S. 25, 60, 67, 85, 97)

Dr. Otto Habsburg Lothringen, Jg. 1912, ältester Sohn Karl I., des letzten Kaisers von Österreich, verzichtete 1961 offiziell auf seine Thronansprüche, Streit um seine Einreisebewilligung löste 1963 Koalitionskrise aus. (S. 88)

Ernst Haeckel, 1834-1910, Zoologe und Naturphilosoph, leidenschaftlicher Verfechter der Abstammungslehre von C. Darwin. (S. 42)

Dr. Jörg Haider (siehe *Autorenbiographie*, S. 53 od. 71)

Ernst Hampel, 1885-1964, Abgeordneter zum Nationalrat 1920-1934, Klubobmann der Fraktion der Großdeutschen Volkspartei, protestierte am 30. April gemeinsam mit Hermann Foppa gegen den Verfassungsbruch durch Dollfuß. (S. 19)

Georg Hanreich, Jg. 1939, FPÖ-Abgeordneter zum Nationalrat 1971-1979, Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender 1975. (S. 43, 49)

Dr. Willfried Haslauer, Jg. 1926, Kammeramtsdirektor der Salzburger Handelskammer 1959, ÖVP-Abgeordneter zum Salzburger Landtag 1961, Landeshauptmannstellvertreter 1973, Landeshauptmann 1977-1989. (S. 68)

Friedrich August von Hayek, Jg. 1889, Volkswirtschaftler und Sozialphilosoph österreichischer Herkunft, führender Exponent des Neo-Liberalismus, 1974

Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Hauptwerk: »Recht, Gesetzgebung und Freiheit« 1973-1979. (S. 71)

Dr. Erwin Hirschall (siehe *Autorenbiographie*, S. 24)

Adolf Hitler, 1889-1945, gründete 1919 die »Deutsche Arbeiterpartei« (DAP), die sich 1920 in »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei« (NSDAP) umbenannte. 1930 politischer Durchbruch zur Massenpartei (117 Sitze im Reichstag statt bisher 14). 1933 Reichskanzler, 1934 Titel: »Führer und Reichskanzler«, Errichtung der NS-Diktatur. (S. 88, 98, 100, 101, 102, 104)

August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, 1798-1874, Schriftsteller, schrieb 1841 das »Deutschlandlied«. (S. 91)

Lothar Höbelt, Jg. 1956, seit 1980 Assistent am Institut für Geschichte der Universität Wien, Habilitation 1991. (S. 82)

Theodor Hornbostel, österreichischer Gesandter und bevollmächtigter Minister unter den Bundeskanzlern Engelbert Dollfuß und Dr. Kurt Schuschnigg, Leiter der politischen Abteilung am Ballhausplatz. (S. 26)

Reinhold Huber, 1904-1984, nach 1938 als Kärntner Landesbauernführer einer der engsten Mitarbeiter Anton Reinhallers, 1955 Kärntner Landesparteiobermann der Freiheitspartei, 1956-1965 Landesparteiobermann der FPÖ Kärnten. (S. 71)

Arnulf Hummer, Rechtsanwalt, Wiener Mitarbeiter der Großdeutschen Volkspartei, versuchte 1954 ohne Erfolg zwischen dem Wiener VdU und der Gruppe Fritz Stüber (Freiheitliche Sammlung Österreichs, FSÖ) zu vermitteln. (S. 26)

Ulrich von Hutten, 1488-1523, Humanist und politischer Publizist, 1517 von Kaiser Maximilian I. in Augsburg zum Dichter gekrönt, wurde zu einem Symbol freiheitlichen Denkens. (S. 89, 90, 93)

Dr. Reinhard Kamitz, Jg. 1907, Finanzminister unter Julius Raab 1952-1960, lockerte die wirtschaftlichen Lenkungsmechanismen der Nachkriegszeit durch verstärkte marktwirtschaftliche Öffnung: Raab-Kamitz-Kurs. (S. 26)

Dr. Jörg Kandutsch (siehe *Autorenbiographie*, S. 27)

Wilhelm Kaufmann, Landesverbandsobmann des VdU Kärnten, führte 1955 den Kärntner VdU geschlossen in Anton Reinhallers »Freiheitspartei« über. (S. 71)

Hans Kelsen, 1881-1973, Professor für Staats-, Verwaltungs-, Völkerrecht und Rechtsphilosophie 1919-1929 an der Universität Wien, 1933 Emigration, 1942 Professor in Berkeley, Kalifornien. Schöpfer der österreichischen Bundesverfassung 1920. (S. 77)

Ottokar Kernstock, 1848-1928, Theologe und Schriftsteller, schrieb den Text der Bundeshymne (nach Haydn-Melodie) der Ersten Republik: »Sei gesegnet ohne Ende...«. (S. 92)

Wilhelm Kindl (siehe *Autorenbiographie*, S. 33)

Dr. Rudolf Kirchschräger, Jg. 1915, schöpfte als erster österreichischer Bundespräsident zwei sechsjährige Amtsperioden (1974-1980, 1980-1986) voll aus. 1980 bestes Wahlergebnis mit 79,9% der Stimmen. (S. 60, 76)

Dr. Josef Klaus, Jg. 1910, Landeshauptmann von Salzburg 1949-1961, 1961 Finanzminister, 1963-1970 Bundesparteiobermann der ÖVP, 1964-1970 Bundeskanzler (Chef der ÖVP-Alleinregierung 1966-1970). (S. 30, 38, 46, 50)

Dr. Gerhard Kratky, Jg. 1945, seit 1980 Geschäftsführer der Datenverarbeitungs- und Unternehmensberatungs-GesmbH »Management Data«. (S. 63)

Dr. Herbert Kraus, Jg. 1911, Journalist und Politiker, gründete 1949 mit Viktor Reimann den Verband der Unabhängigen, dessen erster Bundesverbandsobmann 1949-1952, Klubobmann der Nationalratsfraktion der »Wahlpartei der Unabhängigen« 1953-1956. Bücher »Untragbare Objektivität«, 1988 »Großeuropa«, 1990. (S. 26, 63, 87, 88)

Dr. Bruno Kreisky, 1911-1990, Staatssekretär im Außenministerium 1953-1959, Außenminister 1959-1966, Vorsitzender der SPÖ 1967-1983. Bundeskanzler 1970/71 (Minderheitsregierung), 1971-1975, 1975-1979, 1979-1983 jeweils als Chef von Alleinregierungen der SPÖ. (S. 29, 35, 36, 42, 46, 50, 57, 61-67, 69, 88, 94, 96, 105)

Dr. Dipl.-Ing. Helmuth Krünes, Jg. 1941, Generalsekretär der FPÖ 1978-1979, Bundesparteiohmannstellvertreter 1986-1988, Bundesminister für Landesverteidigung 1986, Abgeordneter zum Nationalrat 1986-1988, 1988-1989 Abgeordneter zum niederösterreichischen Landtag und Klubobmann der FPÖ-Landtagsfraktion. (S. 25, 63)

Manfred Krüttner, Jg. 1909, Mitbegründer der FPÖ-Landesgruppe Salzburg, Landtagsabgeordneter, 1969 Zweiter Vizepräsident des Landtages. (S. 37)

Hans Lechner, Jg. 1913, Salzburger Landeshauptmann 1961-1977. (S. 38, 40)

Ingrid Leodolter, Ärztin, Primaria, Leiterin des 1972 neugeschaffenen Ministeriums für Gesundheit und Umweltschutz (bis 1979). (S. 41)

Dr. Emil Liebitzky, in der Ersten Republik österreichischer Militärattaché in Rom, spielte eine Schlüsselrolle in der Koordination zwischen Engelbert Dollfuß und Benito Mussolini, rechte Hand Julius Raabs 1955 beim Aufbau des Bundesheeres. (S. 33)

Salvador de Madariaga y Rojo, 1886-1978, spanischer Schriftsteller und Diplomat, Kulturphilosoph liberaler Prägung, 1973 Internationaler Karlspreis der Stadt Aachen. (S. 53, 55)

Silvius Magnago, Jg. 1914, 1957-1991 Vorsitzender der Südtiroler Volkspartei, Südtiroler Landeshauptmann 1961-1989. (S. 31)

Klaus Mahnert (siehe *Autorenbiographie*, S. 31)

Bruno Marek, 1900-1990, Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien 1965-1970. (S. 44)

Karl Marx, 1818-1883, Philosoph und Kritiker der Nationalökonomie, Begründer des Marxismus. Hauptwerk »Das Kapital« (Kritik der politischen Ökonomie). Organisator der Arbeiterbewegung, schrieb 1847 das »Manifest der Kommunistischen Partei«. (S. 27, 99, 100)

Dkfm. Georg J. E. Mautner Markhof, Jg. 1926, Unternehmer, 1981-1982 Leiter des Projekts »Liberale Marktwirtschaftskonferenz 1990«, Abgeordneter zum Nationalrat und Bundesparteiohmannstellvertreter der FPÖ seit 1990. (S. 63)

Werner Melter, Jg. 1925, Vorarlberger FPÖ-Abgeordneter zum Nationalrat 1966-1975. Sozial- und Familiensprecher der freiheitlichen Nationalratsfraktion. Bundessozialreferent. (S. 49, 61)

Klemens Wenzel Fürst von Metternich, 1773-1859, österreichischer Staatsmann, Gegner der französischen Revolution und der damals erwachenden na-

tionalen Bewegungen, 1913 leitete er den Wiener Kongreß, der nach dem Sturz Napoleons eine neue europäische Ordnung schuf. Als Symbolfigur reaktionärer Politik wurde Metternich bei Ausbruch der Revolution 1848 gestürzt. (S. 91)

Dr. Alois Mock, Jg. 1934, Privatsekretär von Bundeskanzler Josef Klaus 1969-1970, Unterrichtsminister 1975-1979, Bundesparteiohmann der ÖVP 1979-1989, Außenminister seit 1986, Vizekanzler 1986-1990. (S. 63, 82)

Dr. Bruno Müller, Jg. 1934, Bundespressereferent der FPÖ 1964-1970, reaktiviert in dieser Funktion 1978, 1979 unter Alexander Götz. (S. 44, 45)

Gerulf Murer, Jg. 1941, Landesobmann der Freiheitlichen Bauernschaft der Steiermark, Abgeordneter zum Nationalrat seit 1979, Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft 1983-1987. (S. 67)

Benito Mussolini, 1883-1945, italienischer Politiker, gelangte 1922 (Marsch auf Rom) mit seiner »Partito Nazionale Fascista« zur Macht. Als »Duce« Inhaber zahlreicher Ministerämter – 1945 ohne Gerichtsverfahren von Partisanen erschossen. (S. 102)

Heinrich Neubacher, als österreichischer Nationalsozialist Repräsentant des gemäßigten Flügels (wie auch Anton Reinhaller), Landesleiter der österreichischen NSDAP, Bürgermeister von Wien. (S. 103)

Dr. Harald Ofner, Jg. 1932, nach siegreicher Gemeinderatswahl 1975 Vizebürgermeister von Mödling, 1976-1989 Landesparteiohmann der FPÖ Niederösterreich, Abgeordneter zum Nationalrat seit 1979, Bundesminister für Justiz 1983-1986. (S. 60, 62, 67, 68)

Olof Palme, 1927-1986, schwedischer Politiker, 1969 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, 1982 bis zu seiner Ermordung Ministerpräsident. (S. 55)

Theophrastus Bombastus von Hohenheim, genannt **Paracelsus**, 1493-1541, Arzt, Naturforscher und Philosoph. (S. 89, 93)

Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz, Jg. 1944, 1983 Gemeinderat und Abgeordneter zum Landtag der Stadt Wien, Gründer des Cajetan-Felder-Instituts, 1987-1990 Stadtrat und Mitglied der Landesregierung von Wien. Seit 1990 Abgeordneter zum Nationalrat, seit 1991 geschäftsführender Landesparteiohmann der FPÖ Wien. (S. 25)

Friedrich Peter, Jg. 1921, Abgeordneter zum oberösterreichischen Landtag 1955-1966, 1966-1986 Abgeordneter zum Nationalrat, seit 1970 Klubobmann der FPÖ-Nationalratsfraktion, 1956-1972 Landesparteiohmann der FPÖ Oberösterreich, 1958-1978 Bundesparteiohmann der FPÖ. Experte für Schule und Bildung, außenpolitischer Sprecher der Nationalratsfraktion. Peter öffnete die FPÖ für Kontakte mit SPÖ und ÖVP. Kooperation 1963 in der Habsburgfrage mit der SPÖ, 1967 bei der Wiederwahl Heinrich Gleißners zum Landeshauptmann von Oberösterreich mit der ÖVP. 1970 Wahlrechtsreform mit Unterstützung der SPÖ, 1983 Regierungsbeteiligung (rot-blaue Koalition), für die Peter jahrelang Vorarbeit geleistet hat. (S. 20, 29, 45, 49, 56, 59, 60-64, 66, 67, 69, 71, 88, 95, 96)

Mag. Helmut Peter, Jg. 1948, Hotelier in St. Wolfgang, seit 1990 FPÖ-Abgeordneter zum Nationalrat. (S. 63)

Univ.-Prof. Helfried Pfeifer, 1896-1970, Abgeordneter zum Nationalrat 1949-1956 (WdU) und 1956-1959 (FPÖ), Experte für Verfassungs- und Verwaltungsrecht, zahlreiche Initiativen zur Beseitigung der Ausnahmegesetze für

ehemalige Nationalsozialisten, Vorkämpfer für Reformen der Demokratie und des Rechtsstaates. (S. 31)

Emmerich Pflügel, österreichischer Gesandter beim Völkerbund in Genf Anfang der dreißiger Jahre. (S. 19)

Dr. Kurt Piringer, Jg. 1927, Redakteur der »Neuen Front« 1950-1973, 1973-1987 der »Neuen Freien Zeitung«, Chefredakteur 1985. Seit 1988 Vorsitzender des Cajetan-Felder-Instituts. Autor des Buches »Die Geschichte der Freiheitlichen«, 1982. (S. 29, 59)

Dr. Bruno Pittermann, 1905-1983, Abgeordneter zum Nationalrat 1945-1971, Vizekanzler in Koalitionsregierungen der ÖVP und der SPÖ von 1957 bis 1966, Parteivorsitzender der SPÖ 1957-1967. (S. 29)

Dr. Georg Prader, Jg. 1916, Bundesminister für Landesverteidigung (ÖVP). 1964-1970 Bundesobmann des ÖAAB. (S. 33, 34)

Julius Raab, 1891-1964, christlichsozialer Abgeordneter zum Nationalrat 1927-1934, 1928-1930 Landesführer der niederösterreichischen Heimwehr, Februar/März 1938 Bundesminister für Handel und Verkehr, 1945 Mitbegründer der ÖVP, 1945 Staatssekretär für Bauten in der Provisorischen Staatsregierung, 1953-1961 Bundeskanzler, 1953-1960 Bundesparteiobmann der ÖVP, 1961-1964 Präsident der Bundeswirtschaftskammer, 1955 führend am Abschluß des Österreichischen Staatsvertrages beteiligt. (S. 20, 21, 26, 33, 66, 68, 82)

Joseph Wenzel Graf von Radetzky, 1766-1858, österreichischer Feldmarschall, Anteil am Sieg in der Völkerschlacht bei Leipzig 1813, Sieger der Schlachten bei Custozza und Novara. 1850-1857 Generalgouverneur von Lombardo-Venetien. (S. 91, 93)

General Franz Rainer, 1882-1956, an der Ostfront im Ersten Weltkrieg verwundet, 1918-1920 im Kärntner Abwehrkampf eingesetzt, Generalmajor 1936, 1939 außer Dienst gestellt, 1941 reaktiviert. 1946-1948 Mitarbeiter der Kärntner Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstelle in Klagenfurt. 1955 übernahm er den Altvorsitz im aus Freiheitspartei und VdU gebildeten Bundesproponentenkomitee, aus dem die FPÖ hervorging. (S. 19, 26)

Ökonomierat Ing. Kurt Rainer vulgo **Mente**, Jg. 1926, Gründungsmitglied der FPÖ-Kärnten, Abgeordneter zum Kärntner Landtag 1975-1979, Mitglied der Kärntner Landeswirtschaftskammer 1971-1979, Obmann der Freiheitlichen Bauernschaft Kärntens 1970-1979. (S. 66)

Walter Reder, 1916-1991, als Kommandant der 16. SS-Panzer Grenadier-Division 1944 zur Partisanenbekämpfung im Raum Marzabotto eingesetzt, in Bologna 1951 zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt, 1985 nach bedingter Entlassung Rückkehr nach Österreich. (S. 69)

Dr. Viktor Reimann (siehe *Autorenbiographie*, S. 106)

Dipl.-Ing. Anton Reinhaller (siehe *Autorenbiographie*, S. 22)

Dr. Walter Riehl, 1881-1955, schloß sich 1908 der »Deutschen Arbeiterpartei« (Vorläuferorganisation der NSDAP) an. Sein Großvater war in der Revolution 1848 radikaler Demokrat. 1918 Umbenennung in Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (NSDAP). Nach anfänglicher Zusammenarbeit mit Adolf Hitler trennte sich Walter Riehl als Anhänger der Gemäßigten von ihm und wurde auch 1938 nicht wieder in die NSDAP aufgenommen. (S. 102)

Prof. Dr. Karl Heinz Ritschel, Chefredakteur der »Salzburger Nachrichten«. (S. 72)

Otto Rösch, Jg. 1917, Staatssekretär im Bundesministerium für Landesverteidigung 1959-1966, Bundesminister für Inneres 1970-1977, Verteidigungsminister 1977-1983. (S. 35)

Karl Anton Rohan, 1898-1975, Schriftsteller und Publizist, Generalsekretär der von ihm gegründeten Federation des Unions Intellectuelles (Kulturbund) 1922-1936, Herausgeber der Zeitschrift »Europäische Revue«. Hauptwerke: »Europa« (1923); »Aufgaben unserer Generation« (1926); »Heimat Europa« (1954); »Weltpolitische Betrachtungen« (1963); »Die Deutschen und die Welt« (1969); »Österreichisch-Deutsch-Europäisch« (1973). (S. 32)

Franklin Delano Roosevelt, 1882-1945, Präsident der USA 1933-1945. (S. 96)

Dr. Herbert Salcher, Jg. 1929, Landesparteiobmann der SPÖ Tirol 1969, Landeshauptmannstellvertreter 1979, Minister für Gesundheit und Umweltschutz 1979-1981, Finanzminister 1981-1984. (S. 66, 69)

Rudolf Sallinger, Jg. 1916, Obmann der Sektion Gewerbe der Wiener Handelskammer 1953, Präsident der Wiener Handelskammer 1960, Präsident der Bundeswirtschaftskammer 1964-1989, Vorsitzender des ÖVP-Wirtschaftsbundes 1966-1990. (S. 65)

Dr. Heide Schmidt, Jg. 1948, Assistentin der Volksanwälte Gustav Zeillinger und Helmuth Josseck, 1987 auf Grund des Erfolges der FPÖ bei der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl zum Mitglied des Bundesrates gewählt, erste FPÖ-Mandatarin in diesem Gremium, 1988 Generalsekretärin der FPÖ, 1990 zur Dritten Präsidentin des Nationalrats gewählt. (S. 97)

Dr. Johannes Schober, 1874-1932, Wiener Polizeipräsident 1918, Bundeskanzler 1921-1922 und 1929-1930. Gründer 1923 die »Interpol«, setzt 1929 die Annahme der Bundesverfassungsreform 1929 (u. a. Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk) auch mit den Stimmen der oppositionellen Sozialdemokraten durch. 1930 Vizekanzler und Außenminister in der Regierung Ender. (S. 100, 101)

Univ.-Prof. Dr. Leopold Schönbauer, Chirurg, Abgeordneter zum Nationalrat 1959-1962 als Mitglied der ÖVP-Fraktion. (S. 41)

Dr. Karl Sevelda, Jg. 1950, Chefredakteur der Jugendzeitschrift »Tangente« 1974-1976, Landesjugendführer des RFJ Wien 1975, Mitarbeiter im Ministerbüro Dr. Norbert Stegers 1983-1986, seit 1989 stellvertretender Direktor der Creditanstalt-Bankverein (Bereichsleitung). (S. 63)

Arthur Seyß-Inquart, 1892-1946, nationalsozialistischer Politiker, 1938 Innenminister, Bundeskanzler im »Anschlußkabinett«, bis 1939 Reichsstatthalter der »Ostmark«. Wegen seiner Tätigkeit als Reichskommissär der besetzten Niederlande (1940-1945) zum Tode verurteilt und in Nürnberg hingerichtet. (S. 20)

Dr. Fred Sinowatz, Jg. 1929, Landespartei sekretär der SPÖ-Burgenland 1961-1966, SP-Landtagsabgeordneter 1961-1966, Landtagspräsident 1964, Mitglied der Burgenländischen Landesregierung 1966-1971, Unterrichtsminister 1971-1983, Vizekanzler 1981-1983, Bundeskanzler 1983-1986, Parteivorsitzender der SPÖ 1983-1988. (S. 64, 66-69)

Othmar Spann, 1878-1950, Nationalökonom, Soziologe und Philosoph. Seine Gesellschaftstheorie lag dem »Ständestaat« der Bundeskanzler Dollfuß und Schuschnigg (1934-1938) zugrunde. (S. 99)

Josef Wissarionowitsch Stalin, 1879-1953, Generalsekretär des ZK der KPdSU, unumschränkter Diktator seit 1927, sicherte in den dreißiger Jahren seine Herrschaft durch »Säuberungen« und Schauprozesse. 1939 Nichtangriffspakt mit Hitler-Deutschland, die Konferenzen von Teheran 1943, Jalta und Potsdam konnte er dank Unterstützung Amerikas, Großbritanniens und Frankreichs zur Ausweitung des sowjetischen Machtimperiums über halb Europa nützen. (S. 96)

Dr. Norbert Steger (siehe *Autorenbiographie*, S. 61)

Karl Steinbuch, Jg. 1917, gesellschaftskritischer deutscher Schriftsteller. Werke u. a. »Automat und Mensch«, »Die informierte Gesellschaft«, »Diese verdammte Technik«. (S. 53)

Karl Steinocher, Jg. 1920, Vizepräsident der Salzburger Arbeiterkammer 1956, AK-Präsident 1965, Mitglied des Bundesrates 1957-1959, ab 1959 Abgeordneter zum Salzburger Landtag, Landeshauptmannstellvertreter 1966-1976. Landesparteivorsitzender der SPÖ Salzburg 1966-1978. (S. 40)

Max Stendebach, 1892-1984, gebürtiger Sachse, Offizier in beiden Weltkriegen, zuletzt (1942) Oberst der Deutschen Wehrmacht. In der Weimarer Republik 1924-1928 in der Deutschnationalen Volkspartei politisch tätig. 1947 österreichische Staatsbürgerschaft. 1952 Bundesverbandsobmann des VdU. 1955-1956 Verhandlungen mit Anton Reinhaller über Neugründung einer Partei, für die er den Namen FPÖ vorschlug. 1956-1962 Bundesparteiobmannstellvertreter der FPÖ. (S. 20, 21, 26, 33)

Dr. Kurt Steyrer, Jg. 1920, Abgeordneter zum Nationalrat 1975-1986, Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz 1979-1985, unterlag 1986 bei der Bundespräsidentenwahl als sozialistischer Präsidentschaftskandidat dem ÖVP-Kandidaten Dr. Kurt Waldheim. (S. 41)

Dr. Gerulf Stix (siehe *Autorenbiographie*, S. 49)

Dr. Ernst Graf Strachwitz, Jg. 1919, als Gründer der »Jungen Front« 1949 Abgeordneter zum Nationalrat (auf ÖVP-Liste), 1951 Bruch mit der ÖVP, Vorsitzender der »Aktion zur politischen Erneuerung« 1951-1956, politisches Comeback 1971 als »unabhängiger Abgeordneter«, der für die ÖVP kandidierte, nach der Wahl Mandatsverzicht zugunsten des ÖVP-Abgeordneten Brandstätter. (S. 26)

Dr. Johannes Strohmayer, Jg. 1950, selbständiger Steuerberater seit 1980, Aufsichtsrat der CABV. (S. 63)

Dr. Fritz Stüber, 1903-1978, Mitarbeiter in der »Verfassungstreuen Vereinigung« 1948, 1949. Abgeordneter zum Nationalrat 1949-1956 (seit 1953 nach Ausschluß aus dem VdU »wilder« Abgeordneter). Gründer der »Freiheitlichen Sammlung Österreichs« (FSÖ), die er 1956 in »Demokratische Nationale Arbeiterpartei« (DNAP) umbenannte. (S. 20, 24, 26)

Dr. Josef Taus, Jg. 1933, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und Verstaatlichte Unternehmungen 1966-1967 in der ÖVP-Alleinregierung, 1975-1979 Bundesparteiobmann der ÖVP, Präsident des Aufsichtsrates der ÖIG 1966, Abgeordneter zum Nationalrat. (S. 62, 63)

Dipl.-Ing. Hansjörg Tengg, Jg. 1947, Technisches Vorstandsmitglied der Grazer Stadwerke AG, Koordinator für Wirtschaft und Technik der Grazer Stadwerke AG 1978, Mitglied des Aufsichtsrates der Verbundgesellschaft 1983, Vorstandsmitglied der Donaukraftwerke AG 1985-1990, Gründungsmitglied des Attersee-Kreises. (S. 63)

Dr. Roland Timmel, 1902-1981, Obmann des Freiheitlichen Akademikerverbandes für Wien, Niederösterreich und das Burgenland 1955-1973. (S. 19)

Dr. Emil van Tongel (siehe *Autorenbiographie*, S. 26)

Ing. Klaus Turek, Jg. 1937, Abgeordneter zum Landtag der Steiermark 1978-1983. 1983-1985 Vizebürgermeister von Graz. Landesparteiobmann der FPÖ Steiermark 1983-1985 und 1988-1989. (S. 60)

Dr. Fritz Ursin, Jg. 1904, Landesverbandsobmannstellvertreter des Wiener VdU 1949-1953. (S. 26)

Dr. Franz Vranitzky, Jg. 1937, finanzpolitischer Berater des damaligen Finanzministers Dr. Hannes Androsch 1970, Generaldirektorstellvertreter der CABV 1976, Generaldirektor der Länderbank 1981. Bundeskanzler 1984-1987, 1987-1991, seit 1991 neuerlich Regierungschef der SPÖ-ÖVP-Koalitionsregierung. (S. 67, 69)

Dr. Alfred Adolf Josef Walheim, 1874-1945, seit 1922 politisch im »Landbund für Österreich« tätig, Landeshauptmann des Burgenlandes 1923-1924, 1931-1934. Leistete einen entscheidenden Beitrag zur Gewinnung des Burgenlandes für Österreich. (S. 101)

Sepp Weilhartner, Jg. 1917, 1949 VdU-Gemeinderat der Stadt Salzburg, Klubobmann der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion 1949-1957, Vizebürgermeister der Stadt Salzburg 1956-1967. (S. 37)

Dr. Günther Wiesinger, Jg. 1930, Abgeordneter zum Nationalrat, Gesundheitssprecher der ÖVP 1973-1975. (S. 41)

Franz Winkler, 1890-1941, Geschäftsführer des steirischen Landbundes 1919, Abgeordneter zum Landtag der Steiermark, Abgeordneter zum Nationalrat 1930, Vizekanzler 1932-1933, brach mit Bundeskanzler Dollfuß, als dieser auf autoritären Kurs schwenkte. Sein Buch »Die Diktatur in Österreich«, Zürich, Leipzig 1935, dokumentiert die Entwicklung zum Ständestaat. (S. 101)

Dr. Heinrich Zechmann, 1898-1979, Präsident der Reichsbahndirektion Villach 1942-1945, politische Haft nach 1945, Mitbegründer der Freiheitspartei, Bundesparteiobmannstellvertreter der FPÖ 1956-1958, Abgeordneter zum Nationalrat 1956-1962. (S. 21)

Hans Zeilinger, Jg. 1921, Journalist, Mitbegründer des FPÖ-Organs »Neue Front« 1949 und der »Österreichischen Allgemeinen Zeitung« ÖAZ (Tageszeitung bis April 1950). 1956-1984 Chefredakteur zuerst der »Neuen Front«, die 1973 in »Neue Freie Zeitung« umbenannt wurde. (S. 59)

Gustav Zeillinger (siehe *Autorenbiographie*, S. 29)